

Kreishaushalt 2011

Haushaltssicherungskonzept

Oberbergischer Kreis

Haushaltssatzung und
Haushaltsplan
Ergebnis- und
Finanzplan 2011 - 2014



Haushaltssatzung



Haushaltssatzung

des Oberbergischen Kreises für das Haushaltsjahr 2011

Aufgrund des § 53 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW, S. 646), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.06.2008 und der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW, S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.12.2010 (GV. NRW, S. 688) hat der Kreistag des Oberbergischen Kreises am 24.03.2011 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011, der die zur Erfüllung der Aufgaben des Oberbergischen Kreises voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

Im Ergebnisplan mit	
Gesamtbetrag der Erträge auf	293.145.847 €
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	304.320.504 €
Im Finanzplan mit	
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	291.749.277 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	292.093.597 €
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit auf	8.441.597 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit auf	19.612.458 €

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2011 für Investitionen erforderlich ist, wird auf **11.170.861 €** festgesetzt.
Der Gesamtbetrag der Kredite für Umschuldungen wird auf 0 € festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf **8.495.000 €** festgesetzt.

§ 4

Die Verringerung der Ausgleichsrücklage bzw. der allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf **11.174.657 €** festgesetzt.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2011 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **60.000.000 €** festgesetzt.

§ 6

1. Zur Deckung des durch sonstige Erträge nicht gedeckten Finanzbedarfs wird von den Gemeinden gem. § 56 Abs. 1 Kreisordnung NW eine **Kreisumlage** erhoben.
Der Umlagesatz beträgt einheitlich **45,3800 %**
der für die Gemeinden geltenden Umlagegrundlagen.
2. Zur Deckung der dem Kreis entstehenden Kosten für die Wahrnehmung der Aufgaben der Kreisvolkshochschule wird von den kreisangehörigen Gemeinden, die durch die **Kreisvolkshochschule** versorgt werden, gem. § 56 Abs. 4 Kreisordnung NW eine einheitliche Mehrbelastung in Höhe von **0,2703 %**
der für diese Gemeinden geltenden Umlagegrundlagen erhoben.
3. Zur Deckung der dem Kreis entstehenden Kosten für die Wahrnehmung der Aufgaben des Berufsschulwesens wird von den kreisangehörigen Gemeinden, die durch das **Berufsschulwesen** des Oberbergischen Kreises versorgt werden, gem. § 56 Abs. 4 Kreisordnung NW eine einheitliche Mehrbelastung in Höhe von **2,3742 %**
der für diese Gemeinden geltenden Umlagegrundlagen erhoben.
4. Zur Deckung der dem Kreis entstehenden Kosten für die Wahrnehmung der Aufgaben des Kreisjugendamtes wird von den kreisangehörigen Gemeinden, die durch das **Jugendamt** des Oberbergischen Kreises versorgt werden, gem. § 56 Abs. 5 Kreisordnung NW eine einheitliche Mehrbelastung in Höhe von **25,8905 %**
der für diese Gemeinden geltenden Umlagegrundlagen erhoben.

5. Die im Jahr 2011 kassenwirksamen Umlagen werden mit einem Zwölftel zum 05. eines jeden Monats fällig.

§ 7

Die **Wertgrenze** für die Einzelausweisung von Investitionsmaßnahmen im Teilfinanzplan gemäß § 26 Abs. 1 Buchstabe g KrO NRW in Verbindung mit § 4 Abs. 4 GemHVO NRW wird auf **50.000 €** festgesetzt.

Gummersbach, 24.03.2011

gez.
Hagen Jobi
Landrat

gez.

Kreistagsmitglied

gez.
Britta Block
Schriftführerin

Haushaltsplan

A decorative border consisting of a solid black line and a hatched pattern, forming an L-shape that frames the bottom and right sides of the page.

Hinweis zu den ausgewiesenen Rechnungsergebnissen 2009:

Da die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 noch nicht testiert und vom Kreistag festgestellt ist, konnte der Jahresabschluss 2009 noch nicht erstellt werden. Im HH - Plan sind daher in der Spalte *Ergebnis 2009* nur vorläufige Werte ausgewiesen. Veränderungen ergeben sich noch im Bereich der Abschreibungen und Sonderposten, durch noch umzusetzende Umbuchungen und Verrechnungen aus der Kostenrechnung sowie durch Jahresabschlussbuchungen (Rechnungsabgrenzung, Mittelübertragung, Pensionsrückstellungen, etc.). Nach den vorläufigen Berechnungen wird für das Jahr 2009 insgesamt ein ausgeglichenes Rechnungsergebnis erwartet.

Inhaltsverzeichnis Haushaltsplan (weiß)	Seite
Gesamtergebnisplan	1 - 2
Gesamtfinanzplan	3 - 5
Teilergebnispläne/ Teilfinanzpläne (siehe separates Inhaltsverzeichnis Haushaltsplan)	6 - 504
Stellenplan (gelb)	505 - 514
Übersichten (gelb)	515 - 520
Beteiligungen (gelb)	521 - 524
Erfolgspläne / Wirtschaftspläne gem. § 2 Abs. 2 Ziffer 8 GemHVO (gelb)	525 - 536
Zuwendungen an die Kreistagsfraktionen gem. § 40 Abs. 3 KrO (gelb)	537 - 540
Zuordnung von Ausschüssen zu Produktgruppen (gelb)	541 - 544
Finanzstellen (PSP-I) (gelb)	545 - 550
Kosten- und Leistungsrechnung (gelb)	551 - 556
Produktübersicht (gelb)	557 - 561

Inhaltsverzeichnis

Produktbereich	Produktgruppe	Bezeichnung	Seitenzahl
Gesamtergebnisplan			1
Gesamtfinanzplan			3
1.01	Innere Verwaltung		6
	1.01.01	Politische Gremien	10
	1.01.02	Verwaltungsführung	14
	1.01.03	Gleichstellung von Mann und Frau	19
	1.01.04	Beschäftigtenvertretung	23
	1.01.05	Rechnungsprüfung	27
	1.01.06	Zentrale Dienste	34
	1.01.07	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	50
	1.01.08	Personalmanagement	54
	1.01.09	Finanzmanagement u. Rechnungswesen	62
	1.01.10	Organisationsangelegenh. u. technikerunterstützte Informationsverarbeitung	70
	1.01.11	Recht	78
	1.01.12	Grundstücks- und Gebäudemanagement	82
	1.01.13	Technisches Immobilienmanagement	90
	1.01.14	Kommunalaufsicht	93
	1.01.15	Kreispolizeibehörde	96
1.02	Sicherheit und Ordnung		100
	1.02.01	Ordnungsbedürftige Tätigkeiten	103
	1.02.02	Verbraucherschutz	110
	1.02.03	Tiergesundheit	116
	1.02.04	Verkehrsangelegenheiten	122
	1.02.05	Fahr- und Beförderungserlaubnisse	133
	1.02.06	Kfz-Angelegenheiten	137
	1.02.07	Personenbezogene Aufenthalts- und Statusfragen	144
	1.02.08	Statistik	152
	1.02.09	Wahlen	156
	1.02.10	Bevölkerungsschutz	160
	1.02.11	Rettungsdienst	174

Produktbereich	Produktgruppe	Bezeichnung	Seitenzahl
1.03	Schulträgeraufgaben		186
	1.03.01	Förderschulen	189
	1.03.02	Berufskollegs	198
	1.03.03	Schülerbeförderung	207
	1.03.04	Sonstige schulische Aufgaben	210
1.04	Kultur und Wissenschaft		220
	1.04.01	Kommunale Veranstaltungen / Kulturförderung	222
	1.04.02	Volkshochschule	227
	1.04.03	Museum	236
	1.04.04	Heimatbildstelle	244
1.05	Soziale Leistungen		248
	1.05.01	Unterstützung von Senioren	251
	1.05.02	Hilfen z. Gesundheit, bei Behinderung, bei Pflegebedürftigkeit u. in anderen Lebenslagen	257
	1.05.03	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen	264
	1.05.04	Betreuungsleistungen	272
1.06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe		279
	1.06.01	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	283
	1.06.02	Jugendarbeit und Familienförderung	291
	1.06.03	Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	302
	1.06.04	Leistungen nach dem Bundeselterngeldgesetz	337
1.07	Gesundheitsdienste		341
	1.07.01	Gesundheitsförderung	343
	1.07.02	Gutachten und Stellungnahmen	350
	1.07.03	Gesundheitshilfe	354
	1.07.04	Gesundheitsschutz	358
1.08	Sportförderung		364
	1.08.01	Sportförderung	366

Produktbereich	Produktgruppe	Bezeichnung	Seitenzahl
1.09	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen		370
	1.09.01	Räumliche Planung	373
	1.09.02	Vermessung, Erhebung und Führung von Geobasisdaten	381
	1.09.03	Geoinformationsdienste, Geodatenmanagement	393
	1.09.04	Grundstückswertermittlung	400
1.10	Bauen und Wohnen		404
	1.10.01	Maßnahmen der Bauaufsicht	406
	1.10.02	Denkmalschutz u. Denkmalpflege	412
	1.10.03	Wohnungsbauförderung	416
	1.10.04	Wohnraumsicherung und -versorgung	420
	1.10.05	Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht	424
1.12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV		428
	1.12.01	Öffentliche Verkehrsflächen	431
	1.12.02	ÖPNV	449
1.13	Natur- und Landschaftspflege		453
	1.13.01	Natur und Landschaft	455
	1.13.02	Wald, Forst- und Landwirtschaft	464
1.14	Umweltschutz		470
	1.14.01	Bodenschutz, Altlasten, Abfall, Immissionen und Wasser	472
1.15	Wirtschaft und Tourismus		482
	1.15.01	Wirtschaftsförderung	484
	1.15.02	Tourismus	489
1.16	Allgemeine Finanzwirtschaft		495
	1.16.01	Steuern, allg. Zuweisungen und Umlagen	497
	1.16.02	Sonstige allg. Finanzwirtschaft	501

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Gesamtergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-3.615.593	-3.671.004	-2.753.030	-2.680.740	-2.594.000	-2.594.000
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-213.167.620	-206.591.039	-220.363.873	-219.316.063	-225.922.443	-229.722.381
3	+ Sonstige Transfererträge	-4.307.294	-4.099.350	-4.237.350	-4.272.350	-4.307.350	-4.307.350
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-19.725.995	-19.591.014	-21.064.468	-20.765.088	-20.954.456	-20.973.228
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.479.675	-1.265.220	-1.247.370	-1.247.370	-1.262.870	-1.262.870
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-17.026.124	-18.876.211	-39.678.246	-29.758.969	-32.036.638	-33.199.428
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-2.721.791	-2.907.200	-2.890.510	-2.890.810	-2.891.110	-2.891.410
10	= Ordentliche Erträge	-262.044.092	-257.001.038	-292.234.847	-280.931.390	-289.968.867	-294.950.667
11	- Personalaufwendungen	41.114.534	46.432.387	51.878.880	51.874.997	52.310.903	52.787.418
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	34.102.604	34.865.573	49.417.657	35.043.618	34.856.163	35.173.859
14	- Bilanzielle Abschreibungen	243.103	7.707.028	8.622.907	9.089.271	9.545.194	9.545.194
15	- Transferaufwendungen	134.430.999	133.878.220	143.582.317	143.429.146	146.791.557	149.559.617
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	41.558.424	42.715.339	47.809.279	47.011.493	46.835.665	45.910.807
17	= Ordentliche Aufwendungen	251.449.665	265.598.547	301.311.040	286.448.525	290.339.482	292.976.895
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-10.594.428	8.597.509	9.076.193	5.517.135	370.615	-1.973.772
19	+ Finanzerträge	-1.082.824	-771.033	-911.000	-981.000	-1.051.000	-1.191.000
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	2.930.076	3.563.300	3.009.464	3.168.485	3.235.851	3.163.151
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)	1.847.252	2.792.267	2.098.464	2.187.485	2.184.851	1.972.151

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Gesamtergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
22	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 18 und 21)	-8.747.176	11.389.776	11.174.657	7.704.620	2.555.466	-1.621
23	+ Außerordentliche Erträge	-500					
25	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)	-500					
26	= Jahresergebnis (= Zeilen 22 und 25)	-8.747.676	11.389.776	11.174.657	7.704.620	2.555.466	-1.621

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Gesamtfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-3.610.895	-3.671.004	-2.753.030	-2.680.740	-2.594.000	-2.594.000
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-211.851.048	-205.643.098	-218.967.303	-217.690.405	-224.102.491	-227.902.429
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-3.814.857	-4.099.350	-4.237.350	-4.272.350	-4.307.350	-4.307.350
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-19.120.880	-19.591.014	-21.064.468	-20.765.088	-20.954.456	-20.973.228
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.321.593	-1.265.220	-1.247.370	-1.247.370	-1.262.870	-1.262.870
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-16.113.900	-18.876.211	-39.678.246	-29.758.969	-32.036.638	-33.199.428
7	+ Sonstige Einzahlungen	-2.322.570	-2.907.200	-2.890.510	-2.890.810	-2.891.110	-2.891.410
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-1.082.629	-771.033	-911.000	-981.000	-1.051.000	-1.191.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-259.238.371	-256.824.130	-291.749.277	-280.286.732	-289.199.915	-294.321.715
10	- Personalauszahlungen	41.257.332	42.539.522	48.274.880	48.513.997	48.998.903	49.475.418
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	30.648.538	34.865.573	49.417.657	35.043.618	34.856.163	35.173.859
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	2.930.076	3.563.300	3.009.464	3.168.485	3.235.851	3.163.151
14	- Transferauszahlungen	138.086.936	133.878.220	143.582.317	143.429.146	146.791.557	149.559.617
15	- sonstige Auszahlungen	41.088.503	41.895.339	47.809.279	47.011.493	46.835.665	45.910.807
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	254.011.385	256.741.954	292.093.597	277.166.739	280.718.139	283.282.852
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (9 ./ 16)	-5.226.986	-82.176	344.320	-3.119.993	-8.481.776	-11.038.863
18	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-891.905	-10.049.097	-8.439.097	-2.979.097	-2.246.097	-1.544.098

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Gesamtfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
19	+ Einzahlungen aus der Ver- äußerung von Sachanlagen	-219.100	-3.500	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500
20	+ Einzahlungen aus der Ver- äußerung von Finanzanlagen	-202					
22	+ sonstige Investitionseinzahlungen	-8.743					
23	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	-1.119.950	-10.052.597	-8.441.597	-2.981.597	-2.248.597	-1.546.598
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden	174.114	352.000	209.000	240.000	233.000	191.000
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	3.887.357	15.940.000	16.033.000	3.985.000	2.900.000	1.610.000
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	1.458.135	3.153.377	2.816.458	1.624.993	2.467.033	1.847.113
27	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	11.250	30.000				
28	- Auszahlungen für Erwerb von aktivierbaren Zuwendungen		4.115.000	550.000	550.000	550.000	1
29	- Sonstige Investitionsauszahlungen	36.938	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000
30	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	5.567.794	23.594.377	19.612.458	6.403.993	6.154.033	3.652.114
31	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 23 und 30)	4.447.843	13.541.780	11.170.861	3.422.396	3.905.436	2.105.516
32	= Finanzmittelüberschuß / -fehlbetrag (17 und 31)	-779.143	13.459.604	11.515.181	302.403	-4.576.341	-8.933.348
33	+ Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	-1.488.609	-13.541.780	-11.170.860	-3.422.395	-3.905.435	-2.105.515
34	- Tilgung und Gewährung von Darlehen	4.056.668	2.709.547	3.127.752	3.447.608	3.673.424	3.808.810

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Gesamtfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
35	= Saldo aus Finanzierungs- tätigkeit	2.568.059	-10.832.233	-8.043.108	25.213	-232.011	1.703.295
36	= Änderung des Bestands an eigenen Finanzmitteln (= Zeilen 32 und 35)	1.788.916	2.627.371	3.472.073	327.616	-4.808.352	-7.230.053
38	= Liquide Mittel (= Zeilen 36 und 37)	1.788.916	2.627.371	3.472.073	327.616	-4.808.352	-7.230.053

Haushaltsplan 2011

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-55.000	-12.924	-276.798	-459.981	-609.534	-609.534
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-220.524	-185.050	-220.050	-210.050	-210.050	-210.050
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-473.827	-357.270	-397.370	-397.370	-397.370	-397.370
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-474.869	-1.735.190	-928.300	-258.300	-256.300	-256.300
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-302.901	-296.950	-280.100	-280.100	-280.100	-280.100
10	= Ordentliche Erträge	-1.527.121	-2.587.384	-2.102.618	-1.605.801	-1.753.354	-1.753.354
11	- Personalaufwendungen	9.594.268	10.742.726	10.959.895	10.986.727	11.072.070	11.172.933
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6.282.591	7.480.473	8.217.687	6.131.322	5.844.032	5.880.422
14	- Bilanzielle Abschreibungen	32.512	3.157.343	3.394.490	3.632.113	3.847.126	3.847.126
15	- Transferaufwendungen	73.663	89.790	85.500	88.000	85.500	88.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.917.566	3.321.758	3.353.380	3.300.669	3.264.763	3.237.746
17	= Ordentliche Aufwendungen	18.900.600	24.792.090	26.010.952	24.138.831	24.113.491	24.226.227
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	17.373.479	22.204.706	23.908.334	22.533.030	22.360.137	22.472.873
19	+ Finanzerträge	-741.708	-770.010	-775.000	-845.000	-915.000	-1.055.000
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	-741.708	-770.010	-775.000	-845.000	-915.000	-1.055.000
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	16.631.771	21.434.696	23.133.334	21.688.030	21.445.137	21.417.873
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	16.631.771	21.434.696	23.133.334	21.688.030	21.445.137	21.417.873
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-6.762.726	-9.045.291	-10.475.954	-9.451.010	-9.265.706	-9.303.927

Haushaltsplan 2011**1.01 Innere Verwaltung**

verantwortlich:

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	7.366	40.061	16.580	10.115	10.183	10.226
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	9.876.411	12.429.466	12.673.960	12.247.135	12.189.614	12.124.173

Haushaltsplan 2011

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-55.000						
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-201.972	-185.050	-220.050		-210.050	-210.050	-210.050
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-432.461	-357.270	-397.370		-397.370	-397.370	-397.370
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-330.207	-1.697.890	-921.000		-271.000	-269.000	-269.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-251.026	-296.950	-280.100		-280.100	-280.100	-280.100
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-741.708	-770.010	-775.000		-845.000	-915.000	-1.055.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.012.374	-3.307.170	-2.593.520		-2.003.520	-2.071.520	-2.211.520
10	- Personalauszahlungen	14.176.727	17.377.059	17.687.754		17.864.354	18.042.728	18.222.883
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	5.834.424	7.712.374	8.514.300		6.449.196	6.162.806	6.200.102
14	- Transferauszahlungen	91.801	110.790	374.500		97.000	94.500	97.000
15	- sonstige Auszahlungen	5.708.419	6.422.072	6.483.159		6.407.678	6.259.475	6.263.997
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	25.811.371	31.622.295	33.059.713		30.818.228	30.559.509	30.783.982
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	23.798.997	28.315.125	30.466.193		28.814.708	28.487.989	28.572.462
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-169.000						
20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	-202						
23	= investive Einzahlungen	-169.202						
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	269.726	432.050	396.380		397.460	398.540	399.620
29	- sonstige Investitionsauszahlungen	4.160						
30	= investive Auszahlungen	273.886	432.050	396.380		397.460	398.540	399.620

Haushaltsplan 2011**1.01 Innere Verwaltung**

verantwortlich:

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- /J. Auszahlung)	104.684	432.050	396.380		397.460	398.540	399.620

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.01 Innere Verwaltung**1.01.01 Politische Gremien****Beschreibung**

- Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Sitzungen politischer Gremien
- Unterstützung und Beratung von Fraktionen, Gruppen und Mitgliedern der Gremien
- Koordination der Ausschussarbeit

Auftragsgrundlage

Kreisordnung, Gemeindeordnung, Hauptsatzung für den Oberbergischen Kreis, Geschäftsordnung für den Kreistag des Oberbergischen Kreises, Entschädigungsverordnung, Mitteilungsverordnung

Ziele

fristgerechte Planung und Durchführung von Sitzungen

zeitnahe Nachbereitung von Sitzungen

Zielgruppen

Kreistagsmitglieder, sachkundige Bürger, Parteien, Fraktionen und Gruppen

Haushaltsplan 2011**1.01 Innere Verwaltung**

verantwortlich:

1.01.01 Politische Gremien

Kreisdirektor

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
11	- Personalaufwendungen	52.778	63.065	51.980	51.893	52.232	52.681
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.730					
15	- Transferaufwendungen	2.132	4.790	500	3.000	500	3.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	616.672	622.212	619.142	619.674	620.206	620.784
17	= Ordentliche Aufwendungen	675.312	690.068	671.623	674.567	672.938	676.465
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	675.312	690.068	671.623	674.567	672.938	676.465
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	675.312	690.068	671.623	674.567	672.938	676.465
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	675.312	690.068	671.623	674.567	672.938	676.465
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	85.262	135.205	114.192	110.811	111.471	112.123
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	760.574	825.273	785.814	785.378	784.409	788.588

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.01 Innere Verwaltung

1.01.01 Politische Gremien

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Politische Gremien

Über die Produktgruppe *Politische Gremien* werden die Kosten von Kreistag, Ausschüssen, Fraktionen und sonstigen Sitzungen abgewickelt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

In der Kontengruppe *Transferaufwendungen* ist der laufende Zuschuss an die Nachwuchsorganisationen der im Kreistag vertretenen politischen Parteien abgebildet, sowie die Kosten des Förderpreises und des Vorlesewettbewerbs (Kst. 1410 u 1412).

Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* beinhaltet die Aufwandsentschädigungen für stellvertretende Landräte und Fraktionsvorsitzende (vgl. KrO i. V. m. Entschädigungsverordnung), die Entschädigungen der Kreistagsmitglieder und die der sachkundigen Bürger sowie die Zuwendungen an Kreistagsfraktionen. Die Höhe der Mittelanmeldungen können sich durch Neuordnung nach einer Kreistagswahl und einer Reduzierung bzw. Erhöhung der Kreistagsmitglieder sowie durch eine abweichende Zahl der Fraktionen verändern oder durch einen entsprechenden Kreistagsbeschluss. Des weiteren werden in dieser Kontengruppe Kosten wie Ehrungen, Jubiläen, Empfänge, Gästebewirtung und sonstige Kosten im Zusammenhang mit Kreistags- und Ausschusssitzungen und die Kosten der Erstellung des Sozialberichts (Kostenart 542900) verausgabt.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.01 Innere Verwaltung**1.01.01 Politische Gremien**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
10	- Personalauszahlungen	41.153	39.980	31.698		32.015	32.335	32.658
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	3.597						
14	- Transferauszahlungen	1.790	1.790					
15	- sonstige Auszahlungen	610.147	620.002	566.635		566.635	566.635	566.635
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	656.687	661.772	598.333		598.650	598.970	599.293
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	656.687	661.772	598.333		598.650	598.970	599.293

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:
Kreisdirektor

1.01 Innere Verwaltung**1.01.02 Verwaltungsführung****Beschreibung**

- Entwurf und Vorgabe von Richtlinien zur Führung der Verwaltung
- strategische Planung und Koordination der Verwaltungsziele
- Erstellung von Vorgaben zur Erreichung operativer Ziele
- Aufstellung und Anpassung einer Verwaltungsstruktur
- Durchführung eines Zielcontrollings
- am Bürger orientiertes Ausrichten des Verwaltungshandelns

Auftragsgrundlage

Dienstanweisungen, Organisationsverfügungen

Ziele**Zielgruppen**

Bedienstete, Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.01 Innere Verwaltung**1.01.02 Verwaltungsführung**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-55.000					
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-11.648	-13.000	-13.000	-13.000	-13.000	-13.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-60.000	-100.000	-70.000			
10	= Ordentliche Erträge	-126.648	-113.000	-83.000	-13.000	-13.000	-13.000
11	- Personalaufwendungen	1.016.980	1.242.104	1.234.587	1.235.706	1.244.741	1.255.852
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	106.124	207.080	116.330	46.330	46.330	46.330
14	- Bilanzielle Abschreibungen		1.264	1.135	1.197	1.260	1.260
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	42.839	51.829	51.277	51.191	50.833	50.939
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.165.943	1.502.277	1.403.329	1.334.425	1.343.164	1.354.381
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.039.295	1.389.277	1.320.329	1.321.425	1.330.164	1.341.381
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.039.295	1.389.277	1.320.329	1.321.425	1.330.164	1.341.381
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.039.295	1.389.277	1.320.329	1.321.425	1.330.164	1.341.381
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-956.731	-1.112.422	-1.099.105	-1.100.472	-1.108.262	-1.118.184
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	33.939	38.482	44.985	41.629	41.450	41.534
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	116.504	315.337	266.209	262.581	263.353	264.731

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.01 Innere Verwaltung

1.01.02 Verwaltungsführung

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Verwaltungsführung

Über die Kontengruppe Zuwendungen und allgemeine Umlagen wurden im Jahr 2009 die Zuweisungen vom Land für das Projekt "KOMM-IN" vereinnahmt.

Über die Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* wird die Abführung von Einnahmen aus Nebentätigkeiten und die Erstattung für Kfz-Nutzung abgewickelt.

In der Kontengruppe *Kostenerstattung und Kostenumlage* werden Zuschüsse zu den Projekten werden Zuschüsse zu den Projekten Gewaltprävention an Schulen und Weitblick dargestellt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Unter *Sonstige Sach- und Dienstleistungen* werden die Kosten des Projektes Gewaltprävention an Schulen sowie das Projekt Weitblick dargestellt. Die Bewirtschaftung erfolgt hier im Vorfeld über eine Kostenstelle. Daneben sind hier Aufwendungen für Kreismarketing mit enthalten. In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind die Verfügungsmittel des Landrates mit 14.740 € veranschlagt und fortgeschrieben (Ansatz 2010: 15.200 €; vgl. Kostenart 549100). Die Aufwandsentschädigungen des Landrates und seines allgemeinen Vertreters als besondere Zulage für einen allgemein mit der Stelle zusammenhängenden Aufwand (vgl. §§ 5 u. 6 Eingruppierungsverordnung) sind Bestandteil der Personalaufwendungen. Des weiteren sind hier u. a. die Geschäftskosten des Integrationsbeauftragten (Dez. II) zwecks Förderung von Integrationsmaßnahmen (Kostenart 543905) sowie die Geschäftsaufwendungen des Bündnisses für Familien ausgewiesen. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.01 Innere Verwaltung

1.01.02 Verwaltungsführung

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.01 Innere Verwaltung
1.01.02 Verwaltungsführung

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-55.000						
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-11.648	-13.000	-13.000		-13.000	-13.000	-13.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-60.000	-50.000	-50.000				
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-126.648	-63.000	-63.000		-13.000	-13.000	-13.000
10	- Personalauszahlungen	819.204	801.432	800.185		808.187	816.269	824.430
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	46.333	97.000	72.000		22.000	22.000	22.000
15	- sonstige Auszahlungen	29.281	40.200	39.290		39.290	39.290	39.290
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	894.819	938.632	911.475		869.477	877.559	885.720
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	768.171	875.632	848.475		856.477	864.559	872.720

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:
Kreisdirektor

1.01 Innere Verwaltung**1.01.03 Gleichstellung von Frau und Mann****Beschreibung**

- Gleichstellung in der Verwaltung
- Beratung und Unterstützung von Verwaltungsführung, Ämtern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern
 - Beteiligung an sozialen, organisatorischen und personellen Maßnahmen
 - o Umsetzung und Fortschreibung des Frauenförderplans
 - o Bewerbungsverfahren
 - o Mitwirkung an der Entwicklung von Konzepten, Richtlinien u.ä. im Personalbereich
 - Teilnahme an internen Besprechungen und Sitzungen politischer Gremien
 - Arbeitsgruppe Telearbeit
- Förderung der Gleichstellung der Bürgerinnen und Bürger
- o Beratung der externen Zielgruppen
 - o Öffentlichkeitsarbeit
 - o Kooperation und Vernetzung auf Kreis- und Landesebene

Auftragsgrundlage

Zusammenarbeit mit Interessenvertretern und Interessenvertreterinnen auf Kreis- und Landesebene
Grundgesetz, Landesgleichstellungsgesetz (LGG NW), Kreisordnung NW, Hauptsatzung des Oberbergischen Kreises, Dienstanweisungen und -vereinbarungen

Ziele

- Verbesserung der beruflichen Situation der, in der Verwaltung beschäftigten Frauen
 - Statistik zum Frauenförderplan
- Optimierung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie
 - Anzahl innovativer Vorschläge, Maßnahmen oder ähnliches
- Erhalt der Standards in den Bereichen Betriebliche Kinderbetreuung, Familientag, Frauenspezifische Fortbildung
 - Zahl der Teilnehmenden
- Erhalt der Standards in den Bereichen Veranstaltungen, Beratung und Information.
 - Zahl der Veranstaltungen, Veröffentlichungen, Beratungen

Zielgruppen

Mitarbeiterinnen und mitarbeiter der Kreisverwaltung, externe Bewerberinnen und Bewerber, Verwaltungsführung, Dezernate, Ämter, politische Gremien, Bürgerinnen und Bürger, Verbände, Gleichstellungsstellen, Beratungsstellen

Haushaltsplan 2011**1.01 Innere Verwaltung**

verantwortlich:

1.01.03 Gleichstellung von Frau und Mann

Kreisdirektor

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-3					
10	= Ordentliche Erträge	-3					
11	- Personalaufwendungen	54.341	65.524	67.447	67.334	67.774	68.359
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.511	2.162	2.062	2.062	2.062	2.062
14	- Bilanzielle Abschreibungen		158	142	150	158	158
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.744	3.435	3.397	3.397	3.363	3.375
17	= Ordentliche Aufwendungen	58.596	71.279	73.048	72.943	73.357	73.953
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	58.593	71.279	73.048	72.943	73.357	73.953
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	58.593	71.279	73.048	72.943	73.357	73.953
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	58.593	71.279	73.048	72.943	73.357	73.953
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	4.228	6.959	10.550	6.915	6.826	6.858
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	62.820	78.238	83.599	79.858	80.183	80.811

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.01 Innere Verwaltung

1.01.03 Gleichstellung von Frau und Mann

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Gleichstellung von Frau und Mann

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* werden alle Sachkosten (Kostenart 529100) im Rahmen der Gleichstellung von Frau und Mann verausgabt. Veranstaltungen und Veröffentlichungen werden äußerst restriktiv geplant, auf alle nicht zwingend erforderlichen Aktivitäten wird verzichtet.

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.01 Innere Verwaltung**1.01.03 Gleichstellung von Frau und Mann**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
10	- Personalauszahlungen	39.198	39.632	41.130		41.542	41.957	42.377
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.503	2.150	2.050		2.050	2.050	2.050
15	- sonstige Auszahlungen	211	690	690		690	690	690
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	40.912	42.472	43.870		44.282	44.697	45.117
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	40.912	42.472	43.870		44.282	44.697	45.117

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Amt 10

1.01 Innere Verwaltung**1.01.04 Beschäftigtenvertretung****Beschreibung**

Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Personalvertretungsrecht
Mitbestimmung, Mitwirkung und Beteiligung in Personalangelegenheiten

Auftragsgrundlage

Landespersonalvertretungsgesetz NRW (LPVG NRW)

Ziele

- Sicherstellung der umfassenden Beratung und konkreten Hilfestellung der Beschäftigten in arbeits-, beamten- bzw. sozialrechtlichen Fragen.
- Sicherstellung der Arbeitsplätze der Beschäftigten unter humanen Arbeitsbedingungen unter Erhalt des jeweiligen Einkommens.
- Vertrauensvolle Zusammenarbeit der Dienststelle und der Personalvertretung zur Erfüllung der dienstlichen Aufgaben zum Wohle der Beschäftigten im Rahmen der bestehenden Gesetze und Tarifverträge.

Zielgruppen

Beschäftigte des Oberbergischen Kreises

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Amt 10

1.01 Innere Verwaltung

1.01.04 Beschäftigtenvertretung

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-15					
10	= Ordentliche Erträge	-15					
11	- Personalaufwendungen	168.267	184.641	185.344	186.391	188.016	189.801
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.536	1.679	1.680	1.680	1.680	1.680
14	- Bilanzielle Abschreibungen		474	426	449	472	472
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	7.540	9.069	8.826	8.864	8.807	8.845
17	= Ordentliche Aufwendungen	177.343	195.862	196.276	197.384	198.976	200.799
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	177.329	195.862	196.276	197.384	198.976	200.799
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	177.329	195.862	196.276	197.384	198.976	200.799
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	177.329	195.862	196.276	197.384	198.976	200.799
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	29.789	43.575	28.780	25.558	25.362	25.559
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	207.118	239.437	225.056	222.942	224.338	226.358

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Amt 10

1.01 Innere Verwaltung**1.01.04 Beschäftigtenvertretung****Planerläuterung zum Teilergebnisplan Beschäftigtenvertretung**

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* wird die Aufwandsdeckung für den Personalrat nach den Vorgaben der entsprechenden Rechtsverordnung für Personalvertretungen sichergestellt (Kostenart 524900). Darüber hinaus sind an dieser Stelle Gerichts- und Anwaltskosten veranschlagt (Kostenart 528903).

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Amt 10

1.01 Innere Verwaltung

1.01.04 Beschäftigtenvertretung

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
10	- Personalauszahlungen	153.703	133.001	133.129		134.460	135.805	137.163
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.397	1.640	1.640		1.640	1.640	1.640
15	- sonstige Auszahlungen	1.543	2.450	2.150		2.150	2.150	2.150
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	156.643	137.091	136.919		138.250	139.595	140.953
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	156.643	137.091	136.919		138.250	139.595	140.953

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:
Dezernat II

1.01 Innere Verwaltung

1.01.05 Rechnungsprüfung

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

- 1.01.05.01 Rechnungsprüfung und Beratung
- 1.01.05.02 Prüfungen für Dritte

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.01.05.01

Rechnungsprüfung und Beratung

Beschreibung

a.) Durchführung folgender Pflichtprüfungen für den Kreis:

- Eröffnungsbilanz
- Jahresabschlüsse
- Gesamtabchlüsse
- Vorgänge in der Finanzbuchhaltung
- dauernde Überwachung der Zahlungsabwicklung
- Programmprüfung im Bereich der Finanzbuchhaltung vor Einsatz
- Finanzvorfälle für den Landesrechnungshof
- Vergaben

b.) Durchführung der vom Kreistag übertragenen sonstigen Prüfaufgaben:

- Jahresrechnungen/Jahresabschlüsse
 - o Zweckverband Naturpark Bergisches Land
 - o Oberbergisches Kreisorchester e.V.
 - o Biologische Station Oberberg e.V.
 - o Touristikverband Oberbergisches Land e.V.
 - o Rheinisches Studieninstitut Köln
 - o Gründer- und TechnologieCentrum Gummersbach (GTC)
 - o Bergische Agentur für Kulturlandschaft (BAK gGmbH)
 - o Programmprüfung für Gemeinsame kommunale Datenzentrale Rhein-Sieg/Oberberg

c.) Sonderprüfungen nach Auftrag des Landrates

Auftragsgrundlage

GO NRW, Landeshaushaltsordnung, Handelsgesetzbuch, Rechnungsprüfungsordnung

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat II

1.01 Innere Verwaltung**1.01.05 Rechnungsprüfung****Ziele**

- a.) Unterstützung des Kreistages und der Verwaltungsleitung durch Bereitstellung steuerungsrelevanter Informationen zur Sicherstellung der Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit des Verwaltungshandelns sowie zur Verbesserung der Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit.
- Jährliche Prüfung der Zahlungsabwicklung
 - Laufende Prüfung der Vergaben entsprechend der Vergabedienstanweisung
 - Jährliche Prüfung von 10 % der Produkte
 - Prüfung der Eröffnungsbilanz und Jahresabschlüsse, nach rechtzeitiger Vorlage, bis 15.11. einschl. Berichterstattung
- b.) Jährliche Prüfung der Jahresrechnungen/Jahresabschlüsse einschl. Berichterstattung innerhalb der jeweiligen Vorlagetermine

Kurzfristige Durchführung von Sonderprüfungen

Zielgruppen

- a.) alle Ämter der Kreisverwaltung
- b.) Gesellschafter, Aufsichtsrat, Vorstände, Mitglieder
- c.) alle Ämter der Kreisverwaltung

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat II

1.01 Innere Verwaltung**1.01.05 Rechnungsprüfung****1.01.05.02****Prüfungen für Dritte****Beschreibung**

Wahrnehmung von Prüfungs-, Beratungs- und sonstigen Dienstleistungen für kreisangehörige Kommunen aufgrund öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen gegen Kostenerstattung:

Bergneustadt, Engelskirchen, Morsbach, Reichshof, Waldbröl, Wipperfürth

Auftragsgrundlage

GO NRW, Landeshaushaltsordnung, Handelsgesetzbuch, Rechnungsprüfungsordnung

Ziele

Abwicklung der jeweils vereinbarten Beratungs-, Prüfungs- und sonstigen Leistungen zur Unterstützung des Rates und des Verwaltungsvorstandes zur Stärkung der Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns.

Zielgruppen

Verwaltungsvorstand und alle Ämter der jeweiligen Kommune

Haushaltsplan 2011
1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.05 Rechnungsprüfung

Dezernat II

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-68.573	-50.000	-80.000	-70.000	-70.000	-70.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.778	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-15.234	-18.500				
10	= Ordentliche Erträge	-85.586	-70.500	-82.000	-72.000	-72.000	-72.000
11	- Personalaufwendungen	420.742	501.986	491.450	491.607	495.086	499.437
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	102	245	248	248	248	248
14	- Bilanzielle Abschreibungen		1.264	1.135	1.197	1.260	1.260
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	24.059	26.494	26.670	26.704	26.480	26.573
17	= Ordentliche Aufwendungen	444.902	529.989	519.503	519.756	523.073	527.518
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	359.317	459.489	437.503	447.756	451.073	455.518
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	359.317	459.489	437.503	447.756	451.073	455.518
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	359.317	459.489	437.503	447.756	451.073	455.518
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-3.852	-11.844	-10.614	-10.629	-10.610	-10.622
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	10.267	54.636	59.548	59.146	58.411	58.516
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	365.731	502.280	486.437	496.273	498.874	503.412

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat II

1.01 Innere Verwaltung

1.01.05 Rechnungsprüfung

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Rechnungsprüfung

Über die Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) nach der Gebührensatzung (Produkt Prüfung, Beratung, etc. für Dritte) abgewickelt. Das Rechnungsprüfungsamt prüft aufgrund öffentl.-rechtlicher Vereinbarungen für diverse Kommunen im Oberbergischen Kreis Teile der örtlichen Jahresrechnung. In der Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* werden die Einnahmen/Erträge aus dem Verkauf (Kostenart 441100) von Ausschreibungsunterlagen erfasst. Die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* beinhaltet die Erstattung von Personalkosten (Kostenart 442400) für ADV-Prüfer. Das Rechnungsprüfungsamt prüft ADV-Programme des Zweckverbandes für kommunale Informationsverarbeitung OBK/RSK/Solingen (Civitec).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* enthält die Kosten für die Bekanntmachung (Kostenart 543600) von Ausschreibungen sowie sonstige Geschäftsaufwendungen (Kostenart 543900; z.B. Druckkosten, Sachkosten etc. für Prüfberichte u. a.). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat II

1.01 Innere Verwaltung

1.01.05 Rechnungsprüfung

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-67.188	-50.000	-80.000		-70.000	-70.000	-70.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.778	-2.000	-2.000		-2.000	-2.000	-2.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-10.835	-18.500					
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-79.801	-70.500	-82.000		-72.000	-72.000	-72.000
10	- Personalauszahlungen	325.425	320.432	315.692		318.810	321.958	325.138
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	25	150	150		150	150	150
15	- sonstige Auszahlungen	3.507	5.450	5.450		5.450	5.450	5.450
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	328.957	326.032	321.292		324.410	327.558	330.738
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	249.156	255.532	239.292		252.410	255.558	258.738

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

KD, Dez. II

1.01 Innere Verwaltung**1.01.06 Zentrale Dienste****Beschreibung**

Diese Produktgruppe setzt sich aus folgenden Produkten und Teilprodukten zusammen:

- 1.01.06.01 Druckerei
- 1.01.06.02 Poststelle
- 1.01.06.03 Bürgerservice
- 1.01.06.04 Fuhrpark
- 1.01.06.05 Sonstige zentrale Dienste

- 1.01.06.06 Zentrale Bußgeldstelle
 - 1.01.06.06.01 Bußgelder Abfallwirtschaft
 - 1.01.06.06.02 Bußgelder Bauordnung
 - 1.01.06.06.03 Bußgelder Gewässerschutz
 - 1.01.06.06.04 Bußgelder Ordnungsamt
 - 1.01.06.06.05 Bußgelder sonstige Ordnungswidrigkeiten
 - 1.01.06.06.06 Bußgelder Veterinäraufsicht
 - 1.01.06.06.07 Bußgelder verkehrsrechtliche Genehmigungen

- 1.01.06.07 Submission, Datenschutz, AGG, sonst.

Auftragsgrundlage**Ziele****Zielgruppen**

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

KD, Dez. II

1.01 Innere Verwaltung**1.01.06 Zentrale Dienste****1.01.06.01****Druckerei****Beschreibung**

Erstellen von Druckerzeugnissen unterschiedlichster Art für die Verwaltung und politische Arbeit.

Auftragsgrundlage

Organisationsentscheidung des Landrats

Ziele

Geringe Fehlerquote bei der Erstellung der Drucke

Zielgruppen

Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

KD, Dez. II

1.01 Innere Verwaltung

1.01.06 Zentrale Dienste

1.01.06.02**Poststelle****Beschreibung**

Verteilen der Eingangspost
Versand der Postausgänge der Kreisverwaltung
Interne Postverteilung

Auftragsgrundlage

Organisationsentscheidung des Landrats

Ziele

Verteilung der Ein- und Ausgangspost innerhalb eines Arbeitstages

Zielgruppen

Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

KD, Dez. II

1.01 Innere Verwaltung**1.01.06 Zentrale Dienste****1.01.06.03****Bürgerservice****Beschreibung**

- Besucherinformation
- Telefonauskunft und Weitervermittlung von Telefongesprächen
- Verwaltung von Dienstkraftfahrzeugen
- Kontaktstelle für Rückfragen Schrankenanlage (Zu- und Ausfahrt Kreisparkplatz)

Auftragsgrundlage

Organisationsentscheidung des Landrates

Ziele

- Zeitnahe Besucherinformation
- Unmittelbare Weitervermittlung von Telefongesprächen

Zielgruppen

Auskunftssuchende (Besucher, Anrufer), Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

KD, Dez. II

1.01 Innere Verwaltung

1.01.06 Zentrale Dienste

1.01.06.04**Fuhrpark****Beschreibung**

- Einkauf von Dienstfahrzeugen
- Veranlassen von Wartungen und Reparaturen
- Bereitstellung der Fahrzeuge

Auftragsgrundlage

Organisationsentscheidung des Landrats

Ziele

- Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl an Dienstfahrzeugen
- Umweltschutz durch geringen CO₂ - Ausstoß

Zielgruppen

Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

KD, Dez. II

1.01 Innere Verwaltung**1.01.06 Zentrale Dienste****1.01.06.05****Sonstige zentrale Dienste****Beschreibung**

- Beschaffung von Verbrauchsmaterial, Büchern, Einrichtungsgegenständen und Dienstleistungen
- Registraturarbeiten im Zwischenarchiv (Aktentransport und Aussonderung nach Vorgabe durch die Fachämter)

Auftragsgrundlage

Organisationsentscheidung des Landrats

Ziele

Zeitnahe, vollständige und wirtschaftliche Abwicklung der Beschaffung

Zielgruppen

Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

1.01.06.06

Zentrale Bußgeldstelle

Beschreibung

- Prüfung und Ahndung der von den Fachämtern des Hauses und des Bundesversicherungsamtes vorgelegten Ordnungswidrigkeitenverfahren (z.B. Verstöße gegen baurechtliche Bestimmungen, lebensmittel- und veterinärrechtliche Bestimmungen, abfallrechtliche Bestimmungen, waffenrechtliche Bestimmungen, Verstöße gegen die Handwerksordnung oder das Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, Verstöße gegen das Pflichtversicherungsgesetz u.a.)
- Beratung der Fachämter – Koordination der Ermittlungen- und Beratung der kreisangehörigen Kommunen
- Vertretung des Kreises vor den zuständigen Amtsgerichten

Auftragsgrundlage

Bauordnung NRW, Kreislaufwirtschaft- und Abfallgesetz, Handwerksordnung, Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, Tierschutzgesetz, Personenbeförderungsgesetz, Viehverkehrsordnung, Trinkwasserverordnung, Arzneimittelgesetz, Bundesseuchengesetz, Fahrlehrergesetz, Schulpflichtgesetz, Lebensmittel- und Futtermittelgesetz, Lebensmittelhygieneverordnung, Waffengesetz, Gewerbeordnung, Makler- und Bauträgerverordnung, Landesjagdgesetz, Katastrophenschutzgesetz, Betäubungsmittelgesetz, Bundesausbildungsförderungsgesetz, Güterkraftverkehrsgesetz, Landschaftsgesetz u.a.

Ziele

Einhaltung von Rechtsvorschriften durch den Bürger und damit u.a. Verhinderung von Schwarzbauten, Verhinderung von wirtschaftsschädlicher Schwarzarbeit, Verhinderung von Umweltbelastungen, Verhinderung von Seuchen u.a. durch Ahndung der Verstöße innerhalb der gesetzlich geregelten Verjährungsfrist

Zielgruppen

Ordnungswidrig handelnde natürliche und juristische Personen

1.01.06.07

Submission, Datenschutz, AGG, sonst.

Beschreibung

- a.) Allgemeine Korruptionsprävention durch:
 - Umsetzung der in den Leitlinien festgelegten Maßnahmen (Prävention, Schulung, Beratung, Aufbau "Internes Kontrollsystem", Sensibilisierung, Öffentlichkeitsarbeit)
 - Anwendung und Einhaltung der Dienstanweisungen (VDA, Annahme von Belohnungen und Geschenken, Sponsoring)
 - Aufgabe des Korruptionsbeauftragten
- b.) Zentrale Submission, zentrale Vergabe:
 - Aufbau und Pflege der zentralen Bieterdatei
 - Geschäftsführung der zentralen Submissionsstelle
 - Planung und Durchführung der Submissionstermine
 - Kontrolle der Einhaltung von VOB, VOL, VOF, HOAI
- c.) Behördlicher Datenschutz
 - stellvertretender behördlicher Datenschutzbeauftragter
 - Sicherstellung des Datenschutzes, Beratungs- und Überwachungsfunktion
 - Führung Verfahrensverzeichnis
 - Durchführung der Vorabkontrollen
 - Beteiligung an Datenschutz- und IT- Sicherheitskonzept
- d.) Informationsfreiheit
 - Koordination und Antragsbearbeitung, Statistik
- e.) Allg. Gleichbehandlungsgesetz
 - Beschwerdestelle
 - Beratung und Beseitigung von Benachteiligungen aus Gründen der Rasse, ethnischer Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, der Behinderung, des Alters und der sexuellen Identität insbesondere in den Anwendungsbereichen Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen, Auswahl- und Einstellungskriterien, Gesundheitsschutz, Bildung und soziale Vergünstigungen einschließlich öffentliche Güter und Dienstleistungen

Haushaltsplan 2011**1.01 Innere Verwaltung**

verantwortlich:

1.01.06 Zentrale Dienste

KD, Dez. II

AuftragsgrundlageZu a.):

- Korruptionsbekämpfungsgesetz, Runderlass Innenministerium vom 26.04.2005
- Leitlinien des Kreises für ein transparentes und integriertes Verwaltungshandeln vom 22.09.2005
- DA Sponsoring, DA Annahme Geschenke/Belohnungen, VDA

Zu b.): Vergabedienstanzweisung, VOB, VOL, VOF, HOAIZu c.): DSG.NRW und DA gbDSB vom 23.05.2002Zu d.): IFG.NRW und Verfügung LR- Nr. 03.2002 vom 17.01.2002Zu e.): AGG und Organisationsverfügung des LR vom 19.09.2007**Ziele**Zu a.):

- Sensibilisierung der Verwaltung und Politik,
- Flächendeckende Einführung des IKS in allen Dezernaten/Ämtern,
- Jährliche Schulung aller neuen Auszubildenden,
- Beratung, Beurteilungshilfe durch Korruptionsbeauftragten innerhalb von 7 Tagen
- Dokumentation und Jahresbericht aller Maßnahmen bis 15.11.

Zu b.):

- Sicherstellung eines fairen, transparenten und ordnungsgemäßen Wettbewerbes
- Vermeidung von Diskriminierung
- Einhaltung von Produktneutralität
- Gleichbehandlung aller Bieter

Zu c.):

Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und der Aufgaben nach dem Landesdatenschutzgesetz (DSG. NRW)

Zu d.):

Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und der Aufgaben nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG. NRW); insbesondere Einhaltung der Monatsfrist zur Antragsentscheidung

Zu e.):

Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und der Aufgaben nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG)

Zielgruppen

a.) Gesamte Verwaltung und politische Vertreter in Kreistag etc.

b.) alle Ämter der Kreisverwaltung

c.) alle Ämter und Bedienstete der Kreisverwaltung, Bürger

d.) Bürger

e.) Beschäftigte und BewerberInnen

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

KD, Dez. II

1.01 Innere Verwaltung

1.01.06 Zentrale Dienste

Haushaltsplan 2011**1.01 Innere Verwaltung**

verantwortlich:

1.01.06 Zentrale Dienste

KD, Dez. II

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-19.885	-20.050	-20.050	-20.050	-20.050	-20.050
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-2.411	-770	-870	-870	-870	-870
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-18.461	-9.640	-16.150	-16.150	-14.150	-14.150
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-157.192	-156.600	-160.000	-160.000	-160.000	-160.000
10	= Ordentliche Erträge	-197.949	-187.060	-197.070	-197.070	-195.070	-195.070
11	- Personalaufwendungen	1.086.625	1.162.835	1.125.886	1.132.363	1.142.273	1.153.126
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	174.135	180.788	153.620	151.170	148.420	153.420
14	- Bilanzielle Abschreibungen	7.063	78.192	218.933	180.164	103.248	103.248
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	381.304	354.442	422.853	416.865	404.333	401.600
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.649.126	1.776.258	1.921.293	1.880.562	1.798.274	1.811.393
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.451.177	1.589.198	1.724.223	1.683.492	1.603.204	1.616.323
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.451.177	1.589.198	1.724.223	1.683.492	1.603.204	1.616.323
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.451.177	1.589.198	1.724.223	1.683.492	1.603.204	1.616.323
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-357.437	-511.562	-649.457	-554.532	-468.591	-475.670
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	265.561	427.671	565.648	395.550	395.687	397.313
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.359.301	1.505.307	1.640.414	1.524.511	1.530.300	1.537.965

Haushaltsplan 2011

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.06 Zentrale Dienste

KD, Dez. II

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Zentrale Dienste

Zur Produktgruppe 1.01.06 Zentrale Dienste:

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören neben den Ausgaben für Dienst- u. Schutzkleidung im Zuge des Aufbaus einer Corporate Identity (Kostenart 541600) auch anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Zu den Produkten 1.01.06.01 bis 1.01.06.05 (Amt 10):

Zur Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung* zählen Entgelte für Kraftwagennutzung (Kostenart 442900, Produkt Fuhrpark) und Erstattungen von Geschäftsausgaben der OAG (Kostenart 442600, Produkt Sonstige Zentrale Dienste). Zu den *Sonstigen ordentlichen Erträgen* gehören u. a. die Erlöse aus dem Verkauf von geringwertigen beweglichen Sachen und sonstige vermischte Einnahmen (Kostenart 451500 u. 459100, Produkt Sonstige Zentrale Dienste). In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* sind u. a. Kosten für Kurierdienste (Kostenart 529909, Produkt Poststelle) veranschlagt, sowie Kosten der Betriebsorganisation und die Kosten des Archivberaters (Kostenart 524900 u. 528905, Produkt Sonstige Zentrale Dienste). In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind u. a. Miete- und Wartungskosten von Verfielfältigungsautomaten (Kostenart 542910, Produkt Sonstige Zentrale Dienst) sowie die GEZ - Gebühren (Kostenart 542300, Produkt Sonstige Zentrale Dienste) geplant. Ferner sind hier die Unterhaltungskosten der Fahrzeuge (Kst. 40100, Kostenart 523400 u.a.) ausgewiesen, die von Amt 10 bewirtschaftet werden; die Verrechnung der Kfz-Kosten erfolgt über die Leistungsverrechnung (Zeile 27-28 im Ergebnisplan).

Zum Produkt: 1.01.06.06 Zentrale Bußgeldstelle (Amt 30):

Über die Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden die Verwaltungsgebühren für Aktenversendungen (Kostenart 431100) abgewickelt. In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* sind diverse Bußgelder (Kostenart 452110) erfasst, z. B. aus den Bereichen Veterinär, Bauordnung, Gewässerschutz, Abfall und sonstige Bereiche. Die Bußgelder im Zusammenhang mit der Geschwindigkeitsüberwachung sind dagegen im Produkt 1.02.04.02 (Überwachung des

Haushaltsplan 2011**1.01 Innere Verwaltung**

verantwortlich:

1.01.06 Zentrale Dienste

KD, Dez. II

fließenden Verkehrs) abgebildet, die Bußgelder aus dem Bereich 32/1 im Produkt 1.02.01.02 (Gewerbe und Handwerk). In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* werden die Erstattung von Kosten der Rechtsverteidigung (Kostenart 528902 Kostenerstattungen an Anwälte u. a.) sowie Erstattungen von Auslagen für Zeugen und Sachverständige (Kostenart 528900) erfasst. Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind die Kosten der optischen Archivierung sowie Erstattungen von Bußgeldern aus Vorjahren (Kostenart 549800) veranschlagt.

Haushaltsplan 2011**1.01 Innere Verwaltung**

verantwortlich:

1.01.06 Zentrale Dienste

KD, Dez. II

Nachrichtlich: Hilfs- oder Gemeinkosten wie Porto, Telefon, Drucksachen, Bekanntmachungen, Aktenvernichtung, Kosten für Datenleitungen, ADV-Kosten (GKD), Unterhaltung von Fahrzeugen (Fahrzeugpool Amt 10) usw. sind auf sog. *Kostenstellen* veranschlagt. Die Verteilung dieser Kosten erfolgt verursachungsgerecht auf Organisationseinheiten bzw. direkt auf Produkte.

Auszug aus der Kst.-Struktur:

Kst.	Bezeichnung	Kst.	Bezeichnung
1104	Telefonanlage	1124	Serv. Sitzungsdienst
1108	Bürobedarf	1126	Behördenselbstschutz
1114	Portogebühren	1128	Kurierdienst Medienzentrum
1116	Fernmeldegebühren	1130	Corporate Identity
1118	Bekanntmachungen	1134	Kopierkosten Druckerkonzept
1120	Aktenvernichtung	1140	Juris
1122	Opt. Archivierung		

Kst.	Beschreibung	Amt	Kst.	Beschreibung	Amt
100100	Hauptamt 10	Amt 10	100400	Schulamt (Schulfachlicher Bereich)	Amt 40
100000	Verw.führung	Amt 11	103400	Schulverwaltungsamt 40	Amt 40
100110	Personalverwaltung 11	Amt 11	101410	Kultur- und Museumsamt 41	Amt 41
102140	Rechnungsprüfungsamt 14	Amt 14	101430	Kreisvolkshochschule 43	Amt 43
100190	Gleichstellung 19	Amt 19	103500	Amt für Soziale Angelegenheiten 50	Amt 50
101200	Amt f. Finanzwirt. u. Kommunalaufsicht 20	Amt 20	103510	Jugendamt / Sportamt / PBS 51	Amt 51
104230	Liegenschaftsamt 23	Amt 23	103530	Gesundheitsamt 53	Amt 53
102300	Rechtsamt 30	Amt 30	104610	Kreis- und Regionalentwicklung 61	Amt 61
100310	Kreispolizeiverwaltung 31	Amt 31	104620	Geoinformation u. Liegenschaftskat. 62	Amt 62
101321	Bürobetrieb 32/1 + 2	Amt 32	104650	Bauamt 65	Amt 65
101322	Leitstellenbetrieb	Amt 32	104660	Tiefbauabtl. 65/4	Amt 65/4
101323	Bürobetrieb 32/3	Amt 32	102670	Umweltamt 67	Amt 67
102360	Straßenverkehrsamt 36	Amt 36	100800	Wirtschaftsförderung 80	Amt 80
102390	Veterinär- und Lebensmittelüberw.amt 39	Amt 39	109000	Personalrat	Personalrat

Haushaltsplan 2011
1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.06 Zentrale Dienste

KD, Dez. II

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-17.101	-20.050	-20.050		-20.050	-20.050	-20.050
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-995	-770	-870		-870	-870	-870
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-23.891	-9.640	-16.150		-16.150	-14.150	-14.150
7	+ Sonstige Einzahlungen	-142.423	-156.600	-160.000		-160.000	-160.000	-160.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-184.410	-187.060	-197.070		-197.070	-195.070	-195.070
10	- Personalauszahlungen	991.213	840.322	810.438		818.541	826.728	834.993
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	169.206	162.000	158.065		155.615	152.865	157.865
15	- sonstige Auszahlungen	859.726	1.049.921	1.065.048		1.073.174	1.082.084	1.077.448
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.020.145	2.052.243	2.033.551		2.047.330	2.061.677	2.070.306
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.835.735	1.865.183	1.836.481		1.850.260	1.866.607	1.875.236
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	90.343	93.500	84.150		84.150	84.150	84.150
30	= investive Auszahlungen	90.343	93.500	84.150		84.150	84.150	84.150
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	90.343	93.500	84.150		84.150	84.150	84.150

Haushaltsplan 2011

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.06 Zentrale Dienste

KD, Dez. II

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen/-auszahlungen
2	- Summe der investiven Auszahlungen	90.343	93.500	84.150		84.150	84.150	84.150	183.843	520.443
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	90.343	93.500	84.150		84.150	84.150	84.150	183.843	520.443

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante Investitionen/Ersatzbeschaffung von **geringwertigen Wirtschaftsgütern** (kurz GWG) und von **Betriebs- und Geschäftsausstattung** (kurz BGA). Betriebs- und Geschäftsausstattung ist ein Begriff der kaufmännischen Buchführung. Darunter fallen Gegenstände (über 410 Euro netto), die der langfristigen Betriebsbereitschaft eines Unternehmens dienen. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird im ersten Teil des Inventars als Vermögensposten geführt. In der Bilanz wird sie den Sachanlagen zugeordnet und ist damit ein Teil des Anlagevermögens. BGAs werden über den Zeitraum ihrer Nutzungsdauer abgeschrieben, über Kostenstellen werden die Beschaffungen verursachungsgerecht den Ämtern/Produkten zugeordnet. Geringwertige Wirtschaftsgüter können, im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, im Jahr der Anschaffung oder Herstellung voll als Betriebsausgabe abgesetzt werden. Voraussetzungen für ein geringwertiges Wirtschaftsgut: es muss eigenständig nutzbar sein, es muss beweglich sein, es muss länger als ein Jahr dem Betrieb dienen und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten liegen zwischen 60,- und 410,- Euro (netto). Typische Investitionen bzw. Ersatzbeschaffungen sind Mobiliar (Bürotische, Bürostühle, Rollcontainer, Regale, etc.), Büromaschinen oder Werkstatteinrichtungen. Da das Zentralamt für die Beschaffung grundsätzlich zuständig ist, werden die Kosten in der Produktgruppe 1.01.06 Zentrale Dienste veranschlagt (die Beschaffung von Hard- und Software wird über die Produktgruppe 1.01.10 abgewickelt). Die Kosten für Büromaterial (Papier, Toner, Schreibwaren, etc.) sind hier nicht veranschlagt. Im betriebswirtschaftlichen Rechnungswesen bezeichnet man mit Büromaterial alle Verbrauchsgüter im Büroalltag. In der Finanzbuchhaltung werden Ausgaben für Büromaterial als Sofort-Aufwand (und damit nicht als Investition) gebucht. Die Mittel für Büromaterial sind auf den Organisationskostenstellen veranschlagt.

Die o. g. Investitionen werden über die Finanzstelle 5.101010 (GWG, Anlagevermögen < 410 Euro netto) bzw. über die Finanzstelle 5.101020 (BGA, Anlagevermögen > 410 Euro netto) bzw. über die Finanzstelle 5.101003 (Einrichtung Telearbeitsplätze) abgewickelt.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.01 Innere Verwaltung**1.01.07 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit****Beschreibung**

- Informationsverarbeitung und –weitergabe an die Medien und interessierte Öffentlichkeit
- Darstellung der Aufgaben der Kreisverwaltung
- Gestaltung und Pflege des Internetauftritts

Auftragsgrundlage**Ziele**

- umfassende und zeitnahe Informationsweitergabe an Medien und Öffentlichkeit
- Optimierung des Informationsflusses
- Steigerung der Zugriffszahlen auf die Internetseite des Oberbergischen Kreises

Zielgruppen

Medien, Öffentlichkeit

Haushaltsplan 2011**1.01 Innere Verwaltung**

verantwortlich:

1.01.07 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Kreisdirektor

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
11	- Personalaufwendungen	142.053	165.870	195.340	196.083	197.687	199.520
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	883	1.000	970	970	970	970
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	12.502	13.540	13.140	13.140	13.140	13.140
17	= Ordentliche Aufwendungen	155.438	180.410	209.450	210.193	211.797	213.630
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	155.438	180.410	209.450	210.193	211.797	213.630
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	155.438	180.410	209.450	210.193	211.797	213.630
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	155.438	180.410	209.450	210.193	211.797	213.630
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	20.010	29.575	39.147	29.575	29.217	29.358
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	175.448	209.985	248.597	239.768	241.014	242.988

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.01 Innere Verwaltung

1.01.07 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Unter der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* werden die Kosten im Bereich der Koordination von Europaangelegenheiten (Kostenart 529100) ausgewiesen. Bei den *sonstigen ordentlichen Aufwendungen* handelt es sich u. a. um Aufwendungen für Gästebewirtung und Repräsentation im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit (Kostenart 543700). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011**1.01 Innere Verwaltung**

verantwortlich:

1.01.07 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Kreisdirektor

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
10	- Personalauszahlungen	118.546	111.330	134.991		136.340	137.704	139.081
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	883	1.000	970		970	970	970
15	- sonstige Auszahlungen	12.314	13.540	13.140		13.140	13.140	13.140
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	131.743	125.870	149.101		150.450	151.814	153.191
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	131.743	125.870	149.101		150.450	151.814	153.191

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.01 Innere Verwaltung**1.01.08 Personalmanagement****Beschreibung**

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

- 1.01.08.01 Personalsteuerung und –entwicklung
- 1.01.08.02 Personalausbildung und –qualifizierung
- 1.01.08.03 Personalbetreuung
- 1.01.08.04 Arbeitssicherheit / Gesundheitsschutz

Auftragsgrundlage**Ziele****Zielgruppen**

Haushaltsplan 2011verantwortlich:
Kreisdirektor**1.01 Innere Verwaltung****1.01.08 Personalmanagement****1.01.08.01****Personalsteuerung und -entwicklung****Beschreibung**

- Grundsatzfragen der Personalwirtschaft (Personaleinsatz, Personalauswahl, Personalbedarfsplanung, Fortbildung, Prüfberichte, Haushaltsangelegenheiten, etc.)
- Personalangelegenheiten von besonderer Bedeutung (Entlassungen, Beschwerden, Nebentätigkeiten, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)
- Aufstellung des Stellenplans

Auftragsgrundlage

Beamten- und Tarifrecht, sonstige arbeitsrechtliche Bestimmungen, Stellenplan sowie Beschlüsse der politischen Gremien

Ziele**Zielgruppen**

Bedienstete des Kreises

1.01.08.02

Personalausbildung und -qualifizierung

Beschreibung

- Bewerbungsverfahren
 - o Werbung für Nachwuchskräfte, Beratung von Bewerbern
 - o Durchführung des Auswahl- und Einstellungsverfahrens
- Ausbildung
 - o Überwachung der Ausbildung; Einsatzplanung der Azubis; Beratung der Auszubildenden
 - o Führung der Ausbildungsakten; Schriftverkehr mit Fachhochschule, Studieninstitut, Berufsschule, Agentur für Arbeit, IHK
- Fortbildung
 - o Prüfung und Auswertung von Fortbildungsangeboten; Organisation eigener Fortbildungsmaßnahmen
 - o Anmeldung und Abrechnung von Fortbildungsmaßnahmen

Auftragsgrundlage

Beamten- und Tarifrecht, diverse Ausbildungs- und Prüfungsverordnungen

Ziele

Erfolgreiche Durchführung der Ausbildung von Nachwuchskräften und sonstiger Weiterbildungsmaßnahmen (Angestelltenlehrgänge I und II, Prüfungserleichterter Aufstieg) in 90 % aller Fälle

Zielgruppen

Potentielle Nachwuchskräfte, Auszubildende und Anwärter, Bedienstete des Kreises

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.01 Innere Verwaltung**1.01.08 Personalmanagement****1.01.08.03****Personalbetreuung****Beschreibung**

- Bearbeitung sämtlicher Personalangelegenheiten der Beamten, Ehrenbeamten und Beschäftigten einschließlich
 - o Versorgungsangelegenheiten der Beamten und Ruhestandsbeamten
 - o steuer-, sozialversicherungs- und zusatzversorgungsrechtlicher Angelegenheiten der Beschäftigten
 - o Kindergeld
 - Durchführung des ADV-Änderungsdienstes; Zusammenarbeit mit ADV zur Bestandpflege der Programme
 - Zahlbarmachung von Entgelt für die Bediensteten des DRK, Kreisverband Oberbergischer Kreis, sowie der OAG
 - Bearbeitung von Dienstaufsichtsbeschwerden
 - Beihilfen für Kreisbedienstete, Pensionäre, Lehrer und Bedienstete der Kreispolizeibehörde
 - Bearbeitung sonstiger nebendienstrechtlichen Sachgebiete (Reisekosten, Nebentätigkeiten, Jobticket, etc.)
- Beamten- und Tarifrecht, sonstige arbeitsrechtliche Bestimmungen

Auftragsgrundlage**Ziele**

- Korrekte Zahlbarmachung von Besoldung/Entgelt und der darauf zu leistenden Abgaben
- Einhaltung der Zahlungstermine von Besoldung/Entgelt und der darauf zu leistenden Abgaben
- Rechtsfehlerfreie Bearbeitung der Beihilfeanträge einschließlich Auszahlung der Beihilfe innerhalb von 20 Arbeitstagen nach Eingang

Zielgruppen

Bedienstete und Versorgungsempfänger (*bei Beihilfen außerdem*: Polizisten der Kreispolizeibehörde, Lehrer an Grund-, Haupt- und Förderschulen im Kreis; *bei Zahlbarmachung außerdem*: Bediensteten des DRK und der OAG)

1.01.08.04

Arbeitssicherheit / Gesundheitsschutz

Beschreibung

- Feststellung arbeitssicherheitstechnischer Mängel
- Vorbeugung gesundheitlicher Gefahren
- Bereitstellung von Schutzkleidung
- Aufgaben der Fachkraft für Arbeitssicherheit
- Aufgabenwahrnehmung des Personalarztes:
 - o Beratung im Rahmen der betriebsmedizinischen Sprechstunde
 - o Betriebsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen
 - o Arbeitsplatzbegehungen
 - o Gripeschutzimpfungen

Auftragsgrundlage

Arbeitsschutzgesetz, Bildschirmarbeitsplatzverordnung, Arbeitsstättenverordnung

Ziele

- Verhütung von Unfällen
- Erhaltung der Arbeitsfähigkeit
- Früherkennung von Krankheiten

Zielgruppen

Bedienstete der Kreisverwaltung

Haushaltsplan 2011**1.01 Innere Verwaltung**

verantwortlich:

1.01.08 Personalmanagement

Kreisdirektor

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-203.022	-162.550	-159.150	-159.150	-159.150	-159.150
10	= Ordentliche Erträge	-203.022	-162.550	-159.150	-159.150	-159.150	-159.150
11	- Personalaufwendungen	2.412.859	2.432.335	2.413.152	2.416.993	2.435.160	2.457.105
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.552	4.250	4.404	4.039	4.039	4.039
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	213.225	241.603	259.468	248.005	247.231	259.735
17	= Ordentliche Aufwendungen	2.631.636	2.678.188	2.677.023	2.669.037	2.686.429	2.720.878
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	2.428.614	2.515.638	2.517.873	2.509.887	2.527.279	2.561.728
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	2.428.614	2.515.638	2.517.873	2.509.887	2.527.279	2.561.728
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	2.428.614	2.515.638	2.517.873	2.509.887	2.527.279	2.561.728
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	204.879	259.783	307.909	253.405	244.728	246.921
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	2.633.492	2.775.421	2.825.783	2.763.292	2.772.007	2.808.650

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Personalmanagement

Die Kostengruppe *Kostenerstattung* beinhaltet Erstattungen vom Zweckverband Civitec (Kostenart 442400), der Rheinischen Versorgungskasse (Kostenart 442500), Kostenerstattungen durch die OAG (Kostenart 442600) und durch das DRK (Kostenart 442900), Einnahmen aus dem Verkauf von Job-Tickets (Kostenart 444901) sowie die Rückzahlungen von Personalausgaben (Kostenart 443900)

Haushaltsplan 2011

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.08 Personalmanagement

Kreisdirektor

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Dazu gehören weiter die Kosten im Rahmen der Ausbildung von Nachwuchskräften, die gesamten Personalkosten im Rahmen von Alternteilzeitregelungen sowie die Leistungsentgelte aus Vorjahren gemäß TVÖD (Kostenart 501210).

Bei den *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* handelt es sich um die anteiligen Kosten der Unterhaltung von Datenverarbeitungseinrichtungen für die Auszubildenden bei Amt 62 (Bewirtschaftung über Kostenstelle 104620, Kostenart 523610). Über die Kostenart *Sonstige ordentliche Aufwendungen* werden u. a. Dienstunfallbedingte Aufwendungen (Kostenart 541904), Ausgaben für Dienst- u. Schutzkleidung (Kostenart 541600) sowie arbeitsmedizinische Untersuchungen und Arbeitsschutz (Kostenart 543906), Kosten für Job-Tickets (Kostenart 541903) und Kosten für die „Re-Auditierung Beruf und Familie“ (Kostenart 543907) verausgabt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Auszug aus der Kst.-Struktur:

Kst.	Bezeichnung	Kst.	Bezeichnung	Kst.	Bezeichnung
1002	Beitr. VersKa Beamte	1016	Dienstreisen	1025	Personalgestellung Kreiskantine GKD
1004	Beihilfen, Unterst.	1017	Ausbildung	1026	Re-Audit.Beruf & Fam
1006	Zuführ. PensionsRSt	1018	Fortbildung	1027	Archivberater
1008	Beitr. VersKa Besch.	1019	Supervision	1028	Schulsozialarbeit
1010	Beitr.Soz.vers.Besch.	1020	Kosten ZDL u. FÖJ	1029	Fahrzeugführerermittlungen
1012	Pers.nebenausgaben	1023	Regionalagentur Köln	1030	Kameradschaftskasse
1014	Zuführung sonst. RSt	1024	Kosten Jobticket	1031	Cent-Spende an die Welthungerhilfe

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.01 Innere Verwaltung

1.01.08 Personalmanagement

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-131.207	-175.250	-171.850		-171.850	-171.850	-171.850
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-131.207	-175.250	-171.850		-171.850	-171.850	-171.850
10	- Personalauszahlungen	8.178.278	11.794.353	11.921.342		12.040.321	12.160.493	12.281.866
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	161.455	198.463	179.200		180.096	180.996	181.902
15	- sonstige Auszahlungen	612.410	737.050	748.000		736.763	737.028	749.296
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	8.952.143	12.729.866	12.848.542		12.957.180	13.078.517	13.213.064
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	8.820.937	12.554.616	12.676.692		12.785.330	12.906.667	13.041.214
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	209						
30	= investive Auszahlungen	209						
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung)	209						

Haushaltsplan 2011**1.01 Innere Verwaltung**

verantwortlich:

1.01.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen

Dezernat I

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.01.09.01 Haushaltssteuerung

1.01.09.01.01 Beteiligungen

1.01.09.02 Kasse und Vollstreckung

1.01.09.02.01 Zahlungsabwicklung

1.01.09.02.02 Vollstreckung

Auftragsgrundlage**Ziele****Zielgruppen**

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat I

1.01 Innere Verwaltung

1.01.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen

1.01.09.01**Haushaltssteuerung****Beschreibung**

1. Aufstellung, Bewirtschaftung und Rechnungslegung des produktorientierten Haushaltes (Ergebnis- und Finanzrechnung, Bilanz)
2. Vermögens- und Schuldenverwaltung
3. Anlagenbuchhaltung
4. Beteiligungsverwaltung
5. Versicherungsangelegenheiten des Kreises
6. Steuer- und Gebührenverwaltung

Auftragsgrundlage

Kreisordnung (KrO), Gemeindeordnung (GO), Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO), jährliche Haushaltssatzung

Ziele**Zu 1:**

Feststellung der Eröffnungsbilanz (Stichtag 01.01.2009) durch den Kreistag bis zum 31.12.2009

Zu 2:

Darstellung des Vermögens, der Schulden und des Ressourcenverbrauchs des Oberbergischen Kreises

Zielgruppen

Kreistag, Ämter der Kreisverwaltung, Mitarbeiter der Kreisverwaltung, Beteiligungsgesellschaften

1.01.09.02

Kasse und Vollstreckung

Beschreibung

Im Bereich Zahlungsabwicklung :

- Abwicklung des unbaren und baren Zahlungsverkehrs
- Bewirtschaftung der Kassenmittel mit Liquiditätsplanung
- zahlungswirksame Buchführung einschließlich Belegaufbewahrung
- Bebuchung u. Aufstellung der Finanzrechnung
- Verwahrung von Wertgegenständen
- Fertigung von Tages-, Zwischen- und Jahresabschlüssen

Im Bereich Vollstreckung:

- Mahnungen
- Beitreibung eigener Forderungen durch den eigenen Vollziehungsbeamten oder mittels Amtshilfeersuchen durch andere Vollstreckungsbehörden
- Durchführung von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen gem. VwVG
- Wahrnehmung von Interessen im Insolvenzverfahren
- Feststellung der Uneinbringlichkeit von Forderungen zur Vorbereitung der Entscheidung über Stundung, Niederschlagung und Erlass

Auftragsgrundlage

Kreisordnung (KrO), Gemeindeordnung (GO), Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) und zugehörige Verwaltungsvorschriften, Verwaltungsvollstreckungsgesetz (VwVG), Dienstanweisungen

Ziele

- Sichere und wirtschaftliche Anlage von Kassenmitteln
- Zeitnahe und möglichst vollständige Beitreibung von Forderungen
- Zeitnahe Verbuchung angewiesener Ein- und Auszahlungen

Zielgruppen

Bürger des Oberbergischen Kreises, alle Organisationseinheiten des Kreises sowie Mitarbeiter, Zahlungsempfänger und Zahlungspflichtige

Haushaltsplan 2011
1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen

Dezernat I

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-382	-500	-500	-500	-500	-500
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-137.696	-140.350	-120.100	-120.100	-120.100	-120.100
10	= Ordentliche Erträge	-138.078	-140.850	-120.600	-120.600	-120.600	-120.600
11	- Personalaufwendungen	1.275.222	1.464.296	1.427.300	1.428.223	1.438.552	1.451.355
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	35.217	177.463	2.557	2.557	2.557	2.557
14	- Bilanzielle Abschreibungen	24.439	6.319	5.675	5.986	6.301	6.301
15	- Transferaufwendungen	71.531	85.000	85.000	85.000	85.000	85.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	428.282	548.277	502.561	499.306	481.799	444.855
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.834.691	2.281.355	2.023.093	2.021.072	2.014.209	1.990.068
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.696.613	2.140.505	1.902.493	1.900.472	1.893.609	1.869.468
19	+ Finanzerträge	-741.708	-770.010	-775.000	-845.000	-915.000	-1.055.000
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	-741.708	-770.010	-775.000	-845.000	-915.000	-1.055.000
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	954.904	1.370.495	1.127.493	1.055.472	978.609	814.468
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	954.904	1.370.495	1.127.493	1.055.472	978.609	814.468
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-9.285	-32.569	-24.535	-15.260	-15.358	-15.412
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	89.467	164.949	217.311	144.260	142.300	143.006
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.035.087	1.502.875	1.320.270	1.184.471	1.105.550	942.062

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat I

1.01 Innere Verwaltung

1.01.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Finanzmanagement und Rechnungswesen

Die Kostengruppe *Kostenerstattung* beinhaltet Erstattungen von Vollstreckungskosten (Kostenart 442900). Zu den sonstigen Ordentlichen Erträgen zählen Vollstreckungsgebühren, Säumniszuschläge, Mahngebühren und Stundungszinsen (Kostenart 452200 - 452230), Einnahmen aus der Vollstreckung niedergeschlagener Forderungen und Quoteneinnahmen aus Insolvenzverfahren (Kostenart 459800) sowie Einnahmen aus Versicherungsansprüchen (Kostenart 452700).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Zu den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen gehören die Kosten der überörtlichen Prüfung (Kostenart 529921, GPA NRW) sowie Sachkosten im Rahmen der Einführung von NKF (Kostenart 529922). Innerhalb der Kontengruppe *Transferaufwendungen* ist die Gesellschaftsumlage/Kostenbeitrag zum Rheinischen Studieninstitut (Kostenart 531600) veranschlagt.

Über die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* werden u. a. Gebühren für Giro- und Postscheckkonten (Kostenart 542310), Kosten der Vollstreckung (Kostenart 543900), Kosten der optischen Archivierung und die Körperschaftssteuer (im Rahmen der Beteiligung bei Radio Berg, Kostenart 548200) verausgabt. Darüber hinaus werden an dieser Stelle die Beiträge für nachfolgend aufgeführte Vereine und Verbände (Kostenart 544300) veranschlagt: Bergisches Chorfest, Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter, ZEBIO e.V., Touristik-Verband Oberbergisches Land e.V., Deutscher Verein, Förderverein NRW-Stiftung, Verein zur Förderung der Abteilung Gummersbach der Fachhochschule Köln, Gesellschaft für historische Waffen- und Kostümkunde, Deutscher Museumsbund, Verband rheinischer Museen, Bergischer Geschichtsverein, Naturhistorischer Verein der Rheinlande und Westfalens, Verein für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande, Deutsche Gesellschaft für Volkskunde, Rheinische Vereinigung für Volkskunde, Bergisches Freilichtmuseum Lindlar, Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung, Landkreistag NRW, Kommunaler Arbeitgeberverband, Kommunale Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land, Förderverein Stegerwaldstiftung, Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V. (DIJuF), Deutsches Volksheimstättenwerk, Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung, Deutsche Gartenbau-Gesellschaft, Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.

Weiter entstehen ADV-Kosten (Kst. 1204) im Rahmen der Einführung von NKF (Schulungskosten, Kosten für Entwicklung und Beratung, Lizenzkosten, RZ-Betrieb und Betreuung). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

In der Kontengruppe *Finanzerträge* sind die Gewinnanteile aus der Beteiligung am BAV, Anteil am Gewinn von Radio Berg (Kostenart 469100) sowie Zinsen für Kreisdarlehen (Kostenart 461900) vereinnahmt. Beim Reingewinn der Kreissparkasse (Kostenart 469900) wird im Jahr 2010 von einer verringerten Ausschüttung ausgegangen.

Haushaltsplan 2011**1.01 Innere Verwaltung**

verantwortlich:

1.01.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen

Dezernat I

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Die Kosten für *Versicherungen* werden i. d. R. bei Amt 20 abgewickelt, nachfolgend sind die entsprechenden Kostenstellen abgebildet. Die Gebäudeversicherungen werden unmittelbar auf den Gebäudekostenstellen gebucht. Gleiches gilt für die Kostenstellen:

Kst.	Beschreibung	Kst.	Beschreibung
1304	Kfz-Versicherung (Verwaltung)	1318	Vermögenseigenschadens-Versicherung
1308	Gesetzl. Schüler-Unfallversicherung BK	1320	Versicherung Maschinen
1309	Gesetzl. Schüler-Unfallversicherung FS	1322	Sammelwaldbrandversicherung
1310	Gesetzl. Allg. Unfallvers. Beschäftigte	1326	Rechtsschutzversicherung
1311	Gesetzl. Allg. Unfallversicherung KTM	1330	Allgemeine Haftpflichtversicherung
1312	Elektronikversicherung	1332	Strafrechtsschutzversicherungen
1314	Schlüsselverlustversicherung	1334	Vermögensschadenversicherung
1316	Ausstellungsversicherung		

Haushaltsplan 2011
1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen

Dezernat I

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-40	-500	-500		-500	-500	-500
7	+ Sonstige Einzahlungen	-96.422	-140.350	-120.100		-120.100	-120.100	-120.100
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-741.708	-770.010	-775.000		-845.000	-915.000	-1.055.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-838.171	-910.860	-895.600		-965.600	-1.035.600	-1.175.600
10	- Personalauszahlungen	1.003.432	948.448	919.611		928.807	938.095	947.477
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	188.922	339.625	158.625		158.625	158.625	158.625
14	- Transferauszahlungen	90.011	109.000	94.500		97.000	94.500	97.000
15	- sonstige Auszahlungen	706.399	663.830	647.244		652.064	656.924	661.934
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.988.764	2.060.903	1.819.980		1.836.496	1.848.144	1.865.036
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.150.593	1.150.043	924.380		870.896	812.544	689.436
20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	-202						
23	= investive Einzahlungen	-202						
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	-202						

Haushaltsplan 2011

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen

Dezernat I

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen/-auszahlungen
1	+ Summe der investiven Einzahlungen	-202							-202	-202
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-202							-202	-202

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz/Ergebnis im Zeitraum 2009 bis 2010 handelt es sich um geplante Veräußerung der sog. Kleinstbeteiligungen. Der Kreistag hat in 2007 die Kündigung von Genossenschaftsanteilen beschlossen. Aufgrund der Besonderheiten im Genossenschaftsrecht werden die Kündigungen und die Auszahlungen der Geschäftsguthaben teilweise erst in späteren Jahren wirksam. Die Abwicklung erfolgt über die *Finanzstelle 5.200010*.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:
KD, Dez. III, Dez. IV

1.01 Innere Verwaltung

1.01.10 Organisationsangelegenheiten und Tul

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

- 1.01.10.01 Informationstechnische Infrastruktur
 - 1.01.10.01.01 Amt 10
 - 1.01.10.01.02 Amt 40
 - 1.01.10.01.03 Amt 62
- 1.01.10.02 Organisationsangelegenheiten

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.01.10.01

Informationstechnische Infrastruktur

Beschreibung

- A)
 - IT-Organisation
 - System- und Netzwerkbetreuung
 - Hard- und Software-Beschaffung und Installation
 - Kommunikationstechnologie
 - Nachrichten- und Sicherheitstechnik
 - Grundschulung und Anwendungsbetreuung
- B)
 - IT-Organisation Berufskollegs und Förderschulen des Oberbergischen Kreises
 - System- und Netzwerkbetreuung
 - Hard- und Softwarebeschaffung, Installation

Auftragsgrundlage

Zu A): Organisationsentscheidung des Landrates

Zu B): Schulgesetz NRW (SchulG)

Ziele

Zu A):

- Bereitstellung einer funktionierenden, angemessenen und ausreichenden IT-Infrastruktur einschließlich Software(-Anwendungen) an den Arbeitsplätzen der Kreisverwaltung
- Gewährleistung einer hohen Datenverfügbarkeit und Datensicherheit
- Umsetzung von Datenschutzmaßnahmen

Zu B):

- Bereitstellung und Funktionsgewährleistung einer bedarfsgerechten und zeitgemäßen IT-Infrastruktur zur schulischen und beruflichen Ausbildung
- Gewährleistung einer hohen Betriebssicherheit und Datensicherheit

Zielgruppen

Zu A): Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

Zu B): Schüler/innen, Lehrkräfte

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

KD, Dez. III, Dez. IV

1.01 Innere Verwaltung**1.01.10 Organisationsangelegenheiten und Tul****1.01.10.02****Organisationsangelegenheiten****Beschreibung**

- Erstellen und Pflege von Organisationsplänen
- Stellenbewertungen
- Organisationsberatungen
- Organisationsüberprüfungen
- Stellenbedarfsberechnungen

Auftragsgrundlage

Organisationsentscheidung des Landrats

Ziele

Rechtssichere Bewertung der Stellen

Zielgruppen

Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

Haushaltsplan 2011**1.01 Innere Verwaltung**

verantwortlich:

1.01.10 Organisationsangelegenheiten und Tul

KD, Dez. III, Dez. IV

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-35.996	-15.000	-15.000	-15.000	-15.000	-15.000
10	= Ordentliche Erträge	-35.996	-15.000	-15.000	-15.000	-15.000	-15.000
11	- Personalaufwendungen	1.036.253	1.178.551	1.223.057	1.227.082	1.236.923	1.248.322
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	12.000	16.783	12.469	12.469	12.469	12.469
14	- Bilanzielle Abschreibungen		177.081	167.316	175.092	183.392	183.392
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	214.460	288.057	276.986	277.440	276.494	277.046
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.262.713	1.660.471	1.679.828	1.692.084	1.709.278	1.721.229
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.226.717	1.645.471	1.664.828	1.677.084	1.694.278	1.706.229
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.226.717	1.645.471	1.664.828	1.677.084	1.694.278	1.706.229
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.226.717	1.645.471	1.664.828	1.677.084	1.694.278	1.706.229
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-206.918	-362.715	-411.209	-296.038	-295.653	-296.818
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	182.575	355.127	470.815	295.868	294.392	295.882
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.202.374	1.637.883	1.724.434	1.676.914	1.693.018	1.705.293

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

KD, Dez. III, Dez. IV

1.01 Innere Verwaltung

1.01.10 Organisationsangelegenheiten und Tul

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Organisationsangelegenheiten und TUI

Bei der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattungen/ -umlage* sind Erträge aus dem Ersatz von Fernsprechgebühren bei privater Telefonnutzung der Bediensteten veranschlagt (Kostenart 443903).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Bei den *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* handelt es sich um die Kosten des behördlichen Vorschlagswesens. Im Rahmen einer Dienstanweisung können Verbesserungsvorschläge von Beschäftigten der Verwaltung prämiert werden (Kostenart 524900). Darüber hinaus erscheinen an dieser Stelle die anteilig verrechneten Aufwendungen der Kostenstelle 1214 für Materialverbrauch im Bereich von Hard- und Software (Kostenart 526800).

Die *Bilanziellen Abschreibungen* dienen der Darstellung von AfA für beschaffte Hard- und Software über und unter 410,- €. Sofern die Beschaffungen im laufenden Haushaltsjahr bestimmten Organisationseinheiten zugeordnet werden können, werden auch die bilanziellen Abschreibungen auf den entsprechenden Ämterkostenstellen verbucht.

Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* erscheint in erster Linie der Aufwand für Miete und Wartung der Arbeitszeiterfassungsanlage (Kostenart 542909). Darüber hinaus werden hier Kosten erfasst, die bei der Ersteinweisung neuer Software entstehen. Auch in diesem Fall soll erst im laufenden Haushaltjahr eine ämter-spezifische Zuordnung erfolgen. Zu weiteren Aufwendungen führen die Beratungskosten im Rahmen der Einführung von E – Government (Kostenart 542700). Der Oberbergische Kreis muss in diesem Zusammenhang auf externe Anbieter zurückgreifen, weil eine entsprechende Schulung des eigenen Personals zu kosten- und zeitintensiv wäre. Ferner beinhaltet diese Kontengruppe Aufwendungen für die Einführung von Telearbeitsplätzen (Kostenart 541901) und vermischten Ausgaben (Kostenart 543900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet. Nachrichtlich: Der überwiegende Teil der ADV-Kosten (GKD-Umlage, NKF-Kosten, ADV-Leasing, Datenleitungen, Bauelemente,

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

KD, Dez. III, Dez. IV

1.01 Innere Verwaltung

1.01.10 Organisationsangelegenheiten und Tul

etc.) wird über Kostenstellen abgewickelt und nach IT-Arbeitsplätzen bzw. Kosten der Verfahren verrechnet und belastet damit direkt die entsprechenden Produktgruppen.

Auszug aus der Kst.-Struktur:

Kst.	Bezeichnung
1202	ADV-K. ZV GKD
1204	NKF-Kosten
1206	Leasingkosten
1208	Datenleitungen
1210	Aktive Bauelemente
1212	Ersteinweis. Software

Auszug Finanzstellen-Struktur (PSP-I)

Finanzstelle	Bezeichnung
5.103010	GWG Hard-/Software
5.103020	BuG Hard-/Software

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

KD, Dez. III, Dez. IV

1.01 Innere Verwaltung
1.01.10 Organisationsangelegenheiten und Tul

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-19.751	-15.000	-15.000		-15.000	-15.000	-15.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-19.751	-15.000	-15.000		-15.000	-15.000	-15.000
10	- Personalauszahlungen	890.381	798.952	835.850		844.208	852.649	861.178
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	5.309	23.300	18.920		18.920	18.920	18.920
15	- sonstige Auszahlungen	1.976.548	2.260.969	2.352.597		2.308.067	2.146.909	2.140.909
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.872.238	3.083.221	3.207.367		3.171.195	3.018.478	3.021.007
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	2.852.487	3.068.221	3.192.367		3.156.195	3.003.478	3.006.007
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	163.075	333.550	301.230		302.310	303.390	304.470
29	- sonstige Investitionsauszahlungen	4.160						
30	= investive Auszahlungen	167.236	333.550	301.230		302.310	303.390	304.470
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- /J. Auszahlung)	167.236	333.550	301.230		302.310	303.390	304.470

Haushaltsplan 2011

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.10 Organisationsangelegenheiten und Tul

KD, Dez. III, Dez. IV

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs-ermäch-tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereit-gestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahl-ungen/-auszahl-ungen
2	- Summe der investiven Auszahlungen	167.236	333.550	301.230		302.310	303.390	304.470	500.786	1.712.186
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	167.236	333.550	301.230		302.310	303.390	304.470	500.786	1.712.186

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante Investitionen/Ersatzbeschaffung von **geringwertigen Wirtschaftsgütern** (kurz GWG) und von **Betriebs- und Geschäftsausstattung** (kurz BGA) aus dem Bereich **IT-Organisation** (Hard-/Software). Betriebs- und Geschäftsausstattung ist ein Begriff der kaufmännischen Buchführung. Darunter fallen Gegenstände (über 410 Euro netto), die der langfristigen Betriebsbereitschaft eines Unternehmens dienen. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird im ersten Teil des Inventars als Vermögensposten geführt. In der Bilanz wird sie den Sachanlagen zugeordnet und ist damit ein Teil des Anlagevermögens. BGAs werden über den Zeitraum ihrer Nutzungsdauer abgeschrieben, über Kostenstellen werden die Beschaffungen verursachungsgerecht den Ämtern/Produkten zugeordnet. Geringwertige Wirtschaftsgüter können, im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, im Jahr der Anschaffung oder Herstellung voll als Betriebsausgabe abgesetzt werden. Voraussetzungen für ein geringwertiges Wirtschaftsgut: es muss eigenständig nutzbar sein, es muss beweglich sein, es muss länger als ein Jahr dem Betrieb dienen und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten liegen zwischen 60,- und 410,- Euro (netto). Typische Investitionen bzw. Ersatzbeschaffungen sind beispielhaft Bildschirme und Rechner oder Netzwerkkomponenten. Da das **Zentralamt (Abtl. 10/3)** für die Beschaffung grundsätzlich zuständig ist, werden die Kosten in der Produktgruppe 1.01.10 Technikunterstützte Informationsverarbeitung ausgewiesen. Die Kosten für Umlage (GKD), Leasing, Anmietung von Daten-/Postleitungen, Schulungskosten oder Wartung von aktiven Bauelementen werden über Kostenstellen abgewickelt.

Die o. g. Investitionen werden über die Finanzstelle 5.103010 (GWG, Anlagevermögen < 410 Euro netto) bzw. über die Finanzstelle 5.103020 (BGA, Anlagevermögen > 410 Euro netto).

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat II

1.01 Innere Verwaltung

1.01.11 Recht

Beschreibung

- Führen von Rechtsstreitverfahren des Kreises in allen verwaltungsgerichtlichen Verfahren, allen sozialgerichtlichen Verfahren, in zivilgerichtlichen Verfahren vor den Amtsgerichten, in arbeitsgerichtlichen Verfahren
- Fachliche Begleitung von Rechtsstreitigkeiten in zivilgerichtlichen und arbeitsgerichtlichen Verfahren bei anwaltlicher Vertretung
- Fertigen von Strafanzeigen
- Beratung und Unterstützung der Verwaltungsführung und der Fachämter in juristischen Fragen
- Vorbereitung der Wahlen von ehrenamtlichen Richtern
- Ausbildung von Rechtsreferendaren im Rahmen der Verwaltungsstation

Auftragsgrundlage

Prozessordnungen der jeweiligen Gerichte, Sämtliche Fachgesetze, Allgemeine Dienst- und Geschäftsanweisung, Einschlägige Satzungen, Aufträge der Verwaltungsführung und anderer Produktverantwortlicher

Ziele

- Rechtlich qualifizierte Prozessführung zur erfolgreichen Beendigung von Gerichtsverfahren; Erwidierungen innerhalb der von den Gerichten gesetzten Fristen
- Zeitnahe, umfassende und rechtlich qualifizierte Beratung zur rechtlichen Absicherung der Verwaltungstätigkeit; Beantwortung innerhalb der gesetzten Fristen, spätestens aber innerhalb von drei Wochen

Zielgruppen

Verwaltungsführung und alle Ämter der Kreisverwaltung

Haushaltsplan 2011

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.11 Recht

Dezernat II

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-9.174	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000
10	= Ordentliche Erträge	-9.174	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000
11	- Personalaufwendungen	295.729	374.521	404.009	404.243	407.160	410.779
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	54.452	50.726	69.201	69.201	69.201	69.201
14	- Bilanzielle Abschreibungen	160	4.423	3.973	4.190	4.411	4.411
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	53.233	43.845	37.087	36.842	35.842	36.080
17	= Ordentliche Aufwendungen	403.573	473.515	514.270	514.476	516.614	520.471
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	394.400	470.515	511.270	511.476	513.614	517.471
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	394.400	470.515	511.270	511.476	513.614	517.471
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	394.400	470.515	511.270	511.476	513.614	517.471
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-36.919	-99.259	-78.093	-48.953	-49.258	-49.406
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	49.721	107.809	96.475	66.913	66.506	66.810
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	407.201	479.065	529.652	529.437	530.862	534.876

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Recht

Unter der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattungen/ -umlage* sind die Erstattungen von Prozesskosten (Kostenart 442900) ausgewiesen.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* umfasst alle Gerichts-, Anwalts- und Prozesskosten (Kostenart 528903) sowie die Kosten von Vorverfahren (und ähnliche Kosten). Soweit sich diese Kosten einer Fachabteilung/Produkt zuordnen lassen, können im Wege der internen Leistungsverrechnung die jeweiligen Produkte mit Einzelbeträgen belastet werden.

Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind anteilige Kosten des Informationssystems Juris abgebildet (Kostenart 542900, Bewirtschaftung über Kostenstelle 1140). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.11 Recht

Dezernat II

Teilfinanzplan			Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-6.165	-3.000	-3.000		-3.000	-3.000	-3.000
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-6.165	-3.000	-3.000		-3.000	-3.000	-3.000
10	-	Personalauszahlungen	225.037	235.516	259.918		262.516	265.142	267.793
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	32.822	49.100	68.970		68.970	68.970	68.970
15	-	sonstige Auszahlungen	16.612	11.900	15.814		15.814	15.814	15.814
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	274.471	296.516	344.702		347.300	349.926	352.577
17	=	Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	268.306	293.516	341.702		344.300	346.926	349.577

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat IV

1.01 Innere Verwaltung**1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement****Beschreibung**

Bewirtschaftung vorhandener Verwaltungs- und Schulgebäude sowie Sonderimmobilien des Kreises, kaufmännische Leistungen und Dienstleistungen im Bereich des Gebäudebetriebes, Flächenmanagement, Bereitstellung und Pflege der Infrastruktur.

Auftragsgrundlage

Aufträge durch Politik und Verwaltungsleitung sowie Nutzer der Gebäude und Einrichtungen des Kreises

Ziele

- Umweltschonendes und wirtschaftliches Betreiben der Gebäude des Kreises durch Senkung des Energieverbrauches
- Ausreichende Bereitstellung von Flächen für Schulen und Verwaltung

Zielgruppen

Nutzer der Verwaltungsgebäude, Schulen, Sonderimmobilien des Kreises, Mieter und Vermieter, Auftragnehmer (Versorger, Industrie und Handwerk, Dienstleister)

Haushaltsplan 2011

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement

Dezernat IV

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen		-12.924	-276.798	-459.981	-609.534	-609.534
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-268	-1.000				
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-457.990	-341.500	-381.500	-381.500	-381.500	-381.500
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-119.687	-1.426.000	-626.000	-26.000	-26.000	-26.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-8.013					
10	= Ordentliche Erträge	-585.957	-1.781.424	-1.284.298	-867.481	-1.017.034	-1.017.034
11	- Personalaufwendungen	442.563	459.612	598.595	602.638	608.091	613.941
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.886.897	6.837.920	7.853.575	5.840.025	5.555.485	5.586.875
14	- Bilanzielle Abschreibungen		2.885.957	2.993.769	3.261.593	3.544.419	3.544.419
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	850.459	1.045.434	1.056.136	1.023.688	1.022.441	1.020.471
17	= Ordentliche Aufwendungen	7.179.919	11.228.924	12.502.075	10.727.945	10.730.436	10.765.706
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	6.593.962	9.447.500	11.217.777	9.860.464	9.713.402	9.748.672
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	6.593.962	9.447.500	11.217.777	9.860.464	9.713.402	9.748.672
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	6.593.962	9.447.500	11.217.777	9.860.464	9.713.402	9.748.672
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-6.265.867	-8.645.272	-10.345.916	-9.013.958	-8.889.234	-8.917.310
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	14.902	35.726	35.618	36.345	34.396	34.587
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	342.997	837.954	907.480	882.850	858.564	865.950

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Grundstücks- und Gebäudemanagement

Bei der Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* handelt es sich um die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten durch Zuwendungen des Landes für Investitionen (Kostenart 416210). Die Auflösung solcher Sonderposten erfolgt über die erwartete Nutzungsdauer des Investitionsgutes (vgl. Bilanzielle Abschreibungen). Die Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* beinhaltet Erlöse aus dem Verkauf (Kostenart 441100) von Ausschreibungsunterlagen, Mieteinnahmen (Kostenart 441200) sowie Erlöse aus Mietnebenkosten (Kostenart 441210). Die Mieteinnahmen beziehen sich auf Dienstwohnungen, Pachteinnahmen Tiefgarage, Vermietung von Parkplätzen, Verpachtung der Kantine und sonstige Mieten (StVA, Garagen, Mobilfunksender, Wohnungs- und Geschäftsgrundstücke). Über die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* werden insbesondere die Zuschüsse im Rahmen des Konjunkturpakets II dargestellt. Es entstehen Ausgaben in gleicher Höhe. Darüber hinaus werden dort Erstattungen von Bewirtschaftungskosten (z. B. Jugendzeltplatz, Kostenart 442800) und der Anteil der OAG zu Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten (Kostenart 444904) vereinnahmt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* beinhalten die Kosten der kreiseigenen Gebäude (mit Ausnahme der Rettungswachen) für Energie, Abwasser, Wasser sowie Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten. Die Kosten je Gebäude werden auf separaten Objekt-Kostenstellen (Kst. 10000-15000) erfasst, anschließend werden die einzelnen Produkte mit diesen Kosten über Verrechnungsschlüssel belastet, gleichzeitig erfolgt über die Interne Leistungsbeziehung eine Entlastung des vorliegenden Produktes.

Bei den Transferaufwendungen handelt es sich um einen Investitionskostenzuschuss für die Sanierung des Walter-Leo-Schmitz-Bades an die Stadt Wipperfürth. Der Zuschuss wird aufgrund vertraglicher Leistungen im Rahmen des Schulsports geleistet (Kostenstelle 15200; Kostenart 531300).

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* zählen die Kosten zur Überprüfung von Elektroanlagen bzw. Beseitigung von Elektromängeln (Kostenart 542916), Ausgaben zur Erstellung eines ADV-Gebäudekatasters (Kostenart 543910), Maßnahmen zur Arbeitssicherheit (Kostenart 543911) und andere sonstige Geschäftsaufwendungen (z.B. Umzugskosten, Kostenart 543900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Haushaltsplan 2011**1.01 Innere Verwaltung**

verantwortlich:

1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement

Dezernat IV

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Nachrichtlich: Die Erstattungen im Rahmen der Nutzung von Schulräumen durch Dritte oder Wohnungsmieten für Hausmeister an Schulen werden auf den betroffenen Produkten vereinnahmt, die Erstattung der Nebenkosten durch den LVR (Bewirtschaftung der Helen-Keller-Schule) werden beispielsweise in der Produktgruppe Förderschulen vereinnahmt. Die Gebäudekosten (Strom, Gas, Fernwärme, Heizöl, Wasser, Unterhaltung, Sanierung, Mieten, Bewirtschaftung, Abfallentsorgung, Reinigung, Grundsteuer, Gebäudeversicherungen) sind auf Kostenstellen geplant worden. Die Verteilung dieser Kosten (nach m²-Schlüssel) erfolgt verursachungsgerecht auf die Ämter bzw. auf die Produkte.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat IV

1.01 Innere Verwaltung**1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement**

Auszug aus der Kst.-Struktur:

Kst.	Bezeichnung	Kst.	Bezeichnung	Kst.	Bezeichnung	Kst.	Bezeichnung
10000	Verw.geb. Allg.	10220	KVHS, Mühlenbergweg 3a	11130	Mat.cont.BK W'fürth	15100	Geb. "Hülsenbusch"
10010	Kreishaus Hochhaus	10230	Nebst.Gesundh.A.W.	11140	Lagerfl. Mertenpark	15110	Ruine Eibach
10020	Kreishaus "Kantine"	10510	NSt.KatasterA.,WB	11150	Moltkestr. 20-22	15120	Ruine Biberstein
10030	Hohenzollernbad	10520	W'ip.,Hindenburgstr.	12000	Berufskollegs Allg.	15130	Munitionsdepot
10040	Moltkestr. 34 (OAG)	10530	La-Roche-Sur-Yon 3	12010	BK Dieringhausen	15140	Fischteiche Kaltenbach
10050	Moltkestr. 38	10550	Tiefgar. Bismarckpl.	12020	Berufskolleg GM	15150	Wildannahmestellen
10060	Moltkestr. 40	10560	Am Wiedenhof 21	12025	BK GM, Waldbröl	15200	Walter-Leo-Schmitz-Bad Wipperfürth
10080	Am Wiedenhof 1-3	10570	Jugendzeltplatz	12030	BK Wipperfürth	19000	Abwickl. Konjunkturpaket II Maßnahmen
10090	Am Wiedenhof 5	10580	Villa-Kohlgrüber	13000	Förderschulen Allg.	19001	Amokpräv. a.d. Helen-Keller-Schule
10100	Am Wiedenhof 7	11010	Nebst.STVA H'wagen	13010	Helen-Keller-Schule	19002	Amokprävention Anne-Frank-Schule
10110	Am Wiedenhof 9	11020	Polizeiverw., GM	13020	Anne-Frank Schule	19003	Amokprävention FöS Sprache Wiehl
10120	Am Wiedenhof 11	11030	Klassen BK GM,W'bröl	13050	FS Emot.u.soz. Entw.	19004	Amokprävention Anna-Freud-Schule
10130	Am Wiedenhof 13	11040	Förderschule Sprache	14000	FW / RD Allg.	19005	Amokprävention E-Schule
10140	Am Wiedenhof 15	11050	Schule für Kranke	14010	Kreisgeb. Lockenfeld	19006	Amokpräv. BK GM u. Waldbröl
10150	Am Wiedenhof 17	11060	Mertenpark,Kl. BK D.	15000	Sonstiges Allgemein	19007	Amokpräv. BK GM-Dieringh.
10160	Am Wiedenhof 19	11070	Cont.ARGE Berg.stadt	15010	Schloss-Museumsgeb.	19008	Amokpräv. BK Wipperfürth
10170	La-Roche-Sur-Yon 5	11080	Zentraldepot	15020	Schloss-Verw.geb.		
10180	Sport-/Turnhalle	11090	Werkst.,Hardtwiesen	15060	Haus Dahl		
10190	Verw.geb. "PBS"	11100	Schulcontainer (FS)	15070	FSH Bergneustadt		
10200	STVA GM	11110	Schulcontainer (BK)	15080	FSH Oberengelskirch.		
10210	KVHS, Mühlenbergweg 3	11120	WerkstattKl. BK Wip.	15090	FSH Ösinghausen		

Haushaltsplan 2011

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement

Dezernat IV

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-268	-1.000					
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-418.040	-341.500	-381.500		-381.500	-381.500	-381.500
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-65.485	-1.426.000	-626.000		-26.000	-26.000	-26.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-12.180						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-495.973	-1.768.500	-1.007.500		-407.500	-407.500	-407.500
10	- Personalauszahlungen	434.882	339.890	439.759		444.156	448.598	453.084
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	5.222.901	6.837.746	7.853.460		5.839.910	5.555.370	5.586.760
14	- Transferauszahlungen			280.000				
15	- sonstige Auszahlungen	873.237	1.008.459	1.018.920		986.260	985.180	983.060
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	6.531.021	8.186.095	9.592.139		7.270.326	6.989.148	7.022.904
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	6.035.048	6.417.595	8.584.639		6.862.826	6.581.648	6.615.404
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-169.000						
23	= investive Einzahlungen	-169.000						
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	16.099	5.000	11.000		11.000	11.000	11.000
30	= investive Auszahlungen	16.099	5.000	11.000		11.000	11.000	11.000
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	-152.901	5.000	11.000		11.000	11.000	11.000

Haushaltsplan 2011

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement

Dezernat IV

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5239001 Vermögensveräuß. "Hülsenbusch"										
2	- Einzahlungen aus Veräußerungen von Sachanlagen	-169.000							-169.000	-169.000
6	= Summe Einzahlungen	-169.000							-169.000	-169.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-169.000							-169.000	-169.000

Haushaltsplan 2011

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement

Dezernat IV

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen/-auszahlungen
2	- Summe der investiven Auszahlungen	16.099	5.000	11.000		11.000	11.000	11.000	21.099	65.099
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	16.099	5.000	11.000		11.000	11.000	11.000	21.099	65.099

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante Investitionen/Ersatzbeschaffung von **geringwertigen Wirtschaftsgütern** (kurz GWG) und von **Betriebs- und Geschäftsausstattung** (kurz BGA) aus dem Bereich des **Zentralen Immobilienmanagements**. Betriebs- und Geschäftsausstattung ist ein Begriff der kaufmännischen Buchführung. Darunter fallen Gegenstände (über 410 Euro netto), die der langfristigen Betriebsbereitschaft eines Unternehmens dienen. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird im ersten Teil des Inventars als Vermögensposten geführt. In der Bilanz wird sie den Sachanlagen zugeordnet und ist damit ein Teil des Anlagevermögens. BGAs werden über den Zeitraum ihrer Nutzungsdauer abgeschrieben, über Kostenstellen werden die Beschaffungen verursachungsgerecht den Ämtern/Produkten zugeordnet. Geringwertige Wirtschaftsgüter können, im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, im Jahr der Anschaffung oder Herstellung voll als Betriebsausgabe abgesetzt werden. Voraussetzungen für ein geringwertiges Wirtschaftsgut: es muss eigenständig nutzbar sein, es muss beweglich sein, es muss länger als ein Jahr dem Betrieb dienen und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten liegen zwischen 60,- und 410,- Euro (netto). Der Ansatz ist für die Anschaffung von Geräten (insb. für die Pflege der kreiseigenen Grundstücke, z. B. Rasenmäher, Motorsensen, Kehrmaschinen, etc.) bestimmt.

Die o. g. Investitionen werden folgende *Finanzstellen (PSP-I)* abgewickelt:

5230350 BGA Ersatzbeschaffungen, Geräte (ZIM)

5230352 GWG Ersatzbeschaffungen, Geräte (ZIM)

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:
Dezernat IV

1.01 Innere Verwaltung**1.01.13 Technisches Immobilienmanagement****Beschreibung**

Bauliche Unterhaltung (Substanzerhalt) der Liegenschaften des Oberbergischen Kreises, Planung, Realisierung, Projektsteuerung und Bauherrenbetreuung von Neubau-, Umbau- und Erweiterungsbaumaßnahmen.

Auftragsgrundlage

Aufträge durch Politik und Verwaltungsleitung sowie Nutzer der Gebäude und Einrichtungen des Kreises.

Ziele

- Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit sowie Substanzerhaltung der Gebäude des Oberbergischen Kreises im Verhältnis von 1,2% des Gebäudewertes als Instandhaltungsmittel (KGST), um bilanziellen Investitionsstau zu vermeiden,
- Wirtschaftliche Erledigung von Baumaßnahmen durch Einhaltung des vorgegebenen Kostenrahmens.

Zielgruppen

Nutzer der Verwaltungsgebäude, Schulen, Sonderimmobilien des Kreises, Mieter und Vermieter, Auftragnehmer

Haushaltsplan 2011**1.01 Innere Verwaltung**

verantwortlich:

1.01.13 Technisches Immobilienmanagement

Dezernat IV

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
11	- Personalaufwendungen	437.434	518.054	655.924	659.982	665.842	672.203
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	45		61	61	61	61
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	19.412	21.472	22.161	22.295	22.238	22.329
17	= Ordentliche Aufwendungen	456.890	539.526	678.146	682.339	688.142	694.593
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	456.890	539.526	678.146	682.339	688.142	694.593
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	456.890	539.526	678.146	682.339	688.142	694.593
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	456.890	539.526	678.146	682.339	688.142	694.593
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	33.719	38.198	90.549	64.490	63.136	63.442
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	490.609	577.725	768.695	746.828	751.278	758.035

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Technisches Immobilienmanagement

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat IV

1.01 Innere Verwaltung**1.01.13 Technisches Immobilienmanagement**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
10	- Personalauszahlungen	400.758	377.697	476.351		481.115	485.926	490.785
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	400.758	377.697	476.351		481.115	485.926	490.785
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	400.758	377.697	476.351		481.115	485.926	490.785

Haushaltsplan 2011**1.01 Innere Verwaltung**

verantwortlich:

1.01.14 Kommunalaufsicht

Dezernat I

Beschreibung

Der Landrat nimmt für das Land NRW im eigenen Namen Aufsichtstätigkeiten wahr. Die Kommunalaufsicht hat den Status einer Landesbehörde auf der unteren Ebene der Landesverwaltung („untere staatliche Verwaltungsbehörde“) und ist somit den Weisungen der Bezirksregierung bzw. des Innenministeriums NRW unterworfen.

Die Aufsichtsfunktion der Kommunalaufsicht umfasst folgende Tätigkeiten:

- Allgemeine Aufsicht (Rechtsaufsicht und finanzwirtschaftliche Aufsicht) über die 13 kreisangehörigen Städte und Gemeinden sowie entsprechende Zweckverbände (ASTO, BTV, Zweckverband der Förderschulen, Sparkassen-Zweckverbände)
- Entscheidungen über Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmen der Kommunen sowie über Vereinbarungen zur Interkommunalen Zusammenarbeit
- Bearbeitung von Beschwerden (Petitionen, Eingaben, Vergabebeschwerden, Dienstaufsichtsbeschwerden)
- Disziplinarangelegenheiten der Bürgermeister oder in Einzelfällen der Beamten der Kommunen

Auftragsgrundlage

Gemeindeordnung (GO), Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG), Kreisordnung (KrO), Landesbeamtengesetz (LBG), Landesdisziplinalggesetz, Kommunalwahlgesetz

Ziele

Über die Aufsichtsfunktion hinaus:

Beratung der kreisangehörigen Kommunen und Zweckverbände

Zielgruppen

Kreisangehörige Städte und Gemeinden sowie deren Zweckverbände mit Sitz im Oberbergischen Kreis
Bürger, Unternehmen

Haushaltsplan 2011**1.01 Innere Verwaltung**

verantwortlich:

1.01.14 Kommunalaufsicht

Dezernat I

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
11	- Personalaufwendungen	228.289	303.993	268.134	267.777	269.556	271.890
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	51		77	77	77	77
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	15.739	16.253	17.089	16.966	16.349	16.507
17	= Ordentliche Aufwendungen	244.079	320.246	285.300	284.819	285.981	288.474
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	244.079	320.246	285.300	284.819	285.981	288.474
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	244.079	320.246	285.300	284.819	285.981	288.474
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	244.079	320.246	285.300	284.819	285.981	288.474
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	12.039	21.190	25.535	18.171	17.839	17.935
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	256.118	341.436	310.835	302.990	303.820	306.409

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Kommunalaufsicht

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011**1.01 Innere Verwaltung**

verantwortlich:

1.01.14 Kommunalaufsicht

Dezernat I

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
10	- Personalauszahlungen	146.477	185.314	164.923		166.572	168.238	169.920
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	146.477	185.314	164.923		166.572	168.238	169.920
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	146.477	185.314	164.923		166.572	168.238	169.920

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:
Kreisdirektor

1.01 Innere Verwaltung**1.01.15 Kreispolizeibehörde****Beschreibung**

Leistungen (Querschnittsaufgaben):

1. Personal- und Organisationsplanung
2. Bearbeitung von Rechtsangelegenheiten
3. Haushaltsplanung und –ausführung

Auftragsgrundlage

zur Sicherstellung eines effizienten Polizeikräfte- und Mitteleinsatzes durch Abdecken eines administrativen Bereiches. Beamten- und Tarifrecht, Waffenrecht, Ordnungswidrigkeiten- und Strafrecht, Vereinswesen- und Versammlungsrecht, Landeshaushaltsordnung, VOL, BGB

Ziele

Im Oberbergischen Kreis sind 10.979 Waffenbesitzkarten ausgestellt. Darin sind insgesamt 9.349 Kurz- und 18.922 Langwaffen registriert. Die Aufbewahrung der Waffen ist bisher nach Inkrafttreten des neuen Waffengesetzes zu 10 % überprüft worden. In den kommenden Jahren wird die Kreispolizeibehörde Oberbergischer Kreis alle übrigen Waffenbesitzer überprüfen. Ab 2008 werden kontinuierlich bis 2015 jährlich rund 750 Waffenbesitzer überprüft.

- Beschränkung der Anzahl von Waffen in Privathand.

Zielgruppen

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Organisationseinheiten der Kreispolizeibehörde, übergeordnete Behörden, Bürger, Vereine, Speditionen

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.01 Innere Verwaltung

1.01.15 Kreispolizeibehörde

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-131.798	-114.000	-120.000	-120.000	-120.000	-120.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-12.894		-38.500	-38.500	-38.500	-38.500
10	= Ordentliche Erträge	-144.692	-114.000	-158.500	-158.500	-158.500	-158.500
11	- Personalaufwendungen	524.135	625.339	617.690	618.411	622.979	628.563
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	356	376	433	433	433	433
14	- Bilanzielle Abschreibungen	850	2.212	1.986	2.095	2.205	2.205
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	35.096	35.797	36.586	36.291	35.207	35.468
17	= Ordentliche Aufwendungen	560.437	663.724	656.695	657.230	660.824	666.668
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	415.745	549.724	498.195	498.730	502.324	508.168
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	415.745	549.724	498.195	498.730	502.324	508.168
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	415.745	549.724	498.195	498.730	502.324	508.168
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	45.291	51.528	52.491	50.311	49.721	49.876
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	461.036	601.252	550.685	549.041	552.044	558.045

Haushaltsplan 2011**1.01 Innere Verwaltung**

verantwortlich:

1.01.15 Kreispolizeibehörde

Kreisdirektor

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Kreispolizeibehörde

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für polizeiliche Erlaubnisse (insb. waffenrechtliche Erlaubnisse), für polizeiliche Begleitung von Schwertransporten, für Falschalarme (Fehlalarme von Überfall- und Einbruchmeldeanlagen) und sonstige Verwaltungsgebühren (gemäß § 7a der Kostenordnung zu § 77 Verwaltungsvollstreckungsgesetz, insb. polizeiliche Ersatzvornahmen) veranschlagt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Bei der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* handelt es sich um auf Kostenstellen bewirtschaftete und verrechnete Aufwendungen beispielsweise für die Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung (Kostenstelle 100310, Kostenart 523600) sowie für sonstigen Materialverbrauch (Kostenstelle 1214, Kostenart 526800).

In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind Geschäftsaufwendungen (Kostenart 543900) für soziale Belange der Polizei sowie der Beitrag (Kostenart 544300) zum IBZ Schloss Gimborn e.V. ausgewiesen. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011verantwortlich:
Kreisdirektor**1.01 Innere Verwaltung**

1.01.15 Kreispolizeibehörde

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-117.416	-114.000	-120.000		-120.000	-120.000	-120.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-12.833		-38.500		-38.500	-38.500	-38.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-130.249	-114.000	-158.500		-158.500	-158.500	-158.500
10	- Personalauszahlungen	409.040	410.760	402.737		406.764	410.831	414.940
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	70	200	250		250	250	250
15	- sonstige Auszahlungen	6.484	7.611	8.181		8.181	8.181	8.181
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	415.594	418.571	411.168		415.195	419.262	423.371
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	285.344	304.571	252.668		256.695	260.762	264.871

Haushaltsplan 2011
1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen		-14.462	-37.726	-39.164	-44.351	-48.101
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-13.244.343	-13.146.464	-15.092.918	-14.733.538	-14.827.806	-14.831.578
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-996	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-500.389	-493.200	-618.821	-436.080	-305.000	-287.500
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-2.352.618	-2.550.900	-2.551.060	-2.551.360	-2.551.660	-2.551.960
10	= Ordentliche Erträge	-16.098.346	-16.206.026	-18.301.525	-17.761.142	-17.729.817	-17.720.139
11	- Personalaufwendungen	6.812.160	7.556.247	8.005.909	7.803.651	7.865.631	7.937.266
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	8.719.870	8.528.129	9.786.506	9.695.326	9.857.026	9.964.626
14	- Bilanzielle Abschreibungen	104.106	285.796	704.011	838.012	973.840	973.840
15	- Transferaufwendungen	41.376	42.550	38.800	38.800	38.800	38.800
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.769.001	3.154.610	3.513.559	2.933.574	2.838.099	2.873.156
17	= Ordentliche Aufwendungen	18.446.514	19.567.333	22.048.785	21.309.364	21.573.397	21.787.689
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	2.348.169	3.361.307	3.747.260	3.548.222	3.843.580	4.067.550
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	2.348.169	3.361.307	3.747.260	3.548.222	3.843.580	4.067.550
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	2.348.169	3.361.307	3.747.260	3.548.222	3.843.580	4.067.550
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	581.772	864.285	934.704	889.911	876.696	880.380
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	2.929.941	4.225.592	4.681.964	4.438.133	4.720.276	4.947.930

Haushaltsplan 2011

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-3.750				-3.750
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-12.706.429	-13.146.464	-15.092.918		-14.733.538	-14.827.806	-14.831.578
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-996	-1.000	-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-505.430	-493.200	-618.821		-436.080	-305.000	-287.500
7	+ Sonstige Einzahlungen	-2.205.426	-2.550.900	-2.551.060		-2.551.360	-2.551.660	-2.551.960
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-15.418.282	-16.191.564	-18.267.549		-17.721.978	-17.685.466	-17.675.788
10	- Personalauszahlungen	5.933.948	5.147.725	5.582.747		5.407.170	5.460.266	5.513.898
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	7.986.334	8.525.659	9.782.705		9.691.525	9.853.225	9.960.825
14	- Transferauszahlungen	39.376	42.550	38.800		38.800	38.800	38.800
15	- sonstige Auszahlungen	1.415.762	1.859.325	2.181.330		1.617.805	1.587.680	1.607.200
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	15.375.421	15.575.259	17.585.582		16.755.300	16.939.971	17.120.723
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-42.861	-616.305	-681.967		-966.678	-745.495	-555.065
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-30.000	-697.097	-41.500		-41.500	-41.500	-41.500
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-23.853	-1.000					
23	= investive Einzahlungen	-53.853	-698.097	-41.500		-41.500	-41.500	-41.500
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	16.081	1.875.000	3.215.000				
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	673.101	1.702.502	1.803.735		611.190	1.423.350	779.850
27	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen		20.000					
30	= investive Auszahlungen	689.183	3.597.502	5.018.735		611.190	1.423.350	779.850

Haushaltsplan 2011**1.02 Sicherheit und Ordnung**

verantwortlich:

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- /J. Auszahlung)	635.329	2.899.405	4.977.235		569.690	1.381.850	738.350

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:
Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.01 Ordnungsbedürftige Tätigkeiten

Beschreibung

Diese Produktgruppe besteht aus folgenden Produkten und Teilprodukten:

- 1.02.01.01 Allgemeine Gefahrenabwehr
- 1.02.01.01.01 Jagd und Fischerei

- 1.02.01.02 Gewerbe und Handwerk
- 1.02.01.02.01 Schornsteinfegeraufsicht

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.02.01.01

Allgemeine Gefahrenabwehr

Beschreibung

- Überwachen der Zuverlässigkeit von Personen, die mit Jagdwaffen, Sprengstoff und anderen gefährlichen Stoffen umgehen
- Abnahme von Jäger- und Fischerprüfungen, Erteilen von Jagdscheinen
- Ordnungsbehördliche Einzelaufgaben z.B. zum Schutz der Sonn- und Feiertage oder im Friedhofs- und Bestattungswesen
- Beraten kreisangehöriger Kommunen in ordnungsrechtlichen Angelegenheiten
- Aufsicht über Recht- und Zweckmäßigkeit kommunaler ordnungsrechtlicher Entscheidungen, soweit nicht anders zugeordnet

Auftragsgrundlage

Jagdgesetze Bund u. Land sowie Fischereigesetz NRW mit allen Verordnungen, Sprengstoffgesetz, Gefahrstoffverordnung, Chemikalienverbotsverordnung, Sonn- und Feiertagsgesetz NRW, Bestattungsgesetz NRW, Gräbergesetz, Ordnungswidrigkeitengesetz, Ordnungsbehördengesetz NRW

Ziele

Global:

- Erhalt der inneren Sicherheit im Kreisgebiet
- Schutz von Wild- und Fischbeständen durch eine geordnete Bewirtschaftung

Strategisch:

- Kompetentes Verwaltungshandeln in der bisherigen Verfahrensqualität unter Berücksichtigung kommunaler Interessen
- Sicherstellen der Rechtmäßigkeit staatlicher Eingriffe in die Handlungsfreiheit Einzelner

Zielgruppen

Jägerschaft und Eigentümer von Wald- und Wiesenflächen, Fischerei-Interessierte und Eigentümer von Gewässern; Sportschützen, Einzelhandelsbetriebe; allgemeine Bevölkerung, Ordnungsbehörden kreisangehöriger Kommunen

1.02.01.02

Gewerbe und Handwerk

Beschreibung

- Überwachen der Zuverlässigkeit von Gewerbetreibenden insbesondere durch Untersagung des Gewerbes bei nachgewiesener Unzuverlässigkeit sowie Erteilen von Genehmigungen für Finanz- und Immobilienmakler, Ahnden von Verstößen gegen Gewerbe- und Handwerksordnung, Unterstützen der Zollbehörden bei Verdacht auf Schwarzarbeit, Untersagung des Handwerks bei nachgewiesener Unzuverlässigkeit.
- Schornsteinfegeraufsicht:
Überwachen und Unterstützen bei der Erledigung ihrer öffentlichen Aufgaben.
- Beraten kreisangehöriger Kommunen in gewerberechtlichen Angelegenheiten; Aufsicht über Recht- und Zweckmäßigkeit kommunaler gewerberechtlicher Entscheidungen

Auftragsgrundlage

Gewerbeordnung, Handwerksordnung, Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung, Schornsteinfegergesetz, Ordnungswidrigkeitengesetz, Ordnungsbehördengesetz NRW

Ziele

Global:

- Erhalt der inneren Sicherheit im Kreisgebiet
- Schutz legal arbeitender Gewerbe- und Handwerksbetriebe vor illegaler Konkurrenz

Strategisch:

- Kompetentes Verwaltungshandeln in der bisherigen Verfahrensqualität unter Berücksichtigung wirtschaftlicher und kommunaler Interessen,
- Sicherstellen der Rechtmäßigkeit staatlicher Eingriffe in die Gewerbefreiheit von Privatpersonen

Zielgruppen

Gewerbetreibende aller Art, Finanz- und Immobilienmakler, Handwerksbetriebe; Schornsteinfeger; alle kreisangehörigen kommunalen Gewerbebehörden; alle Personen, die gegen Vorschriften der Gewerbe/Handwerksordnung verstoßen

Haushaltsplan 2011
1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.01 Ordnungsbedürftige Tätigkeiten

Dezernat I

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-125.863	-90.500	-90.300	-97.300	-90.300	-90.300
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-165					
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-69.194	-26.500	-26.300	-26.300	-26.300	-26.300
10	= Ordentliche Erträge	-195.222	-117.000	-116.600	-123.600	-116.600	-116.600
11	- Personalaufwendungen	259.265	307.655	328.463	328.538	330.872	333.802
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.457	5.622	5.151	5.151	5.151	5.151
14	- Bilanzielle Abschreibungen	7.310	11.085	5.215	5.479	5.747	5.747
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	64.005	46.896	48.875	48.259	45.804	46.376
17	= Ordentliche Aufwendungen	333.037	371.257	387.705	387.427	387.574	391.077
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	137.815	254.257	271.105	263.827	270.974	274.477
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	137.815	254.257	271.105	263.827	270.974	274.477
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	137.815	254.257	271.105	263.827	270.974	274.477
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-55.535	-112.075	-121.593	-76.529	-76.891	-77.178
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	58.385	132.504	162.236	102.395	102.095	102.542
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	140.666	274.686	311.748	289.693	296.177	299.841

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Ordnungsbedürftige Tätigkeiten

Erträge der Produktgruppe ‚Ordnungsbedürftige Tätigkeiten‘ bestehen einerseits aus Buß- Zwangs- und Verwarnungsgeldern, die bei der Ahndung von Gesetzesverstößen z.B. gegen die Vorschriften der Handwerks- oder Gewerbeordnung festgesetzt werden (Kostenart 452110-452130). Andererseits werden als Leistungsentgelt Verwaltungsgebühren eingenommen, z.B. für das Erteilen einer Sprengstofferaubnis oder eines Jagdscheins. Die Gebühreneinnahmen können immer nur Teilbereiche der Produktgruppe finanzieren. Sachaufwendungen entstehen insbesondere für die Durchführung von Jäger- und Fischerprüfungen. Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich tätige Personen (z.B. im Kreisjagdbeirat oder als Fischereiberater) werden unter sonstige ordentliche Aufwendungen erfasst.

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für Gebühren nach dem Sprenggesetz, Jagdscheingebühren, Gebühren für Jägerprüfungen u.a., Gebühren für Fischerprüfungen u. a., Verwaltungsgebühren für Gewerbesachen und Verwaltungsgebühren Schornsteinfeger gesammelt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* umfasst die Kosten der Durchführung der Jäger- und der Fischereiprüfungen (Kostenart 524900). Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind die Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Beschäftigte (Kreisjagdbeirat, Fischereiberater, Kostenart 542800) erfasst. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung
1.02.01 Ordnungsbedürftige Tätigkeiten

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-115.412	-90.500	-90.300		-97.300	-90.300	-90.300
7	+ Sonstige Einzahlungen	-34.208	-26.500	-26.300		-26.300	-26.300	-26.300
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-149.620	-117.000	-116.600		-123.600	-116.600	-116.600
10	- Personalauszahlungen	199.582	193.991	209.586		211.682	213.798	215.938
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.737	6.400	6.220		6.220	6.220	6.220
15	- sonstige Auszahlungen	13.338	11.910	11.520		11.520	11.530	11.530
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	215.657	212.301	227.326		229.422	231.548	233.688
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	66.037	95.301	110.726		105.822	114.948	117.088
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		2.000					
30	= investive Auszahlungen		2.000					
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)		2.000					

Haushaltsplan 2011

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.01 Ordnungsbedürftige Tätigkeiten

Dezernat I

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen/-auszahlungen
2	- Summe der investiven Auszahlungen		2.000						2.000	2.000
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		2.000						2.000	2.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem o. g. Ansatz für das Haushaltjahr 2010 handelt es sich um den Erwerb/Ersatzbeschaffungen von Jagdwaffen im Rahmen der Jägerprüfung. Die Abwicklung der Investitionen wird von Amt 32 koordiniert.

Die Investition wird über folgende *Finanzstelle* abgewickelt:

5.321001.710 Jagdwaffen i. R. d. Jägerprüfung

Haushaltsplan 2011**1.02 Sicherheit und Ordnung**

verantwortlich:

1.02.02 Verbraucherschutz

Dezernat II

Beschreibung

- Kontrollen und Probeentnahmen in Betrieben, in denen Lebensmittel, Bedarfsgegenstände, Kosmetika und Tabakerzeugnisse hergestellt, behandelt und in Verkehr gebracht werden
- Schlachtier- und Fleischuntersuchung
- Überwachung des Verkehrs mit Tierarzneimitteln und Futtermitteln

Auftragsgrundlage

Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch, Tierschutzgesetz, Fleischbeschauverordnung des Oberbergischen Kreises, Fleischhygienegesetz, Arzneimittelgesetz, Verordnung (EG) 178/2002, Verordnung (EG) 852/2004, Verordnung (EG) 853/2004

Ziele

- Durchführung von Betriebskontrollen (100 %)
- Durchführung der Probenentnahmen (100 %)

Zielgruppen

Gewerbetreibende auf allen Stufen der Herstellung, Behandlung und Verarbeitung von Lebensmitteln und Futtermitteln; Landwirte, Tierärzte, Tierheilpraktiker, Verbraucher, Inhaber von Schlachtbetrieben, Jäger, amtl. Kontrollpersonal

Haushaltsplan 2011**1.02 Sicherheit und Ordnung**

verantwortlich:

1.02.02 Verbraucherschutz

Dezernat II

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-184.045	-165.000	-169.000	-169.000	-169.000	-169.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-3.237	-3.300	-3.300	-3.300	-3.300	-3.300
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-4.945	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000
10	= Ordentliche Erträge	-192.227	-173.300	-177.300	-177.300	-177.300	-177.300
11	- Personalaufwendungen	608.650	510.160	594.003	597.830	602.496	607.413
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	403.914	420.291	395.505	430.505	462.505	497.505
14	- Bilanzielle Abschreibungen	329	4.309	4.181	4.426	4.673	4.673
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	77.650	186.995	71.429	71.473	71.161	71.295
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.090.544	1.121.756	1.065.117	1.104.234	1.140.835	1.180.887
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	898.317	948.456	887.817	926.934	963.535	1.003.587
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	898.317	948.456	887.817	926.934	963.535	1.003.587
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	898.317	948.456	887.817	926.934	963.535	1.003.587
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-16.459	-38.343	-36.060	-23.416	-23.582	-23.647
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	51.419	83.717	96.213	67.372	66.596	66.877
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	933.277	993.830	947.970	970.891	1.006.550	1.046.817

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Verbraucherschutz

Über die Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100, z.B. Fleischschau) sowie für zusätzliche amtliche Kontrollen abgebildet. Die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/ -umlage* stellt die Erstattungen (Kostenart 442900) von Kosten im Bereich der Lebensmitteluntersuchungen dar. In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* werden Verwarnungsgelder (Kostenart 452130) vereinnahmt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* wird der Ankauf und insbesondere die Untersuchungen (Kostenart 529908) von Lebensmitteln und Bedarfgegenständen abgedeckt. Darüber hinaus werden hier die Kosten für den laufenden Laborbedarf, für Verbraucherschutz und regionale Vermarktung (Kostenart 524905) sowie für den Kurierdienst (Kostenart 529909) veranschlagt.

Bei der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* handelt es sich in erster Linie um Gebührenaussgaben (Kostenart 542300) für bakteriologische Fleischuntersuchungen und BSE-Pflichttests, aber auch um die Kosten der Vergütung für externe Sachverständige (Kostenart 542907) sowie der Materialbeschaffung (Kostenart 543110) im Rahmen der Fleischschauung und Kosten im Rahmen der Untersuchung von Futtermittelproben (543900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung sowie anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011
1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.02 Verbraucherschutz

Dezernat II

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-159.018	-165.000	-169.000		-169.000	-169.000	-169.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-3.083	-3.300	-3.300		-3.300	-3.300	-3.300
7	+ Sonstige Einzahlungen	-4.945	-5.000	-5.000		-5.000	-5.000	-5.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-167.046	-173.300	-177.300		-177.300	-177.300	-177.300
10	- Personalauszahlungen	627.473	368.291	469.106		472.826	476.581	480.375
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	401.102	420.000	395.380		430.380	462.380	497.380
15	- sonstige Auszahlungen	14.607	146.700	32.670		32.670	32.670	32.670
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.043.181	934.991	897.156		935.876	971.631	1.010.425
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	876.136	761.691	719.856		758.576	794.331	833.125
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		2.000	1.800		1.800	1.800	1.800
27	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen		20.000					
30	= investive Auszahlungen		22.000	1.800		1.800	1.800	1.800
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- /J. Auszahlung)		22.000	1.800		1.800	1.800	1.800

Haushaltsplan 2011

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.02 Verbraucherschutz

Dezernat II

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5390004 Erwerb Trägeranteile AöR										
10	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen		20.000						20.000	20.000
13	= Summe Auszahlungen		20.000						20.000	20.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		20.000						20.000	20.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem o. g. Ansatz für das Haushaltjahr 2010 handelt es sich um den **Erwerb von Trägeranteilen** im Rahmen einer Beteiligung/Gründung einer Anstalt des öffentlichen Rechts. Die Abwicklung der Investitionen wird von Amt 39 koordiniert.

Die Investition wird über die *Finanzstelle Erwerb Trägeranteile AöR* abgewickelt:

2010 / PSP-I 5.390004.710.010 SK 782400

Haushaltsplan 2011

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.02 Verbraucherschutz

Dezernat II

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen/-auszahlungen
2	- Summe der investiven Auszahlungen		2.000	1.800		1.800	1.800	1.800	2.000	9.200
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		2.000	1.800		1.800	1.800	1.800	2.000	9.200

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante Investitionen/Ersatzbeschaffung von **geringwertigen Wirtschaftsgütern** (kurz GWG) und von **Betriebs- und Geschäftsausstattung** (kurz BGA) aus dem Bereich der **Veterinär- und Lebensmittelüberwachung** (Amt 39). Betriebs- und Geschäftsausstattung ist ein Begriff der kaufmännischen Buchführung. Darunter fallen Gegenstände (über 410 Euro netto), die der langfristigen Betriebsbereitschaft eines Unternehmens dienen. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird im ersten Teil des Inventars als Vermögensposten geführt. In der Bilanz wird sie den Sachanlagen zugeordnet und ist damit ein Teil des Anlagevermögens. BGAs werden über den Zeitraum ihrer Nutzungsdauer abgeschrieben, über Kostenstellen werden die Beschaffungen verursachungsgerecht den Ämtern/Produkten zugeordnet. Geringwertige Wirtschaftsgüter können, im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, im Jahr der Anschaffung oder Herstellung voll als Betriebsausgabe abgesetzt werden. Voraussetzungen für ein geringwertiges Wirtschaftsgut: es muss eigenständig nutzbar sein, es muss beweglich sein, es muss länger als ein Jahr dem Betrieb dienen und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten liegen zwischen 60,- und 410,- Euro (netto). Der Ansatz ist für die Anschaffung von medizinischen Geräten bzw. Laborgeräten, etc. bestimmt.

Die o. g. Investitionen werden über die *Finanzstelle 5.390001* (BGA, Mediz. Geräte / Laborgeräte, Anlagevermögen > 410 Euro netto) bzw. bzw. über die *Finanzstelle 5.390002* (GWG, Mediz. Geräte / Laborgeräte, Anlagevermögen < 410 Euro netto) abgewickelt.

Haushaltsplan 2011**1.02 Sicherheit und Ordnung**

verantwortlich:

1.02.03 Tiergesundheit

Dezernat II

Beschreibung

- Überwachung von Tierhaltungen und Tierhandel gemäß tierseuchenrechtlicher Bestimmungen
- Maßnahmen gegen die allgemeine und die besondere Seuchengefahr
- Überwachung von Tierhaltungen, -zuchten, -handel und -transporten gemäß Tierschutzgesetz
- Vorbeugende und akute Maßnahmen zum Schutz der Tiere
- Überwachung, Entsorgung und ggf. Verwertung von Tierkörpern, Tierkörperteilen und tierischen Erzeugnissen
- Zuchtberatung, Förderung und Vermarktung von Zuchttieren, Ausrichtung von Tierschauen

Auftragsgrundlage

Tierseuchengesetz, Tierschutzgesetz, Landeshundegesetz, Tierzuchtgesetz, Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz, VO (EG) 1774/2002

Ziele**Zielgruppen**

Tierhalter, Tierhändler, Tiertransporteure, Tierärzte, Verbraucher, Jäger, Schädlingsbekämpfer, Landwirte, Inhaber von Schlachtbetrieben, amtl. Kontrollpersonal, Gastronomiebetriebe, Tierzüchter

Haushaltsplan 2011

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.03 Tiergesundheit

Dezernat II

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-24.076	-17.000	-17.000	-17.000	-17.000	-17.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	13.316	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-6.935	-6.000	-6.000	-6.000	-6.000	-6.000
10	= Ordentliche Erträge	-17.696	-31.000	-31.000	-31.000	-31.000	-31.000
11	- Personalaufwendungen	508.295	564.740	560.446	564.015	569.052	574.502
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	408.441	459.800	470.973	470.973	467.973	467.973
14	- Bilanzielle Abschreibungen	1.097	17.750	725	1.175	1.625	1.625
15	- Transferaufwendungen	23.000	23.000	22.310	22.310	22.310	22.310
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	87.798	103.004	66.608	51.804	51.549	51.659
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.028.631	1.168.294	1.121.062	1.110.277	1.112.510	1.118.070
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.010.935	1.137.294	1.090.062	1.079.277	1.081.510	1.087.070
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.010.935	1.137.294	1.090.062	1.079.277	1.081.510	1.087.070
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.010.935	1.137.294	1.090.062	1.079.277	1.081.510	1.087.070
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	29.604	46.343	56.562	43.368	42.548	42.751
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.040.540	1.183.637	1.146.624	1.122.646	1.124.058	1.129.821

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Tiergesundheit

Über die Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für Bescheinigungen nach dem Tierseuchengesetz sowie Gebühren nach dem Tierschutzgesetz, Landeshundesgesetz u. a. abgewickelt. Die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattungen/ -umlage* erfasst die Erstattung von Kosten zur Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Kostenart 442900) sowie die Fahrtkostenerstattung durch Zuchtvereine. In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* werden Verwarnungsgelder und Zwangsgelder (Kostenart 452130 und 452120) vereinnahmt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* werden die Kosten für die Unterhaltung (Kostenart 523600) der Medizinischen Geräte und sonstige Gebrauchsgegenstände erfasst, aber auch die Kosten der Unterhaltung und Reinigung der Wildsammelstellen (Kostenart 523300 u. 523720) sowie die Sachkosten des Kreistierzuchtberaters (Kostenart 526800), die Kosten der Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Kostenart 524902), die Beschaffung von Mitteln u. Verbrauchsmaterialien zur Tierseuchenbekämpfung (Kostenart 524903) und sonstige Aufwendungen im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung (z. B. TSE-Monitoring), die Kosten der Kurierdienste (Kostenart 529909) und insbesondere die Kosten der Tierkörperbeseitigung nach dem TierNebG (Kostenart 529910). Der Oberbergische Kreis hat hier einen Vertrag über die Entsorgungskosten mit der Fa. Secanim geschlossen. Ferner werden hier die über die Kostenstelle 1415 bewirtschafteten Aufwendungen der Restabwicklung TBA Bergisch-Born dargestellt (Kostenart 528901).

In der Kontengruppe *Transferaufwendungen* sind die Mittel für die Förderung der Viehzucht und für sonstige landwirtschaftliche Belange sowie Zuschüsse zu Körungen und Prämien veranschlagt (Kostenart 531900). Durch gezielte Maßnahmen sollen die Kreisfördermittel zum Zweck der Sicherstellung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der tierhaltenden Betriebe verwendet werden.

Über die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die Leistungen/Vergütungen von externen Sachverständigen (Kostenart 542907, z. B. im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung oder Bekämpfung der Blauzungenkrankheit) verausgabt, diese Personen werden je nach Bedarf im Auftrag des Amtstierarztes zur Erfüllung der gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen tätig. Des Weiteren sind hier Geschäftsaufwendungen für Aufgaben nach dem Tierschutzgesetz (Kostenart 543900) sowie für Dienst- und Schutzkleidung (Kostenart 541600) angesetzt. Im Übrigen sind die Kosten der Tierschau (Kostenart 549900) im Jahr 2011 veranschlagt, welche i. d. R. alle vier Jahre durchgeführt wird. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige

Haushaltsplan 2011**1.02 Sicherheit und Ordnung**

verantwortlich:

1.02.03 Tiergesundheit**Dezernat II**

Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011
1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.03 Tiergesundheit

Dezernat II

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-17.870	-17.000	-17.000		-17.000	-17.000	-17.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-285	-8.000	-8.000		-8.000	-8.000	-8.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-3.930	-6.000	-6.000		-6.000	-6.000	-6.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-22.085	-31.000	-31.000		-31.000	-31.000	-31.000
10	- Personalauszahlungen	459.524	403.492	408.517		412.602	416.728	420.896
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	368.161	459.800	470.790		470.790	467.790	467.790
14	- Transferauszahlungen	23.000	23.000	22.310		22.310	22.310	22.310
15	- sonstige Auszahlungen	5.833	65.600	28.520		13.680	13.680	13.680
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	856.518	951.892	930.137		919.382	920.508	924.676
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	834.433	920.892	899.137		888.382	889.508	893.676
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	277.449	5.000	4.500		4.500	4.500	4.500
30	= investive Auszahlungen	277.449	5.000	4.500		4.500	4.500	4.500
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	277.449	5.000	4.500		4.500	4.500	4.500

Haushaltsplan 2011

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.03 Tiergesundheit

Dezernat II

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5390003 Erwerb Wild-Annahme-Container										
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	277.449	5.000	4.500		4.500	4.500	4.500	282.449	300.449
13	= Summe Auszahlungen	277.449	5.000	4.500		4.500	4.500	4.500	282.449	300.449
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	277.449	5.000	4.500		4.500	4.500	4.500	282.449	300.449

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem o. g. Ansatz für das Haushaltjahr 2011 handelt es sich um den Erwerb von speziellen Containern (Wildannahme-Container) im Rahmen der Wildschweinpest. Die Abwicklung der Investitionen wird von Amt 39 koordiniert.

Die Investition wird über folgende *Finanzstelle* abgewickelt:

5390003 Erwerb Wild-Annahme-Container

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.04 Verkehrsangelegenheiten

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.02.04.01 Verkehrsregelung und -lenkung

1.02.04.02 Überwachung des fließenden Verkehrs

1.02.04.02.01 Polizeiliche Geschwindigkeitsanzeigen

1.02.04.02.02 Geschwindigkeitsüberwachung

1.02.04.03 Verkehrsrechtliche Genehmigungen

1.02.04.04 Verkehrserziehung und -aufklärung

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.02.04.01

Verkehrsregelung und -lenkung

Beschreibung

- Entscheidung über Verkehrszeichen und –einrichtungen
- Geschäftsführung in der Unfallkommission zur Beseitigung von Unfallhäufungspunkten
- Verkehrslenkungsmaßnahmen im Baustellen- und Veranstaltungsbereich

Auftragsgrundlage

Straßenverkehrs-Ordnung (StVO), Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO), verschiedene Richtlinien, Zuständigkeitsregelung des Landes NRW

Ziele

- Verkehrsregelungs- und -lenkungsmaßnahmen zur Erhaltung der Verkehrssicherheit im Straßenverkehr
- Zeitnahe sach- und fachgerechte Reaktion gegenüber Kommunen und Unternehmen
- Erhalt und ständige Optimierung des bekannt guten Bürgerservices im Straßenverkehrsamt
 - o Freundlichkeit, Fachkompetenz und Hilfsbereitschaft sowie
 - o akzeptable Warte- und Öffnungszeiten

Zielgruppen

Allgemeinheit, Interessengruppen, Einzelpersonen, Bauunternehmer, kreisangehörige Städte und Gemeinden

1.02.04.02

Überwachung des fließenden Verkehrs

Beschreibung

- Prüfung der Anträge von u.a. Bürgern und Behörden zur Durchführung von Geschwindigkeitskontrollen sowie Festlegung dieser Messstellen im Benehmen mit der Polizei
- Feststellung und Ahndung von Geschwindigkeitsüberschreitungen an Unfallhäufungspunkten, unfallkritischen Strecken, gefährdeten und besonders schutzwürdigen Bereichen (z. B. an Spielplätzen, Schulen, Schulwegen, Kindergärten, Altenheimen)
- Ahndung der von der Polizei und anderen Behörden vorgelegten Ordnungswidrigkeitenverfahren (z. B. Verkehrsunfälle, Alkohol- und Betäubungsmittelverstöße, Überschreitung von Lenkzeiten, Verstöße gegen die Beförderung gefährlicher Güter)
- Vertretung des Kreises vor den Amtsgerichten

Auftragsgrundlage

Straßenverkehrsgesetz, Straßenverkehrsordnung, Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung, Fahrpersonalgesetz, Ordnungsbehördengesetz, Gefahrgutgesetz, Ordnungswidrigkeitengesetz

Ziele

Senkung des Geschwindigkeitsniveaus und Erhöhung der Verkehrssicherheit durch Rückgang der Verkehrsunfallzahlen

Zielgruppen

Antragsteller sowie mittelbar oder unmittelbar betroffene Verkehrsteilnehmer

1.02.04.03

Verkehrsrechtliche Genehmigungen

Beschreibung

- Erteilung / Entziehung von Erlaubnissen für den gewerblichen Güterkraftverkehr, von EG-Lizenzen und von Genehmigungen für den gewerblichen Taxen- und Mietwagenverkehr
- Erteilung von Erlaubnissen und Ausnahmegenehmigungen für Großraum- und Schwertransporte
- Erteilung von Ausnahmegenehmigungen von straßenverkehrsrechtlichen Vorgaben

Auftragsgrundlage

Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG), Personenbeförderungsgesetz (PBefG), Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BOKraft), Straßenverkehrsordnung (StVO), Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO)

Ziele

- Gewährleistung des gewerblichen Kraft- und Personenbeförderungsverkehrs durch zuverlässige und wirtschaftlich leistungsfähige Unternehmen; zudem Vorgaben bei den Transportgeschäften zur Vermeidung von Verkehrsbehinderungen
- Hilfestellung für Personen im Straßenverkehr mit besonderen Ausrichtungen
- Zeitnahe sach- und fachgerechte Reaktion gegenüber Unternehmen und Fachbehörden
- Erhalt und ständige Optimierung des bekannt guten Bürgerservices im Straßenverkehrsamt
 - o Freundlichkeit, Fachkompetenz und Hilfsbereitschaft sowie
 - o akzeptable Warte- und Öffnungszeiten

Zielgruppen

Gewerbliche Unternehmer des Personenbeförderungsverkehrs und des Güterkraftverkehrs, Allgemeinheit, Interessengruppen, Einzelpersonen, Handwerker, Menschen mit Behinderung, Fahrzeughalter

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung**1.02.04 Verkehrsangelegenheiten****1.02.04.04****Verkehrserziehung und -aufklärung****Beschreibung**

- Durchführung von Verkehrssicherheitsaktionen, Öffentlichkeitsarbeit
- Unterstützung der Verkehrssicherheitsarbeit der Kreispolizei und der Kreisverkehrswacht

Auftragsgrundlage

Gemeinsamer Runderlass des IM NRW und des MSV NRW

Ziele

- Verbesserung des Kenntnisstandes der Bevölkerung aller Altersgruppen bezogen auf medizinische, wissenschaftliche, unfallrelevante Neuerungen in der Verkehrssicherheitsarbeit; unter besonderer Sensibilisierung der Autofahrer gegenüber den schwächeren Verkehrsteilnehmern
- Intensivierung der Seniorenarbeit im Straßenverkehr ab 2008 ff
- Erhöhung der Zahl der entsprechenden Veranstaltungen

Zielgruppen

Alle am öffentlichen Straßenverkehr Beteiligten

Haushaltsplan 2011
1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.04 Verkehrsangelegenheiten

Dezernat II

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-3.750			-3.750
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-203.202	-172.000	-175.000	-175.000	-175.000	-175.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-29.793	-9.700				
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-2.220.532	-2.500.500	-2.500.500	-2.500.500	-2.500.500	-2.500.500
10	= Ordentliche Erträge	-2.453.527	-2.682.200	-2.679.250	-2.675.500	-2.675.500	-2.679.250
11	- Personalaufwendungen	1.054.535	1.210.686	1.184.346	1.188.667	1.198.326	1.209.416
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	76.872	140.707	123.723	116.443	116.443	123.943
14	- Bilanzielle Abschreibungen	18.961	9.823	13.403	14.046	14.693	14.693
15	- Transferaufwendungen		1.000				
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	440.394	391.503	384.406	380.661	351.246	354.597
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.590.762	1.753.718	1.705.877	1.699.817	1.680.708	1.702.649
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-862.765	-928.482	-973.373	-975.683	-994.792	-976.601
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-862.765	-928.482	-973.373	-975.683	-994.792	-976.601
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-862.765	-928.482	-973.373	-975.683	-994.792	-976.601
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-216.861	-301.693	-261.438	-302.928	-304.522	-305.126
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	210.769	429.142	355.065	405.748	405.326	406.361
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-868.857	-801.033	-879.745	-872.863	-893.988	-875.365

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Verkehrsangelegenheiten

Die Produktgruppe „1.02.04 Verkehrsangelegenheiten“ umfasst Aufgabenbereiche vom Amt 30 (Rechtsamt) und Amt 36 (Straßenverkehrsamt).

Die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* weist Zuweisungen vom Land im Rahmen der Verkehrserziehung, z.B. für den Verkehrssicherheitstag aus (Kostenart 414200). In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* [Produkt: 1.02.04.03 Verkehrsrechtliche Genehmigungen] sind die Gebühren (Kostenart 431100) für den gewerblichen Personen- und Güterverkehr, Großraum- und Schwerverkehr, Veranstaltungen sowie Baustellen (Anordnungsbefugnis Amt 36) veranschlagt, sowie Gebühren für Aktenversendungen (Amt 30). Bei den *Erträgen aus Kostenerstattung/-umlage* handelt es sich um Personalkostenerstattungen von Gemeinden für vom Oberbergischen Kreis übertragene Aufgaben im Bereich der verkehrsrechtlichen Genehmigungen [Produkt: 1.02.04.03].

Unter der Kontengruppe *sonstige ordentliche Erträge* [Produkt: 1.02.04.02 Überwachung des fließenden Verkehrs] sind folgende Einnahmen/Erträge (Kostenart 452110 u. 452130, Anordnungsbefugnis Amt 30) ausgewiesen:

- | | |
|--|-------------|
| 1. Bußgelder wegen Verkehrsordnungswidrigkeiten | 800.000 € |
| 2. Bußgelder aus mobiler und stationärer Geschwindigkeitsüberwachung | 500.000 € |
| 3. Verwarngelder aus mobiler und stationärer Geschwindigkeitsüberwachung | 1.200.000 € |

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Bei den *Transferaufwendungen* handelt es sich um einen Zuschuss zur Unterstützung der Kreispolizei und der Kreisverkehrswacht, welcher alle 2 Jahre zur Auszahlung kommt (Kostenart 531900).

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* umfasst die Kosten für Entgelte an Dritte für Filmentwicklung (Kostenart 529913) sowie die Unterhaltungskosten (Kostenart 523300) der Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen (Amt 30). Des weiteren sind hier die Betriebskosten (Kostenart 523400) des Verkehrsinformationsbusses, die Kosten im Rahmen der Verkehrssicherung und -lenkung (Kostenart 529100), insbesondere der Durchführung des Verkehrs-

Haushaltsplan 2011

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.04 Verkehrsangelegenheiten

Dezernat II

sicherheitstages (Kostenart 524900) sowie die Kosten im Rahmen der Verkehrserziehung (Kostenart 529100) zur Unterstützung der Kreispolizeibehörde und der Verkehrswacht Oberbergischer Kreis veranschlagt (Amt 36).

Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind die Leasingkosten (Kostenart 542200) des Geschwindigkeitsmesssystems sowie das Material (Kostenart 543110) für die Geschwindigkeitsüberwachung und die Kosten im Zusammenhang mit der Entschädigung für die Durchführung von Fahrzeugführerermittlungen bzw. Zwangsstilllegungen erfasst (Kostenart 541905, Amt 30). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung
1.02.04 Verkehrsangelegenheiten

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-3.750				-3.750
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-195.383	-172.000	-175.000		-175.000	-175.000	-175.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-28.786	-9.700					
7	+ Sonstige Einzahlungen	-2.111.365	-2.500.500	-2.500.500		-2.500.500	-2.500.500	-2.500.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.335.534	-2.682.200	-2.679.250		-2.675.500	-2.675.500	-2.679.250
10	- Personalauszahlungen	907.217	825.537	815.646		823.802	832.040	840.360
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	78.728	139.900	127.990		120.710	120.710	128.210
14	- Transferauszahlungen		1.000					
15	- sonstige Auszahlungen	80.378	45.800	52.560		52.590	37.610	37.630
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.066.323	1.012.237	996.196		997.102	990.360	1.006.200
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-1.269.211	-1.669.963	-1.683.054		-1.678.398	-1.685.140	-1.673.050
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2.244	4.500	91.350		1.350	1.350	1.350
30	= investive Auszahlungen	2.244	4.500	91.350		1.350	1.350	1.350
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	2.244	4.500	91.350		1.350	1.350	1.350

Haushaltsplan 2011

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.04 Verkehrsangelegenheiten

Dezernat II

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5300010 Digitaltechnik										
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen			90.000						90.000
13	= Summe Auszahlungen			90.000						90.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			90.000						90.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante **Investitionen / Ersatzbeschaffungen** im Rahmen der Geschwindigkeitsüberwachung. Die Nassfilmtechnik wird bei 3 mobilen und 2 stationären Überwachungskameras durch Digitaltechnik ersetzt.

Die Kosten *Digitaltechnik* belasten (i.d.R. über AfA) das Produkt 1.02.04.02 "Überwachung des fließenden Verkehrs" zu 100%.

Die o. g. Investitionen wird über die *Finanzstelle 5.300010* abgewickelt.

Haushaltsplan 2011

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.04 Verkehrsangelegenheiten

Dezernat II

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen/-auszahlungen
2	- Summe der investiven Auszahlungen	70	4.500	1.350		1.350	1.350	1.350	4.570	9.970
3	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	70	4.500	1.350		1.350	1.350	1.350	4.570	9.970

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung**1.02.05 Fahr- und Beförderungserlaubnisse****Beschreibung**

- Erteilung, Verlängerung, Entziehung und Versagung von Fahrerlaubnissen
- Maßnahmen zur Fahrerlaubniserteilung auf Probe und im Punktesystem
- Maßnahmen zur Überprüfung der Kraftfahreignung
- Umtausch in den EU-Kartenführerschein
- Ausgabe von Fahrerkarten
- Erteilung von Fahrlehr- und Fahrschulerlaubnissen sowie Überwachung der Fahrschulen

Auftragsgrundlage

Straßenverkehrsgesetz (StVG), Fahrerlaubnisverordnung (FeV), Verordnung zur Durchführung des Fahrpersonalgesetzes, EU-Führerscheinrichtlinien, Verordnung über den internationalen Kraftverkehr, Fahrlehrergesetz inkl. Durchführungsverordnungen

Ziele

- Gewährleistung der ordnungsgemäßen Ausbildung und Prüfung von Fahrerlaubnisbewerbern einschließlich ihrer Ausbilder zur konfliktfreien Mitwirkung am öffentlichen Straßenverkehr; des weiteren Entscheidungen über die Eignung von Kraftfahrzeugführern im Straßenverkehr; Schutz der Allgemeinheit vor ausgehenden Gefahren von ungeeigneten Verkehrsteilnehmern
- Erhalt und ständige Optimierung des bekannt guten Bürgerservices im Straßenverkehrsamt
 - o Freundlichkeit, Fachkompetenz und Hilfsbereitschaft sowie
 - o akzeptable Warte- und Öffnungszeiten

Zielgruppen

Fahrerlaubnisbewerber bzw. -inhaber, Bewerber bzw. Inhaber von Fahrgastbeförderungsscheinen, Personen mit Eignungsmängeln, Fahrlehrer und Fahrschulinhaber

Haushaltsplan 2011
1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.05 Fahr- und Beförderungserlaubnisse

Dezernat II

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-452.053	-420.000	-420.000	-420.000	-420.000	-420.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-23.000	-23.000		
10	= Ordentliche Erträge	-452.053	-420.000	-443.000	-443.000	-420.000	-420.000
11	- Personalaufwendungen	401.922	454.744	512.807	515.360	519.752	524.645
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.682	213	20.072	20.072	2.072	2.072
14	- Bilanzielle Abschreibungen	2.210					
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	231.567	267.386	259.615	256.543	245.072	247.687
17	= Ordentliche Aufwendungen	637.381	722.343	792.494	791.976	766.897	774.404
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	185.328	302.343	349.494	348.976	346.897	354.404
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	185.328	302.343	349.494	348.976	346.897	354.404
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	185.328	302.343	349.494	348.976	346.897	354.404
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	72.519	86.029	89.669	101.011	100.588	100.883
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	257.848	388.372	439.163	449.987	447.485	455.288

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.05 Fahr- und Beförderungserlaubnisse

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Fahr- und Beförderungserlaubnisse

In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Gebühren (Kostenart 431100) für den Bereich Führerschein- und Fahrlehrerwesen abgebildet.

Bei den *Kostenerstattungen und Kostenumlagen* handelt es sich ausschließlich um die Erstattung der Kosten der Fahrschulüberprüfungen inkl. Verwaltungsgebühren durch die Fahrschulinhaber (neu ab 2011). Den Einnahmen stehen durch die Vergabe der Fahrschulüberprüfungen an externe Dritte *Aufwendungen* für andere sonst. *Sach- und Dienstleistungen* (Kostenart 529900) gegenüber.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind andere sonstige Geschäftsaufwendungen (Kostenart 543900) wie Kosten für den Druck der Karten, Führerscheine, Fahrerkarten etc. veranschlagt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011
1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.05 Fahr- und Beförderungserlaubnisse

Dezernat II

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-440.010	-420.000	-420.000		-420.000	-420.000	-420.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-23.000		-23.000		
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-440.010	-420.000	-443.000		-443.000	-420.000	-420.000
10	- Personalauszahlungen	371.928	332.908	363.253		366.886	370.555	374.261
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	83	100	18.100		18.100	100	100
15	- sonstige Auszahlungen	65.091	100.000	80.000		80.000	80.000	80.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	437.103	433.008	461.353		464.986	450.655	454.361
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-2.907	13.008	18.353		21.986	30.655	34.361

Haushaltsplan 2011

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.06 Kfz-Angelegenheiten

Dezernat II

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

1.02.06.01 Zulassung

1.02.06.02 Überwachung der Halterhaftung

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.02.06.01

Zulassung

Beschreibung

Zulassung und Abmeldung von Fahrzeugen einschließlich

- Ausnahmegenehmigungen für Sonderfahrzeuge
- Internationale Zulassungen
- Änderung der Fahrzeugpapiere
- Sonderkennzeichen

Auftragsgrundlage

Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO), Kraftfahrzeugsteuergesetz (KraftStG), Ministerielle Richtlinien, EG-Richtlinien, Fahrzeugzulassungsverordnung (FZV)

Ziele

- Kennzeichnung von Fahrzeugen zur Unterbindung von Schädigungen, Gefährdungen und Belästigungen durch Fahrzeuge gegenüber der Allgemeinheit
- Erhaltung eines aktuellen Datenbestandes
- Erhalt und ständige Optimierung des bekannt guten Bürgerservices im Straßenverkehrsamt
 - o Freundlichkeit, Fachkompetenz und Hilfsbereitschaft sowie
 - o akzeptable Warte- und Öffnungszeiten

Zielgruppen

Fahrzeughalter, Kfz-Händler, Kennzeicheninhaber

1.02.06.02

Überwachung der Halterhaftung

Beschreibung

Vorbeugende Maßnahmen bis hin zur Zwangstilllegung in den Bereichen

- fehlender Versicherungsschutz
- Kfz-Steuerückstand
- Nichtbeseitigung von Fahrzeugmängeln
- nicht vorgenommener Umschreibung des Fahrzeuges

Auftragsgrundlage

Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO), Kraftfahrzeugsteuergesetz (KraftStG), Pflichtversicherungsgesetz (PflversG), Fahrzeugzulassungsverordnung (FZV)

Ziele

- Sicherstellung, dass nur die Fahrzeuge sich im Straßenverkehr bewegen, die den geltenden Bestimmungen (wie Versicherung etc.) entsprechen
- Erhalt und ständige Optimierung des bekannt guten Bürgerservices im Straßenverkehrsamt
 - o Freundlichkeit, Fachkompetenz und Hilfsbereitschaft sowie
 - o akzeptable Warte- und Öffnungszeiten

Zielgruppen

Fahrzeughalter, Kennzeicheninhaber

Haushaltsplan 2011
1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.06 Kfz-Angelegenheiten

Dezernat II

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.266.099	-2.588.000	-2.511.000	-2.511.000	-2.511.000	-2.511.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-846	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-51.897	-50.400	-24.400	-400	-400	-400
10	= Ordentliche Erträge	-2.318.842	-2.639.400	-2.536.400	-2.512.400	-2.512.400	-2.512.400
11	- Personalaufwendungen	1.089.150	1.143.124	1.091.769	1.100.438	1.110.776	1.121.617
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	35.460	46.217	44.478	44.478	44.478	44.478
14	- Bilanzielle Abschreibungen	37.905					
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	555.691	629.297	644.067	636.364	607.610	614.165
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.718.205	1.818.638	1.780.314	1.781.281	1.762.863	1.780.260
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-600.637	-820.762	-756.086	-731.119	-749.537	-732.140
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-600.637	-820.762	-756.086	-731.119	-749.537	-732.140
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-600.637	-820.762	-756.086	-731.119	-749.537	-732.140
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	183.006	215.664	221.064	249.618	248.775	249.483
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-417.631	-605.097	-535.022	-481.501	-500.762	-482.656

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Kfz-Angelegenheiten

In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Gebühren (Kostenart 431100) für den Bereich Kfz-Zulassung bzw. Kfz-Abmeldungen, Verwaltungsgebühren für fehlenden Versicherungsschutz sowie sonstige Gebühren für Aufgabenerledigungen im Mängel-, Halterwechsel- und Sicherungsübereignungsbereich veranschlagt.

Über die Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* werden die Verkaufserlöse (Kostenart 441100) Kfz-Kennzeichen abgewickelt. In der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung* sind hauptsächlich Erstattungen vom Land (Kostenart 442200, Verwaltungskostenbeteiligung zur Durchführung der VMZbV) ausgewiesen. Des weiteren sind in der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* Einnahmen durch Werbung (Kostenart 459100) im Straßenverkehrsamt veranschlagt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* umfasst die Kosten für Mikroverfilmung (Kostenart 529100) sowie die Kostenerstattungen an Gemeinden (Kostenart 525300) im Rahmen der Amtshilfe. Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind insbesondere Kosten für Zulassungsbescheinigungen (vormals Plaketten, Kfz-Briefe), Karten-Führerscheine, Fahrerkarten, usw. abgebildet (Kostenart 543900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.06 Kfz-Angelegenheiten

Dezernat II

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.221.891	-2.588.000	-2.511.000		-2.511.000	-2.511.000	-2.511.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-846	-1.000	-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-51.897	-50.400	-24.400		-400	-400	-400
7	+ Sonstige Einzahlungen	-249						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.274.883	-2.639.400	-2.536.400		-2.512.400	-2.512.400	-2.512.400
10	- Personalauszahlungen	1.035.928	858.432	821.157		829.370	837.663	846.040
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	28.227	45.600	39.400		39.400	39.400	39.400
15	- sonstige Auszahlungen	143.940	180.000	165.000		165.000	165.000	165.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.208.095	1.084.032	1.025.557		1.033.770	1.042.063	1.050.440
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-1.066.789	-1.555.368	-1.510.843		-1.478.630	-1.470.337	-1.461.960
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		30.000					
30	= investive Auszahlungen		30.000					
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- /J. Auszahlung)		30.000					

Haushaltsplan 2011

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.06 Kfz-Angelegenheiten

Dezernat II

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5360010 Kassensystem SVA										
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen		30.000						30.000	30.000
13	= Summe Auszahlungen		30.000						30.000	30.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		30.000						30.000	30.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem o. g. Ansatz für das Haushaltjahr 2010 handelt es sich um den **Erwerb eines Kassensystems** für das **Straßenverkehrsamt**.

Die Abwicklung der Investitionen wird von Amt 36 koordiniert.

Die Investition wird über die *Finanzstelle Kassensystem SVA* abgewickelt:

2010 / PSP-I 5.360010.710.010 SK 782600

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.07 Personenbez. Aufenthalts-/Statusfragen

Beschreibung

In der Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.02.07.01 Einwohnerangelegenheiten

1.02.07.01.01 Einbürgerungen

1.02.07.02 Regelung des Aufenthalts von Ausländern

1.02.07.02.01 Humanitäre Aufenthalte

Auftragsgrundlage**Ziele****Zielgruppen**

1.02.07.01

Einwohnerangelegenheiten

Beschreibung

1. Bearbeiten aller Fragen zur deutschen Staatsangehörigkeit und Namensänderungen, insbesondere
 - Vornahme/Ablehnen von Einbürgerungen
 - Feststellen der deutschen Staatsangehörigkeit
 - Ausstellen von Urkunden über die deutsche Staatsangehörigkeit
 - Durchführen von Namensänderungen öffentlich-rechtlicher Art
2. Standesamtsaufsicht:
Unterstützen und Überwachen der Tätigkeit aller Standesämter im Kreisgebiet
3. Beraten kreisangehöriger Kommunen in melde-, ausweis- und passrechtlichen Angelegenheiten;
Aufsicht über Recht- und Zweckmäßigkeit kommunaler melde-, ausweis- und passrechtlicher Entscheidungen

Auftragsgrundlage

Staatsangehörigkeitsgesetz, Namensänderungsgesetz; Personenstandsgesetz; Meldegesetze Bund und Land, Personalausweis- und Passgesetz, jeweils mit allen Verordnungen; Ordnungsbehördengesetz NRW, Ordnungswidrigkeitengesetz

Ziele

Global:

- Erhalt der inneren Sicherheit im Kreisgebiet
- Erleichtern der eindeutigen Identifizierung Einzelner durch die Einhaltung klarer Vorgaben zu Namen, Staatsangehörigkeit, Ausweisen und Anschriften

Strategisch:

- Kompetentes Verwaltungshandeln in der bisherigen Verfahrensqualität unter Berücksichtigung kommunaler Interessen
- Sicherstellen der einheitlichen Arbeitsweise aller Standesämter, Melde-, Ausweis- und Passbehörden der kreisangehörigen Kommunen

Zielgruppen

Einbürgerungswillige ausländische Personen sowie alle deutschen Einwohner und Einwohnerinnen des Kreisgebietes, die Standesämter, Melde-, Ausweis- und Passbehörden aller kreisangehöriger Kommunen

1.02.07.02

Regelung des Aufenthalts von Ausländern

Beschreibung

Vollzug aller aufenthaltsrechtlichen Regelungen des Bundes im Kreisgebiet, insbesondere Erteilen/Ablehnen von Aufenthaltsgenehmigungen zu unterschiedlichen Aufenthaltswegen (Familienzusammenführung, Erwerbstätigkeit, Studium usw), Verpflichten zur Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen, Entgegennahme von Unterhaltsverpflichtungserklärungen, Durchführen aufenthaltsbeendender Maßnahmen soweit erforderlich

Auftragsgrundlage

Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet - mit allen Verordnungen und internationalen Abkommen; Freizügigkeitsgesetz für Bürger und Bürgerinnen der Europäischen Union; Asylverfahrensgesetz; Ordnungsbehördengesetz NRW, Ordnungswidrigkeitengesetz

Ziele

Global:

- Erhalt der inneren Sicherheit im Kreisgebiet
- Steuern und Begrenzen des Zuzugs von Ausländern in die Bundesrepublik; Gestalten der Zuwanderung u.a. durch Fördern integrativer Maßnahmen und Erfüllen humanitärer Verpflichtungen

Strategisch:

- Kompetentes Verwaltungshandeln in der bisherigen Verfahrensqualität unter Berücksichtigung kommunaler und wirtschaftlicher Interessen
- bedarfsorientierte Entscheidungen, die unter Beachtung aller gesetzlichen und gerichtlichen Vorgaben durchgesetzt werden

Zielgruppen

Alle im Kreisgebiet lebenden ausländischen Personen

Haushaltsplan 2011**1.02 Sicherheit und Ordnung**

verantwortlich:

1.02.07 Personenbez. Aufenthalts-/Statusfragen

Dezernat I

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-157.968	-162.500	-127.500	-127.500	-125.500	-125.500
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-8.921	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-1.138	-500	-500	-500	-500	-500
10	= Ordentliche Erträge	-168.027	-171.000	-136.000	-136.000	-134.000	-134.000
11	- Personalaufwendungen	918.438	1.024.574	1.027.564	1.029.091	1.036.794	1.046.122
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	607	1.216	1.524	1.524	1.524	1.524
14	- Bilanzielle Abschreibungen	199					
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	149.971	170.991	216.044	214.092	206.286	208.099
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.069.215	1.196.781	1.245.133	1.244.707	1.244.604	1.255.745
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	901.188	1.025.781	1.109.133	1.108.707	1.110.604	1.121.745
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	901.188	1.025.781	1.109.133	1.108.707	1.110.604	1.121.745
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	901.188	1.025.781	1.109.133	1.108.707	1.110.604	1.121.745
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	81.502	113.925	153.960	108.049	106.851	107.365
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	982.690	1.139.707	1.263.093	1.216.756	1.217.455	1.229.110

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.07 Personenbez. Aufenthalts-/Statusfragen

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.07 Personenbez. Aufenthalts-/Statusfragen

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Personenbezogene Aufenthalts- und Statusfragen

Erträge der Produktgruppe ‚Personenbezogene Aufenthalts- und Statusfragen‘ bestehen weit überwiegend aus Verwaltungsgebühren, die als Leistungsentgelt für eine Einbürgerung oder das Erteilen einer Aufenthaltserlaubnis erhoben werden. Gelegentlich werden Kosten erstattet, die anlässlich einer Amtshilfe für andere Behörden entstehen, oder bei Verstößen gegen das Aufenthaltsrecht Buß- und Verwarnungsgelder festgesetzt. Die Gebühreneinnahmen können immer nur Teilbereiche der Produktgruppe finanzieren. Sachaufwendungen entstehen insbesondere durch ärztliche Begutachtungen, die in Einzelfällen zur Überprüfung eines Aufenthaltsrechtes eingeholt werden müssen.

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für Gebühren nach dem Aufenthaltsgesetz sowie die Gebühren für Staatsangehörigkeitswesen (z.B. Einbürgerungen) erfasst. Die Kontengruppe *Kostenerstattungen* umfasst Einnahmen im Zusammenhang mit dem Ersatz von Abschiebekosten und Sicherheitsleistungen (Kostenart 442900). Bei den *Sonstigen ordentlichen Erträgen* handelt es sich um Verwarnungsgelder (Kostenart 452130).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Bei den *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* handelt es sich um die anteiligen Kosten für die Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung (Bewirtschaftung über Kostenstelle 101321, Kostenart 523600).

Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind die Kosten für Ausländerangelegenheiten (Kostenart 542900, z.B. Humanitäre Hilfen, Dolmetscher, ärztliche Gutachten, etc.), für die Erstattungen von Einbürgerungsgebühren (Kostenart 549900) sowie für die Vordrucke der Bundesdruckerei (Kostenart 543913) dargestellt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, Kfz-Kosten, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Im Finanzplan/Investitionsmaßnahmen ist die Ersatzbeschaffung des Dienst-Kfz für den Bereich Ausländeramt geplant (nur Ansatz 2009).

Haushaltsplan 2011**1.02 Sicherheit und Ordnung**

verantwortlich:

1.02.07 Personenbez. Aufenthalts-/Statusfragen

Dezernat I

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-154.512	-162.500	-127.500		-127.500	-125.500	-125.500
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-5.563	-8.000	-8.000		-8.000	-8.000	-8.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-1.103	-500	-500		-500	-500	-500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-161.178	-171.000	-136.000		-136.000	-134.000	-134.000
10	- Personalauszahlungen	749.561	670.087	674.833		681.580	688.397	695.280
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	10						
15	- sonstige Auszahlungen	28.607	40.390	78.690		78.690	78.690	78.690
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	778.178	710.477	753.523		760.270	767.087	773.970
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	617.000	539.477	617.523		624.270	633.087	639.970

Planerläuterung

Bei der o. g. Maßnahme handelt es sich um die in 2009 geplante Ersatzbeschaffung des Dienst-Kfz für den Ausländerbereich.

Die Maßnahme wird über die Finanzstelle 5.321002 abgewickelt.

Haushaltsplan 2011**1.02 Sicherheit und Ordnung**

verantwortlich:

1.02.08 Statistik

Dezernat IV

Beschreibung

- Bereitstellung und Aufbereitung statistischer Daten für eigene Zwecke
Zuarbeit im Rahmen der jeweils aktuellen Aufgaben in Kreis- und Regionalentwicklung. Beitrag zur
Öffentlichkeitsarbeit, regelmäßige Veröffentlichung des Beitrages „Der Oberbergische Kreis in Zahlen“, Schulstatistik
u.a.
- Bereitstellung und Aufbereitung statistischer Daten auf Anfrage von Unternehmen, Verwaltungen, Institutionen,
Gutachtern, Privaten u.a. aus den Bereichen:
- Demographie / Verwaltung / Wahlen, Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Flächennutzung / Land- und Forstwirtschaft,
Touristik, Bildungswesen
- Mitwirkung bei der Vorbereitung und Durchführung amtlicher Zählungen
Zensusgesetze bzw. -verordnungen

Auftragsgrundlage**Ziele**

- Erarbeitung nachvollziehbarer und im regionalen und überregionalen Zusammenhang vergleichbarer Grundlagen
(Zahlenwerke und Grafik) zur Beurteilung von Fragen, die die Entwicklung des Oberbergischen Kreises berühren
- Informationen interessierter Dritter über Struktur und Entwicklung des Oberbergischen Kreises
- Vorbereitung von Entscheidungen / Vorgaben für Politik, Verwaltung und Wirtschaft; Basiserhebung für
Standortmarketing der Region

Zielgruppen

Politik, Behörden, Wirtschaft, Gesellschaft

Haushaltsplan 2011**1.02 Sicherheit und Ordnung**

verantwortlich:

1.02.08 Statistik

Dezernat IV

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-155.000	-476.221	-317.480		
10	= Ordentliche Erträge		-155.000	-476.221	-317.480		
11	- Personalaufwendungen	58.720	68.380	284.940	285.538	287.718	290.319
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	17		2.034	434	34	34
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	11.701	169.808	452.721	43.328	15.167	15.192
17	= Ordentliche Aufwendungen	70.438	238.187	739.695	329.300	302.919	305.544
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	70.438	83.187	263.474	11.820	302.919	305.544
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	70.438	83.187	263.474	11.820	302.919	305.544
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	70.438	83.187	263.474	11.820	302.919	305.544
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.194	8.909	13.140	12.685	12.278	12.401
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	71.632	92.097	276.613	24.504	315.197	317.945

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Statistik

Unter dem Produkt 1.02.08 ist neben dem regulären Produkt "Statistik" für die Jahre 2011 und 2012 das Projekt Zensus 2011, welches in diesen Jahren ein Gros der Aufwendungen in diesem Produkt darstellt, eingeplant.

Unter der Kontengruppe *Kostenerstattungen und Kostenumlagen* sind die Personal- und Sachkostenerstattungen des Landes für das Projekt Zensus 2011 erfasst.

Haushaltsplan 2011**1.02 Sicherheit und Ordnung**

verantwortlich:

1.02.08 Statistik

Dezernat IV

Die *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* entfallen ebenfalls nur auf das Projekt Zensus 2011.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* werden Geschäftsaufwendungen (Kostenart 543900) wie Beschaffung von Material (Statistikdaten vom LDS, etc.) und die Herausgabe von Schriften veranschlagt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011
1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.08 Statistik

Dezernat IV

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen		-155.000	-476.221		-317.480		
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit		-155.000	-476.221		-317.480		
10	- Personalauszahlungen	45.436	44.524	189.083		190.974	192.883	194.811
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			2.000		400		
15	- sonstige Auszahlungen	7.119	165.000	447.200		37.800	9.700	9.700
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	52.555	209.524	638.283		229.174	202.583	204.511
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	52.555	54.524	162.062		-88.306	202.583	204.511

Haushaltsplan 2011**1.02 Sicherheit und Ordnung**

verantwortlich:

1.02.09 Wahlen

Kreisdirektor

Beschreibung

Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Wahlen und Abstimmungen

Auftragsgrundlage

Europawahlgesetz und Europawahlordnung, Bundeswahlgesetz und Bundeswahlordnung, Landeswahlgesetz und Landeswahlordnung, Kommunalwahlgesetz und Kommunalwahlordnung, Gemeindeordnung, Kreisordnung, Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden

Ziele

- ordnungsgemäße Vorbereitung der Wahl bzw. Abstimmung
- fehlerfreie Ergebnisermittlung

Zielgruppen

Wahlberechtigte der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, Träger von Wahlvorschlägen, Wahlbewerberinnen und -bewerber

Haushaltsplan 2011

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.09 Wahlen

Kreisdirektor

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-343.561	-186.500			-209.400	-191.900
10	= Ordentliche Erträge	-343.561	-186.500			-209.400	-191.900
11	- Personalaufwendungen	26.148	30.881	29.433	29.432	29.638	29.900
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	52.044	148.600			165.400	229.800
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	88.831	36.900	5.820	6.820	44.500	73.600
17	= Ordentliche Aufwendungen	167.023	216.381	35.253	36.252	239.538	333.300
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-176.538	29.881	35.253	36.252	30.138	141.400
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-176.538	29.881	35.253	36.252	30.138	141.400
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-176.538	29.881	35.253	36.252	30.138	141.400
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	4.778	6.235	7.845	5.840	5.789	5.815
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-171.761	36.116	43.098	42.092	35.926	147.215

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Wahlen

Folgende Wahlen sind in den folgenden Jahren geplant:

- Haushaltsjahr 2011 keine Wahlen
- Haushaltsjahr 2012 keine Wahlen
- Haushaltsjahr 2013 Bundestagswahlen
- Haushaltsjahr 2014 Kommunalwahlen und Europawahlen

Unter der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung* sind die Erstattungen der Kosten für Wahlen von Bund bzw. Land (Kostenart 442100 u. 442200) ausgewiesen.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* sind die Erstattungen von Wahlkosten (nach Abzug der Kosten des Kreiswahlleiters) an die Städte und Gemeinden für die Durchführung von Wahlen veranschlagt (Kostenart 525300).

Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind die Aufwandsentschädigungen (Kostenart 542800) für die Beisitzer des Kreiswahlausschusses sowie die Geschäftsausgaben (Kostenart 543900, Beschaffung von Vordrucken, Bekanntmachungen, etc.) und die ADV-Kosten (Kostenart 542901, Bereitstellung des Programms Wahlinfo durch die GKD) die anlässlich der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen anfallen, veranschlagt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsausgaben (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.09 Wahlen

Kreisdirektor

Teilfinanzplan			Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-343.561	-186.500				-209.400	-191.900
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-343.561	-186.500				-209.400	-191.900
10	-	Personalauszahlungen	20.714	19.779	18.650		18.837	19.025	19.216
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	52.044	148.600				165.400	229.800
15	-	sonstige Auszahlungen	88.374	36.900	5.820		6.820	44.500	73.600
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	161.132	205.279	24.470		25.657	228.925	322.616
17	=	Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-182.429	18.779	24.470		25.657	19.525	130.716

Haushaltsplan 2011**1.02 Sicherheit und Ordnung**

verantwortlich:

1.02.10 Bevölkerungsschutz

Dezernat I

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

- 1.02.10.01 Brandschutz
 - 1.02.10.01.01 Werkstatt für Feuerwehrausrüstung
 - 1.02.10.01.02 Vorbeugender Brandschutz
 - 1.02.10.01.03 Brandschau Kommunen
 - 1.02.10.01.04 Kreisausbildung Freiwillige Feuerwehren
- 1.02.10.02 Katastrophenschutz
 - 1.02.10.02.01 Sachausstattung Einsatzkräfte
 - 1.02.10.02.02 Zuschüsse Einsatzorganisationen

Auftragsgrundlage**Ziele****Zielgruppen**

1.02.10.01

Brandschutz

Beschreibung

- Gefahrenabwehr für den Brandfall, insbesondere durch Betrieb einer Leitstelle für Feuerschutz (Notruf 112), Überörtliche Aus- und Fortbildung kommunaler Feuerwehrräfte, Betrieb einer Werkstatt für Atemschutzgeräte und Schlauchpflegerei, zentrale Beschaffungsmaßnahmen für kommunale Feuerwehren
- Gestellung von Brandschutztechnikern an die kreisangehörigen Kommunen
- Vorbeugender Brandschutz in Genehmigungsverfahren
- Beraten kreisangehöriger Kommunen insbesondere zu Brandschutzbedarfsplänen
- Aufsicht über Recht- und Zweckmäßigkeit kommunaler Entscheidungen im Feuerschutz

Auftragsgrundlage

Feuerschutz- und Hilfeleistungsgesetz NRW, Ordnungsbehördengesetz NRW, Zivilschutzgesetz, Wehrpflichtgesetz, Zivildienstgesetz, Sicherstellungsgesetze, jeweils mit allen Verordnungen und Erlassen

Ziele

Global:

Schutz von Leib und Leben aller Personen im Kreisgebiet, Ausbau des Bevölkerungsschutzes beim Kreis in Umsetzung der bundesweiten „Neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland“

Strategisch:

Stärkung der überörtlichen Zusammenarbeit aller Einsatzkräfte der Feuerwehren, Hilfsorganisationen und THW unter Berücksichtigung kommunaler Interessen durch Ausbau des zentralen kreiseigenen Brandschutzzentrums zu einem Rettungszentrum

Zielgruppen

Kreisangehörige Kommunen mit ihren Feuerwehren; Werksfeuerwehren; Hilfsorganisationen (DRK, Malteser, Johanniter, DLRG) u. Technisches Hilfswerk; Verpflichtete, die Wehersatzdienst bei einer Einsatzorganisation leisten; Gesamtbevölkerung des Kreisgebietes.

1.02.10.02

Katastrophenschutz

Beschreibung

Hilfeleisten in überörtlichen Großschadenslagen, die zivile oder militärische Ursachen haben können, insbesondere durch

- Betrieb einer Leitstelle für Bevölkerungsschutz (Notruf 112),
- Koordinieren der Einsatzkräfte und Hilfeleistungen in einer Großschadenslage,
- Erstellen vorbereitender Gefahrenabwehr- und Einsatzpläne,
- Planen und Durchführen von Übungen,
- Überwachen von Wehersatzdienst-Verpflichtungen,

ergänzende Sachausstattung der Einsatzkräfte von Hilfsorganisationen und Feuerwehren.

Auftragsgrundlage

Feuerschutz- und Hilfeleistungsgesetz NRW, Ordnungsbehördengesetz NRW, Zivilschutzgesetz, Wehrpflichtgesetz, Zivildienstgesetz, Sicherstellungsgesetze, jeweils mit allen Verordnungen und Erlassen.

Ziele

Global:

Schutz von Leib und Leben aller Personen im Kreisgebiet,
Ausbau des Bevölkerungsschutzes beim Kreis in Umsetzung der bundesweiten "neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland"

Strategisch:

Stärkung der überörtlichen Zusammenarbeit aller Einsatzkräfte der Feuerwehren, Hilfsorganisationen und THW unter Berücksichtigung kommunaler Interessen durch Ausbau des zentralen kreiseigenen Brandschutzzentrums zu einem Rettungszentrum

Zielgruppen

Kreisangehörige Kommunen mit ihren Feuerwehren; Werksfeuerwehren; Hilfsorganisationen (DRK, Malteser, Johanniter, DLRG) u. Technisches Hilfswerk; Verpflichtete, die Wehersatzdienst bei einer Einsatzorganisation leisten;
Gesamtbevölkerung des Kreisgebietes

Haushaltsplan 2011
1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.10 Bevölkerungsschutz

Dezernat I

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen		-14.337	-33.976	-39.164	-44.351	-44.351
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-14.975	-7.300	-10.900	-10.900	-10.900	-10.900
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-14.831	-11.400	-11.760	-12.060	-12.360	-12.660
10	= Ordentliche Erträge	-29.806	-33.037	-56.636	-62.124	-67.611	-67.911
11	- Personalaufwendungen	939.521	1.080.704	1.094.058	1.095.659	1.103.850	1.113.778
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	147.533	114.104	230.340	231.040	216.740	217.440
14	- Bilanzielle Abschreibungen		111.172	261.668	282.564	301.101	301.101
15	- Transferaufwendungen	18.376	18.550	16.490	16.490	16.490	16.490
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	104.985	82.134	106.900	102.875	95.740	85.280
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.210.415	1.406.664	1.709.456	1.728.628	1.733.921	1.734.089
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.180.609	1.373.627	1.652.820	1.666.504	1.666.310	1.666.178
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.180.609	1.373.627	1.652.820	1.666.504	1.666.310	1.666.178
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.180.609	1.373.627	1.652.820	1.666.504	1.666.310	1.666.178
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-91.547	-38.553	-191.048	-196.855	-196.073	-188.971
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	160.410	143.296	193.316	192.934	188.570	189.335
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.249.473	1.478.370	1.655.087	1.662.583	1.658.807	1.666.542

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Bevölkerungsschutz

Erträge der Produktgruppe *Bevölkerungsschutz* bestehen einerseits aus Kostenerstattungen der kreisangehörigen Kommunen für die Inanspruchnahme bestimmter Leistungen des Kreises im Brandschutz, andererseits aus dem Entgelt für die Aufschaltung von Brandmeldeanlagen auf die Kreisleitstelle. Sachaufwendungen dienen insbesondere der Anschaffung und Unterhaltung von Maschinen und technischen Anlagen im Brandschutzzentrum sowie der notwendigen Dienstfahrzeuge. Die Einsatzorganisationen im Kreisgebiet werden begrenzt finanziell unterstützt.

Die Kontengruppe *Kostenerstattungen* umfasst die Einnahmen/Erstattungen (Kostenart 442200 u. 442600) im Zusammenhang mit den Betriebskosten der Relaisfunkstation Unnenberg sowie die Erstattungen der Gemeinden (Kostenart 442300) für Verbrauchsgüter der Atemschutzwerkstatt. Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* sind Konzessionsabgaben (Kostenart 452600, Kostenpauschale für die Brandmelde-Übertragungs-Anlage) ausgewiesen. Bei den *Zuwendungen und allgemeinen Umlagen* handelt es sich um Erträge aus der Auflösung von Zuwendungen für Investitionen (Kostenart 416210).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Hier fließen auf die Personalkosten für die Durchführung der Brandschau mit ein.

Die *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* umfasst die Unterhaltung (Kostenart 523300 u. 523610) von Geräten bzw. technischen Anlagen und Datenverarbeitungseinrichtungen im Brandschutzzentrum (Maschinen/Geräte etc. im Rahmen für Großschadensereignisse), aber auch die Kosten der Kreisausbildung der Freiwilligen Feuerwehren (Kostenart 524900). Darüber hinaus werden hier die Ersatzteile der Atemschutzwerkstatt (Kostenart 526802) sowie der Materialverbrauch Brandschutzzentrum (Kostenart 526803) veranschlagt. Die *Transferaufwendungen* beinhalten Zuschüsse an den Kreisfeuerwehrverband bzw. Zuschüsse an die Jugendfeuerwehr (Kostenart 531900).

In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind u. a. die Leasingraten für die Schlauchpfegeanlage (Kostenart 542200) und Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung (Kostenart 541600) hinterlegt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Haushaltsplan 2011**1.02 Sicherheit und Ordnung**

verantwortlich:

1.02.10 Bevölkerungsschutz

Dezernat I

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011
1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.10 Bevölkerungsschutz

Dezernat I

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-14.010	-7.300	-10.900		-10.900	-10.900	-10.900
7	+ Sonstige Einzahlungen	-14.831	-11.400	-11.760		-12.060	-12.360	-12.660
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-28.841	-18.700	-22.660		-22.960	-23.260	-23.560
10	- Personalauszahlungen	1.311.698	1.242.861	1.220.335		1.232.539	1.244.863	1.257.311
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	146.258	176.544	230.340		231.040	216.740	217.440
14	- Transferauszahlungen	16.376	18.550	16.490		16.490	16.490	16.490
15	- sonstige Auszahlungen	107.673	90.556	106.900		102.875	95.740	85.280
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.582.006	1.528.511	1.574.065		1.582.944	1.573.833	1.576.521
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.553.165	1.509.811	1.551.405		1.559.984	1.550.573	1.552.961
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-30.000	-697.097	-41.500		-41.500	-41.500	-41.500
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-13.253						
23	= investive Einzahlungen	-43.253	-697.097	-41.500		-41.500	-41.500	-41.500
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	16.081	1.300.000	1.365.000				
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	40.828	669.000	430.965		117.540	124.200	34.200
30	= investive Auszahlungen	56.909	1.969.000	1.795.965		117.540	124.200	34.200
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	13.656	1.271.903	1.754.465		76.040	82.700	-7.300

Haushaltsplan 2011

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.10 Bevölkerungsschutz

Dezernat I

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlung en / - auszahlung en
5231300 Baumaßnahmen Notfallzentrum										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		-655.597						-655.597	-655.597
6	= Summe Einzahlungen		-655.597						-655.597	-655.597
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	16.081	1.300.000	1.365.000					1.316.081	2.681.081
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen		125.000	112.500					125.000	237.500
13	= Summe Auszahlungen	16.081	1.425.000	1.477.500					1.441.081	2.918.581
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	16.081	769.403	1.477.500					785.484	2.262.984

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine geplante **Bauinvestition** im Bereich des **Brandschutzzentrums Kotthausen** (Ausbau als Rettungszentrum des Kreises). Die Abwicklung der Baumaßnahme wird vom Zentralen Immobilienmanagement betreut.

Die o. g. Investition wird über die *Finanzstelle 5.231300* abgewickelt.

Haushaltsplan 2011

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.10 Bevölkerungsschutz

Dezernat I

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5323005 Atemschutzreserve Freiwillige Feuerwehr										
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen		130.000	81.000					130.000	211.000
13	= Summe Auszahlungen		130.000	81.000					130.000	211.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		130.000	81.000					130.000	211.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine geplante **Investition / Ersatzbeschaffung** im Bereich Brandschutz und Katastrophenschutz.

Hier ist im Jahr 2010 ein sog. **Wechselader** angeschafft worden. In 2011 soll ein **Abrollbehälter für den Atemschutz** angeschafft werden. Der Erwerb der Anlage wird von Amt 32 geleitet.

Die Kosten für den Abrollbehälter belasten (i.d.R. über AfA) mit 70 % das Produkt Brandschutz und mit 30 % das Produkt Katastrophenschutz.

Die Kosten für den Wechselader belasten (i.d.R. über AfA) mit 50 % das Produkt Brandschutz und mit 50 % das Produkt Katastrophenschutz.

Die o. g. Investition wird über die *Finanzstelle* 5.323005 abgewickelt.

Haushaltsplan 2011

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.10 Bevölkerungsschutz

Dezernat I

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5323006 Ausstattung (Katastrophenschutz)										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-30.000	-30.000	-30.000		-30.000	-30.000	-30.000	-60.000	-180.000
6	= Summe Einzahlungen	-30.000	-30.000	-30.000		-30.000	-30.000	-30.000	-60.000	-180.000
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	4.770	35.000	36.540		42.840	27.000	27.000	39.770	173.150
13	= Summe Auszahlungen	4.770	35.000	36.540		42.840	27.000	27.000	39.770	173.150
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-25.230	5.000	6.540		12.840	-3.000	-3.000	-20.230	-6.850

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine geplante **Investition / Ersatzbeschaffung** im Bereich Brandschutz und Katastrophenschutz.

Die o. g. Investition wird über die *Finanzstelle 5.323006* abgewickelt.

Haushaltsplan 2011

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.10 Bevölkerungsschutz

Dezernat I

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5323020 Digitalfunk BOS										
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen		301.000	90.000		4.500			301.000	395.500
13	= Summe Auszahlungen		301.000	90.000		4.500			301.000	395.500
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		301.000	90.000		4.500			301.000	395.500

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante **Investitionen / Ersatzbeschaffungen** im Rahmen der Einführung des **Digitalfunks** (Ausstattung der KFZ aus Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz mit Digitalfunk BOS).

Die Kosten *Digitalfunk Leitstelle* belasten (i.d.R. über AfA) zu 25 % das Produkt Brandschutz, zu 5 % den Katastrophenschutz und zu 70 % den Rettungsdienst.

Die Kosten *Digitalfunk Kfz* belasten (i.d.R. über AfA) zu 10 % das Produkt Brandschutz, zu 2 % den Katastrophenschutz und zu 88 % den Rettungsdienst.

Die o. g. Investitionen wird über die *Finanzstelle 5.323020* abgewickelt.

Haushaltsplan 2011

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.10 Bevölkerungsschutz

Dezernat I

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5323022 Gerätewagen Messtechnik										
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen		70.000	90.000		63.000	90.000		70.000	313.000
13	= Summe Auszahlungen		70.000	90.000		63.000	90.000		70.000	313.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		70.000	90.000		63.000	90.000		70.000	313.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante **Investition / Ersatzbeschaffungen** im Bereich des **Katastrophenschutzes**, hier werden **Fahrzeuge / Gerätewagen Messtechnik** erworben. Die Kosten belasten (i.d.R. über AfA) zu 100 % das Produkt Katastrophenschutz.

Die o. g. Investitionen wird über die *Finanzstelle 5.323022* abgewickelt.

Haushaltsplan 2011
1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.10 Bevölkerungsschutz

Dezernat I

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs-ermäch-tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereit-gestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahl-ungen/-auszahl-ungen
1	+ Summe der investiven Einzahlungen	-13.253	-11.500	-11.500		-11.500	-11.500	-11.500	-24.753	-70.753
2	- Summe der investiven Auszahlungen	36.058	8.000	20.925		7.200	7.200	7.200	44.058	86.583
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	22.805	-3.500	9.425		-4.300	-4.300	-4.300	19.305	15.830

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine Reihe von **Investition** im Bereich des **Brandschutzzentrums Kotthausen (Bevölkerungsschutz)**. Bei der Summe der investiven Einzahlungen wird der Landeszuschuss zur Förderung des Feuerschutzes (1300.3612) und der Landeszuschuss zur Förderung von Hilfen bei Großschadensereignissen (1300.3610) vereinnahmt. Über die Auszahlungen werden Geräte und Inventargegenstände (sowohl GWG als auch BGA) des Brandschutzzentrums (1300.5200; 1300.9351) sowie investive Beschaffungen für den Katastrophenschutz (1300.9355) verausgabt. Die Abwicklung der Investitionen wird von Amt 32 geleitet.

Die o. g. Zuschüsse bzw. Investition werden über folgende *Finanzstelle* abgewickelt:

5.323001	LZ zur Förderung des Feuerschutzes
5.323001	Ersatzbeschaffung, Geräte (BSZ)
5.323002	GWG, Geräte, Inventar (BSZ)
5.323006	LZ Hilfe bei Großschadensereign.
5.323006	Ausstattung (Katastrophenschutz)

2011: Austausch von zehn Atemschutzgeräten Übungstrecke (ca. 13.900 Euro); Ausstattung Atemschutzwerkstatt (ca. 3.350 Euro)

Haushaltsplan 2011**1.02 Sicherheit und Ordnung**

verantwortlich:

1.02.11 Rettungsdienst

Dezernat I

Beschreibung

Sicherstellen der Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der

- Notfallrettung einschließlich des notärztlichen Dienstes und des
- Krankentransportes, der mit medizinischer Betreuung durchgeführt werden muss (sogen. qualifizierte Transporte),

insbesondere durch

- Erstellen eines rettungsdienstlichen Bedarfsplans,
- Betrieb einer Leitstelle für den Rettungsdienst (Notruf 112),
- Trägerschaft für zehn Rettungswachen im Kreisgebiet,
- Berechnen und Festlegen der Gebühren für rettungsdienstliche Leistungen,
- Einzug der Benutzungsgebühren bei den Betroffenen und ihren Krankenkassen,
- Aufsicht über kreisangehörige Kommunen, die Träger einer Rettungswache sind.

Auftragsgrundlage

Rettungsgesetz NRW mit allen Verordnungen, Rettungsdienstlicher Bedarfsplan (Kreistagsbeschluss); Kommunalabgabengesetz NRW, (Kreis-) Gebührensatzung für den Rettungsdienst

Ziele**Global:**

Schutz von Leib und Leben aller Betroffenen im Kreisgebiet

Strategisch:

Bedarfsgerechte und flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung und des Krankentransportes nach Maßgabe des Rettungsbedarfsplanes

Zielgruppen

Alle Personen, die im Kreisgebiet krank oder verletzt transportiert werden müssen; Krankenhäuser und Hilfsorganisationen, die rettungsdienstliche Leistungen erbringen; Krankenkassen, die die Kosten übernehmen

Haushaltsplan 2011

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.11 Rettungsdienst

Dezernat I

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen		-125				
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-9.831.037	-9.531.464	-11.583.118	-11.216.738	-11.320.006	-11.323.778
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-150					
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-61.155	-65.000	-65.000	-65.000	-65.000	-65.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-35.043	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
10	= Ordentliche Erträge	-9.927.385	-9.597.589	-11.649.118	-11.282.738	-11.386.006	-11.389.778
11	- Personalaufwendungen	947.516	1.160.600	1.298.080	1.069.084	1.076.357	1.085.751
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	7.590.843	7.191.359	8.492.705	8.374.705	8.374.705	8.374.705
14	- Bilanzielle Abschreibungen	36.095	131.657	418.821	530.323	646.001	646.001
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	956.409	1.069.697	1.257.073	1.121.354	1.103.965	1.105.206
17	= Ordentliche Aufwendungen	9.530.864	9.553.313	11.466.679	11.095.466	11.201.029	11.211.663
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-396.522	-44.276	-182.439	-187.272	-184.977	-178.115
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-396.522	-44.276	-182.439	-187.272	-184.977	-178.115
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-396.522	-44.276	-182.439	-187.272	-184.977	-178.115
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-30.037	-27.649	-49.917	-50.223	-50.351	-50.438
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	138.624	116.833	245.690	250.841	248.698	241.925
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-287.935	44.908	13.335	13.346	13.371	13.372

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Rettungsdienst

Erträge der Produktgruppe *Rettungsdienst* bestehen aus den Benutzungsgebühren, die für die Inanspruchnahme rettungsdienstlicher Leistungen erhoben werden. Nimmt eine Kommune als Träger einer eigenen Rettungswache die Kreisleitstelle in Anspruch, erstattet sie dem Kreis die anfallenden Kosten. Die Benutzungsgebühren sind grundsätzlich kostendeckend kalkuliert, nur ausnahmsweise sind Kosten rettungsdienstlicher Maßnahmen bei der Kalkulation nicht zu berücksichtigen. Sachaufwendungen dienen der Finanzierung des für den Rettungsdienst notwendigen Personals, der Rettungsmittel (Fahrzeuge) und der Rettungswachen. Der Bedarf wird regelmäßig in einem Bedarfsplan festgelegt, der mit den Krankenkassen abgestimmt und vom Kreistag beschlossen wird.

Unter der Kontengruppe *Leistungsentgelte* sind die Gebühren (432100) für den Rettungsdienst ausgewiesen. Die Position *Kostenerstattungen* umfasst die Erstattungen von Gemeinden (Kostenart 442300) für die anteiligen Kosten der Leitstelle. Sonstige Ordentliche Erträge fallen an im Rahmen von Kostenerstattungen durch Versicherungen und Dritte (Kostenart 452710).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* beinhaltet insbesondere die Kosten des Medizinischen Bedarfs (Kostenart 529907) und die Kostenerstattung an Rettungswachen/Notärztlicher Dienst u.a. (Kst. 200321-200323, Kostenart 529900). Des weiteren fallen hier die Kosten für Fahrzeuge im Rettungsdienst (Kst. 40323 ff., Kostenart 523400 u.a.) an sowie die Unterhaltungskosten (Strom, Energie, Wasser, Sanierung, Reinigung, etc.) der Rettungswachen im Kreisgebiet (Kst. 14015 ff.), welche von Amt 32 (Hinweis: Für kreiseigenen Gebäude ist das Zentrale Immobilienmanagement verantwortlich) bewirtschaftet werden.

Die *Sonstige ordentliche Aufwendungen* umfassen die Kosten für Aus-, Fortbildung und Umschulung im notärztlichen Bereich (Kostenart 541200), die Kosten des Luftrettungsdienstes (Kostenart 542900) sowie Kostenerstattungen für Einsätze der Hilfsorganisationen. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011**1.02 Sicherheit und Ordnung**

verantwortlich:

1.02.11 Rettungsdienst

Dezernat I

Hinweis: Die Kostenerstattung für notärztliche Dienst bzw. Rettungswachen öffentlich wirtschaftliche Unternehmen, die Kostenerstattung ärztlicher Leiter im Rettungsdienst sowie die Kosten der Rettungswachen (z.B. Gebäudekosten) oder die Kosten für KFZ sind auf Kostenstellen erfasst und werden im Wege der Verrechnung auf Produkte verteilt.

Auszug aus der Kst.-Struktur:

Rettungswachen-Kst.		Fahrzeuge-Kst.		Fahrzeuge-Kst.	
14015	Rettungsdienst	40334	2. RTW Gummersbach	40354	NEF Ärztlicher Leit.
14020	RW Bergneustadt	40335	RTW Hückeswagen	40355	NEF Gummersbach
14030	RW Engelskirchen	40336	RTW Lindlar	40356	NEF Engelskirchen
14040	RW Gummersbach	40337	RTW Marienheide	40357	NEF Waldbröl
14050	RW Hückeswagen	40338	RTW Lichtenberg	40358	NEF Wipperfürth
14060	RW Lindlar	40339	RTW Elsenroth	40359	NEF Reserve 1
14070	RW Marienheide	40340	RTW Waldbröl	40360	Fahrzeug ORGL RD
14080	RW Lichtenberg	40341	RTW Wipperfürth	40400	Kfz Brandschutz (Allg.)
14090	RW Elsenroth	40342	RTW Reserve 1	40401	Kdw KBM GM-KV-6697
14100	RW Radevormwald	40343	RTW Reserve 2	40402	LKW Werkstatt
14110	RW NN	40344	1. KTW Engelskirchen	40403	ELW GM-2650
14120	RW Waldbröl	40345	2. KTW Engelskirchen	40404	Wechsellader
14130	RW Wiehl	40346	1. KTW Gummersbach	Organisations-Kst.	
14140	RW Wipperfürth	40347	2. KTW Gummersbach	101322	Leistellenbetrieb
14150	RW gesamt	40348	KTW Marienheide	101323	Bürobetrieb 32/3
Fahrzeuge-Kst.		40349	Kfz RD 32/3 Nr. 19	200321	Personalkosten NÄ
40323	Kfz Rettungsdienst (Allg.)	40350	KTW Waldbröl	200322	Personalkosten RW
40331	RTW Bergneustadt	40351	KTW Wiehl	200323	Personalkosten QS
40332	RTW Engelskirchen	40352	KTW Wipperfürth		
40333	1. RTW Gummersbach	40353	KTW Reserve 1		

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.11 Rettungsdienst

Haushaltsplan 2011

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.11 Rettungsdienst

Dezernat I

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-9.402.334	-9.531.464	-11.583.118		-11.216.738	-11.320.006	-11.323.778
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-150						
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-58.245	-65.000	-65.000		-65.000	-65.000	-65.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-34.795	-1.000	-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-9.495.525	-9.597.464	-11.649.118		-11.282.738	-11.386.006	-11.389.778
10	- Personalauszahlungen	204.888	187.823	392.581		166.072	167.733	169.410
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	6.908.984	7.128.715	8.492.485		8.374.485	8.374.485	8.374.485
15	- sonstige Auszahlungen	860.802	976.469	1.172.450		1.036.160	1.018.560	1.019.420
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	7.974.674	8.293.007	10.057.516		9.576.717	9.560.778	9.563.315
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-1.520.851	-1.304.457	-1.591.602		-1.706.021	-1.825.228	-1.826.463
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-10.600	-1.000					
23	= investive Einzahlungen	-10.600	-1.000					
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen		575.000	1.850.000				
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	352.581	990.002	1.275.120		486.000	1.291.500	738.000
30	= investive Auszahlungen	352.581	1.565.002	3.125.120		486.000	1.291.500	738.000
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	341.981	1.564.002	3.125.120		486.000	1.291.500	738.000

Haushaltsplan 2011

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.11 Rettungsdienst

Dezernat I

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5323030 Baumaßnahmen Rettungswachen										
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen		575.000	1.850.000					575.000	2.425.000
13	= Summe Auszahlungen		575.000	1.850.000					575.000	2.425.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		575.000	1.850.000					575.000	2.425.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine geplante **Investition** im Bereich des **Rettungsdienstes**, insbesondere der **Rettungswachen**. Hier sollen in den folgende Jahren diverse **Baumaßnahmen** durchgeführt werden. Die Kosten (i.d.R. über AfA) belasten zu 100 % den Rettungsdienst.

Die o. g. Investition wird über die *Finanzstelle 5.323030* abgewickelt.

2011: RW Wipperfürth (1.000.000 Euro), RW Marienheide (850.000 Euro)
in 2010 Bauverzögerung, Einsparung ca. 500.000 Euro

Haushaltsplan 2011

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.11 Rettungsdienst

Dezernat I

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5323035 Beschaffung Kfz f.d. RD										
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen		730.000	909.000		211.500	1.017.000	463.500	730.000	3.331.000
13	= Summe Auszahlungen		730.000	909.000		211.500	1.017.000	463.500	730.000	3.331.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		730.000	909.000		211.500	1.017.000	463.500	730.000	3.331.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante **Investition / Ersatzbeschaffungen** im Bereich des **Rettungsdienstes**, hier werden regelmäßig **Fahrzeuge** für den Einsatz erworben. Die Kosten (i.d.R. über AfA) belasten zu 100 % den Rettungsdienst.

Die o. g. Investitionen wird über die *Finanzstelle 5.323035* abgewickelt.

Haushaltsplan 2011

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.11 Rettungsdienst

Dezernat I

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5323040 Ausstattung / medizinische Geräte RD										
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen		200.000	225.000		225.000	225.000	225.000	200.000	1.100.000
13	= Summe Auszahlungen		200.000	225.000		225.000	225.000	225.000	200.000	1.100.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		200.000	225.000		225.000	225.000	225.000	200.000	1.100.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante **Investition / Ersatzbeschaffungen** im Bereich des **Rettungsdienstes**. Hier werden regelmäßig Medizinische Geräte erworben. Die Kosten (i.d.R. über AfA) belasten zu 100 % den Rettungsdienst.

Die o. g. Investitionen wird über die *Finanzstelle 5.323040* abgewickelt.

Haushaltsplan 2011

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.11 Rettungsdienst

Dezernat I

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5323045 Dekontaminationsschleuse									

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine geplante **Investition** im Bereich des **Brandschutzzentrums Kotthausen**. Hier soll in 2011 und 2012 ein sog. **Dekontaminationsschleuse** gebaut werden. Der Erwerb bzw. der Bau der Anlage wird von Amt 32 geleitet. Die Kosten (i.d.R. über AfA) belasten zu 10 % den Katastrophenschutz und zu 90 % den Rettungsdienst.

Die o. g. Investition wird über die *Finanzstelle 5.323045* abgewickelt.

Haushaltsplan 2011**1.02 Sicherheit und Ordnung**

verantwortlich:

1.02.11 Rettungsdienst

Dezernat I

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen/-auszahlungen
1	+ Summe der investiven Einzahlungen	-10.600	-1.000						-11.600	-11.600
2	- Summe der investiven Auszahlungen	352.581	60.002	141.120		49.500	49.500	49.500	412.583	702.203
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	341.981	59.002	141.120		49.500	49.500	49.500	400.983	690.603

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine Reihe von **Investition** im Bereich des **Brandschutzzentrums Kotthausen (Rettungsdienst)**. Bei der Summe der investiven Einzahlungen sind Investitionskostenzuschüsse (1600.3680) und Veräußerungserlöse (1600.3450) veranschlagt. Über die Auszahlungen werden Geräte und Inventargegenstände (sowohl GWG als auch BGA) zur Ausstattung der Kreisleitstelle (1600.9352) sowie investive Beschaffungen zwecks Ausstattung der Rettungswachen mit Fahrzeugen und Geräten (1600.9350) verausgabt. Die Abwicklung der Investitionen wird von Amt 32 geleitet.

Die o. g. Zuschüsse bzw. Investition werden über folgende *Finanzstellen (PSP-I)* abgewickelt:

- 5.323004 Ausstattung Kreisleitstelle
- 5.323014 GWG - Ausstattung Kreisleitstelle
- 5.323008 Investitionskostenzuschuss
- 5.323008 Veräußerungserlöse
- 5.323008 Ausstattung der Rettungswachen
- 5.323018 GWG - Ausstattung Rettungswachen

Haushaltsplan 2011

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.852.591	-1.902.874	-2.137.031	-2.024.932	-1.912.834	-1.912.834
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-4.986		-1.300	-1.300	-1.300	-1.300
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-458	-5.950	-500	-500	-500	-500
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-388.626	-379.000	-381.000	-381.000	-381.000	-381.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	20					
10	= Ordentliche Erträge	-2.246.640	-2.287.824	-2.519.831	-2.407.732	-2.295.634	-2.295.634
11	- Personalaufwendungen	2.346.200	2.500.873	2.417.136	2.432.475	2.453.041	2.475.081
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.309.054	3.299.243	3.651.369	3.591.150	3.473.135	3.508.441
14	- Bilanzielle Abschreibungen	59	266.973	375.463	408.519	441.963	441.963
15	- Transferaufwendungen	69.592	71.000	348.870	68.870	68.870	68.870
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	654.637	539.325	473.002	450.457	446.593	449.863
17	= Ordentliche Aufwendungen	6.379.542	6.677.414	7.265.840	6.951.470	6.883.602	6.944.217
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	4.132.902	4.389.590	4.746.009	4.543.738	4.587.968	4.648.583
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	4.132.902	4.389.590	4.746.009	4.543.738	4.587.968	4.648.583
23	+ Außerordentliche Erträge	-500					
25	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)	-500					
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	4.132.402	4.389.590	4.746.009	4.543.738	4.587.968	4.648.583

Haushaltsplan 2011**1.03 Schulträgeraufgaben**

verantwortlich:

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-1.417	-12.291	-2.090	-2.114	-2.143	-2.156
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	4.202.942	5.452.901	6.095.987	5.606.035	5.758.914	5.776.194
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	8.333.927	9.830.200	10.839.905	10.147.660	10.344.739	10.422.621

Haushaltsplan 2011

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.832.001	-1.902.874	-2.137.031		-2.024.932	-1.912.834	-1.912.834
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-4.938		-1.300		-1.300	-1.300	-1.300
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-458	-5.950	-500		-500	-500	-500
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-374.469	-379.000	-381.000		-381.000	-381.000	-381.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-1.217						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.213.082	-2.287.824	-2.519.831		-2.407.732	-2.295.634	-2.295.634
10	- Personalauszahlungen	2.205.720	1.882.985	1.834.059		1.850.770	1.867.650	1.884.693
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.905.218	3.123.440	3.471.800		3.410.685	3.291.770	3.326.170
14	- Transferauszahlungen	69.592	71.000	68.870		68.870	68.870	68.870
15	- sonstige Auszahlungen	299.404	188.000	136.757		112.357	109.257	109.257
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	5.479.933	5.265.425	5.511.486		5.442.682	5.337.547	5.388.990
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	3.266.851	2.977.601	2.991.655		3.034.950	3.041.913	3.093.356
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-706.405		-655.597		-655.597	-655.597	-655.597
23	= investive Einzahlungen	-706.405		-655.597		-655.597	-655.597	-655.597
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	2.523.927	7.540.000	3.700.000		1.200.000	1.200.000	
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	409.707	948.600	552.690		552.690	552.690	575.190
29	- sonstige Investitionsauszahlungen	18.533						
30	= investive Auszahlungen	2.952.168	8.488.600	4.252.690		1.752.690	1.752.690	575.190
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	2.245.763	8.488.600	3.597.093		1.097.093	1.097.093	-80.407

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben**1.03.01 Förderschulen****Beschreibung**

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.03.01.01 Förderschule Geistige Entwicklung (Helen-Keller-Schule)

1.03.01.01.01 Schulpauschale (anteilig)

1.03.01.02 Förderschule Geistige Entwicklung (Anne-Frank-Schule)

1.03.01.02.01 Schulpauschale (anteilig)

1.03.01.03 Förderschule Sprache (Wiehl)

1.03.01.03.01 Schulpauschale (anteilig)

1.03.01.04 Schule für Kranke (Anna-Freud-Schule)

1.03.01.04.01 Schulpauschale (anteilig)

1.03.01.05 Förderschule emotionale und soziale Entwicklung (Gummersbach)

1.03.01.05.01 Schulpauschale (anteilig)

- Bereitstellung bedarfsorientierter Schulausstattung
- Einsatz von Zivildienstleistenden und Teilnehmer/-innen am Freiwilligen Sozialen Jahr zur pflegerischen Betreuung
- Haushaltsplanung und -abwicklung
- Sicherstellung der Schülerverpflegung
- verwaltungsmäßige und finanzielle Abwicklung von Fördermaßnahmen
- Bearbeitung von Verwaltungsverfahren auf Schulträgererebene

Auftragsgrundlage

Landesverfassung, Schulgesetz NRW – SchulG, Beschluss des Kreistages

Ziele

Bereitstellung einer am Förderbedarf orientierten sachgerechten und zeitgemäßen Ausstattung bei maximaler Einsatzmitteleffizienz

Zielgruppen

Förderschulen sowie die Schule für Kranke in Trägerschaft des OBK, Schüler/-innen, Schulleitungen, Lehrkräfte

Haushaltsplan 2011
1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.03.01 Förderschulen

Dezernat III

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-181.101	-168.761	-178.721	-178.721	-178.721	-178.721
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-4.677		-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-362.119	-368.500	-368.500	-368.500	-368.500	-368.500
10	= Ordentliche Erträge	-547.897	-537.261	-548.221	-548.221	-548.221	-548.221
11	- Personalaufwendungen	832.946	799.887	849.597	855.387	862.063	869.008
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	304.739	264.740	293.204	293.204	293.204	293.204
14	- Bilanzielle Abschreibungen	6	54.443	60.783	62.744	63.848	63.848
15	- Transferaufwendungen	4.150	4.150	284.026	4.026	4.026	4.026
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	111.679	111.273	102.777	101.242	99.957	100.620
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.253.520	1.234.492	1.590.387	1.316.602	1.323.098	1.330.706
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	705.623	697.231	1.042.166	768.381	774.877	782.485
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	705.623	697.231	1.042.166	768.381	774.877	782.485
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	705.623	697.231	1.042.166	768.381	774.877	782.485
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.254.737	1.756.803	2.332.807	1.519.297	1.528.879	1.536.507
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.960.361	2.454.034	3.374.973	2.287.678	2.303.755	2.318.992

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Förderschulen

Die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* beinhaltet den Landeszuschuss zu Fördermaßnahmen der Förderschule Sprache in Oberwiehl sowie den Landeszuschuss zu Fördermaßnahmen der Förderschule mit dem Schwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung in Gummersbach-Vollmerhausen. Außerdem wird hier die Schulpauschale für die Förderschulen anteilig im Verhältnis der Schülerzahlen vereinnahmt. (Kostenart 414200).

Bei den *Öffentlich-Rechtlichen Leistungsentgelten* handelt es sich um Einnahmen aus der Schulraumbenutzung durch Dritte. Die *Privatrechtlichen Leistungsentgelte* setzen sich zusammen aus den Mieteinnahmen und den Nebenkosten für die Dienstwohnung des Hausmeisters an der Helen-Keller-Schule (nur bis 2009).

In der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* sind die Erstattungen des Bundesamtes für den Zivildienst (Kostenart 442100) und die Kostenerstattung durch den Landschaftsverband Rheinland für die Helen-Keller-Schule Wiehl (Kostenart 442300) zusammengefasst. Darüber hinaus beinhaltet diese Summe die Kostenbeteiligung der Eltern an der Schülerverpflegung an den beiden Schulen für geistig behinderte Kinder sowie die Elternbeiträge für die offene Ganztagschule der Förderschule Sprache (Kostenart 444900).

Die Kontengruppe *Personalaufwendungen* erfasst die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Daneben werden hier alle Kosten für die an den Förderschulen eingesetzten Zivildienstleistenden und Teilnehmer/innen am freiwilligen sozialen Jahr veranschlagt (Kostenart 501900).

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* werden Lehr-/Lernmittel und Unterrichtsbedarf (Kostenart 524300), die Kosten des Turn- und Schwimmunterrichts der Anne-Frank-Schule (Benutzung des Walter-Leo-Schmitz Bades in Wipperfürth, Kostenart 525300), die Durchführung von Fördermaßnahmen sowie die Schülerverpflegung abgebildet (Kostenart 529937 und 529938).

Die Kontengruppe *Transferaufwendungen* beinhaltet Zuschüsse an die Fördervereine der kreiseigenen Förderschulen (Kostenart 531900). Für das Jahr 2011 ist hier ein Zuschuss in Höhe von 280.000 Euro für die Sanierung des Walter-Leo-Schmitz Bades in Wipperfürth eingeplant. In der Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die Geschäftsausgaben sowie die vermischten Ausgaben der Förderschulen erfasst (Kostenart 543900).

Zu den *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsausgaben (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Haushaltsplan 2011**1.03 Schulträgeraufgaben**

verantwortlich:

1.03.01 Förderschulen

Dezernat III

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet. In 2011 entstehen insb. Mehrausgaben bei der Sanierung der Gebäude FöS Anne-Frank, Wipperfürth, und FöS Emotionale Entwicklung, Gummersbach, sowie rd. 300 Tsd. Euro für Maßnahmen i. R. d. Amokprävention.

Auszug aus der Kst.-Struktur:

Kst.	Beschreibung	Kst.	Beschreibung
2230	Leasing, Miete, EDV Berufskollegs	103400	Schulverwaltungsamt 40
2240	Leasing, Miete, EDV Förderschulen		

Haushaltsplan 2011

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.03.01 Förderschulen

Dezernat III

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-160.511	-168.761	-178.721		-178.721	-178.721	-178.721
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-4.629		-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-360.677	-368.500	-368.500		-368.500	-368.500	-368.500
7	+ Sonstige Einzahlungen	-607						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-526.423	-537.261	-548.221		-548.221	-548.221	-548.221
10	- Personalauszahlungen	781.117	650.632	651.141		656.119	661.149	666.226
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	295.722	264.740	293.000		293.000	293.000	293.000
15	- sonstige Auszahlungen	34.164	33.100	27.900		26.300	26.100	26.100
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.111.003	948.472	972.041		975.419	980.249	985.326
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	584.580	411.211	423.820		427.198	432.028	437.105
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	155.970						
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	62.224	85.200	76.140		76.140	76.140	76.140
30	= investive Auszahlungen	218.194	85.200	76.140		76.140	76.140	76.140
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- /J. Auszahlung)	218.194	85.200	76.140		76.140	76.140	76.140

Haushaltsplan 2011

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.03.01 Förderschulen

Dezernat III

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5232770 Ausbau FS f. emotionale u. soziale Entw.										
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	155.970							155.970	155.970
13	= Summe Auszahlungen	155.970							155.970	155.970
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	155.970							155.970	155.970

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine geplante **Bauinvestitionen** im Bereich der **Förderschule Emotionale und soziale Entwicklung** (Vollmerhausen). Für die Einrichtung der Ganztagssschule sind bauliche Erweiterungen erforderlich.

Die o. g. Investition wird über die *Finanzstelle 5.232770* abgewickelt.

Haushaltsplan 2011

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.03.01 Förderschulen

Dezernat III

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen/-auszahlungen
2	- Summe der investiven Auszahlungen	62.224	85.200	76.140		76.140	76.140	76.140	147.424	451.984
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	62.224	85.200	76.140		76.140	76.140	76.140	147.424	451.984

Haushaltsplan 2011

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.03.01 Förderschulen

Dezernat III

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante Investitionen/Ersatzbeschaffung von **geringwertigen Wirtschaftsgütern** (kurz GWG) und von **Betriebs- und Geschäftsausstattung** (kurz BGA) aus dem Bereich der **Förderschulen**. Betriebs- und Geschäftsausstattung ist ein Begriff der kaufmännischen Buchführung. Darunter fallen Gegenstände (über 410 Euro netto), die der langfristigen Betriebsbereitschaft eines Unternehmens dienen. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird im ersten Teil des Inventars als Vermögensposten geführt. In der Bilanz wird sie den Sachanlagen zugeordnet und ist damit ein Teil des Anlagevermögens. BGAs werden über den Zeitraum ihrer Nutzungsdauer abgeschrieben, über Kostenstellen werden die Beschaffungen verursachungsgerecht den Ämtern/Produkten zugeordnet. Geringwertige Wirtschaftsgüter können, im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, im Jahr der Anschaffung oder Herstellung voll als Betriebsausgabe abgesetzt werden. Voraussetzungen für ein geringwertiges Wirtschaftsgut: es muss eigenständig nutzbar sein, es muss beweglich sein, es muss länger als ein Jahr dem Betrieb dienen und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten liegen zwischen 60,- und 410,- Euro (netto). Der Ansatz ist für **vermögenswirksame Anschaffungen von Inventar (Mobiliar, spez. Lehr-/Lernmittel, Ausstattung Fachräume, etc.)** bestimmt und berücksichtigt die speziellen Aufgabenstellungen und die örtliche Situation an den Schulen. Die Ansätze werden nach bestimmten Kopfbeträgen pro Schüler ermittelt. Die Abwicklung wird von Schulamt begleitet.

Die o. g. Investitionen werden über folgende *Finanzstellen (PSP-I)* abgewickelt:

5.400110.710.009	BGA - Helen-Keller-Schule (Wiehl)	5.400170.710.009	BGA - Schule f. Kranke (Windhagen)
<u>5.400120.720.009</u>	<u>GwG - Helen-Keller-Schule (Wiehl)</u>	<u>5.400180.720.009</u>	<u>GwG - Schule f. Kranke (Windhagen)</u>
5.400130.710.009	BGA - Anne-Frank-Schule (W'fürth)	5.400190.710.009	BGA - FS Emot. Entwickl. (Vollmerh.)
<u>5.400140.720.009</u>	<u>GwG - Anne-Frank-Schule (W'fürth)</u>	<u>5.400200.720.009</u>	<u>GwG - FS Emot. Entwickl. (Vollmerh.)</u>
5.400150.710.009	BGA - FS Sprache (Oberwiehl)		
5.400160.720.009	GwG - FS Sprache (Oberwiehl)		

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:
Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben**1.03.02 Berufskollegs****Beschreibung**

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.03.02.01 Berufskolleg Kaufmännische Schulen Gummersbach und Waldbröl

1.03.02.01.01 Schulpauschale (anteilig)

1.03.02.02 Berufskolleg Ernährung-Sozialwesen-Technik Gummersbach-Dieringhausen

1.03.02.02.01 Schulpauschale (anteilig)

1.03.02.03 Berufskolleg Wipperfürth

1.03.02.03.01 Schulpauschale (anteilig)

- Bereitstellung bedarfsorientierter und berufsfeldbezogener Schulausstattung
- Haushaltsplanung und –Abwicklung
- Verwaltungsmäßige und finanzielle Abwicklung von Fördermaßnahmen
- Entwicklung und Umsetzung von IT-Strategien
- Bearbeitung von Verwaltungsverfahren auf Schulträgerebene

Auftragsgrundlage

Landesverfassung NRW, Schulgesetz NRW – SchulG, Beschluss des Kreistages

Ziele

Bereitstellung einer bedarfs- und zukunftsorientierten, sachgerechten und technisch zeitgemäßen Ausstattung bei maximaler Einsatzmitteleffizienz

Zielgruppen

Berufskollegs in der Trägerschaft des Oberbergischen Kreises, Schüler/innen, Auszubildende, Schulleitungen, Lehrkräfte, Ausbildungsbetriebe

Haushaltsplan 2011

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.03.02 Berufskollegs

Dezernat III

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.654.782	-1.717.413	-1.717.413	-1.717.413	-1.717.413	-1.717.413
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-310		-300	-300	-300	-300
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-458	-5.950	-500	-500	-500	-500
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-26.507	-10.500	-12.500	-12.500	-12.500	-12.500
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	20					
10	= Ordentliche Erträge	-1.682.036	-1.733.863	-1.730.713	-1.730.713	-1.730.713	-1.730.713
11	- Personalaufwendungen	910.845	996.470	872.159	879.013	887.182	895.747
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	527.099	556.003	538.595	539.491	540.391	541.297
14	- Bilanzielle Abschreibungen	53	212.530	314.607	345.702	378.042	378.042
15	- Transferaufwendungen	65.442	66.850	64.844	64.844	64.844	64.844
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	516.033	387.331	332.102	311.166	309.166	311.582
17	= Ordentliche Aufwendungen	2.019.471	2.219.184	2.122.307	2.140.215	2.179.625	2.191.512
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	337.435	485.321	391.594	409.502	448.912	460.799
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	337.435	485.321	391.594	409.502	448.912	460.799
23	+ Außerordentliche Erträge	-500					
25	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)	-500					
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	336.935	485.321	391.594	409.502	448.912	460.799

Haushaltsplan 2011**1.03 Schulträgeraufgaben**

verantwortlich:

1.03.02 Berufskollegs

Dezernat III

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-21.368	-180.384	-30.679	-31.019	-31.445	-31.647
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.854.565	3.718.427	3.672.200	4.011.904	4.155.970	4.165.111
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	3.170.131	4.023.363	4.033.115	4.390.387	4.573.437	4.594.263

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Berufskollegs

Bei der Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* handelt es sich um die anteilig im Verhältnis der Schülerzahlen veranschlagte Schulpauschale. Die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* beinhaltet die Erstattung des Bundesamtes für den Zivildienst (Kostenart 442100) sowie den Schülerbeitrag zum Fach Nahrungszubereitung (Kostenart 444900).

Über die *Öffentlich-Rechtlichen Leistungsentgelte* werden Einnahmen aus der Schulraumbenutzung durch Dritte veranschlagt. Bei den *Privatrechtlichen Leistungsentgelten* handelt es sich um die Mieterträge und Nebenkosten der Hausmeisterwohnungen (Kostenarten 441200 und 441210) sowie um die Einnahmen aus der Nebentätigkeit der Hausmeister (Warenverkauf in den Pausen; Kostenart 441903).

Die Kontengruppe *Personalaufwendungen* erfasst die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Darüber hinaus werden hier die Kosten der Zivildienstleistenden erfasst (Kostenart 501900).

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* bildet die Kosten für Lehrmittel nach dem Lernmittelfreiheitsgesetz (Kostenart 524200), für Lehr-/Lernmittel und Unterrichtsbedarf (Kostenart 524300), sowie den Sachaufwand Schulmitwirkung für die 3 Berufskollegs des Oberbergischen Kreises ab (Kostenart 524900). Des weiteren werden an dieser Stelle die Erstattungen für die Schulsozialarbeit an das DRK verbucht (Kostenart 528906).

Über die Kontengruppe *Transferaufwendungen* wird die Beteiligung an der Vorklasse zum Berufsgrundschuljahr am Berufskolleg Dieringhausen (Kostenart 531800) sowie Zuschüsse an die Fördervereine der kreiseigenen Berufskollegs (Kostenart 531900) abgewickelt.

Haushaltsplan 2011**1.03 Schulträgeraufgaben**

verantwortlich:

1.03.02 Berufskollegs

Dezernat III

Die Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* enthält die Geschäftsausgaben und die vermischten Ausgaben (Kostenart 543900). Zu den *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsausgaben (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Auf der Ebene der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Auszug aus der Kst.-Struktur:

Kst.	Beschreibung	Kst.	Beschreibung
2230	Leasing, Miete, EDV Berufskollegs	103400	Schulverwaltungsamt 40
2240	Leasing, Miete, EDV Förderschulen		

Haushaltsplan 2011

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.03.02 Berufskollegs

Dezernat III

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.654.782	-1.717.413	-1.717.413		-1.717.413	-1.717.413	-1.717.413
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-310		-300		-300	-300	-300
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-458	-5.950	-500		-500	-500	-500
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-13.792	-10.500	-12.500		-12.500	-12.500	-12.500
7	+ Sonstige Einzahlungen	-610						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.669.951	-1.733.863	-1.730.713		-1.730.713	-1.730.713	-1.730.713
10	- Personalauszahlungen	921.494	746.088	704.423		711.370	718.387	725.474
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	347.554	380.200	359.320		359.320	359.320	359.320
14	- Transferauszahlungen	69.592	71.000	68.870		68.870	68.870	68.870
15	- sonstige Auszahlungen	262.259	139.200	93.607		70.807	67.907	67.907
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.600.899	1.336.488	1.226.220		1.210.367	1.214.484	1.221.571
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-69.052	-397.375	-504.493		-520.346	-516.229	-509.142
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-706.405		-655.597		-655.597	-655.597	-655.597
23	= investive Einzahlungen	-706.405		-655.597		-655.597	-655.597	-655.597
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	2.367.957	7.540.000	3.700.000		1.200.000	1.200.000	
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	347.335	862.400	475.650		475.650	475.650	498.150
29	- sonstige Investitionsauszahlungen	18.533						
30	= investive Auszahlungen	2.733.825	8.402.400	4.175.650		1.675.650	1.675.650	498.150
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	2.027.420	8.402.400	3.520.053		1.020.053	1.020.053	-157.447

Haushaltsplan 2011

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.03.02 Berufskollegs

Dezernat III

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5232410 Erweiterung/Sanierung BK-Dieringhausen										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen					-655.597	-655.597	-655.597		-1.966.791
6	= Summe Einzahlungen					-655.597	-655.597	-655.597		-1.966.791
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	18.847	3.200.000	3.200.000		1.200.000	1.200.000		3.218.847	8.818.847
13	= Summe Auszahlungen	18.847	3.200.000	3.200.000		1.200.000	1.200.000		3.218.847	8.818.847
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	18.847	3.200.000	3.200.000		544.403	544.403	-655.597	3.218.847	6.852.056

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine geplante **Bauinvestitionen** im Bereich der **Berufsschule Dieringhausen**. Der Gebäudekomplex soll durch einen Anbau erweitert werden, in den Folgejahren ist zusätzlich eine vermögenswirksame Fassadensanierung geplant. Die Planungs- und Baukosten belaufen sich insg. auf rd. 9,0 Mio. Euro, davon entfallen rd. 5,0 Mio. Euro auf die Fassadensanierung (2013: rd. 1,2 Mio. €) und rd. 4,0 Mio. Euro auf den Erweiterungsbau. Die Maßnahme wird vom Zentraler Immobilienmanagement (Amt 23) koordiniert. Die Investitionspauschale wurde der Investition für die Jahre 2012 bis 2014 zugeordnet.

Die o. g. Investition wird über die *Finanzstelle 5.232410 Erweiterung/Sanierung BK-Dieringhausen* abgewickelt.

Haushaltsplan 2011

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.03.02 Berufskollegs

Dezernat III

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5232414 Erweiterung BK-Wipperfürth										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-706.405		-655.597					-706.405	-1.362.002
6	= Summe Einzahlungen	-706.405		-655.597					-706.405	-1.362.002
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	2.349.111	3.300.000	500.000					5.649.111	6.149.111
13	= Summe Auszahlungen	2.349.111	3.300.000	500.000					5.649.111	6.149.111
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	1.642.706	3.300.000	-155.597					4.942.706	4.787.109

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine geplante **Bauinvestition** im Bereich der **Berufsschule Wipperfürth**. Teile des Berufskollegs weisen eine nicht mehr sanierungsfähige Bausubstanz auf, darüber hinaus steigen die Schülerzahlen kontinuierlich an. Die Erweiterung ist in drei Baukörpern geplant, die aufgrund der besonderen Gegebenheiten nur zeitlich nacheinander errichtet werden können. Das Gesamtvolumen der Projektbausteine beträgt rd. 10,0 Mio. Euro, davon sind bis zum 31.12.2008 ca. 3,2 Mio. Euro verausgabt worden. Für den Zeitraum 2009 bis 2011 sind rd. 6,8 Mio. Euro veranschlagt. Die Investitionspauschale des Landes für die Jahre 2009 und 2010 wurde dieser Investition zugeordnet.

Die o. g. Investition wird über die *Finanzstelle 5.232414* abgewickelt.

Haushaltsplan 2011

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.03.02 Berufskollegs

Dezernat III

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlun gen / - auszahlun gen
5232450 Erweiterung BK Waldbröl										
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen		1.040.000						1.040.000	1.040.000
13	= Summe Auszahlungen		1.040.000						1.040.000	1.040.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		1.040.000						1.040.000	1.040.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine geplante **Bauinvestitionen** im Bereich der **Berufsschule Gummersbach/Waldbröl**. Der Gebäudekomplex in Waldbröl soll durch einen Anbau erweitert werden, die Planungs- und Baukosten belaufen sich auf rd. 1,10 Mio. Euro. Die Maßnahme wird vom Zentralen Immobilienmanagement (Amt 23) koordiniert. Die Schüler- bzw. Klassenraumsituation am Standort Waldbröl ist seit Ende der 90er Jahre stabil, im Schulgebäude sind allerdings keine ausreichenden Klassenräume vorhanden. Daher wurden Räume in Waldbröl angemietet, welche nur als vorübergehende Lösung bislang gedient haben. Die geplante Erweiterung soll in einer eingeschossigen Modulbauweise realisiert werden. Dabei sollen vier Unterrichtsräume und ein zusätzlicher Fachraum geschaffen werden.

Die o. g. Investition wird über die *Finanzstelle 5.232412* abgewickelt.

Haushaltsplan 2011

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.03.02 Berufskollegs

Dezernat III

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen/-auszahlungen
2	- Summe der investiven Auszahlungen	365.490	862.400	475.650		475.650	475.650	498.150	1.227.890	3.152.990
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	365.490	862.400	475.650		475.650	475.650	498.150	1.227.890	3.152.990

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante Investitionen/Ersatzbeschaffung von **geringwertigen Wirtschaftsgütern** (kurz GWG) und von **Betriebs- und Geschäftsausstattung** (kurz BGA) aus dem Bereich der **Berufskollegs**. Betriebs- und Geschäftsausstattung ist ein Begriff der kaufmännischen Buchführung. Darunter fallen Gegenstände (über 410 Euro netto), die der langfristigen Betriebsbereitschaft eines Unternehmens dienen. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird im ersten Teil des Inventars als Vermögensposten geführt. In der Bilanz wird sie den Sachanlagen zugeordnet und ist damit ein Teil des Anlagevermögens. BGAs werden über den Zeitraum ihrer Nutzungsdauer abgeschrieben, über Kostenstellen werden die Beschaffungen verursachungsgerecht den Ämtern/Produkten zugeordnet. Geringwertige Wirtschaftsgüter können, im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, im Jahr der Anschaffung oder Herstellung voll als Betriebsausgabe abgesetzt werden. Voraussetzungen für ein geringwertiges Wirtschaftsgut: es muss eigenständig nutzbar sein, es muss beweglich sein, es muss länger als ein Jahr dem Betrieb dienen und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten liegen zwischen 60,- und 410,- Euro (netto). Der Ansatz ist für **vermögenswirksame Anschaffungen von Inventar (Möbiliar, spez. Lehr-/Lernmittel, Ausstattung Fachräume, etc.)** bestimmt und berücksichtigt die speziellen Aufgabenstellungen und die örtliche Situation an den Schulen. Die Ansätze werden nach bestimmten Kopfbeträgen pro Schüler ermittelt. Die Abwicklung wird von Schulamt begleitet.

Die o. g. Investitionen werden über folgende *Finanzstellen (PSP-I)* abgewickelt:

5.400010.710.009	BGA - BK Dieringhausen (über 410 €)	5.400050.710.009	BGA - BK Wipperfürth (über 410 €)
<u>5.400020.720.009</u>	<u>GwG - BK Dieringhausen</u>	<u>5.400060.720.009</u>	<u>GwG - BK Wipperfürth</u>
5.400030.710.009	BGA - BK Gummersbach (über 410 €)	5.232400.710.009	Ersatzbeschaffung, Geräte (ZIM-BK)
5.400040.720.009	GwG - BK Gummersbach		

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben**1.03.03 Schülerbeförderung****Beschreibung**

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

1.03.03.01 Schülerbeförderung Förderschulen

1.03.03.02 Schülerbeförderung Berufskollegs

Gewährleistung der Schülerbeförderung

- bei den Berufskollegs in Form von Schülertickets
- bei den Förderschulen durch Schülerspezialverkehr
- Sonstige Maßnahmen nach Schülerfahrkostenverordnung

Auftragsgrundlage

Schulgesetz NRW (SchulG), Schülerfahrkostenverordnung NRW

Ziele

Schülerbeförderung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten unter Berücksichtigung spezifischer Anforderungen

Zielgruppen

Anspruchsberechtigte Schüler/innen der Berufskollegs, Förderschulen, Schule für Kranke des Oberbergischen Kreises

Haushaltsplan 2011**1.03 Schulträgeraufgaben**

verantwortlich:

1.03.03 Schülerbeförderung

Dezernat III

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
11	- Personalaufwendungen	16.353	19.651	21.622	21.585	21.726	21.914
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.461.781	2.437.000	2.442.601	2.518.901	2.597.401	2.631.801
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	82	259	237	236	230	232
17	= Ordentliche Aufwendungen	2.478.217	2.456.910	2.464.460	2.540.722	2.619.357	2.653.946
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	2.478.217	2.456.910	2.464.460	2.540.722	2.619.357	2.653.946
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	2.478.217	2.456.910	2.464.460	2.540.722	2.619.357	2.653.946
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	2.478.217	2.456.910	2.464.460	2.540.722	2.619.357	2.653.946
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	477	531	639	623	592	597
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	2.478.693	2.457.441	2.465.099	2.541.345	2.619.949	2.654.543

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Schülerbeförderung

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* beinhaltet die Kosten der Schülerbeförderung (Kostenart 524100) für alle kreiseigenen Schulen, die Erfassung der Kosten erfolgt differenziert für Förderschulen und Berufskollegs.

Haushaltsplan 2011**1.03 Schulträgeraufgaben**

verantwortlich:

1.03.03 Schülerbeförderung

Dezernat III

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
10	- Personalauszahlungen	12.930	11.886	13.057		13.187	13.319	13.452
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.246.888	2.437.000	2.442.600		2.518.900	2.597.400	2.631.800
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.259.818	2.448.886	2.455.657		2.532.087	2.610.719	2.645.252
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	2.259.818	2.448.886	2.455.657		2.532.087	2.610.719	2.645.252

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben**1.03.04 Sonstige schulische Aufgaben****Beschreibung**

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

- 1.03.04.01 Schulpsychologie
- 1.03.04.02 Medienzentrum
- 1.03.04.03 Schulaufsicht
- 1.03.04.04 Bildungsnetzwerk Oberberg
- 1.03.04.05 Übergangsmanagement Schule-Beruf

Auftragsgrundlage**Ziele****Zielgruppen**

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben**1.03.04 Sonstige schulische Aufgaben****1.03.04.01****Schulpsychologie****Beschreibung**

Beratung und Hilfe bei Schulschwierigkeiten

- Einzelfallhilfe
- Beratung des Systems Schule

Auftragsgrundlage

Beschluss des Kreistages, Erlass des Ministeriums für Schule und Weiterbildung

Ziele

- Gewährleistung einer kurzen durchschnittlichen Zeit zwischen erster Kontaktaufnahme und Beratungsgespräch (zeitnahe Beratung und Hilfe)
- Effiziente Beratung des Systems Schule (Multiplikatorenfunktion)

Zielgruppen

Schüler/innen, Erziehungsberechtigte, Lehrkräfte im Oberbergischen Kreis

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben**1.03.04 Sonstige schulische Aufgaben****1.03.04.02****Medienzentrum****Beschreibung**

Bereitstellung von zeitgemäßen Bildmedien zu Unterrichts- und Bildungszwecken

Auftragsgrundlage

Schulgesetz NRW (SchulG), Kreistagsbeschluss

Ziele

- Angebot von bedarfsorientierten und zeitgemäßen Medien für Bildung
- Umstellung von herkömmlichen Medien auf Online-Medien

Zielgruppen

Lehrkräfte, Schüler/innen, Vereine im Oberbergischen Kreis

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben**1.03.04 Sonstige schulische Aufgaben****1.03.04.03****Schulaufsicht****Beschreibung**

- Stellenplanmäßige Bewirtschaftung der Grundschulen im Oberbergischen Kreis
- Verwaltungsfachliche Beratung der Schulräte und der Schulleitungen der Grund-, Haupt- und Förderschulen im Oberbergischen Kreis
- Entscheidung verwaltungsfachlicher Verfahren, soweit die Zuständigkeit der unteren Schulaufsichtsbehörde gegeben ist
- Bereitstellung der Sachausstattung für den örtlichen Lehrpersonalrat Grundschulen

Auftragsgrundlage

Schulgesetz NRW (SchulG), sonstige schulrechtliche Vorschriften des Landes NRW, LPVG

Ziele

- Sicherstellung einer bedarfsgerechten und gleichmäßigen Lehrerversorgung an den Grundschulen im Oberbergischen Kreis
- Sicherstellung eines im Rahmen der rechtlichen Vorgaben störungsfrei stattfindenden Schullebens

Zielgruppen

Schulministerium, Bezirksregierung Köln, Schulaufsichtsbeamte, Schulleiter, Lehrer, Schüler/innen und deren Erziehungsberechtigte

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben**1.03.04 Sonstige schulische Aufgaben****1.03.04.04****Bildungsnetzwerk Oberberg****Beschreibung**

In dem Bildungsnetzwerk sollen alle regionalen Akteure schulischer und außerschulischer Bildung, Betreuung, Beratung und Erziehung zusammenarbeiten. Die Regionale Geschäftsstelle des Netzwerkes fungiert in dem beim Schulamt eingerichteten Bildungsbüro.

Auftragsgrundlage

Kooperationsvertrag mit dem Land NRW vom 22.06.2009; Kreistagsbeschluss

Ziele

- Sicherstellung einer optimalen und individuellen Förderung von Kindern und Jugendlichen
- Profilierung und Stärkung des Bildungs- und Wirtschaftsstandortes Oberberg

Zielgruppen

Schulministerium, Bezirksregierung Köln, Schulaufsichtsbeamte, Schulleitungen, Lehrer/innen, Schüler/innen und deren Erziehungsberechtigte, außerschulische Akteure

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben**1.03.04 Sonstige schulische Aufgaben****1.03.04.05****Übergangsmanagement Schule-Beruf****Beschreibung**

Regional abgestimmte Koordination des Übergangs Schule und Beruf

Auftragsgrundlage

Landesverfassung, Schulgesetz NRW, Beschluss des Kreistages

ZieleErhöhung der Ausbildungsreife der Schülerinnen und Schüler
Förderung und Unterstützung von Schüler/innen beim Übergang von Schule in Beruf
Übergang ohne Brüche**Zielgruppen**

Schulen im OBK, Schüler/innen, Auszubildende, Schulleitungen, Lehrkräfte, Eltern, Ausbildungsbetriebe

Haushaltsplan 2011**1.03 Schulträgeraufgaben**

verantwortlich:

1.03.04 Sonstige schulische Aufgaben

Dezernat III

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-16.708	-16.700	-240.897	-128.798	-16.700	-16.700
10	= Ordentliche Erträge	-16.708	-16.700	-240.897	-128.798	-16.700	-16.700
11	- Personalaufwendungen	586.056	684.865	673.758	676.491	682.069	688.412
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	15.435	41.500	376.969	239.554	42.139	42.139
14	- Bilanzielle Abschreibungen			73	73	73	73
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	26.844	40.463	37.886	37.813	37.241	37.429
17	= Ordentliche Aufwendungen	628.335	766.828	1.088.686	953.931	761.522	768.053
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	611.627	750.128	847.789	825.133	744.822	751.353
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	611.627	750.128	847.789	825.133	744.822	751.353
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	611.627	750.128	847.789	825.133	744.822	751.353
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	113.115	145.233	118.929	103.117	102.775	103.470
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	724.742	895.361	966.718	928.250	847.597	854.822

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben

1.03.04 Sonstige schulische Aufgaben

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Sonstige schulische Aufgaben

In den Haushaltsjahren 2011 und 2012 sind die Einnahmen und Ausgaben des Projekts "Eintopf" veranschlagt (vgl. Zeile 2 u. 13 im Ergebnisplan). Für das Produkt *1.03.04.05 Übergangsmanagement Schule-Beruf* werden in der Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* die Zuweisungen des Landes und vom sonst. öffentlichen Bereich ausgewiesen.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* erfasst die Kosten für Medien (Kostenart 524400) für das Medienzentrum des Oberbergischen Kreises, für das Übergangsmanagement Schule-Beruf (Kostenart 529937), sowie die anfallenden Kosten für den Kurierdienst (Kostenart 529909).

Über die Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die Fortbildungskosten, Verbrauchsmaterial und die Geschäftsausgaben im Bereich des Bildungsnetzwerks Oberberg und der Schulpsychologie sowie die Sachkosten der Geschäftsführung der Personalvertretung (staatl. Schulamt) abgebildet. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsausgaben (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben
1.03.04 Sonstige schulische Aufgaben

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-16.708	-16.700	-240.897		-128.798	-16.700	-16.700
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-16.708	-16.700	-240.897		-128.798	-16.700	-16.700
10	- Personalauszahlungen	490.178	474.379	465.438		470.094	474.795	479.541
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	15.054	41.500	376.880		239.465	42.050	42.050
15	- sonstige Auszahlungen	2.981	15.700	15.250		15.250	15.250	15.250
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	508.213	531.579	857.568		724.809	532.095	536.841
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	491.506	514.879	616.671		596.011	515.395	520.141
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	148	1.000	900		900	900	900
30	= investive Auszahlungen	148	1.000	900		900	900	900
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung)	148	1.000	900		900	900	900

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben

1.03.04 Sonstige schulische Aufgaben

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen/-auszahlungen
2	- Summe der investiven Auszahlungen	148	1.000	900		900	900	900	1.148	4.748
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	148	1.000	900		900	900	900	1.148	4.748

Haushaltsplan 2011

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-743.932	-757.040	-1.066.120	-1.066.120	-1.066.120	-1.066.120
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-956.546	-1.120.200	-1.037.600	-1.107.600	-1.185.200	-1.185.200
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-260.675	-367.700	-302.700	-302.700	-317.700	-317.700
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-116.616	-132.551	-178.211	-178.211	-178.211	-178.211
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-3.616	-3.500	-3.500	-3.500	-3.500	-3.500
10	= Ordentliche Erträge	-2.081.384	-2.380.991	-2.588.131	-2.658.131	-2.750.731	-2.750.731
11	- Personalaufwendungen	2.704.813	3.081.105	2.881.429	2.892.972	2.922.590	2.940.635
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	520.583	500.918	376.817	398.797	513.147	527.147
14	- Bilanzielle Abschreibungen	0	17.972	25.458	28.953	32.565	32.565
15	- Transferaufwendungen	20.980	30.750	21.130	18.250	21.130	18.250
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	260.839	289.293	280.393	335.898	331.293	331.838
17	= Ordentliche Aufwendungen	3.507.216	3.920.037	3.585.227	3.674.870	3.820.725	3.850.435
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.425.831	1.539.046	997.096	1.016.739	1.069.994	1.099.704
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.425.831	1.539.046	997.096	1.016.739	1.069.994	1.099.704
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.425.831	1.539.046	997.096	1.016.739	1.069.994	1.099.704
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	418.782	574.172	690.626	780.104	485.171	486.943
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.844.613	2.113.218	1.687.722	1.796.843	1.555.165	1.586.646

Haushaltsplan 2011

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-743.775	-757.040	-1.066.120		-1.066.120	-1.066.120	-1.066.120
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-996.668	-1.120.200	-1.037.600		-1.107.600	-1.185.200	-1.185.200
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-256.176	-367.700	-302.700		-302.700	-317.700	-317.700
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-119.145	-132.551	-178.211		-178.211	-178.211	-178.211
7	+ Sonstige Einzahlungen	-3.616	-3.500	-3.500		-3.500	-3.500	-3.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.119.379	-2.380.991	-2.588.131		-2.658.131	-2.750.731	-2.750.731
10	- Personalauszahlungen	2.543.368	2.552.194	2.370.935		2.384.478	2.411.115	2.424.889
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	349.510	337.560	219.670		241.650	356.000	370.000
14	- Transferauszahlungen	2.842	9.750	12.130		9.250	12.130	9.250
15	- sonstige Auszahlungen	164.490	196.870	177.080		232.930	229.930	229.930
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.060.210	3.096.374	2.779.815		2.868.308	3.009.175	3.034.069
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	940.831	715.383	191.684		210.177	258.444	283.338
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-28.000	-4.800.000	-6.100.000		-1.000.000		
23	= investive Einzahlungen	-28.000	-4.800.000	-6.100.000		-1.000.000		
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	443.077	4.800.000	7.100.000		1.000.000		
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	95.522	52.825	47.993		47.993	49.793	49.793
30	= investive Auszahlungen	538.599	4.852.825	7.147.993		1.047.993	49.793	49.793
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	510.599	52.825	1.047.993		47.993	49.793	49.793

Haushaltsplan 2011

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

1.04.01 Komm. Veranstaltungen/ Kulturförderung

Dezernat I

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

- 1.04.01.01 Veranstaltungen / Kulturförderung / Sonstige Kultureinrichtungen
- 1.04.01.01.01 Sonderausstellungen
- 1.04.01.01.02 Kreis- und Stadtbücherei

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

Haushaltsplan 2011

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

1.04.01 Komm. Veranstaltungen/ Kulturförderung

Dezernat I

1.04.01.01

Veranstaltungen/ Kulturförderung/Sonstige Kultureinrichtungen

Beschreibung

- Konzeption, Organisation und Durchführung von **Veranstaltungen** in allen Kultursparten zur Attraktivitätssteigerung der kulturellen Einrichtungen und zur Erfüllung eines kulturellen Auftrages.
- **Kulturförderung**: Unterstützung und Förderung von Kulturschaffenden (z. B. durch den „Kulturförderpreis des Oberbergischen Kreises“).
- Konzeption, Organisation und Durchführung von **Sonderausstellungen**.
- Finanzielle Beteiligung an der **Kreis- und Stadtbücherei** und **Kreisorchester**.
- **Kreisarchiv**

Auftragsgrundlage

Kreistagsbeschlüsse, Archivgesetz NRW

Ziele

- Halten oder Steigerung der Besucherzahlen bei kulturellen Veranstaltungen
- hohe Besucherzufriedenheit
- nachhaltige Kundenbindung (durch Werbemaßnahmen etc.)
- Attraktivitätssteigerung durch vielfältiges Veranstaltungsprogramm
- Verbesserung der Wirtschaftlichkeit

Zielgruppen

Bevölkerung der Region und Gesamt-NRW

Haushaltsplan 2011
1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

1.04.01 Komm. Veranstaltungen/ Kulturförderung

Dezernat I

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-6.500	-15.000	-15.000	-15.000	-15.000	-15.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-208	-5.200	-2.600	-2.600	-5.200	-5.200
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-4.431					
10	= Ordentliche Erträge	-11.139	-20.200	-17.600	-17.600	-20.200	-20.200
11	- Personalaufwendungen	173.258	180.217	170.482	171.717	173.294	174.971
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	182.989	196.325	185.074	190.254	190.254	190.254
15	- Transferaufwendungen	20.980	30.750	21.130	18.250	21.130	18.250
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	24.436	22.580	38.979	45.288	43.621	43.676
17	= Ordentliche Aufwendungen	401.663	429.872	415.665	425.509	428.299	427.151
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	390.524	409.672	398.065	407.909	408.099	406.951
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	390.524	409.672	398.065	407.909	408.099	406.951
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	390.524	409.672	398.065	407.909	408.099	406.951
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	41.125	74.612	68.613	67.267	67.569	67.671
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	431.649	484.284	466.679	475.176	475.668	474.622

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat I

1.04 Kultur und Wissenschaft

1.04.01 Komm. Veranstaltungen/ Kulturförderung

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Kommunale Veranstaltungen / Kulturförderung

Bei der Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* handelt es sich um Zuschüsse der Kulturstiftung Oberberg in Trägerschaft der Kreissparkasse Köln (Kostenart 414700). Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Gebühreneinnahmen (Kostenart 432100) für kulturelle Veranstaltungen veranschlagt. In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* umfassen die Aufwendungen für kulturelle Veranstaltungen (Kostenart 529100) im Kreishaushausfoyer, im Museum Schloss Homburg sowie für die kulturellen Veranstaltungen der KULTUR-ZEIT in Haus Dahl. Darüber hinaus sind die Aufwendungen für die Erstellung einer Homepage (Kostenart 529100) sowie Aufwendungen für die Betreuung der Kunstsammlung (Kostenart 524900) in dieser Kontengruppe veranschlagt. Entsprechend einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Gummersbach aus dem Jahr 1975 ist der Oberbergische Kreis verpflichtet, die Hälfte der Kosten der Kreis- und Stadtbücherei zu übernehmen. Diese Erstattung (Kostenart 525300) an die Stadt Gummersbach ist ebenfalls unter dieser Kontengruppe veranschlagt.

Bei der Kontengruppe *Transferaufwendungen* sind folgende Zuschüsse an Gemeinden und übrige Bereiche (Kostenart 531300 u. 531900) veranschlagt: Zuschuss zum Wettbewerb „Jugend musiziert“, Zuschuss zum Sinfonieorchester, Zuschuss zum Sängerkreis Oberbergisches Land, sonstige Förderung von Vereinen im Jugend-Kulturbereich, Förderung der Jugendarbeit in Chören und Musikvereinen. Für die seit 1955 bestehende Patenschaft mit dem Landkreis Lauenburg in Pommern wird jährlich eine finanzielle Unterstützung geleistet. Über die Vergabe von Zuschüssen zu kulturellen Projekten im Kreisgebiet entscheidet der Ausschuss für Kultur und Weiterbildung. Der Kulturförderpreis (Kostenart 531900) des Oberbergischen Kreises wird alle zwei Jahre (2011 und 2013) vergeben. Zur Koordinierungsstelle „Regionale Kulturpolitik Bergisches Land“ leistet der Oberbergische Kreis neben weiteren Städten und Kreisen einen Finanzierungszuschuss.

Die Kontengruppe *Sonstige Ordentliche Aufwendungen* beinhaltet die Aufwendungen für Verbrauchsmaterial/Gästebewirtung (Kostenart 543700) für Veranstaltungen und Empfänge sowie Aufwendungen für Sonderausstellungen (549900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011
1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

1.04.01 Komm. Veranstaltungen/ Kulturförderung

Dezernat I

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-6.500	-15.000	-15.000		-15.000	-15.000	-15.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.540	-5.200	-2.600		-2.600	-5.200	-5.200
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-4.431						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-12.471	-20.200	-17.600		-17.600	-20.200	-20.200
10	- Personalauszahlungen	164.415	134.278	126.463		127.728	129.005	130.295
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	26.068	33.500	28.320		33.500	33.500	33.500
14	- Transferauszahlungen	2.842	9.750	12.130		9.250	12.130	9.250
15	- sonstige Auszahlungen	11.043	8.150	11.310		17.600	16.100	16.100
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	204.367	185.678	178.223		188.078	190.735	189.145
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	191.896	165.478	160.623		170.478	170.535	168.945

Haushaltsplan 2011**1.04 Kultur und Wissenschaft**

verantwortlich:

1.04.02 Weiterbildung und Studium

Dezernat I

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.04.02.01 Volkshochschule

1.04.02.01.01 Abendgymnasium

1.04.02.02 Akademie für Gesundheitswirtschaft und Senioren (AGewiS)

1.04.02.02.01 Grundausbildung

1.04.02.02.02 Weiterbildung

Auftragsgrundlage**Ziele****Zielgruppen**

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat I

1.04 Kultur und Wissenschaft**1.04.02 Weiterbildung und Studium****1.04.02.01****Volkshochschule****Beschreibung**

Die Volkshochschule des Oberbergischen Kreises ist eine Pflichtaufgabe nach dem Weiterbildungsgesetz NRW und bietet zweimal im Jahr ein Programm für 12 oberbergische Städte und Gemeinden (außer Gummersbach) an. Das Angebot berücksichtigt individuelle Bedürfnisse und orientiert sich am gesellschaftlichen Bedarf. Angeboten werden Veranstaltungen zur allgemeinen, beruflichen, politischen, gesundheitlichen und kulturellen Bildung und schließt den Erwerb von Schulabschlüssen und Zertifikaten ein.

Auftragsgrundlage

Weiterbildungsgesetz NRW, Beschlüsse des Kreistages, Satzung der VHS

Ziele

Bereitstellung und Durchführung eines bedarfsgerechten, qualifizierenden, flächendeckenden und ortsnahen Aus- und Weiterbildungsangebotes

Zielgruppen

Bürgerinnen und Bürger des Oberbergischen Kreises

1.04.02.02

Fachseminar für Pflegeberufe

Beschreibung

Das Fachseminar für Pflegeberufe des oberbergischen Kreises ist eine durch die Bezirksregierung anerkannte Einrichtung zur Aus- und Fortbildung in der Altenpflege. Es bietet die staatlich anerkannten Ausbildungen zum/zur Altenpflegehelfer/in und Altenpfleger/in sowie qualifizierte Fort- und Weiterbildungsangebote für Pflegepersonal an. Bundesaltenpflegegesetz mit entsprechender Ausbildungs- und Prüfungsverordnung, Beschlüsse des Kreistages

Auftragsgrundlage

Ziele

Sicherstellung eines qualifizierten, bedarfsdeckenden Angebotes an Erstausbildungen und differenzierten Qualifizierungsmaßnahmen zur Fort- und Weiterbildung

Zielgruppen

Personen mit den jeweils entsprechenden Zugangsvoraussetzungen

Haushaltsplan 2011**1.04 Kultur und Wissenschaft**

verantwortlich:

1.04.02 Weiterbildung und Studium

Dezernat I

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-737.432	-742.040	-801.120	-801.120	-801.120	-801.120
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-946.864	-1.050.000	-1.030.000	-1.100.000	-1.100.000	-1.100.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-258.801	-350.200	-300.200	-300.200	-300.200	-300.200
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-112.073	-132.551	-178.211	-178.211	-178.211	-178.211
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-2.410	-1.500	-1.500	-1.500	-1.500	-1.500
10	= Ordentliche Erträge	-2.057.580	-2.276.291	-2.311.031	-2.381.031	-2.381.031	-2.381.031
11	- Personalaufwendungen	2.131.534	2.492.911	2.374.118	2.381.536	2.393.357	2.406.389
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	174.971	161.807	164.807	179.137	165.137	179.137
14	- Bilanzielle Abschreibungen	0	12.783	16.607	18.586	20.566	20.566
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	184.752	160.871	186.791	187.524	184.976	185.260
17	= Ordentliche Aufwendungen	2.491.258	2.828.372	2.742.323	2.766.784	2.764.037	2.791.353
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	433.678	552.081	431.292	385.753	383.006	410.322
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	433.678	552.081	431.292	385.753	383.006	410.322
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	433.678	552.081	431.292	385.753	383.006	410.322
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	180.529	254.067	217.593	201.703	180.447	181.297
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	614.207	806.149	648.886	587.456	563.453	591.619

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat I

1.04 Kultur und Wissenschaft

1.04.02 Weiterbildung und Studium

Planerläuterung Teilergebnisplan Volkshochschule

In der Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* werden die Landeszuweisungen (Kostenart 414200) eingebucht (Produkte Volkshochschule und Grundausbildung). Das Produkt Modellprojekt Altenpflege wird durch das Land im "Modellprojekt Altenpflegehilfe" gefördert.

In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden Höregebühren (Kostenart 432902) vereinnahmt (Produkt Volkshochschule). Teilnehmerbeiträge zu Fortbildungsveranstaltungen (Kostenart 441900) werden in der Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* abgebildet. *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* sind andere sonstige Kostenerstattungen, wie die Erstattung von Fernsprechgebühren und Fotokopien (Kostenart 443900), die Erstattung von Personalkosten, Honoraren etc. (Kostenart 443908) und die Erträge aus der Anzeigenwerbung (Kostenart 444902) im Programmheft (Produkt Volkshochschule). Im Bereich Abendgymnasium werden Erstattungen von Zweckverbänden (Kostenart 442400) vereinnahmt. Die Erträge beim Produkt Grundausbildung setzen sich aus den Erstattungen vom Bund (Kostenart 442100), hier im Besonderen die Kostenerstattung der Agentur für Arbeit, den Erstattungen von übrigen Bereichen, wie die Erstattung von Ausbildungsvergütungen und anderen sonstigen Kostenerstattungen (Kostenart 443900) zusammen. Untere *Sonstige ordentliche Erträge* fallen die Erträge aus der Vereinnahmung von Mahngebühren (Kostenart 452220) und andere sonstige ordentliche Erträge (Kostenart 459100), wie nicht näher benannte vermischte Einnahmen (Produkt Volkshochschule).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Zu den *Personalaufwendungen* zählen weiter die Honorare für Dozenten (Kostenart 501950), die Abteilungsleitervergütungen (Kostenart 501900) und die Personalausgaben für Zivildienstleistende (Kostenart 501960) (Produkt Volkshochschule). Honorare werden für Fort- und Weiterbildungsseminare und anteilig als Personalkosten zum "Modellprojekt Altenpflegehilfe" verausgabt (Produkt Weiterbildung und Projekt Modellprojekt Altenpflegehilfe). Weitere Honoraraufwendungen sind bei den Produkten Grundausbildung und Abendgymnasium veranschlagt.

In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* werden die Kosten für die Unterhaltung und Anschaffung von Lehrmitteln (Kostenart 524300), die Kosten für die Unterbringung und Verpflegung bei Seminaren (Kostenart 524907), die Erstattung von Sachausgaben an Gemeinden (Kostenart 525300), die Entgelte für ADV-Eingaben bzw. für die ADV-Programmpflege (Kostenart 529923 und 529924), Arbeitspläne für die Hörer der Kreisvolkshochschule (Kostenart 529930) sowie die Kosten für eine Hilfskraft im pädagogischen Dienst (Vorbereitung von KVHS-Kursen, Kostenart 529931) verausgabt (Produkt Volkshochschule). Zu den *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* beim Produkt Grundausbildung gehört das Anschaffen von Lernmitteln. Lehrmittel für das Fort- u.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat I

1.04 Kultur und Wissenschaft

1.04.02 Weiterbildung und Studium

Weiterbildungsseminar (Kostenart 524300) und Kosten für die Projektentwicklung (Kostenart 529929) werden beim Produkt Weiterbildung im Aufwand gebucht. Das Produkt Fachseminar für Pflegeberufe belastet den Haushalt durch sächliche Kosten bei Seminar und Studienfahrten (Kostenart 524907) und Erstattungen an verbundene Unternehmen (Kostenart 525600) und Beteiligungen in Form von Erstattung von Serviceleistungen.

Sonstige ordentliche Aufwendungen fallen bei der Aus- und Fortbildung, Umschulung durch die Fortbildung der Dozenten (Kostenart 541200) an. Weitere Aufwendungen für übernommene Reisekosten (Kostenart 541300) entstehen durch Reisekosten für Fortbildungsveranstaltungen des hauptamtlichen Personals und für Dienstreisen, durch die Erstattung von Sachausgaben an andere Träger (Mieten, Kostenart 542100), GEMA-Gebühren (Kostenart 542300), Prüfungsgebühren (Kostenart 542915), sonstige Geschäftsaufgaben und vermischte Ausgaben, Einführung eines Qualitätsmanagementsystems (Zertifizierung, Kostenart 543909) und dem Mitgliedsbeitrag (Kostenart 544300) zum Landesverband der Volkshochschule Nordrhein-Westfalen (Produkt Volkshochschule). Ebenfalls zur Kontengruppe der sonstigen ordentlichen Aufwendungen gehören die Aufwendungen für Werbemaßnahmen (Kostenart 543800), für sonstige Geschäftsausgaben und die Einführung des Qualitätsmanagementsystems (Produkt Fachseminar für Pflegeberufe, Kostenart 543909). Beim Produkt Weiterbildung werden Aufwendungen für Aus- und Fortbildung, Umschulung in Form von Kosten für die Unterbringung von Teilnehmern der Weiterbildungslehrgänge eingeplant. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat I

1.04 Kultur und Wissenschaft

1.04.02 Weiterbildung und Studium

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-737.275	-742.040	-801.120		-801.120	-801.120	-801.120
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-988.380	-1.050.000	-1.030.000		-1.100.000	-1.100.000	-1.100.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-253.718	-350.200	-300.200		-300.200	-300.200	-300.200
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-114.714	-132.551	-178.211		-178.211	-178.211	-178.211
7	+ Sonstige Einzahlungen	-2.410	-1.500	-1.500		-1.500	-1.500	-1.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.096.497	-2.276.291	-2.311.031		-2.381.031	-2.381.031	-2.381.031
10	- Personalauszahlungen	1.989.434	2.101.591	1.988.191		1.997.901	2.007.707	2.017.612
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	155.743	161.470	164.450		178.780	164.780	178.780
15	- sonstige Auszahlungen	130.230	113.220	140.360		141.360	139.860	139.860
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.275.406	2.376.281	2.293.001		2.318.041	2.312.347	2.336.252
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	178.910	99.990	-18.030		-62.990	-68.684	-44.779
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen		-2.500.000	-1.300.000				
23	= investive Einzahlungen		-2.500.000	-1.300.000				
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	4.316	2.500.000	1.300.000				
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	69.809	23.000	28.800		28.800	28.800	28.800
30	= investive Auszahlungen	74.125	2.523.000	1.328.800		28.800	28.800	28.800
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	74.125	23.000	28.800		28.800	28.800	28.800

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat I

1.04 Kultur und Wissenschaft

1.04.02 Weiterbildung und Studium

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlung en / - auszahlung en
5610040 Akademie für Gesundheitswirtschaft										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		-2.500.000	-1.300.000					-2.500.000	-3.800.000
6	= Summe Einzahlungen		-2.500.000	-1.300.000					-2.500.000	-3.800.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	4.316	2.500.000	1.300.000					2.504.316	3.804.316
13	= Summe Auszahlungen	4.316	2.500.000	1.300.000					2.504.316	3.804.316
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	4.316							4.316	4.316

Haushaltsplan 2011

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

1.04.02 Weiterbildung und Studium

Dezernat I

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen/-auszahlungen
2	- Summe der investiven Auszahlungen	69.809	23.000	28.800		28.800	28.800	28.800	92.809	208.009
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	69.809	23.000	28.800		28.800	28.800	28.800	92.809	208.009

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante Investitionen/Ersatzbeschaffung von **geringwertigen Wirtschaftsgütern** (kurz GWG) und von **Betriebs- und Geschäftsausstattung** (kurz BGA) aus dem Bereich der **Kreisvolkshochschule** bzw. dem **Altenpflegeseminar**. Betriebs- und Geschäftsausstattung ist ein Begriff der kaufmännischen Buchführung. Darunter fallen Gegenstände (über 410 Euro netto), die der langfristigen Betriebsbereitschaft eines Unternehmens dienen. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird im ersten Teil des Inventars als Vermögensposten geführt. In der Bilanz wird sie den Sachanlagen zugeordnet und ist damit ein Teil des Anlagevermögens. BGAs werden über den Zeitraum ihrer Nutzungsdauer abgeschrieben, über Kostenstellen werden die Beschaffungen verursachungsgerecht den Ämtern/Produkten zugeordnet. Geringwertige Wirtschaftsgüter können, im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, im Jahr der Anschaffung oder Herstellung voll als Betriebsausgabe abgesetzt werden. Voraussetzungen für ein geringwertiges Wirtschaftsgut: es muss eigenständig nutzbar sein, es muss beweglich sein, es muss länger als ein Jahr dem Betrieb dienen und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten liegen zwischen 60,- und 410,- Euro (netto). Der Ansatz ist für die Anschaffung von Lehr- und Lernmittel für den Unterricht bzw. Anschaffungen im Pflegebereich.

Die o. g. Investitionen werden über die *Finanzstelle 5.430001* (BGA [KVHS], Anlagevermögen > 410 Euro netto) bzw. bzw. über die *Finanzstelle 5.430002* (GWG [KVHS], Anlagevermögen < 410 Euro netto) bzw. bzw. über die *Finanzstelle 5.430011* (BGA [Altenpflegeseminar], Anlagevermögen > 410 Euro netto) bzw. bzw. über die *Finanzstelle 5.430012* (GWG [Altenpflegeseminar], Anlagevermögen < 410 Euro netto) abgewickelt.

Haushaltsplan 2011

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

1.04.03 Museum

Dezernat I

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

- 1.04.03.01 Museum Schloss Homburg
- 1.04.03.01.01 Schloss Homburg
- 1.04.03.01.02 Haus Dahl

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.04.03.01

Museum Schloss Homburg

Beschreibung

Standorte:

- Museum Schloss Homburg in Nümbrecht (Kunst-, Kultur- und naturgeschichtliche Abteilungen)
- Museum Haus Dahl in Marienheide (Lebens- und Arbeitswelten der ländlichen Bevölkerung)

Aufgabe:

Sammeln, Bewahren, Erforschen, Ausstellen, Vermitteln des regionalen Kultur- und Naturgutes

Das Museum ist eine „gemeinnützige, ständige, der Öffentlichkeit zugängliche Einrichtung, im Dienste der Gesellschaft und ihrer Entwicklung, die zu Studien-, Bildungs- und Unterhaltungszwecken materielle Zeugnisse von Menschen und ihrer Umwelt beschafft, bewahrt, erforscht, bekannt macht und ausstellt“. (Definition gem. ICOM, ethische Richtlinien des Internationalen Museumsrates)

Auftragsgrundlage

Kreistagsbeschlüsse

Ziele

1. **Museum:** Präsentation kulturhistorischer Exponate für mind. 60.000 Besucher p.a.
(mögliche Einschränkungen der Öffnungszeiten während der Bauphase 2009 - 2011)
2. **Museumsshop:** Steigerung der Attraktivität und Aufwertung des Museumsbesuches im Museum Schloss Homburg und im Museum Haus Dahl;
Steigerung der Wirtschaftlichkeit durch möglichst hohen Einnahmeüberschuss bei der Verkaufsware
3. **Museumspädagogik:** Vermittlung der Museumsthemen an möglichst viele Einzel- und Gruppenbesucher

Zielgruppen

Bevölkerung der Region und Gesamt-NRW, Touristen

Haushaltsplan 2011

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

1.04.03 Museum

Dezernat I

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-250.000	-250.000	-250.000	-250.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-8.072	-64.000	-4.000	-4.000	-79.000	-79.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.874	-17.500	-2.500	-2.500	-17.500	-17.500
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-112					
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-1.206	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000
10	= Ordentliche Erträge	-11.263	-83.500	-258.500	-258.500	-348.500	-348.500
11	- Personalaufwendungen	371.763	379.013	306.870	309.474	325.394	328.427
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	162.536	142.286	26.429	28.899	157.249	157.249
14	- Bilanzielle Abschreibungen		5.189	8.850	10.367	11.999	11.999
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	48.957	102.583	51.545	100.012	99.664	99.855
17	= Ordentliche Aufwendungen	583.255	629.071	393.694	448.752	594.306	597.530
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	571.992	545.571	135.194	190.252	245.806	249.030
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	571.992	545.571	135.194	190.252	245.806	249.030
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	571.992	545.571	135.194	190.252	245.806	249.030
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-3.110	-10.777	-8.000	-6.294	-6.351	-6.351
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	199.066	252.661	410.838	515.871	241.997	242.804
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	767.948	787.455	538.032	699.830	481.451	485.483

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Museum

In der Kontengruppe *Zuwendungen* werden allgemeine Finanzzuwendungen (Zeitraum 2011-2014, jährlich 250.000 Euro) des Fördervereins Schloss Homburg ausgewiesen. Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Benutzungsgebühren (Kostenart 432100) für das Museum Schloss Homburg und Haus Dahl veranschlagt. Im Detail handelt es sich um die Eintrittsgelder zum Besuch der Museen, die Gebühren für museumspädagogische Führungen, Gebühren für die Nutzung des Audioguidesystems sowie Gebühren für standesamtliche Trauungen in den Räumlichkeiten des Museums. In der Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* sind die Einnahmen aus Verkäufen (Kostenart 441100) der Museumsshops sowie die Einnahmen der Brotverkäufe zusammengefasst. Die Spendeneinnahmen (452800) für die Museen werden unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* gebucht.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden neben den fest angestellten Mitarbeitern der Kreisverwaltung auch die Personalaufwendungen für sonstige Beschäftigte (Kostenart 501900, z. B. museumspädagogisches Führungspersonal, Bäcker) aufgeführt.

In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* sind die Kosten für die Unterhaltung und Anschaffung von Gebrauchsgegenständen (Kostenart 523600), Museumsgut und Archivalien und die Wartungskosten für das Audioguidesystem erfasst. Weiter fallen die Aufwendungen für den Wareneinkauf (Kostenart 526400) von Museumsshop-Artikeln und die Anschaffung von Zubehör für die Museumsshops in diese Kontengruppe. Weitere Sonstige Sach- und Dienstleistungen fallen für die Inventarisierung von Museumsgut an. Die Verwendung der Spenden wird ebenfalls hier veranschlagt. Des Weiteren werden die Aufwendungen für museumspädagogische Maßnahmen, Restaurierungsbedarf sowie die Verbrauchsmittel für die Backaktionen unter dieser Kontengruppe verbucht. Auch die Kosten der Fachfirma für den Aufsichts- und Kassendienst (Kostenart 529912) unter Sach- und Dienstleistungen veranschlagt.

Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* umfasst insbesondere die Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit (Kostenart 543800). Darüber hinaus werden an dieser Stelle die Gebühren (Gebühren 542300) für bargeldlose Zahlverfahren an der Museumskasse von Schloss Homburg sowie Geschäftsausgaben für den musealen Bereich veranschlagt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Haushaltsplan 2011**1.04 Kultur und Wissenschaft**

verantwortlich:

1.04.03 Museum

Dezernat I

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

1.04.03 Museum

Dezernat I

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-250.000		-250.000	-250.000	-250.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-5.351	-64.000	-4.000		-4.000	-79.000	-79.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-2.458	-17.500	-2.500		-2.500	-17.500	-17.500
7	+ Sonstige Einzahlungen	-1.206	-2.000	-2.000		-2.000	-2.000	-2.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-9.015	-83.500	-258.500		-258.500	-348.500	-348.500
10	- Personalauszahlungen	362.464	293.629	233.954		236.299	251.627	253.978
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	167.616	142.090	26.400		28.870	157.220	157.220
15	- sonstige Auszahlungen	22.214	74.000	23.940		72.500	72.500	72.500
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	552.294	509.719	284.294		337.669	481.347	483.698
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	543.280	426.219	25.794		79.169	132.847	135.198
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-28.000	-2.300.000	-4.800.000		-1.000.000		
23	= investive Einzahlungen	-28.000	-2.300.000	-4.800.000		-1.000.000		
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	438.761	2.300.000	5.800.000		1.000.000		
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	25.713	29.825	19.193		19.193	20.993	20.993
30	= investive Auszahlungen	464.474	2.329.825	5.819.193		1.019.193	20.993	20.993
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	436.474	29.825	1.019.193		19.193	20.993	20.993

Haushaltsplan 2011
1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

1.04.03 Museum

Dezernat I

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5233211 Erweiterung Schloß Homburg										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-28.000	-2.300.000	-4.800.000		-1.000.000			-2.328.000	-8.128.000
6	= Summe Einzahlungen	-28.000	-2.300.000	-4.800.000		-1.000.000			-2.328.000	-8.128.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	438.761	2.300.000	5.800.000		1.000.000			2.738.761	9.538.761
13	= Summe Auszahlungen	438.761	2.300.000	5.800.000		1.000.000			2.738.761	9.538.761
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	410.761		1.000.000					410.761	1.410.761

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme Erweiterung Schloss Homburg

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine geplante **Bauinvestitionen** im Bereich des **Museums des Oberbergischen Landes auf Schloss Homburg**. Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 11.12.2008 die Erweiterung in einem Gesamtvolumen (Planungs- und Baukosten) von rd. 10,1 Mio. Euro beschlossen. Für Planungskosten sind bis zum Stichtag 31.12.2008 bereits rd. 460.000 Euro verausgabt worden. Der Ansatz für 2009 wurde nur im geringen Umfang ausgeschöpft. Ab 2010 ff wurde die Investitionsmaßnahme neu veranschlagt. Hierdurch werden die Summen der Gesamteinzahlungen/ -auszahlungen unvollständig wiedergegeben. Die Baumaßnahme wird mit öffentlich-rechtlichen und privat-rechtlichen Zuweisungen gefördert.

Die o. g. Investition wird über die *Finanzstelle 5.233211* abgewickelt.

Haushaltsplan 2011

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

1.04.03 Museum

Dezernat I

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen/-auszahlungen
2	- Summe der investiven Auszahlungen	25.713	29.825	19.193		19.193	20.993	20.993	55.538	135.908
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	25.713	29.825	19.193		19.193	20.993	20.993	55.538	135.908

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante Investitionen/Ersatzbeschaffung von **geringwertigen Wirtschaftsgütern** (kurz GWG) und von **Betriebs- und Geschäftsausstattung** (kurz BGA) aus dem Bereich **Kultur- und Museumsamt** sowie Neuanschaffungen von **Museumsgüter und Exponate** (Anlagenklasse Kunstgegenstände). Betriebs- und Geschäftsausstattung ist ein Begriff der kaufmännischen Buchführung. Darunter fallen Gegenstände (über 410 Euro netto), die der langfristigen Betriebsbereitschaft eines Unternehmens dienen. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird im ersten Teil des Inventars als Vermögensposten geführt. In der Bilanz wird sie den Sachanlagen zugeordnet und ist damit ein Teil des Anlagevermögens. BGAs werden über den Zeitraum ihrer Nutzungsdauer abgeschrieben, über Kostenstellen werden die Beschaffungen verursachungsgerecht den Ämtern/Produkten zugeordnet. Geringwertige Wirtschaftsgüter können, im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, im Jahr der Anschaffung oder Herstellung voll als Betriebsausgabe abgesetzt werden. Voraussetzungen für ein geringwertiges Wirtschaftsgut: es muss eigenständig nutzbar sein, es muss beweglich sein, es muss länger als ein Jahr dem Betrieb dienen und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten liegen zwischen 60,- und 410,- Euro (netto). Der Ansatz ist für die Anschaffung von Museumsgütern bzw. den Ankauf von herausragenden Exponaten (3211.9350), für die Anschaffung von speziellen Inventargegenständen (3210.5200 u. 3211.9351, z. B. Vitrinen, Stellwände, Beleuchtungssysteme, Beschallungsanlagen, etc.) sowie für anteilige Kosten zwecks Einrichtung der kulturgeschichtlichen Dauerausstellung (3211.9356) bestimmt. Die Restaurierung von Museumsgütern ist hier nicht veranschlagt. Die Maßnahmen werden vom Kultur- und Museumsamt (Amt 41) begleitet.

Die o. g. Investitionen werden über folgende *Finanzstelle (PSP-I)* abgewickelt:

5.410000	Museumsgut u. Exponate
5.410010	BGA - Inventar über 410 € (Museum)
5.410020	GwG - Inventar unter 410 € (Museum)
5.410030	BGA - Kulturgeschichtl. Dauerausstellung
5.410040	GWG - Kulturgeschichtl. Dauerausstellung

Haushaltsplan 2011**1.04 Kultur und Wissenschaft**

verantwortlich:

1.04.04 Heimatbildstelle

Dezernat III

Beschreibung

- Digitale Sicherung / inhaltliche Erfassung historischer Fotobestand
- Zur Verfügung stellen von Fotos für gewerbliche, öffentliche und private Nutzung wie z.B. für Publikationen, Ausstellungen, Presseartikel, schulische Belange.
- Unterstützung von kreiseigenen Einrichtungen wie Pressestelle, Kreisarchiv und Kultur- und Museumsamt.
- Ergänzung des Bestandes durch Ankauf

Auftragsgrundlage**Ziele**

- Durch Bereitstellung von historischem Fotobestand Unterstützung von regionaler Forschung, Präsentation Oberbergischer Gegebenheiten, Darstellung der Kreisverwaltung.
- Archivierung und Sicherung historischer Fotobestände für die Zukunft.

Zielgruppen

Wissenschaftlich-historisch Arbeitende, Journalisten, Verleger, Lehrer, Verwaltung

Haushaltsplan 2011

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

1.04.04 Heimatbildstelle

Dezernat III

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.403	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
10	= Ordentliche Erträge	-1.403	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
11	- Personalaufwendungen	28.258	28.963	29.960	30.245	30.544	30.848
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	88	500	506	506	506	506
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.694	3.260	3.078	3.073	3.033	3.046
17	= Ordentliche Aufwendungen	31.040	32.723	33.544	33.825	34.083	34.401
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	29.637	31.723	32.544	32.825	33.083	33.401
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	29.637	31.723	32.544	32.825	33.083	33.401
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	29.637	31.723	32.544	32.825	33.083	33.401
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.172	3.608	1.581	1.557	1.509	1.521
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	30.809	35.331	34.126	34.381	34.592	34.922

Haushaltsplan 2011**1.04 Kultur und Wissenschaft**

verantwortlich:

1.04.04 Heimatbildstelle

Dezernat III

Planerläuterung Teilergebnisplan Heimatbildstelle

Die Kontengruppe *Öffentlich–Rechtliche Leistungsentgelte* beinhaltet die Einnahmen für Reproduktionen (Kostenart 431100 u. 432100) durch die Heimatbildstelle.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* werden der Kosten für Reproduktionen (Kostenart 529100) veranschlagt. Die Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* bildet die Kosten für die Anschaffung von Fotos und Fotorechten sowie die Geschäftsausgaben der Heimatbildstelle ab (Kostenart 543900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011
1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

1.04.04 Heimatbildstelle

Dezernat III

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.398	-1.000	-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.398	-1.000	-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
10	- Personalauszahlungen	27.056	22.696	22.327		22.550	22.776	23.004
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	84	500	500		500	500	500
15	- sonstige Auszahlungen	1.003	1.500	1.470		1.470	1.470	1.470
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	28.143	24.696	24.297		24.520	24.746	24.974
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	26.745	23.696	23.297		23.520	23.746	23.974

Haushaltsplan 2011
1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-3.393.751	-3.394.000	-2.594.000	-2.594.000	-2.594.000	-2.594.000
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-900.403	-830.862	-808.933	-808.933	-808.933	-808.933
3	+ Sonstige Transfererträge	-1.509.672	-1.440.500	-1.643.500	-1.643.500	-1.643.500	-1.643.500
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-14.049	-14.650	-27.150	-27.150	-27.150	-27.150
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-14.280.021	-11.885.000	-25.012.514	-26.913.778	-29.403.027	-30.562.817
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-393	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
10	= Ordentliche Erträge	-20.098.290	-17.566.012	-30.087.097	-31.988.361	-34.477.610	-35.637.400
11	- Personalaufwendungen	2.585.698	3.137.875	8.287.907	8.342.661	8.417.765	8.498.603
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6.398.519	5.649.474	9.106.142	8.376.142	8.376.142	8.376.142
14	- Bilanzielle Abschreibungen	7.011	8.846	7.945	8.380	8.821	8.821
15	- Transferaufwendungen	31.740.608	31.002.255	31.891.926	31.831.926	31.771.926	31.711.926
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	33.026.927	32.365.186	37.891.774	37.889.988	37.881.200	36.959.438
17	= Ordentliche Aufwendungen	73.758.764	72.163.637	87.185.694	86.449.097	86.455.855	85.554.931
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	53.660.474	54.597.625	57.098.597	54.460.736	51.978.245	49.917.531
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	53.660.474	54.597.625	57.098.597	54.460.736	51.978.245	49.917.531
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	53.660.474	54.597.625	57.098.597	54.460.736	51.978.245	49.917.531
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-12.583	-28.934	-32.993	-20.186	-20.274	-20.373

Haushaltsplan 2011**1.05 Soziale Leistungen**

verantwortlich:

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	310.595	438.849	544.682	418.255	415.710	417.592
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	53.958.485	55.007.540	57.610.285	54.858.805	52.373.681	50.314.749

Haushaltsplan 2011

1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-3.393.751	-3.394.000	-2.594.000		-2.594.000	-2.594.000	-2.594.000
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-879.311	-830.862	-808.933		-808.933	-808.933	-808.933
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-1.424.492	-1.440.500	-1.643.500		-1.643.500	-1.643.500	-1.643.500
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-14.254	-14.650	-27.150		-27.150	-27.150	-27.150
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-13.497.661	-11.885.000	-25.012.514		-26.913.778	-29.403.027	-30.562.817
7	+ Sonstige Einzahlungen	-793	-1.000	-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-19.210.263	-17.566.012	-30.087.097		-31.988.361	-34.477.610	-35.637.400
10	- Personalauszahlungen	2.073.818	2.017.586	7.235.781		7.308.136	7.381.220	7.455.030
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	5.971.778	5.648.740	9.105.252		8.375.252	8.375.252	8.375.252
14	- Transferauszahlungen	33.875.027	31.002.255	31.891.926		31.831.926	31.771.926	31.711.926
15	- sonstige Auszahlungen	32.671.805	32.147.500	37.685.030		37.685.030	37.685.030	36.761.030
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	74.592.429	70.816.081	85.917.989		85.200.344	85.213.428	84.303.238
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	55.382.166	53.250.069	55.830.892		53.211.983	50.735.818	48.665.838
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	81						
30	= investive Auszahlungen	81						
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	81						

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:
Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.01 Unterstützung von Senioren

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

- 1.05.01.01 Seniorenarbeit
- 1.05.01.02 Heimaufsicht

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.05.01.01

Seniorenarbeit

Beschreibung

Beratung und Unterstützung älterer Menschen, um Schwierigkeiten, die durch das Alter entstehen

- zu verhüten
- zu überwinden
- zu mildern

um weiter am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen.

Auftragsgrundlage

Sozialgesetzbuch XII – Sozialhilfe, Landespflegegesetz NRW, Beschlüsse des Kreistages

Ziele

- Eigenständige Lebensführung der Menschen so lange wie möglich erhalten
- Längstmöglicher Verbleib im häuslichen und sozialen Umfeld

Zielgruppen

Ältere Menschen im Oberbergischen Kreis

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen**1.05.01 Unterstützung von Senioren****1.05.01.02****Heimaufsicht****Beschreibung**

- Wiederkehrende und anlassbezogene Überprüfungen aller Pflege- und Behindertenheime
- Beratung von Heimträgern und Leitungskräften
- Beratung und Information von Heimbewohnern, Angehörigen, Betreuern
- Planungs- und Konzeptberatung in Heimangelegenheiten

Auftragsgrundlage

Heimgesetz (HeimG) mit Verordnungen, Landespflegegesetz (PfG NRW) mit Verordnungen

Ziele

- Die Bedürfnisse und Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner in Heimen schützen
- Qualitätssicherung in Heimen

Zielgruppen

Volljährige Heimbewohnerinnen und Heimbewohner, Angehörige, Heimträger und deren Mitarbeiter

Haushaltsplan 2011
1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:

1.05.01 Unterstützung von Senioren

Dezernat III

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-9.945	-12.500	-25.000	-25.000	-25.000	-25.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	250					
10	= Ordentliche Erträge	-9.695	-12.500	-25.000	-25.000	-25.000	-25.000
11	- Personalaufwendungen	221.104	261.432	266.911	266.773	268.611	270.964
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	905.605	873.388	850.063	850.063	850.063	850.063
15	- Transferaufwendungen	26.940	39.881	39.881	39.881	39.881	39.881
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	41.611	49.937	44.841	44.714	44.095	44.251
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.195.260	1.224.638	1.201.697	1.201.431	1.202.649	1.205.159
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.185.565	1.212.138	1.176.697	1.176.431	1.177.649	1.180.159
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.185.565	1.212.138	1.176.697	1.176.431	1.177.649	1.180.159
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.185.565	1.212.138	1.176.697	1.176.431	1.177.649	1.180.159
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	13.743	19.552	29.261	20.382	20.037	20.161
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.199.308	1.231.690	1.205.958	1.196.813	1.197.687	1.200.320

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.01 Unterstützung von Senioren

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Unterstützung von Senioren

Bei der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden die zu vereinnahmenden Gebühren im Heimrecht abgebildet (Kostenart 431100).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* werden alle Kostenerstattungen verausgabt, die nach dem Rahmenkonzept Senioren- und Pflegeberatung erfolgen (Kostenart 525300). Darüber hinaus werden hier die Kosten der Aktion „Hilfe für alte Menschen“ und der Projektkostenzuschuss für hauswirtschaftliche Hilfen veranschlagt (Kostenart 525900). Bei der Kontengruppe *Transferaufwendungen* handelt es sich um die Kosten der Erholungsfürsorge für alte Menschen (Kostenart 531900).

Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* beinhaltet im Wesentlichen die Kosten der Heimaufsicht (Kostenart 542700). Daneben werden hier die Kosten für Fortbildungen der Mitarbeiter in den gemeindlichen Sozialämtern (Kostenart 541200) und die Sachkosten für die Demenzveranstaltung veranschlagt (Kostenart 543900). Ferner werden hier anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge usw.) abgebildet, welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der Internen Leistungsverrechnungen werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.01 Unterstützung von Senioren

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-10.538	-12.500	-25.000		-25.000	-25.000	-25.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-250						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-10.788	-12.500	-25.000		-25.000	-25.000	-25.000
10	- Personalauszahlungen	166.457	162.975	167.395		169.068	170.759	172.467
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	806.648	873.388	850.000		850.000	850.000	850.000
14	- Transferauszahlungen	26.940	39.881	39.881		39.881	39.881	39.881
15	- sonstige Auszahlungen	26.648	35.000	29.850		29.850	29.850	29.850
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.026.693	1.111.244	1.087.126		1.088.799	1.090.490	1.092.198
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.015.905	1.098.744	1.062.126		1.063.799	1.065.490	1.067.198

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen**1.05.02 Hilfen z.Gesundh.,b.Beh.,Pflegebed. u.s.****Beschreibung**

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.05.02.01 Hilfen zur Gesundheit, bei Behinderung und in anderen Lebenslagen

1.05.02.01.01 Eingliederungshilfe für behinderte Menschen

1.05.02.01.02 Hilfen zur Gesundheit

1.05.02.01.03 Hilfen in anderen Lebenslagen

1.05.02.02 Hilfe zur Pflege

1.05.02.02.01 Hilfe zur Pflege ambulant und vollstationär

1.05.02.02.02 Hilfe zur Pflege teilstationär

1.05.02.03 Pflegewohngeld und Aufwendungszuschüsse

1.05.02.04 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege

1.05.02.05 Leistungen für Schwerbehinderte

1.05.02.06 Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz

Auftragsgrundlage**Ziele****Zielgruppen**

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.02 Hilfen z.Gesundh.,b.Beh.,Pflegebed. u.s.

1.05.02.01**Beschreibung****Hilfen zur Gesundheit, bei Behinderung und in anderen Lebenslagen**

- Gewährung von Hilfen für Menschen ohne Krankenversicherungsschutz nach dem 5. Kapitel SGB XII
- Unterstützung und Hilfen für behinderte Menschen
- Feststellung des Grades der Behinderung und zur Inanspruchnahme von Nachteilsausgleichen (Schwerbehindertenausweis)
- Kündigungsschutz für schwerbehinderte Menschen
- Leistungen für schwerbehinderte Menschen im Arbeitsleben
- Gewährung von Eingliederungshilfeleistungen nach dem 6. Kapitel SGB XII für Menschen mit einer wesentlichen Behinderung
- Sonstige Hilfen nach dem 8. und 9. Kapitel des SGB XII

Auftragsgrundlage

Sozialgesetzbuch IX – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen – mit Verordnungen, Sozialgesetzbuch XII – Sozialhilfe – mit Verordnungen

Ziele

- Menschen, die Sozialhilfeleistungen beziehen, erhalten bedarfsgerechte Leistungen
- Zeitnahe Bearbeitung der Anträge auf Feststellung des Grades der Behinderung
- Möglichst hoher Anteil von gütlichen Einigungen in Kündigungsschutzverfahren
- Ausschöpfung der zugewiesenen Mittel aus der Ausgleichsabgabe

Zielgruppen

Menschen ohne Krankenversicherungsschutz, Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige, Arbeitgeber, die Menschen mit Behinderungen beschäftigen

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.02 Hilfen z.Gesundh.,b.Beh.,Pflegebed. u.s.

1.05.02.02**Beschreibung****Hilfe zur Pflege**

- Gewährung von Hilfen für pflegebedürftige Menschen nach dem 7 Kapitel SGB XII außerhalb und innerhalb von Einrichtungen
- Durchführung der trägerunabhängigen Pflegeberatung nach dem Rahmenkonzept zur integrierten Senioren- und Pflegeberatung
- Erstellen und Fortschreiben der kommunalen Pflegeplanung
- Weiterentwicklung von notwendigen Altenhilfe- und Pflegeangeboten

Auftragsgrundlage

Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) – Sozialhilfe –, Landespflegegesetz (PfG NRW) mit Verordnungen, Kreistagsbeschluss

Ziele

- Den pflegebedürftigen Menschen wird ein dauerhafter oder möglichst langer Aufenthalt in der eigenen häuslichen Umgebung ermöglicht
- Optimale individuelle Versorgung pflegebedürftiger Menschen
- Menschen, die Sozialhilfeleistungen beziehen, erhalten bedarfsgerechte Leistungen nach dem Grundsatz „ambulant vor stationär“

Zielgruppen

Pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige, Heimträger und deren Mitarbeiter

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.02 Hilfen z.Gesundh.,b.Beh.,Pflegebed. u.s.

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-900.403	-830.862	-808.933	-808.933	-808.933	-808.933
3	+ Sonstige Transfererträge	-935.207	-871.000	-955.000	-955.000	-955.000	-955.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-3.984	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-2.136.385	-407.000	-392.000	-392.000	-392.000	-392.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-250	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
10	= Ordentliche Erträge	-3.976.229	-2.111.862	-2.158.933	-2.158.933	-2.158.933	-2.158.933
11	- Personalaufwendungen	1.494.269	1.802.503	1.888.317	1.889.869	1.903.638	1.920.618
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	678.927	660.486	659.728	659.728	659.728	659.728
14	- Bilanzielle Abschreibungen	6.761	8.846	7.945	8.380	8.821	8.821
15	- Transferaufwendungen	18.784.576	18.107.374	18.256.445	18.196.445	18.136.445	18.076.445
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	173.337	140.383	139.101	137.934	132.270	133.697
17	= Ordentliche Aufwendungen	21.137.870	20.719.591	20.951.535	20.892.356	20.840.902	20.799.310
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	17.161.641	18.607.729	18.792.602	18.733.423	18.681.969	18.640.377
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	17.161.641	18.607.729	18.792.602	18.733.423	18.681.969	18.640.377
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	17.161.641	18.607.729	18.792.602	18.733.423	18.681.969	18.640.377
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-38.832	-90.006	-102.631	-62.794	-63.067	-63.376
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	135.564	256.850	349.415	228.358	225.784	227.118

Haushaltsplan 2011**1.05 Soziale Leistungen**

verantwortlich:

1.05.02 Hilfen z.Gesundh.,b.Beh.,Pflegebed. u.s.

Dezernat III

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	17.258.372	18.774.574	19.039.387	18.898.987	18.844.685	18.804.119

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Hilfen zur Gesundheit, bei Behinderungen und in anderen Lebenslagen

Die Produktgruppe „1.05.02 Hilfen zur Gesundheit, Behinderung und Pflegebedürftigkeit“ umfasst folgende Produkte und Teilprodukte:

1.05.02.01	Hilfen zur Gesundheit, Behinderung u. anderen Lagen
1.05.02.01.01	Eingliederungshilfe für behinderte Menschen
1.05.02.01.02	Hilfen zur Gesundheit
1.05.02.01.03	Hilfe in anderen Lebenslagen
1.05.02.02	Hilfe zur Pflege
1.05.02.02.01	Hilfe zur Pflege – ambulant u. vollstationär
1.05.02.02.02	Hilfe zur Pflege – teilstationär
1.05.02.03	Pflegewohnngeld und Aufwendungszuschüsse
1.05.02.04	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege
1.05.02.05	Leistungen für Schwerbehinderte
1.05.02.06	Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz

Die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* erfasst die Zuweisungen zu Beweiserhebungskosten (Kostenart 414200), die Ausgleichsabgabe für die Nichtbeschäftigung von Schwerbeschäftigten sowie die Zuweisungen des Landschaftsverbandes aus der Ausgleichsabgabe (Kostenart 414300).

Über die Kontengruppe *Sonstige Transfererträge* werden zum einen die Rückzahlungen von Pflegewohnngeld und Aufwendungszuschüssen (Kostenart 422500) und zum anderen alle Kostenbeiträge, Aufwendungsersatz und Kostenersatz sowohl außerhalb (Kostenart 421100), als auch innerhalb von Einrichtungen dargestellt (Kostenart 422100). Hinzu kommen die Leistungen von Sozialleistungsträgern außerhalb (Kostenart 421300) und insbesondere innerhalb von Einrichtungen (Kostenart 422300) sowie die Rückzahlung gewährter Hilfe außerhalb (Kostenart 421500) und innerhalb von Einrichtungen (Kostenart 422500) und Zuschüsse von Pflegekassen (Kostenart 421400). Darüber hinaus werden die Einnahmen aus übergeleiteten Unterhaltsansprüchen (Kostenart 422200), die Abrechnung nach dem SGB XII und sonstige Ersatzleistungen außerhalb von Einrichtungen in dieser Kontengruppe abgebildet (Kostenart 421900).

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.02 Hilfen z.Gesundh.,b.Beh.,Pflegebed. u.s.

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden sämtliche Verwaltungsgebühren vereinnahmt (Kostenart 431100). Über die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* werden die Erstattungen von Land und von Gemeinden abgewickelt (Kostenarten 443906, 443907 und 442300, Leistungen für Schwerbehinderte). Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* beinhaltet die Einnahmen aus Zwangsgeldern (Kostenart 452120).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* werden Erstattungen an andere Sozialhilfeträger abgebildet (Kostenart 525300). Des weiteren werden hier die Kosten der Freizeitmaßnahmen sowie des Fahrdienstes für Behinderte veranschlagt (Kostenart 525900). Rund 2/3 der in dieser Kontengruppe erfassten Kosten fallen für die Beweiserhebung in Schwerbehindertenangelegenheiten an (Kostenart 529100).

Bei der Kontengruppe *Transferaufwendungen* handelt es sich im Wesentlichen um die folgenden Ausgabepositionen:

- Hilfe zur Pflege – vollstationär und teilstationär (Kostenart 533200)
- Eingliederungshilfeleistungen und sonstige Leistungen innerhalb von Einrichtungen (Kostenart 533200)
- Krankenhilfe in Einrichtungen (Kostenart 533200)
- Pflegewohngeld und Aufwendungszuschüsse (Kostenart 533920)

Darüber hinaus werden hier Zuschüsse an Verbände und Vereine, Zuschüsse an das Frauenhaus sowie Kosten der Beratung nach Gewaltschutzgesetz und die Investitionspauschale für ambulante Pflegedienste verausgabt (Kostenart 531900). Ebenfalls zu diesem Ansatz gehören Hilfen zur Pflege, Eingliederungshilfeleistungen, Krankenhilfe und sonstige Leistungen – jeweils außerhalb von Einrichtungen – sowie Kosten der Krankenversorgung (Kostenart 533100). Außerdem hier zu verausgaben sind die mit der Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz zusammenhängenden Kosten, wie die Verwendung des Kreisanteils an der Ausgleichsabgabe (Kostenart 533900), Darlehen (Kostenart 533900) und die Weiterleitung der Einnahmen an den Landschaftsverband (Kostenart 539330).

Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* bildet die Kosten für anfallende Sachverständigengutachten in Schwerbehindertenangelegenheiten (Kostenart 542700) und die Sachausgaben für Schwerbehinderte (Kostenart 543900, Bewirtschaftung durch Amt 10) ab. Daneben werden ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge usw.) verbucht, welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Bei der *Internen Leistungsverrechnung* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.02 Hilfen z.Gesundh.,b.Beh.,Pflegebed. u.s.

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-879.311	-830.862	-808.933		-808.933	-808.933	-808.933
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-850.116	-871.000	-955.000		-955.000	-955.000	-955.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-3.596	-2.000	-2.000		-2.000	-2.000	-2.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-2.099.160	-407.000	-392.000		-392.000	-392.000	-392.000
7	+ Sonstige Einzahlungen		-1.000	-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-3.832.183	-2.111.862	-2.158.933		-2.158.933	-2.158.933	-2.158.933
10	- Personalauszahlungen	1.183.914	1.167.240	1.221.555		1.233.770	1.246.108	1.258.569
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	655.766	659.752	659.252		659.252	659.252	659.252
14	- Transferauszahlungen	20.023.780	18.107.374	18.256.445		18.196.445	18.136.445	18.076.445
15	- sonstige Auszahlungen	33.802	11.000	20.130		20.130	20.130	20.130
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	21.897.262	19.945.366	20.157.382		20.109.597	20.061.935	20.014.396
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	18.065.079	17.833.504	17.998.449		17.950.664	17.903.002	17.855.463

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen**1.05.03 Hilfen b.Einkommensdefiz./Unterst.leist.****Beschreibung**

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.05.03.01 Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)

1.05.03.02 Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII)

1.05.03.02.01 Hilfe zum Lebensunterhalt

1.05.03.02.02 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

1.05.03.03 Leistungen nach BAföG

Auftragsgrundlage**Ziele****Zielgruppen**

1.05.03.01

Grundsicherung für Arbeitssuchende

Beschreibung

Gewährung von Hilfen an erwerbsfähige Menschen und deren Angehörige, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen und Vermögen bestreiten können. Im SGB II gibt es eine zweigeteilte Trägerschaft – Kreis und Agentur für Arbeit. Der Kreis erbringt

- Leistungen für Unterkunft und Heizung
- einmalige Leistungen (Erstausstattung Wohnung und Bekleidung, mehrtägige Klassenfahrten)
- ergänzende Eingliederungsleistungen (Kinderbetreuung, Schuldnerberatung, Suchtberatung, psychosoziale Betreuung)

Auftragsgrundlage

Sozialgesetzbuch II (SGB II) – Grundsicherung für Arbeitssuchende, Kreistagsbeschluss

Ziele

- Die Menschen erhalten bedarfsgerechte Leistungen
- Die Leistungsempfänger werden befähigt, wieder unabhängig von Leistungen ein selbstbestimmtes Leben zu führen

Zielgruppen

Erwerbsfähige Menschen und ihre Angehörigen in prekären Einkommenssituationen

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.03 Hilfen b.Einkommensdefiz./Unterst.leist.

1.05.03.02**Hilfe zum Lebensunterhalt , Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung****Beschreibung**

Gewährung von Hilfen an Menschen, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen und Vermögen bestreiten können. Die Hilfen werden erbracht als

- Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kapitel SGB XII
- Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel SGB XII
- Leistungen zur Sicherung des Unterhalts von Wehr- und Zivildienstleistenden

Auftragsgrundlage

Sozialgesetzbuch II (SGB II) – Grundsicherung für Arbeitssuchende

Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) – Sozialhilfe

Unterhaltssicherungsgesetz (USG)

Ziele

- Die Menschen erhalten bedarfsgerechte Leistungen
- Die Leistungsempfänger werden befähigt, wieder unabhängig von Leistungen ein selbstbestimmtes Leben zu führen

Zielgruppen

Menschen in prekären Einkommenssituationen

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen**1.05.03 Hilfen b.Einkommensdefiz./Unterst.leist.****1.05.03.03****Beschreibung****Leistungen nach BAföG**

- Bewilligung von Ausbildungsförderung nach dem BAföG
- Prüfung und Entscheidung von Anträgen auf Ausbildungsförderung nach dem BAföG
- Beratung von Antragsteller/innen

Auftragsgrundlage

Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG), Sozialgesetzbuch (SGB) I und X, Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)

Ziele

Zeitnahe und rechtmäßige Entscheidung über Förderanträge von Schüler/innen und Auszubildenden

Zielgruppen

Schüler/innen und Auszubildende in vollzeitschulischen Bildungsgängen

Haushaltsplan 2011
1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:

1.05.03 Hilfen b.Einkommensdefiz./Unterst.leist.

Dezernat III

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-3.393.751	-3.394.000	-2.594.000	-2.594.000	-2.594.000	-2.594.000
3	+ Sonstige Transfererträge	-574.465	-569.500	-688.500	-688.500	-688.500	-688.500
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-12.143.636	-11.478.000	-24.620.514	-26.521.778	-29.011.027	-30.170.817
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-393					
10	= Ordentliche Erträge	-16.112.246	-15.441.500	-27.903.014	-29.804.278	-32.293.527	-33.453.317
11	- Personalaufwendungen	441.647	570.276	5.618.694	5.672.219	5.728.155	5.785.119
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.813.775	4.115.600	7.596.149	6.866.149	6.866.149	6.866.149
14	- Bilanzielle Abschreibungen	250					
15	- Transferaufwendungen	12.927.988	12.855.000	13.595.600	13.595.600	13.595.600	13.595.600
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	32.774.757	32.122.454	37.656.207	37.655.923	37.654.510	36.730.873
17	= Ordentliche Aufwendungen	50.958.417	49.663.330	64.466.650	63.789.891	63.844.414	62.977.741
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	34.846.171	34.221.830	36.563.636	33.985.613	31.550.887	29.524.424
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	34.846.171	34.221.830	36.563.636	33.985.613	31.550.887	29.524.424
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	34.846.171	34.221.830	36.563.636	33.985.613	31.550.887	29.524.424
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	161.862	182.875	191.645	174.447	175.591	175.915
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	35.008.034	34.404.705	36.755.281	34.160.060	31.726.477	29.700.340

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Hilfen bei Einkommensdefiziten

Die Produktgruppe „1.05.03 Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen“ umfasst folgende Produkte und Teilprodukte:

- 1.05.03.01 Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)
- 1.05.03.02 Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter; EM (SGB XII)
- 1.05.03.02.01 Hilfe zum Lebensunterhalt
- 1.05.03.02.02 Grundsicherung im Alter, bei Erwerbsminderung
- 1.05.03.03 Leistungen nach BaföG
- 1.05.03.04 Lastenausgleich

Bei der Kontengruppe *Steuern und ähnliche Abgaben* handelt es sich ausschließlich um Zuweisungen des Landes aus der Wohngeldentlastung (Kostenart 405200).

Über die Kontengruppe *Sonstige Transfererträge* werden überwiegend Leistungen von Sozialleistungsträgern außerhalb von Einrichtungen (Kostenart 421300) abgebildet. Weitere Kostenarten dieser Kontengruppe sind

- Kostenbeiträge, Aufwendungsersatz, Kostenersatz außerhalb von Einrichtungen (Kostenart 421100)
- Übergeleitete Unterhaltsansprüche außerhalb von Einrichtungen (Kostenart 421200)
- Rückzahlungen gewährter Hilfen außerhalb von Einrichtungen (Kostenart 421500)
- Sonstige Ersatzleistungen außerhalb von Einrichtungen (Kostenart 421900)

Unter der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* wird in der Hauptsache die Beteiligung des Bundes an den Unterkunft- und Heizkosten (Kostenart 447100) sowie der Anteil der Bundesagentur an den Personal- und Sachkosten kommunaler Mitarbeiter (Kostenart 442500) vereinnahmt. Darüber hinaus handelt es sich bei diesem Ansatz um den Anteil an der Bundeserstattung beim Vollzug des Grundsicherungsgesetzes (Kostenart 442100) sowie um Erstattungen von anderen Sozialhilfeträgern bzw. für die ARGE Bergneustadt (Kostenart 442300 und 443905). Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* beinhaltet Erstattungen von Gemeinden in Form von Schadenersatz (Kostenart 452700).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.03 Hilfen b.Einkommensdefiz./Unterst.leist.

Bei der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* handelt es sich im Wesentlichen um Erstattungen an andere Sozialhilfeträger (525300), die Kosten des Datenabgleichs durch die Vermittlungsstelle und Kostenerstattungen an die Rentenversicherungsträger (Kostenart 525500) sowie Erstattungen (an RBK) im Rahmen der Lastenausgleichsverwaltung (1.05.03.04 Lastenausgleich). Einen geringen Teil des Aufwands bilden Gerichtsvollzieherkosten, Aufwendungsersätze u.ä (Kostenart 529100) sowie der Kurierdienst (Kostenart 529909).

In der Kontengruppe *Transferaufwendungen* werden neben der Hilfe zum Lebensunterhalt sowie den Grundsicherungsleistungen außerhalb von Einrichtungen (Kostenart 533100) folgende Kosten verausgabt:

- Eingliederungsleistung an Arbeitssuchende n. § 16. II 2 Nr. 1-4 (Kostenarten 533615, 533625, 531800)
- Sozialhilfe in Einrichtungen (Kostenart 533200)
- Grundsicherungsleistungen innerhalb von Einrichtungen (Kostenart 533200)

Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* weist hauptsächlich die Kosten von Leistungen für Unterkunft und Heizung (Kostenart 546200; § 22 I SGB II), Wohnungsbeschaffungskosten/Umzugskosten (Kostenart 546210), Mietschulden sowie einmalige Leistungen an Arbeitssuchende (Kostenart 546220, § 23 III) aus. Anfallende Fortbildungskosten (Kostenart 541200) für Mitarbeiter in den gemeindlichen Sozialämtern werden ebenfalls auf dieser Kontengruppe geplant. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011
1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:

1.05.03 Hilfen b.Einkommensdefiz./Unterst.leist.

Dezernat III

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-3.393.751	-3.394.000	-2.594.000		-2.594.000	-2.594.000	-2.594.000
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-574.376	-569.500	-688.500		-688.500	-688.500	-688.500
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-11.398.502	-11.478.000	-24.620.514		-26.521.778	-29.011.027	-30.170.817
7	+ Sonstige Einzahlungen	-543						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-15.367.173	-15.441.500	-27.903.014		-29.804.278	-32.293.527	-33.453.317
10	- Personalauszahlungen	397.526	372.273	5.523.323		5.578.555	5.634.342	5.690.684
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	4.509.364	4.115.600	7.596.000		6.866.000	6.866.000	6.866.000
14	- Transferauszahlungen	13.823.203	12.855.000	13.595.600		13.595.600	13.595.600	13.595.600
15	- sonstige Auszahlungen	32.609.258	32.086.500	37.620.500		37.620.500	37.620.500	36.696.500
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	51.339.352	49.429.373	64.335.423		63.660.655	63.716.442	62.848.784
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	35.972.179	33.987.873	36.432.409		33.856.377	31.422.915	29.395.467
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	81						
30	= investive Auszahlungen	81						
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung)	81						

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.04 Betreuungsleistungen

Beschreibung

Vormundschaftsgerichtshilfe; Führen von Betreuungen

Kann ein Volljähriger wegen Krankheit oder Behinderung seine Angelegenheiten ganz oder teilweise nicht besorgen, kann das Vormundschaftsgericht für ihn einen Betreuer bestellen. Vor der Bestellung eines Betreuers oder der Anordnung eines Einwilligungsvorbehalts kann das Gericht die zuständige Behörde zur Ermittlung des Sachverhalts beauftragen. Zu berichten ist insbesondere zu den sozialen Umständen die eine Betreuung erforderlich machen, dem notwendigen Umfang der Betreuung sowie zur Verfügbarkeit und Eignung einer Betreuungsperson.

Das Gericht kann den Betroffenen im Zuge der Sachverhaltsermittlung und während der laufenden Betreuung durch die zuständige Behörde vorführen bzw. unterbringen lassen.

Kann ein Volljähriger durch eine oder mehrere natürliche Personen oder durch einen Betreuungsverein nicht hinreichend betreut werden, so bestellt das Gericht die zuständige Behörde zum Betreuer.

Förderung des Ehrenamts

Betreuungen werden grundsätzlich ehrenamtlich geführt. Zum Betreuer bestellt das Vormundschaftsgericht vorrangig natürliche Personen nach Wunsch der Betroffenen. Meist handelt es sich um Angehörige, weniger häufig um Freunde oder Bekannte.. Für Betreute ohne geeignete persönliche Bezüge schlägt die Behörde nach Gerichtsauftrag andere geeignete Personen vor, die vorrangig ehrenamtlich als Betreuer tätig werden sollen.

Betreuungsvereine und -behörde sind dazu aufgefordert, geeignete Maßnahmen zur Gewinnung, Beratung und Unterstützung ehrenamtlicher Betreuer zu ergreifen.

Qualitätssicherung und Steuerung; Information zu Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen

Die Zahl rechtlich vertretungsbedürftiger Volljähriger nimmt stetig zu. Dem gegenüber steht eine nicht ausreichende Bereitschaft der Bürger, rechtliche Vertretung ehrenamtlich zu übernehmen. Rechtliche Betreuung hat sich vor diesem Hintergrund als freier Beruf in der Dienstleister-Szene etabliert. Das Gericht beauftragt die zuständige Behörde in Betreuungsverfahren zur Benennung geeigneter Betreuer. Die Behörde ist gehalten, geeignete Personen benennen zu können. Kann sie das nicht, muss sie die Betreuungen ggfs. selbst führen. Der Gesetzgeber hat den Handlungsrahmen rechtlicher Betreuung seit 1992 aus Kostengründen kontinuierlich eingeschränkt. Oft führen professionelle Betreuer zu vielen Betreuungen und / oder diese in nachlassender Qualität, um ihr Einkommen zu sichern. Die Behörde ist daher zunehmend gefordert, qualitätssichernd (die „Eignung“ der Betreuer tatsächlich erhaltend) tätig zu sein.

Durch verstärkte Information der Bevölkerung zu Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen können aufwändige Betreuungsverfahren und Betreuungen vermieden werden. Von dem gesetzlichen Auftrag an die zuständigen Behörden, zu den Themenfeldern zu berichten, profitiert im Erfolgsfall die Justiz. Ein vermindertes Aufkommen an Betreuungsverfahren wird aber auch die Betreuungsbehörde entlasten.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen**1.05.04 Betreuungsleistungen****Auftragsgrundlage****Vormundschaftsgerichtshilfe; Führen von Betreuungen**

§§ 1896, 1897, 1900 Abs. 4 BGB, §§ 7, 8 Betreuungsbehördengesetz (BtBG), §§ 68 Abs. 3, 68a, 69g, 69i, 70d Abs. 1, 70g Abs. 4 u. 5, 70i Abs. 1 Freiwillige-Gerichtbarkeitsgesetz (FGG)

Förderung des Ehrenamts

§ 1897 BGB i. V. mit §§ 4, 5 und 6 BtBG

Qualitätssicherung und Steuerung; Information zu Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen

§ 1897 BGB, §§ 4, 5, 6, 8 BtBG

Ziele**Vormundschaftsgerichtshilfe; Führen von Betreuungen**

- Fristgerechte, die Persönlichkeitsrechte Betroffener wahrende Berichterstattung an die Gerichte nach vorangegangener Sachverhaltsermittlung
- Ausreichende Präsenz als zuständige Fachbehörde zur Unterstützung bei und nach Zwangsmaßnahmen
- Wahrung der Rechte Betroffener im Betreuungsverfahren und bei Zwangsmaßnahmen

Förderung des Ehrenamts

- Bereitstellen eines ausreichenden Angebots an ehrenamtlichen Betreuern
- Ausreichende Qualifizierung ehrenamtlicher Betreuer und Bevollmächtigter zur eigenen Krisenprophylaxe in der rechtlichen Vertretung sowie zur effizienten Wahrung der Rechte Betreuer und von Vollmachtgebern
- Ausreichende Vermittlung von Kenntnissen zur rechtlichen Vertretung Volljähriger
- Stärkung des speziellen Ehrenamtes „rechtlicher Betreuer“ in der Öffentlichkeit

Qualitätssicherung und Steuerung; Information zu Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen

- Schaffung eines kreisweit ausreichenden Angebots geeigneter übernahmebereiter Betreuer
- Vermeidung der Übernahme von Betreuungen durch die Behörde
- Vermeidung von Betreuungsmisbrauch
- Ausreichender Schutz der Betreuten
- Vermeidung von Betreuungsverfahren (und Betreuungen)

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.04 Betreuungsleistungen

Zielgruppen

Vormundschaftsgerichtshilfe; Führen von Betreuungen

Amtsgerichte, Betroffene i. S. § 1896 BGB, Angehörige Betroffener, Betreuer

Förderung des Ehrenamts

Angehörige und nicht angehörige Betreuer, Vollmachtnehmer, Sozial engagierte Bürger

Qualitätssicherung und Steuerung;

Information zu Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen

Betroffene i. S. § 1896 BGB, Betreuer, Berufsbetreuer, Volljährige Bevölkerung

Haushaltsplan 2011**1.05 Soziale Leistungen**

verantwortlich:

1.05.04 Betreuungsleistungen

Dezernat III

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-120	-150	-150	-150	-150	-150
10	= Ordentliche Erträge	-120	-150	-150	-150	-150	-150
11	- Personalaufwendungen	428.678	503.665	513.984	513.799	517.362	521.902
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	213		203	203	203	203
15	- Transferaufwendungen	1.104					
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	37.222	52.413	51.625	51.418	50.326	50.617
17	= Ordentliche Aufwendungen	467.217	556.078	565.812	565.420	567.890	572.721
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	467.097	555.928	565.662	565.270	567.740	572.571
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	467.097	555.928	565.662	565.270	567.740	572.571
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	467.097	555.928	565.662	565.270	567.740	572.571
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	25.675	40.644	43.998	37.675	37.091	37.400
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	492.772	596.572	609.660	602.945	604.831	609.971

Planerläuterung Teilergebnisplan Betreuungsleistungen

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) der Betreuungsstelle veranschlagt.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.04 Betreuungsleistungen

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Bei der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* handelt es sich um Kosten für die Wahrnehmung von Querschnittsaufgaben im Betreuungswesen (Kostenart 549900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen**1.05.04 Betreuungsleistungen**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-120	-150	-150		-150	-150	-150
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-120	-150	-150		-150	-150	-150
10	- Personalauszahlungen	325.921	315.098	323.508		326.743	330.011	333.310
14	- Transferauszahlungen	1.104						
15	- sonstige Auszahlungen	2.096	15.000	14.550		14.550	14.550	14.550
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	329.122	330.098	338.058		341.293	344.561	347.860
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	329.002	329.948	337.908		341.143	344.411	347.710

Haushaltsplan 2011

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-11.273.377	-11.595.600	-15.678.500	-12.341.667	-12.539.333	-12.726.333
3	+ Sonstige Transfererträge	-2.797.622	-2.658.600	-2.593.600	-2.628.600	-2.663.600	-2.663.600
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-3.380.801	-3.401.000	-3.101.000	-3.101.000	-3.101.000	-3.101.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-22.743	-47.000	-47.000	-47.000	-47.000	-47.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-823.082	-888.400	-928.750	-950.750	-952.750	-973.750
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-5.975	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000
10	= Ordentliche Erträge	-18.303.599	-18.593.600	-22.351.850	-19.072.017	-19.306.683	-19.514.683
11	- Personalaufwendungen	4.227.976	5.205.176	5.303.050	5.322.651	5.365.870	5.415.327
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.969.234	2.608.683	3.126.913	3.177.363	3.247.363	3.327.363
14	- Bilanzielle Abschreibungen	78.990	17.589	162.162	181.413	200.672	200.672
15	- Transferaufwendungen	46.428.010	48.344.300	54.355.740	51.117.740	51.709.740	52.205.740
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	441.995	446.637	485.788	483.926	474.100	476.715
17	= Ordentliche Aufwendungen	54.146.205	56.622.385	63.433.654	60.283.092	60.997.744	61.625.817
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	35.842.606	38.028.785	41.081.804	41.211.075	41.691.061	42.111.134
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	35.842.606	38.028.785	41.081.804	41.211.075	41.691.061	42.111.134
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	35.842.606	38.028.785	41.081.804	41.211.075	41.691.061	42.111.134
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-17.209	-46.486	-34.922	-28.188	-28.414	-28.642

Haushaltsplan 2011**1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**

verantwortlich:

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	253.963	418.855	470.445	399.319	391.660	395.051
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	36.079.360	38.401.155	41.517.326	41.582.206	42.054.307	42.477.543

Haushaltsplan 2011

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-11.344.379	-11.595.600	-15.548.500		-12.195.000	-12.376.000	-12.563.000
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-2.390.364	-2.658.600	-2.593.600		-2.628.600	-2.663.600	-2.663.600
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-3.380.801	-3.401.000	-3.101.000		-3.101.000	-3.101.000	-3.101.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-24.013	-47.000	-47.000		-47.000	-47.000	-47.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-818.921	-938.400	-948.750		-950.750	-952.750	-973.750
7	+ Sonstige Einzahlungen	-5.175	-3.000	-3.000		-3.000	-3.000	-3.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-17.963.653	-18.643.600	-22.241.850		-18.925.350	-19.143.350	-19.351.350
10	- Personalauszahlungen	3.533.114	3.561.941	3.663.680		3.700.162	3.737.008	3.774.125
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	3.009.323	2.657.210	3.145.590		3.176.040	3.246.040	3.326.040
14	- Transferauszahlungen	47.959.367	48.344.300	54.355.740		51.117.740	51.709.740	52.205.740
15	- sonstige Auszahlungen	116.133	120.068	170.518		170.518	170.518	170.518
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	54.617.937	54.683.519	61.335.528		58.164.460	58.863.306	59.476.423
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	36.654.283	36.039.919	39.093.678		39.239.110	39.719.956	40.125.073
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen		-3.650.000	-500.000		-500.000	-500.000	-1
23	= investive Einzahlungen		-3.650.000	-500.000		-500.000	-500.000	-1
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			18.000				
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		2.200	1.980		1.980	1.980	1.980
28	- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen		4.115.000	550.000		550.000	550.000	1
30	= investive Auszahlungen		4.117.200	569.980		551.980	551.980	1.981

Haushaltsplan 2011**1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**

verantwortlich:

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- /J. Auszahlung)		467.200	69.980		51.980	51.980	1.980

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**1.06.01 Kinder in Tageseinricht./Tagespflege****Beschreibung**

In Tageseinrichtungen sowie Einrichtungen der OGS werden Kinder von Fachkräften ganztags bzw. einen Teil des Tages in einer Gruppe gefördert. Kindertagespflege wird von einer geeigneten Person jeweils für ein bzw. bis zu acht Kindern geleistet.

Aufgabe von Kindertageseinrichtungen, Tagespflege wie Einrichtung der OGATA ist die Förderung von Kindern in den Bereichen Erziehung, Bildung und Betreuung. Die Förderung des Kindes soll möglichst früh, altersgerecht und seiner individuellen Lebenssituation entsprechend erfolgen.

Für Kinder vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt besteht ein Anspruch auf den Besuch einer Tageseinrichtung. Für Kinder unter drei Jahren und Schulkinder ist ein bedarfsgerechtes Angebot vorzuhalten. Für Kinder unter drei Jahren sind mindestens Plätze vorzuhalten, sofern die Erziehungsberechtigten sich in Ausbildung befinden bzw. einer Erwerbstätigkeit nachgehen oder ohne die Leistung die Förderung des Kindes nicht gewährleistet ist. Der Betrieb einer Tageseinrichtung sowie die Erbringung von Kindertagespflegeleistungen sind erlaubnispflichtig.

Auftragsgrundlage

§§ 22-26, 43, 45-48 und 80 SGB VIII; Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG); Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) – ab 01.08.2008 Kinderbildungsgesetz (KiBiz); Beschlussfassungen des Jugendhilfeausschusses

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**1.06.01 Kinder in Tageseinricht./Tagespflege****Ziele**

- Erstellung und Erhalt eines bedarfsgerechten, qualifizierten Förder- und Betreuungsangebotes für Kinder vom Säuglingsalter bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres (Spielgruppen, Kindertagesstätten, Tagespflegestellen und außerunterrichtliche Angebote in Offenen Ganztagschulen)
- Verbesserung der Bildungschancen sowie die soziale und gesellschaftliche Integration von Kindern durch individuelle, altersgerechte, frühe Förderung
- gemeinsame Förderung von Kindern mit und ohne Behinderung
- Sicherstellung der pädagogischen Qualität in Tageseinrichtungen
- Ausbau der Tagespflege als gleichwertiger Alternative zu Tageseinrichtungen und deren Aufwertung durch die Qualifizierung von Tagespflegepersonen
- Ausbau familienfreundlicher Strukturen im Oberbergischen Kreis
- Unterstützung von Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Stärkung von Eltern
- Vereinfachung der Abrechnungsverfahren (Kindpauschalen)
- Regelung der öffentlichen Förderung und Finanzierung der Einrichtungen
- Verbesserung der Kooperation zwischen Tageseinrichtungen und Schule
- Unterstützung des Aufbaus bzw. der Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren
- Umsetzung der durch KiBiz anstehenden Veränderungen im Dialog mit den freien Trägern

Zielgruppen

Eltern, Kinder vom Säuglingsalter bis zum 14. Lebensjahr, Tagespflegestellen, Träger von Tageseinrichtungen für Kinder, in Tageseinrichtungen tätige Fachkräfte

Haushaltsplan 2011

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

1.06.01 Kinder in Tageseinricht./Tagespflege

Dezernat III

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-11.078.742	-11.400.000	-15.478.000	-12.140.667	-12.338.333	-12.525.333
3	+ Sonstige Transfererträge	-50.949	-73.000	-78.000	-83.000	-88.000	-88.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-3.380.801	-3.400.000	-3.100.000	-3.100.000	-3.100.000	-3.100.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-17.042	-18.000	-18.000	-18.000	-18.000	-18.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-63.258	-61.600	-63.000	-63.500	-64.000	-64.000
10	= Ordentliche Erträge	-14.590.791	-14.952.600	-18.737.000	-15.405.167	-15.608.333	-15.795.333
11	- Personalaufwendungen	357.669	429.148	489.493	489.514	492.966	497.318
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.897.526	1.810.000	1.970.188	2.000.188	2.030.188	2.070.188
14	- Bilanzielle Abschreibungen	243		146.333	164.667	183.000	183.000
15	- Transferaufwendungen	25.992.636	27.095.000	32.975.750	29.490.750	29.953.750	30.382.750
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	124.022	129.694	173.331	173.139	172.126	172.396
17	= Ordentliche Aufwendungen	28.372.096	29.463.842	35.755.095	32.318.259	32.832.030	33.305.652
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	13.781.305	14.511.242	17.018.095	16.913.092	17.223.697	17.510.319
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	13.781.305	14.511.242	17.018.095	16.913.092	17.223.697	17.510.319
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	13.781.305	14.511.242	17.018.095	16.913.092	17.223.697	17.510.319
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	22.703	37.691	41.260	35.381	34.813	35.103
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	13.804.008	14.548.933	17.059.354	16.948.473	17.258.511	17.545.422

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Kinder in Tageseinrichtungen/Tagespflege

Über die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* werden die folgenden Ertragsarten (Kostenart 414200) abgebildet:

- Landeszuschuss für Kinder in Tagespflege
- Landeszuschuss zu Sach- und Personalkosten der Tageseinrichtungen für Kinder (Hauptanteil an der Gesamtsumme)
- Landesmittel zur Sprachförderung in Tageseinrichtungen
- Landesmittel für Familienzentren

Bei der Kontengruppe *Sonstige Transfererträge* handelt es sich um Kostenbeiträge (Kostenart 421100) von alleinerziehenden Elternteilen für die Unterbringung in Tagespflege und Erstattungen aus Vorjahren (Kostenart 429800) von vorrangig verpflichteten Sozialleistungsträgern. Die Kontengruppe mit der Bezeichnung *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* dient der Vereinnahmung von Elternbeiträgen (Kostenart 432901) zu den Betriebskosten der Tageseinrichtungen. Auf den Konten der Gruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* werden die Teilnehmerbeiträge (Kostenart 441901) zu Qualifizierungsmaßnahmen verbucht. Über die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattungen* wird die Personalkostenerstattung des Tagesmütternetzwerkes (Kostenart 443908, AO Amt 10) vereinnahmt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* erfolgt die Erstattung (Kostenart 525900) vertraglicher Leistungen für freie Kindergartenträger. Die Kontengruppe *Transferaufwendungen* beinhaltet in erster Linie den Betriebskostenzuschuss (Kostenart 531900) an freie Träger von Tageseinrichtungen für Kinder. Darüber hinaus werden die folgenden Kostenarten hier veranschlagt:

- Weiterleitung von Landesmitteln zur Förderung von Familienzentren (TP 1.06.01.01.01, Kostenart 531900)
- Weiterleitung von Landesmitteln zur Sprachförderung (TP 1.06.01.01.01, Kostenart 531900)
- Förderung von Schülerbetreuungsmaßnahmen (PSP 1.06.01.01, Kostenart 531900)
- Förderung sonstiger Betreuungsmaßnahmen (PSP 1.06.01.01, Kostenart 531900)

sowie

- Kosten der Unterbringung in Tagespflege (PSP 1.06.01.01, Kostenart 533400)

Haushaltsplan 2011**1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**

verantwortlich:

1.06.01 Kinder in Tageseinricht./Tagespflege

Dezernat III

- Erziehung in einer Tagesgruppe (PSP 1.06.01.01, Kostenart 533530)

Bei der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* handelt es sich einerseits um Kosten von Qualifizierungsmaßnahmen für Mitarbeiter (Kostenart 541200) in Tageseinrichtungen (Offene Ganztagschulen, Familienzentren), andererseits um den Betriebskostenzuschuss an das Tagesmütternetzwerk (PSP 1.06.01.01, Kostenart 542911). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

1.06.01 Kinder in Tageseinricht./Tagespflege

Dezernat III

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-11.149.744	-11.400.000	-15.348.000		-11.994.000	-12.175.000	-12.362.000
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-52.954	-73.000	-78.000		-83.000	-88.000	-88.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-3.380.801	-3.400.000	-3.100.000		-3.100.000	-3.100.000	-3.100.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-18.092	-18.000	-18.000		-18.000	-18.000	-18.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-61.342	-61.600	-63.000		-63.500	-64.000	-64.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-14.662.933	-14.952.600	-18.607.000		-15.258.500	-15.445.000	-15.632.000
10	- Personalauszahlungen	278.404	272.107	311.024		314.134	317.275	320.448
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.026.262	1.810.000	1.970.000		2.000.000	2.030.000	2.070.000
14	- Transferauszahlungen	28.013.105	27.095.000	32.975.750		29.490.750	29.953.750	30.382.750
15	- sonstige Auszahlungen	90.273	95.000	138.950		138.950	138.950	138.950
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	30.408.044	29.272.107	35.395.724		31.943.834	32.439.975	32.912.148
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	15.745.111	14.319.507	16.788.724		16.685.334	16.994.975	17.280.148
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen		-3.650.000	-500.000		-500.000	-500.000	-1
23	= investive Einzahlungen		-3.650.000	-500.000		-500.000	-500.000	-1
28	- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen		4.115.000	550.000		550.000	550.000	1
30	= investive Auszahlungen		4.115.000	550.000		550.000	550.000	1
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)		465.000	50.000		50.000	50.000	

Haushaltsplan 2011
1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

1.06.01 Kinder in Tageseinricht./Tagespflege

Dezernat III

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5510030 Investitionsförderung KiTa										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		-3.650.000	-500.000		-500.000	-500.000	-1	-3.650.000	-5.150.001
6	= Summe Einzahlungen		-3.650.000	-500.000		-500.000	-500.000	-1	-3.650.000	-5.150.001
11	- Auszahlung für aktivierbare Zuwendungen		4.115.000	550.000		550.000	550.000	1	4.115.000	5.765.001
13	= Summe Auszahlungen		4.115.000	550.000		550.000	550.000	1	4.115.000	5.765.001
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		465.000	50.000		50.000	50.000		465.000	615.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem o. g. Ansatz für das Haushaltjahr 2010 ff. handelt es sich um Ein- und Auszahlungen im Rahmen der **Förderung von Baumaßnahmen und Ausstattungen an Träger von Kindertageseinrichtungen**. Die Abwicklung und Weiterleitung der Investitionsfördermittel wird von Amt 51 koordiniert. Der Fördersatz beträgt 90% der jeweiligen zuwendungsfähigen Höchstbeträge. Hinweis: Die Form der Veranschlagung ist von den Zweckbindungs- und Nebenbestimmungen der Landesförderung abhängig und kann sich noch ändern. Ggf. ist eine Verschiebung der Eigenanteile als Aufwand in den Ergebnisplan erforderlich.

Geleistete Zuwendungen zur Investitionstätigkeit sind später in der Bilanz unter dem Posten „Aktive Rechnungsabgrenzung“ zu aktivieren und durch eine periodengerechte Abgrenzung im Zeitablauf entsprechend der Erfüllung der Gegenleistungsverpflichtung zu mindern, wenn dem Zuwendungsempfänger eine Verpflichtung in sachlicher und zeitlicher Hinsicht (mehrjährige Gegenleistungsverpflichtung des Dritten) auferlegt wird, vgl. § 43 Absatz 2 GemHVO^{NKF}.

Die Einzahlung/Auszahlung der Investitionszuschüsse wird über die *Finanzstelle Investitionsförderung KiTa* abgewickelt:

2011 / PSP-I 5.510030.605.011 SK 681200 Landeszuschuss
 2011 / PSP-I 5.510030.700.311 SK 781900 Auszahlung / Weiterleitung LZ (einschließlich Eigenanteil)

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.01 Kinder in Tageseinricht./Tagespflege

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:
Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.02 Jugendarbeit und Familienförderung

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

- 1.06.02.01 Förderung von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit
- 1.06.02.01.01 Landeszuschuss Förderung offene Kinder- und Jugendarbeit

- 1.06.02.02 Jugendsozialarbeit
- 1.06.02.03 Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie
- 1.06.02.04 Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.06.02.01

Förderung von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit

Beschreibung

Kinder- und Jugendarbeit soll an den Interessen und Bedürfnissen junger Menschen anknüpfen. Sie ist geprägt von Selbstorganisations- und Selbstbildungsprozessen und damit kein fremdbestimmtes Feld. Kinder- und Jugendarbeit konzentriert sich auf den Aufbau und die Durchführung außerschulischer und freizeitorientierter Bildungsangebote. Hierunter fallen insbesondere, politische, (inter)kulturelle und soziale Angebote, sportlich und freizeitorientierte Jugendarbeit, medienbezogene Jugendarbeit, geschlechterdifferenzierte Mädchen- und Jungenarbeit, internationale Jugendarbeit sowie die Jugendverbandsarbeit und die Offene Jugendarbeit.

Im Fokus stehen junge Menschen, die, ausdrücklich gewollt, selbst aktiv werden sollen. Ihnen obliegt die selbständige Initiierung, Planung und Durchführung von Projekten. Inhalte und Umsetzung der Kinder- und Jugendarbeit sollen mitgestaltet und auch selbst organisiert werden.

Die Träger der Angebote sorgen dafür, dass diese Ziele umgesetzt werden.

Aufgrund der sich stetig verändernden Bedürfnislage junger Menschen erfordert die Arbeit ein hohes Maß an Flexibilität.

Die Teilnahme an Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit unterliegt dem Prinzip der Freiwilligkeit.

Kinder- und Jugendarbeit wird von einer breiten Palette freier Träger, Verbände und Vereine geleistet, die zum Teil stark unterschiedliche Positionen und Wertehaltungen haben.

Auftragsgrundlage

§§ 11, 12 und 80 SGB VIII; 3. Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes – Kinder- und Jugendfördergesetz (3. AG-KJHG – KJFöG)

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**1.06.02 Jugendarbeit und Familienförderung****Ziele**

- Umsetzung der im Kinder- und Jugendförderplan benannten Ziele
- Umsetzung des gesetzlich benannten Bildungsauftrages, insbesondere die Vermittlung von sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Grundkompetenzen
- sinnvolle Freizeitgestaltung
- Aufbau bzw. Erhaltung eines bedarfsgerechten Angebotes in der verbandlichen und offenen Kinder- und Jugendarbeit
- Umsetzung geschlechterdifferenzierter Mädchen- und Jungenarbeit (Gender Mainstreaming)
- Förderung und Integration junger Menschen aus benachteiligten Lebenssituationen
- Befähigung junger Menschen zur Selbstbestimmung, zur Übernahme von gesellschaftlicher Mitverantwortung bzw. zu sozialem Engagement durch aktive Partizipation
- Unterstützung von Verbänden und Vereinen zur Vermittlung von Werten und demokratischem Denken
- Erhaltung des breiten und vielfältigen Trägerspektrums
- Unterstützung des Ehrenamtes
- AG gem. § 78 SGB VIII
- kontinuierliche Durchführung von Wirksamkeitsdialogen
- im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit des Kreises wird die Förderung von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit gewährleistet

Zielgruppen

- Ehren-, neben- und hauptamtlich in der Kinder- und Jugendarbeit tätige Personen
- Kinder ab dem 6ten Lebensjahr, Jugendliche und junge Menschen bis zum 27ten Lebensjahr
- Träger der Jugendhilfe
- Jugendverbände und Jugendgruppen

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**1.06.02 Jugendarbeit und Familienförderung****1.06.02.02****Jugendsozialarbeit****Beschreibung**

Jugendsozialarbeit zielt darauf ab, junge Menschen auf dem Weg bei der Entwicklung ihrer Persönlichkeit zu unterstützen. Ausdrücklich benannt ist die Aufgabe, junge Menschen auf ihrem Weg in Schule und Beruf zu begleiten. Schulbezogene Angebote sollen im engen Zusammenwirken von Schule und Jugendsozialarbeit auf- und ausgebaut werden.

Der Schwerpunkt der jugendsozialarbeiterischen Unterstützung liegt in der Prävention. Ein schulisches und berufliches Scheitern soll möglichst gar nicht erst erfolgen.

Jugendsozialarbeit hat auch die Aufgabe, an der sozialen und beruflichen Integration von Schulabgängern bzw. jungen Erwachsenen mitzuwirken. Hier gilt es vor allem, langfristige Abhängigkeiten von Sozialhilfeleistungen zu verhindern. Insbesondere junge Menschen, die den gesellschaftlichen Ansprüchen nicht nachkommen können, sollen unterstützt und integriert werden. Hier sind niederschwellige Angebote vorzuhalten, die jugendhilfeorientiert ausgerichtet sind.

Kooperationspartner für Träger im Handlungsfeld Jugendsozialarbeit sind Schulen, freie Träger der Jugendberufshilfe und die ARGE.

Auftragsgrundlage

§§ 13 und 80 SGB VIII; 3.AG-KJHG – KJFöG; Beschlussfassungen des Jugendhilfeausschusses

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**1.06.02 Jugendarbeit und Familienförderung****Ziele**

- Aufbau bzw. Erhaltung bedarfsgerechter und vielfältiger jugendsozialarbeiterischer Angebote
- Erweiterung des Angebotes als Alternative zu einzelfallbezogener Unterstützung
- zielgruppenorientierte gesellschaftliche Integration junger Menschen, z.B. junger Menschen mit Migrationshintergrund, abgebrochener Schul- bzw. Ausbildungslaufbahn, Sozialisationsdefiziten
- Gleichstellung von Jungen und Mädchen (Gender Mainstreaming)
- Abbau sozialer Benachteiligungen junger Menschen
- Verselbständigung junger Menschen
- Umsetzung konkreter Projekte mit zielgruppenbezogenen Inhalten
- Partizipation von jungen Menschen
- AG gem. § 78 SGB VIII
- kontinuierliche Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule
Weiterentwicklung bereits angelaufener Modelle
- Abstimmung mit Trägern von Leistungen nach § SGB II
- Erarbeitung von Konzepten zur Unterstützung und Integration schulisch wie beruflich förderungsbedürftiger Kinder und Jugendlicher

Zielgruppen

junge Menschen bis zur Vollendung des 27ten Lebensjahres, die aufgrund ihrer sozialen Benachteiligung oder individuellen Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Hilfe angewiesen sind

1.06.02.03**Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie****Beschreibung**

Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie ist vor allem auf den Erhalt bzw. die Verbesserung erzieherischer Handlungskompetenzen gerichtet. Erziehungsberechtigte sollen darin unterstützt werden, ihre Verantwortung in einer stetig komplexer werdenden Erziehungssituation besser wahrnehmen zu können. Ein Schwerpunkt liegt in der Vermittlung von gewaltfreien Konfliktlösungsstrategien. Das Recht junger Menschen auf Förderung ihrer Entwicklung und gewaltfreie Erziehung wird hierdurch unterstützt.

Angebote allgemeiner Förderung zielen darauf ab, Erziehungsberechtigte in schwierigen Lebenssituationen zu entlasten. Angebote werden in vielfältiger Form vorgehalten und sollen sich an den Interessen und Bedürfnissen der Adressaten orientieren.

Allgemeine Förderung als Grundstein für den Erhalt bzw. Aufbau erzieherisch handlungskompetenter Familien ist auch als Präventionsmaßnahme zu betrachten.

Auftragsgrundlage

§§ 1 und 16 bis 21 und 80 SGB VIII; Art. 6 Abs. 1 Satz 1 GG; § 1631 Abs. 2 BGB; Landesrechtliche Regelungen; Beschlussfassungen des Jugendhilfeausschusses

Ziele

- Auf- und Ausbau familienfreundlicher Bedingungen im Oberbergischen Kreis
- Aufbau und Begleitung sozialraumorientierter Angebote
- Förderung elterlicher Handlungskompetenzen
- Auf- und Ausbau der Ressourcen von Erziehungsberechtigten
- Sicherung des Kindeswohls
- Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes
- Beteiligung von jungen Menschen und Familien beim Auf- bzw. Ausbau familienfördernder Lebensbedingungen
- Steigerung der Inanspruchnahme bestehender Angebote
- Entlastung von Erziehungsberechtigten, die in belastenden sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen leben
- Auf-, Ausbau und Erhalt adäquater Angebote zur allgemeinen Förderung der Erziehung im Oberbergischen Kreis
- AG gem. § 78 SGB VIII

Zielgruppen

erziehungsberechtigte und andere mit der Erziehung betraute Personen, junge Menschen

1.06.02.04

Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz

Beschreibung

Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz ist als ein fachübergreifendes Handlungsfeld zu verstehen. Es handelt sich hierbei um eine Querschnittsaufgabe, die, neben jungen Menschen und Erziehungsberechtigten, auch auf Institutionen der Erziehung und Bildung gerichtet ist.

Erziehungsberechtigte, junge Menschen und Fachkräfte sollen befähigt werden, Gefährdungssituationen zu erkennen, zu vermeiden, bzw. zu bewältigen. Unter Beteiligung der Betroffenen und der mit dem Handlungsfeld in Berührung kommenden Fachkräfte soll auf die Erstellung des Kindeswohl nicht gefährdender Lebensbedingungen hingearbeitet werden.

Die Kernaufgabe erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes liegt im Bereich der Prävention und somit der Information und Aufklärung. Das Jugendamt hat diese Aufgabe wahrzunehmen bzw. dafür Sorge zu tragen, dass geeignete Maßnahmen vorgehalten werden.

Auftragsgrundlage

§§ 14 und 80 SGB VIII und 3. AG-KJHG – KJFöG i.V. mit Jugendschutzgesetz (JuSchG), Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften (GjS), Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG); Beschlussfassungen des Jugendhilfeausschusses

Ziele

- Schutz von Kindern und Jugendlichen vor gefährdenden Einflüssen
- Umsetzung der im Kinder- und Jugendförderplan festgehaltenen Ziele
- Vernetzung bzw. Intensivierung der Kooperation mit freien Trägern
- Initiierung gemeinsamer Aktionen von öffentlichem und freien Trägern
- Bildung einer AG gem. § 78 SGB VIII und damit Aufbau eines funktionierenden Netzwerkes und Abstimmung mit allen im Bereich des (erzieherischen) Kinder- und Jugendschutz tätigen Akteure
- Umsetzung konkreter Projekte unter aktiver Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Zielgruppen

junge Menschen, Erziehungsberechtigte, Träger der freien Jugendarbeit, Institutionen der Erziehung und Bildung

Haushaltsplan 2011**1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**

verantwortlich:

1.06.02 Jugendarbeit und Familienförderung

Dezernat III

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-109.042	-109.000	-109.000	-109.000	-109.000	-109.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-5.701	-29.000	-29.000	-29.000	-29.000	-29.000
10	= Ordentliche Erträge	-114.743	-138.000	-138.000	-138.000	-138.000	-138.000
11	- Personalaufwendungen	518.928	638.122	604.207	606.025	610.835	616.442
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	49.108	30.000	14.786	236	236	236
15	- Transferaufwendungen	609.533	758.200	825.940	825.940	825.940	825.940
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	40.376	43.514	43.121	42.880	41.610	41.948
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.217.944	1.469.836	1.488.054	1.475.081	1.478.620	1.484.566
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.103.201	1.331.836	1.350.054	1.337.081	1.340.620	1.346.566
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.103.201	1.331.836	1.350.054	1.337.081	1.340.620	1.346.566
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.103.201	1.331.836	1.350.054	1.337.081	1.340.620	1.346.566
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	30.400	47.272	52.594	45.193	44.432	44.803
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.133.601	1.379.107	1.402.648	1.382.274	1.385.052	1.391.369

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Jugendarbeit und Familienförderung

Die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* bildet den Landeszuschuss (Kostenart 414200) zur Förderung der offenen Kinder- und Jugendarbeit ab. Bei der Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* handelt es sich um Beiträge (Kostenart 441901) der Teilnehmer zu Veranstaltungen des Jugendamtes.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.02 Jugendarbeit und Familienförderung

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Hinter der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- /Dienstleistungen* verbergen sich die Kosten der Projektbegleitung „Neuausrichtung Jugendamt“ (Kostenart 524904). Die Ansätze der Kontengruppe *Transferaufwendungen* setzen sich im Wesentlichen aus den nachfolgend aufgeführten Kosten (Kostenart 531900) zusammen:

- Förderung der offenen Kinder und Jugendarbeit
- Zuschüsse zu Freizeitmaßnahmen
- Weiterleitung der Landesmittel offene Kinder und Jugendarbeit an freie Träger
- Zuschuss zu den Personal- und Sachkosten der Erziehungsberatungsstellen
- Betriebskostenzuschuss Jugendzeltplatz
- Personalkostenzuschüsse für die verbandliche Jugendarbeit
- Zuschüsse zu Materialien für die Jugendarbeit
- Grundförderung für Mitgliedsverbände des Kreisjugendrings
- Zuschuss zum Kreisjugendring
- Zuschuss zur Eingliederung Jugendlicher in das Berufsleben
- Bildungsveranstaltungen
- Betriebskostenzuschuss zu Familienbildungsstätten
- Gruppenveranstaltungen mit deutschen und ausländischen jungen Menschen
- Gruppenveranstaltungen mit behinderten Kindern

Darüber hinaus werden hier anfallende Projektkosten sowie Kosten für Veranstaltungen durch das Kreisjugendamt und im Rahmen des Jugendschutzes veranschlagt. Hinzu kommen Aufwendungen für jugendpflegerische Betreuung im Rahmen der Jugendsozialarbeit (PSP 1.06.02.02, Kostenart 533490) sowie für Maßnahmen der Elternbildung (PSP 1.06.02.03, Kostenart 533490). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.02 Jugendarbeit und Familienförderung

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-109.042	-109.000	-109.000		-109.000	-109.000	-109.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-5.921	-29.000	-29.000		-29.000	-29.000	-29.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-71	-50.000	-20.000				
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-115.034	-188.000	-158.000		-138.000	-138.000	-138.000
10	- Personalauszahlungen	434.120	434.603	410.394		414.498	418.643	422.830
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	40.120	80.000	34.550				
14	- Transferauszahlungen	645.340	758.200	825.940		825.940	825.940	825.940
15	- sonstige Auszahlungen	587						
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.120.168	1.272.803	1.270.884		1.240.438	1.244.583	1.248.770
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.005.134	1.084.803	1.112.884		1.102.438	1.106.583	1.110.770
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			18.000				
30	= investive Auszahlungen			18.000				
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)			18.000				

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.02 Jugendarbeit und Familienförderung

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5234601 Barrierefreie Sanitäranl. Jugendzeltpl.										
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			18.000						18.000
13	= Summe Auszahlungen			18.000						18.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			18.000						18.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem o.g. Ansatz für das Haushaltsjahr 2011 handelt es sich um Haushaltsmittel für die Errichtung eines barrierefreien Sanitärcontainers auf dem Jugendzeltplatz in Lantenbach. Die Abwicklung der Baumaßnahme wird vom Zentralen Immobilienmanagement betreut.

Die o. g. Investition wird über die *Finanzstelle 5.234601* abgewickelt.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien****Beschreibung**

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

- 1.06.03.01 Hilfen zur Erziehung und sonst. Hilfen
 - 1.06.03.01.01 Institutionelle Erziehungsberatung
 - 1.06.03.01.02 Soziale Gruppenarbeit
 - 1.06.03.01.03 Erziehungsbeistandschaft
 - 1.06.03.01.04 Sozialpädagogische Familienhilfe
 - 1.06.03.01.05 Erziehung in einer Tagesgruppe
 - 1.06.03.01.06 Vollzeitpflege
 - 1.06.03.01.07 Unterbringung in Heimen / sonstigen betreuten Wohnformen
 - 1.06.03.01.08 Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung
 - 1.06.03.01.09 Gemeinsame Wohnformen für (werdende) Mütter oder Väter und Kinder
 - 1.06.03.01.10 Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche
 - 1.06.03.01.11 Flexible erzieherische Hilfe
- 1.06.03.02 Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen
- 1.06.03.03 Beratungsangebote
- 1.06.03.04 Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren
- 1.06.03.05 Unterhaltsvorschussleistungen, Amtspflegschaft und -vormundschaft

Auftragsgrundlage**Ziele****Zielgruppen**

1.06.03.01

Hilfen zur Erziehung und sonstige Hilfen

Beschreibung

Hilfe in gemeinsamen Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder, Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfen für seelisch behinderte junge Menschen und Hilfen für junge Volljährige sind individuell ausgerichtete Leistungsangebote für junge Menschen und Personensorgeberechtigte zur Überwindung individueller Problemlagen. Es besteht ein Rechtsanspruch auf die Gewährung notwendiger und geeigneter Leistungen, sofern

- eine dem Wohl des jungen Menschen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist bzw.
- ohne besondere Förderung eine altersgerechte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben verhindert wird bzw.
- Einschränkungen in der Persönlichkeitsentwicklung und der Fähigkeit ein selbständiges Leben zu führen, die individuelle Situation eines jungen Volljährigen kennzeichnen bzw.
- Alleinerziehende während der Schwangerschaft bzw. mit einem unter 6jährigen Kind, aufgrund ihrer eigenen Persönlichkeitsentwicklung den durch die Elternverantwortung entstehenden Anforderungen nicht gerecht werden.

Die Inanspruchnahme der Hilfe erfolgt auf freiwilliger Basis und impliziert die durchgängige und partnerschaftliche Zusammenarbeit aller am Hilfeprozess Beteiligten (Hilfeplanung). Hilfen werden in familienunterstützender, familienergänzender bzw. familienersetzender Form durch ausgebildete Fachkräfte angeboten.

Konkrete Beschreibungen der einzelnen Hilfeformen sind den Teilprodukten zu entnehmen.

Auftragsgrundlage

SGB VIII, hier insbesondere §§ 19, 27, 28 bis 35, 35a und 41 i.V.m. § 36 sowie § 80

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien****Ziele**

- Im Interesse einer fachlichen, wirtschaftlichen und bedarfsorientierten Leistungserbringung werden Hilfen rechtmäßig und rechtzeitig angeboten, geplant und durchgeführt.
- Die Hilfen zielen auf die Überwindung der zur Gewährung der Leistung führenden Problemlagen ab. Die Zielgruppe erhält die individuell erforderliche Unterstützung und Entlastung. Kinder und Jugendliche erhalten den notwendigen Schutz bzw. die ihrem Wohl entsprechende Erziehung.
- Alle Hilfen sind gekennzeichnet durch ihren ganzheitlichen, system-, lebenswelt- und alltagsorientierten Ansatz. Die Adressaten werden dabei unterstützt, ihr Leben eigen- und selbständig zu gestalten. Alle Hilfen orientieren sich an dem Grundsatz, die Selbsthilfekräfte, Ressourcen und Kompetenzen der Zielgruppe zu stabilisieren, stärken und aufzubauen und eine Veränderung der festgestellt unterstützungsbedürftigen Lebenssituation zu erreichen.
- Sofern eine familienersetzende Hilfe einzuleiten ist, soll die Unterbringung in einer Vollzeitpflegestelle Vorrang vor der Unterbringung in einer Heimeinrichtung haben.
- Die Anzahl der Vollzeitpflegestellen soll ausgebaut werden.
- Pflegeeltern sollen durchgehend qualifiziert und fachlich begleitet werden.
- Hilfen sollen so frühzeitig wie möglich geleistet werden. Auf die engmaschige Vernetzung der verschiedenen, mit Kindern und Jugendlichen tätigen Institutionen, Personen und Einrichtungen ist hinzuwirken. Der Aufbau und Ausbau funktionierender Präventionsstrukturen (Soziale Frühwarnsysteme) wird vorangetrieben.

Zielgruppen

- Kinder und Jugendliche, für die im konkreten Einzelfall eine ihrem Wohl entsprechende Erziehung und Entwicklung ohne sozialpädagogische Hilfe nicht gewährleistet werden kann.
- Schwangere, Eltern, Erziehungsberechtigte bzw. verantwortlich an der Erziehung beteiligte Personen, die eine dem Wohl des jungen Menschen entsprechende Erziehung ohne sozialpädagogische Hilfe nicht gewährleisten können.
- Seelische behinderte oder von einer seelischen Behinderung bedrohte Kinder und Jugendliche, die ohne diese Hilfe nicht ihrem Alter entsprechend am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.
- Junge Volljährige zwischen 18 bis unter 21 Jahren, in besonderen Ausnahmefällen auch älter, die, bezogen auf ihre Autonomiefähigkeit bzw. Persönlich- und Selbständigkeit einen zeitlich begrenzten Unterstützungsbedarf haben.

1.06.03.01.01

Institutionelle Erziehungsberatung

Beschreibung

- Erziehungsberatung ist als eigenständige ambulante Hilfeform in § 28 SGB VIII benannt. Jungen Menschen, Eltern und anderen Personensorgeberechtigten soll Unterstützung bei der Klärung und Bewältigung individueller und familienbezogener Probleme und der zugrundeliegenden Faktoren ebenso angeboten werden wie bei der Lösung von Erziehungsfragen sowie in belastenden Lebenssituationen oder besonderen Lebenskrisen (z. B. Trennung, Scheidung).
- Erziehungsberatung setzt das Zusammenwirken von Fachkräften verschiedener Disziplinen in einem Team voraus. Zu den wichtigsten Fachrichtungen zählen: Psychologie, Sozialarbeit/Sozialpädagogik, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie, Medizin, Pädagogik und Heilpädagogik. Die Fachkräfte müssen mit unterschiedlichen methodischen Ansätzen vertraut sein.
- Integrative psychologische Diagnostik, Beratung oder Therapie, symptom- und/oder problemzentriert bzw. lösungsorientiert mit individuell und aktuell bedarfsangepassten, variabel kombinierten, zeitlich flexibel eingesetzten diagnostischen, beraterischen, therapeutischen, unterstützenden Verfahren und Methoden in fachübergreifender Zusammenarbeit im Team und wechselseitiger Supervision. Einbeziehung des sozialen Umfelds und Kooperation mit psychosozialen, medizinischen und anderen Fachkräften. Übernahme der im Rahmen der Hilfeplanung zugeteilten Aufgaben.
- Die Inanspruchnahme von Erziehungsberatung ist freiwillig, kostenfrei und vertraulich. Erziehungsberatung ist für Ratsuchende unmittelbar zugänglich und kann von diesen auch direkt und ohne Antragstellung in Anspruch genommen werden. Diese gewollte Niederschwelligkeit unterscheidet die Erziehungsberatung von den anderen Hilfeformen.
- Erziehungsberatung kann allerdings auch im Rahmen eines Hilfeplanverfahrens vom Jugendamt als geeignete Hilfe vermittelt werden.
- Erziehungsberatung orientiert sich an der konkreten Lebenssituation der Rat Suchenden sowie deren Ressourcen und setzt damit ein gewisses Selbsthilfepotential der Familie voraus.

Auftragsgrundlage

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien****Ziele**

Ziele der Erziehungsberatung sind

- Stärkung bzw. Förderung der elterlichen Erziehungskompetenz und der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit unter Stärkung der Selbsthilferessourcen.
- Aufhebung bzw. Reduzierung von Lernschwierigkeiten, Verhaltensauffälligkeiten und Entwicklungsdefiziten oder -störungen sowie damit zusammenhängender psychosomatischer Beschwerden eines jungen Menschen
- Hilfen bei der Bewältigung von Übergangssituationen und -krisen in Familien
- frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten
- Sicherung des Kindeswohls

Zielgruppen

Erziehungsberatung ist ein Angebot

- für Eltern oder Elternteile, alleinerziehende Mütter oder Väter sowie sonstige Erziehungsberechtigte bzw. verantwortlich an der Erziehung beteiligte Personen und/oder Bezugspersonen mit Umgangsrecht, denen die elterliche Sorge nicht zusteht.
- Kinder, Jugendliche und junge Volljährige sowie deren Familien (einschließlich Pflegefamilien)
- MultiplikatorInnen in anderen psychosozialen Einrichtungen und Diensten

1.06.03.01.02**Soziale Gruppenarbeit****Beschreibung**

Soziale Gruppenarbeit ist als eigenständige ambulante Hilfeform in § 29 SGB VIII benannt und soll älteren Kindern und Jugendlichen bei der Überwindung von Entwicklungs- und Verhaltensproblemen helfen. Soziale Gruppenarbeit steht für eine zeitlich befristete oder auch fortlaufende Betreuung von Minderjährigen, die auf der Grundlage eines gruppenpädagogischen Konzepts die Entwicklung älterer Kinder und Jugendlicher durch soziales Lernen in der Gruppe fördert. Soziale Gruppenarbeit kann auch im Rahmen erlebnispädagogischer Projekte erfolgen, die i. d. R. für eine kurze Dauer (mehrtägig bis ein halbes Jahr), laufen. Die Gruppenarbeit kann durch Fahrten und Wochenendseminare ergänzt werden. Angebote begleitender Elternarbeit flankieren die Arbeit mit dem jungen Menschen.

Soziale Gruppenarbeit wird von Fachkräften durchgeführt, die über eine sozialpädagogische Qualifikation verfügen. Die Arbeit wird dokumentiert und ausgewertet.

Auftragsgrundlage**Ziele**

- Unterstützung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit
- Stärkung der Selbsthilferessourcen
- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen
- Aufhebung bzw. Reduzierung von Verhaltensproblemen und Entwicklungsschwierigkeiten
- Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen
- frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten
- Sicherung des Kindeswohls

Zielgruppen

Soziale Gruppenarbeit ist ein Angebot für ältere Kinder (ca. 12-14 Jahre) und Jugendliche, die bereit sind, sich auf das Angebot einzulassen. Die jungen Menschen fallen im Wesentlichen durch ihr Verhalten in Gruppen auf. Die bestehenden Probleme basieren im Wesentlichen auf Mängeln in der individuellen und sozialen Handlungsfähigkeit. Das familiäre Beziehungsnetz ist ausreichend tragfähig um einen Verbleib des jungen Menschen in der Familie zu ermöglichen. Da Kinder und Jugendliche vielfach als Symptomträger fungieren, ist die Mitwirkung von Eltern gewünscht.

1.06.03.01.03**Erziehungsbeistandschaft****Beschreibung**

Die Erziehungsbeistandschaft ist als eigenständige ambulante Hilfeform in § 30 SGB VIII benannt und soll Kindern und Jugendlichen bei der Bewältigung von Entwicklungsproblemen möglichst unter Einbeziehung des sozialen Umfelds helfen sowie unter Erhaltung des Lebensbezugs der Familie ihre Verselbständigung fördern. Die Hilfe wird durch pädagogische Fachkräfte mit einem abgeschlossenen Studium geleistet. Die Arbeit verläuft zumeist im Kontakt mit den beteiligten Familienmitgliedern, den jungen Menschen bzw. im Kontakt mit den jungen Menschen und seinen Bezugspersonen (z.B. Schule, Arbeitsumfeld). Gruppenarbeitsformen sind ebenfalls denkbar.

Auftragsgrundlage**Ziele**

- Unterstützung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit
- Stärkung der Selbsthilferessourcen
- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen und Bezüge des jungen Menschen
- Klärung der bzw. Entwicklung und Stabilisierung einer positiven Beziehung zwischen Eltern/-teilen und jungem Menschen
- Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen
- Klärung von schulischen Probleme des jungen Menschen
- frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten
- Sicherung des Kindeswohls
- Verselbständigung älterer Minderjähriger

Zielgruppen

Die Erziehungsbeistandschaft ist ein Angebot, dass vorrangig auf die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen zwischen 9 und 16 Jahren ausgerichtet ist. Das familiäre Leben dieser jungen Menschen ist durch tiefgreifende Probleme auf der Eltern-Kind-Ebene geprägt, Defizite im Sozialisationsverlauf und/oder soziale Auffälligkeiten, Anpassungsschwierigkeiten bzw. Anzeichen für Verwahrlosung sind erkennbar. Der familiäre Rahmen erscheint ausreichend tragfähig bzw. der junge Mensch ist zu einer eigenständigen Lebensführung fähig. Das soziale Umfeld lässt sich in die Hilfe einbeziehen.

1.06.03.01.04

Sozialpädagogische Familienhilfe

Beschreibung

Die Sozialpädagogische Familienhilfe ist als eigenständige ambulante Hilfeform in § 31 SGB VIII benannt und soll durch intensive Betreuung und Begleitung von Familien Eltern in ihren Erziehungsaufgaben, bei der Bewältigung von Alltagsproblemen, der Lösung von Konflikten und Krisen sowie im Kontakt mit Ämtern und Institutionen unterstützen und Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Sozialpädagogische Familienhilfe ist auf die Bearbeitung spezifischer Problemlagen ausgerichtet und bindet die Ressourcen der Familie/ einzelner Familienmitglieder bewusst ein. Die Betreuung und Begleitung der Hilfesuchenden findet überwiegend im privaten Lebensbereich der Familie statt, d. h. zumeist im Kontakt mit den beteiligten Familienmitgliedern, den jungen Menschen bzw. im Kontakt mit den jungen Menschen und seinen Bezugspersonen (Schule, Arbeitsumfeld, etc.). Gruppenarbeitsformen sind ebenfalls denkbar. Sozialpädagogische Familienhilfe erfolgt über beratende Gespräche, modellhaftes Handeln und praktische Hilfe. Aufgabenschwerpunkte ergeben sich etwa für die Bereiche Erziehungs-, Partner und/oder Einzelberatung, Anleitung bei der Haushaltsarbeit, Unterstützung bei der materiellen Lebenssicherung, (Freizeit)Aktivitäten mit Eltern und Kindern. Sozialpädagogische Familienhilfe wird durch Fachkräfte mit einer Berufsqualifikation in sozialen/sozialpädagogischen/sozialarbeiterischen Ausbildungsgängen, die sie für das Handeln in einem/mehreren Arbeitsbereichen der Jugendhilfe befähigt, durchgeführt.

Auftragsgrundlage

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien****Ziele**

- Sicherung des Kindeswohls
- Erhalt der Familie
- Aufbau der (neuerlichen) Fähigkeit der Familie zur Problemlösung und Alltagsbewältigung
- (Wieder)Herstellung der elterlichen Handlungs- und Erziehungskompetenzen
- Stärkung des Selbsthilfepotentials der Familie
- Lösen von Konflikten und Krisen
- Unterstützung bei der (Neu)Orientierung von Familien in Umbruchsituationen
- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen und Bezüge der Familie bzw. einzelner Familienmitglieder
- frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten

Diese Ziele werden i.d.R. durch die Umsetzung von Teilzielen erreicht, wie etwa

- Strukturierung des Alltags
- Aufbau und Stärkung des Selbstvertrauens der Beteiligten
- Aufbau und Stärkung von Problemlösungskompetenzen
- Erlernen notwendiger Grenzsetzung (auf der Erwachsenen-, Geschwister- und/oder Eltern-Kind-Ebene)
- Veränderung des Kommunikations- und Interaktionsverhalten zwischen den Familienmitgliedern sowie im Rahmen der Außenbeziehungen
- Klärung finanzieller Notlagen
- Förderung des Gesundheitsbewusstseins

Zielgruppen

Die Sozialpädagogische Familienhilfe ist vorrangig ein Angebot für

Familien, d.h. Lebensgemeinschaften mit einem Kind oder mehreren Kindern, deren Lebenssituation durch vielfältige familiäre Probleme, weniger durch Verhaltensauffälligkeiten junger Menschen selbst, geprägt ist. Aufgrund der belasteten Situation können Eltern das Wohl ihrer Kinder (Versorgung, Erziehung, Bildung) ohne Unterstützung nicht gewährleisten. Die Hilfeform eignet sich besonders für Familien in akuten Einzelkrisen, beim Tod eines Partners, bei Trennung, besonderen Schwierigkeiten mit Kindern und/oder bei Problemen alleinerziehender Elternteile.

Die familiäre Situation ist häufig durch beengte Wohnverhältnisse, ein problematisches Umfeld, Langzeitarbeitslosigkeit, Verschuldung, etc. zusätzlich belastet. Oftmals empfinden sich Familien ausgegrenzt, leben isoliert.

Junge Menschen zeigen oft verschiedene Auffälligkeiten, beispielsweise Schulverweigerung und Lernproblemen, Entweichungen, aggressives Verhalten, Isolationstendenzen, Delinquenz, Entwicklungsverzögerungen, etc.

1.06.03.01.05

Erziehung in einer Tagesgruppe

Beschreibung

Die Erziehung in einer Tagesgruppe ist als eigenständige teilstationäre Hilfeform in § 32 SGB VIII benannt. Die Entwicklung junger Menschen soll mit der Aufnahme in einer Tagesgruppe durch soziales Lernen in der Gruppe, Begleitung der schulischen Förderung und Elternarbeit unterstützt und der Verbleib des jungen Menschen in seiner Familie gesichert werden.

Erziehung in Tagesgruppen wird i.d.R. in alters- und geschlechtsgemischten Gruppen umgesetzt, in einem geschützten Rahmen können auch geschlechtsspezifische Angebote vorgehalten werden. Der Besuch einer Tagesgruppe erfolgt i.d.R. täglich und im Anschluss an den Schulbesuch. Die Tagesgruppenerziehung kann mit einem besonderen Schwerpunkt erfolgen (z.B. heilpädagogische Ausrichtung). Spezielle Freizeitunternehmungen werden ebenso angeboten wie Ferienfahrten. Die Arbeit mit dem jungen Menschen erfolgt in der Gruppe (sozialpädagogische Gruppenarbeit) und im Rahmen von Einzelförderung. Die Gruppengröße umfasst i.d.R. maximal 8 bis 10 Plätze. Der Betreuungsschlüssel liegt i.d.R. zwischen 1:3 und 1:5. Es erfolgt eine intensive Elternarbeit, die zumeist im Rahmen von Hausbesuchen, Elternnachmittagen bzw. Gesprächen mit einzelnen Elternpaaren wahrgenommen wird. Es besteht i.d.R. ein intensiver Austausch mit der vom jungen Menschen besuchten Schule.

Erziehung in einer Tagesgruppe wird durch Fachkräfte mit einer formal abgeschlossenen Berufsqualifikation in sozialen/sozialpädagogischen/sozialarbeiterischen Ausbildungsgängen, die sie für das Handeln in Arbeitsbereichen der Jugendhilfe befähigt, durchgeführt. Fortbildung und Supervision werden als notwendiger und verbindlicher Bestandteil der Arbeit gesehen.

Auftragsgrundlage

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien****Ziele**

- Unterstützung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit
- Stärkung der Selbsthilferessourcen von Klienten
- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen
- Entwicklung und Stärkung schulischer Kompetenzen
- Aufarbeitung bestehender Entwicklungsrückstände
- Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen
- Verbesserung und Stabilisierung der Beziehungen zwischen Eltern und Kindern
- Entwicklung und Stärkung erzieherischer Kompetenzen auf der Elternebene
- frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten
- Sicherung des Kindeswohls

Zielgruppen

Erziehung in einer Tagesgruppe ist ein Angebot für Kinder und Jugendliche (meist in schulpflichtigem Alter), die sich in belastenden Lebenssituationen befinden und deren Entwicklung gefährdet ist bzw. dauerhaft Schaden zu nehmen droht. Die jungen Menschen sind in ihrem Umfeld vielfach nicht ausreichend integriert, zeigen Verhaltensauffälligkeiten und haben schulische Probleme. Die Eltern sind bereit, sich in die Maßnahme einbeziehen zu lassen und aktiv mitzuwirken.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien

1.06.03.01.06

Vollzeitpflege

Beschreibung

Die Vollzeitpflege ist als eigenständige Hilfeform in § 33 SGB VIII benannt. Unter Vollzeitpflege wird die Unterbringung, Betreuung und Erziehung eines jungen Menschen über Tag und Nacht außerhalb des Elternhauses, also „in einer anderen Familie“ verstanden. Der Begriff „andere Familie“ ist flexibel zu definieren. Jugendhilfe orientiert sich bei der Auswahl von Pflegepersonen an den Bedürfnissen des jungen Menschen, d.h. der Familienbegriff wird nicht „traditionell“ definiert. Auch unverheiratete Paare, Einzelpersonen oder alternative Haushaltsgemeinschaften können als Pflegestelle Anerkennung finden, sofern die für den Einzelfall notwendige Erziehungsarbeit gewährleistet werden kann. Befinden sich mehr als fünf Kinder in einer Pflegestelle, ist i. d. R. nicht mehr von Vollzeitpflege, sondern der Betreuung in einer Einrichtung auszugehen.

Über die Vollzeitpflege im Sinne des § 33 SGB VIII wird eine, wenn auch im Einzelfall nicht zwingend durchgängige, sozialpädagogische Betreuung angeboten. Das Jugendamt ist jederzeit und regelmäßig über den Erziehungsprozess informiert.

Vollzeitpflege lässt sich, je nach Dauer und Zielsetzung, in drei verschiedene Formen unterteilen:

- Unter *Kurzzeitpflege* sind solche Pflegeverhältnisse zu verstehen, in denen die Versorgung und Erziehung eines jungen Menschen, bei befristetem, maximal zwei Monate dauernden, Ausfall der Herkunftsfamilie, von einer Pflegefamilie übernommen wird. Grund der Aufnahme kann auch eine Krisen- und/oder Notsituation sein, die es erforderlich macht, den jungen Menschen aus seinem gewohnten Umfeld herauszunehmen und ihm für die Dauer der perspektivischen Abklärung Schutz und Versorgung zu sichern.
- Unter *Übergangspflege* sind Pflegeverhältnisse zu verstehen, die für einen unbestimmten, befristeten Zeitraums die Erziehung und Versorgung junger Menschen sicherstellen, deren Herkunftsfamilie hierzu nicht in der Lage ist, jedoch auch im weiteren die Verantwortung für den jungen Menschen wahrnehmen will und könnte. Hier ist die Kooperation zwischen Herkunfts- und Pflegefamilie zum Wohle des jungen Menschen unabdingbar. In der Regel erhält die Herkunftsfamilie zusätzliche Hilfe. Die Ablösung des jungen Menschen aus seinen bisherigen Bezügen heraus ist nicht beabsichtigt.
- Unter *Dauerpflege* sind konstante Pflegeverhältnisse zu verstehen. Eine Rückkehr des jungen Menschen zur Herkunftsfamilie ist, aus unterschiedlichen Gründen heraus, nicht in Betracht zu ziehen. Dem jungen Menschen wird mit dieser Form der Pflege quasi eine „Ersatzfamilie“ angeboten.

Die Grenzen zwischen den benannten Formen sind fließend, orientieren sich insbesondere am Verlauf der Entwicklung in der Herkunftsfamilie bzw. des jungen Menschen.

Pflegestellen werden, vor Aufnahme eines jungen Menschen, seitens des Jugendamtes auf ihre Eignung hin überprüft und während einer laufenden Vollzeitpflege kontinuierlich beraten und begleitet.

Vollzeitpflege wird auch in professionalisierten Formen (z.B. Erziehungsstellen) angeboten. Jungen Menschen wird in diesem Rahmen eine intensive pädagogische und/oder therapeutische Betreuung angeboten. Die Pflegepersonen

weisen i.d.R. eine pädagogische Qualifikation auf.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien

Auftragsgrundlage**Ziele**

- Unterstützung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit
- altersgerechte Förderung des jungen Menschen
- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen
- Entwicklung und Stärkung schulischer Kompetenzen
- Aufhebung bzw. Reduzierung von Verhaltensproblemen und Entwicklungsschwierigkeiten
- Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen
- Verbesserung und Stabilisierung der Beziehungen zwischen Eltern und Kindern bzw. generelle Berücksichtigung persönlicher Bindungen des jungen Menschen
- bei beabsichtigter Rückführung, Entwicklung und Stärkung erzieherischer Kompetenzen in der Herkunftsfamilie
- im Rahmen der *Dauerpflege*, Integration in die Pflegefamilie sowie die Förderung von Bindungs- und Beziehungsfähigkeit
- frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten
- Sicherung des Kindeswohls

Zielgruppen

Vollzeitpflege ist ein Angebot

für Kinder und Jugendliche, die aus den unterschiedlichsten Gründen heraus, vorübergehend oder auf Dauer, nicht in ihrer Herkunftsfamilie leben können. Der Schwerpunkt der bestehenden Probleme kann sich in ungünstigen familiären Lebensbedingungen ebenso finden wie in familiärem Konfliktniveau und/oder Verhaltensauffälligkeiten des jungen Menschen. Es besteht ein erzieherischer Bedarf, der durch die leiblichen Eltern des jungen Menschen nicht erfüllt wird/werden kann.

AntragstellerInnen sind zur Kooperation mit dem Jugendamt bzw. der Pflegestelle bereit. Sofern eine Rückführung anvisiert ist, wird die elterliche Kooperationsbereitschaft vorausgesetzt.

1.06.03.01.07**Unterbringung in Heimen / sonstigen betreuten Wohnformen****Beschreibung**

Die Heimerziehung bzw. Erziehung in einer sonstigen betreuten Wohnform ist als eigenständige stationäre Hilfeform in § 34 SGB VIII benannt. Der junge Mensch wird außerhalb der Familie untergebracht. Die Begriffe Heim bzw. sonstige betreute Wohnform stehen für eine Fülle verschiedener Lebensorte (z.B. größere Einrichtungen mit mehreren Gruppen, Kinderdörfer, familienähnliche Lebensformen, Wohngemeinschaften). Dahinter steht jeweils das Angebot einer intensiven, kontinuierlichen und belastbaren Form des Zusammenlebens in sozialpädagogischen Lebensgemeinschaften mit familiären und/oder gruppenpädagogischen Anteilen. Der Anbieter erstellt individuelle und auf den Einzelfall abgestimmte Förderkonzepte. Durch eine Verbindung von Alltagserleben mit pädagogischen und therapeutischen Angeboten sollen Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung gefördert werden. Besondere Unterstützungsangebote (z.B. heilpädagogische Förderung) werden vorgehalten.

Entsprechend dem Alter und Entwicklungsstand des jungen Menschen sowie den Möglichkeiten zur Verbesserungen der Erziehungsbedingungen in der Familie wird entweder im Rahmen professioneller Eltern- und Familienarbeit auf eine Rückführung hingearbeitet oder die Erziehung in einer anderen Familie vorbereitet. Es kann aber ebenso eine auf längere Dauer angelegte Lebensform geboten sowie die Verselbständigung vorbereitet werden.

Erziehung in einem Heim bzw. einer sonstigen betreuten Wohnform wird durch Fachkräfte mit einer formal abgeschlossenen Berufsqualifikation in sozialen / sozialpädagogischen / sozialarbeiterischen Ausbildungsgängen, die sie für das Handeln in Arbeitsbereichen der Jugendhilfe befähigen, durchgeführt. Fortbildung und Supervision werden als notwendiger und verbindlicher Bestandteil der Arbeit gesehen.

Auftragsgrundlage

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien****Ziele**

- Unterstützung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit
- Vermittlung lebenspraktischer Kompetenzen
- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen
- Entwicklung und Stärkung schulischer Kompetenzen
- Schutz und Versorgung
- Rückführung des jungen Menschen, alternativ dazu Vorbereitung auf das Zusammenleben mit einer anderen Familie bzw. Angebot eines „Familienersatzes“
- Aufhebung bzw. Reduzierung von Verhaltensproblemen und Entwicklungsschwierigkeiten
- Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen
- Verbesserung und Stabilisierung der Beziehungen zwischen Eltern und Kindern
- Entwicklung und Stärkung erzieherischer Kompetenzen
- Sicherung des Kindeswohls

Zielgruppen

Heimerziehung bzw. Erziehung in einer sonstigen betreuten Wohnform sind Angebote für Kinder und Jugendliche, die aus den unterschiedlichsten Gründen heraus für einen kurzen oder auch längeren Zeitraum nicht in ihrer Familie leben können. Der Schwerpunkt der bestehenden Probleme kann sich in ungünstigen familiären Lebensbedingungen ebenso finden wie in erheblichem familiären Konfliktniveau und/oder Verhaltensauffälligkeiten des jungen Menschen.

Eltern sind zur Kooperation mit dem Anbieter bereit. Sofern eine Rückführung anvisiert ist, wird die elterliche Kooperationsbereitschaft vorausgesetzt.

1.06.03.01.08

Intensive sozialpädagogische Familienhilfe

Beschreibung

Die Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung ist als eigenständige ambulante Hilfeform in § 35 SGB VIII benannt und als nachhaltige Unterstützung für Jugendliche, die sozial nicht ausreichend integriert sind bzw. die ihr Leben nicht eigenverantwortlich führen können, gedacht. Es handelt sich hierbei um ein sehr offenes Angebot, welches weder an tradierte Formen bzw. Institutionen gebunden ist, in ambulanter Form geleistet oder mit einer Wohnhilfe verbunden werden kann, sich letztlich stark an den Bedürfnissen des Einzelfalls ausrichtet.
Die Hilfe wird durch pädagogische Fachkräfte mit einem abgeschlossenen Studium geleistet.

Auftragsgrundlage

Ziele

- altersgerechte Förderung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit
- (Wieder)Eingliederung in die Gesellschaft
- Stärkung der Selbsthilferessourcen
- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen und Bezüge des jungen Menschen
- Klärung der bzw. Entwicklung und Stabilisierung einer positiven Beziehung zwischen Eltern/-teilen und jungem Menschen, Begleitung beim Ablöseprozess vom Elternhaus
- Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen, Aufarbeitung negativer oder traumatischer Erfahrungen
- Klärung von schulischen, beruflichen Probleme des jungen Menschen bzw. Vorbereitung auf das Berufsleben
- Verselbständigung älterer Minderjähriger

Zielgruppen

Die Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung ist ein Angebot, dass sich schwerpunktmäßig an

- Jugendliche und
- junge Volljährige

richtet. Diese fallen durch regelwidriges Verhalten in der Schule, am Arbeitsplatz, in der Öffentlichkeit und/oder ihrer Familie auf. Vielfach waren die jungen Menschen Gewalt und/oder Missbrauch ausgesetzt, stationär untergebracht, haben Drogen konsumiert, sich schulisch verweigert und/oder stehen ihrer Umwelt oft ablehnend gegenüber. Vor dem Hintergrund bereits gemachter Erfahrungen stehen diese jungen Menschen Hilfeleistungen oft skeptisch gegenüber.

1.06.03.01.09**Gemeinsame Wohnformen für (werdende) Mütter oder Väter und Kinder****Beschreibung**

„Gemeinsame Wohnformen“ für alleinstehende Schwangere bzw. alleinerziehende Elternteile und Kinder sind als eigenständige Hilfeleistung in § 19 SGB VIII beschrieben. Unter „Wohnformen“ ist eine Vielzahl an betreuten Wohnmodellen zu verstehen, die sich durch die Unterbringungsform und die Betreuungsintensität deutlich unterscheiden können, immer aber dem pädagogischen Setting eines Trägers zugeordnet sind. Diese Anbindung gewährleistet, dass der Elternteil die im Bedarfsfall notwendige Unterstützung zeitnah erhält.

Auftragsgrundlage**Ziele**

Die Hilfe zielt darauf ab, (werdende) Mütter und Väter, die tatsächlich allein für ein Kind bzw. mehrere Kinder, von denen zu Leistungsbeginn mindestens eins unter sechs Jahren alt ist, sorgen und ihrer elterlichen Verantwortung, also der Pflege, d.h. körperlichen und gesundheitlichen Versorgung sowie Ernährung, ebenso wie der Erziehung aufgrund ihrer eigenen Persönlichkeitsentwicklung ohne ergänzende pädagogische Hilfen noch nicht gerecht werden können, in die Lage zu versetzen, ihre Elternrolle autonom wahrnehmen und ihr Leben mit dem Kind selbständig führen zu können. Die (bevorstehende) Geburt eines Kindes ist häufig mit erheblichen persönlichen, familiären, sozialen, emotionalen bzw. finanziellen Problemen verbunden, die zu einer den alleinerziehenden Elternteil überfordernden Situation führen können. Elternteile werden im Rahmen der Hilfe unterstützt, eine schulische/berufliche Ausbildung zu beginnen und/oder fortzuführen. Der Antritt einer Bildungsmaßnahme bzw. Berufstätigkeit führt nicht zwangsläufig zur Einstellung der Hilfefewährung.

Die Hilfe beinhaltet die Sicherstellung notwendiger Unterhalts- und Krankenhilfeleistungen.

Zielgruppen

Gemeinsame Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder sind ein Angebot

- für Schwangere und Mütter bzw.
- Väter,

die für ein Kind unter 6 Jahren allein Sorge zu tragen haben (werden) oder tatsächlich allein sorgen und gleichzeitig aufgrund ihrer Persönlichkeitsentwicklung dieser Form der Unterstützung bei der Pflege und Erziehung ihrer Kinder bedürfen.

□ Kinder unter 6 Jahren, deren alleinerziehender Elternteil aufgrund eigener Persönlichkeitsentwicklungsbedarfe die zu einer gesunden körperlichen, seelischen und geistigen Kindesentwicklung erforderliche Elternverantwortung nicht tragen kann.

Geschwisterkinder, die über 6 Jahre alt sind, werden i.d.R. in die Hilfe miteinbezogen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien

1.06.03.01.10

Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche

Beschreibung

Die Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche ist als eigenständige Hilfeform in § 35a SGB VIII benannt. Mit der Hilfe soll einer drohenden seelischen Behinderung begegnet bzw. eine vorhandene seelische Behinderung beseitigt oder gemildert werden. Zudem soll eine drohende Ausgrenzung aus der Gesellschaft verhindert bzw. die Eingliederung in die Gesellschaft ermöglicht werden. Leistungen der Eingliederungshilfe stehen an der Schnittstelle verschiedener Hilfesysteme, z.B. Gesundheitswesen, Schule, Sozialhilfe. Bei der Feststellung des Unterstützungsbedarfs und im Verlauf der Hilfgewährung ist ein interdisziplinäres Zusammenwirken unverzichtbar. Bei der Umsetzung der Maßnahme bedarf es eines ganzheitlichen Hilfeansatzes. Das offene Leistungsspektrum der Eingliederungshilfe ermöglicht eine hohe Flexibilität bei der individuellen Ausgestaltung des Angebotes. Hilfen können in ambulanter, teilstationärer und stationärer Form geleistet werden.

Je nach individuellem Bedarf ergeben sich Kombinationen zwischen verschiedenen Maßnahmen, etwa Angeboten nach § 35a und §§ 28 bis 35, ebenso wie zwischen verschiedenen Trägern, z.B. dem Gesundheitswesen und der Jugendhilfe.

Auftragsgrundlage

Ziele

Ziel der Eingliederungshilfe ist von seelischer Behinderung bedrohten bzw. seelisch behinderten jungen Menschen die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen bzw. zu verbessern.

Zielgruppen

Die Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche ist ein Angebot zur Unterstützung von

- Kindern und Jugendlichen
- in besonderen Fällen auch jungen Volljährigen,

deren seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit mehr als sechs Monate von ihrem alterstypischen Zustand abweicht und deren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben insofern beeinträchtigt ist bzw. mit hoher Wahrscheinlichkeit beeinträchtigt sein wird.

1.06.03.01.11**Flexible erzieherische Hilfe****Beschreibung**

Flexible erzieherische Hilfen sind § 27 Abs 2 SGB VIII zuzuordnen. Die damit verbundenen Maßnahmen umfassen alle Hilfen zur Erziehung, die explizit nicht über die §§ 19, 28 bis 35 sowie 35a SGB VIII zu definieren sind.

Flexible erzieherische Hilfen sind auf den konkreten Einzelfall passgenau zugeschnitten. Die Form und Inhalte der jeweiligen Maßnahmen können stark variieren und sind in jedem Fall nicht dem im SGB VIII benannten Standardkatalog erzieherischer Hilfen zuzuordnen.

Flexible erzieherische Hilfen umfassen etwa Maßnahmen, in denen mehrere etablierte Hilfen zur Erziehung nebeneinander gewährt werden bzw. in denen verschiedene Hilfearten ineinander übergehen. Darüber hinaus bietet die Flexibilität der Hilfe Möglichkeiten, neue, individuelle Hilfen, wie sie vielfach aufgrund eines besonderen erzieherischen Bedarfes erforderlich sind, zu entwickeln.

Die Hilfe kann sowohl durch Fachkräfte mit abgeschlossener erzieherischer oder (sozial)pädagogischer Ausbildung als auch geeignete, nicht ausdrücklich sozialpädagogisch ausgebildete, Personen geleistet werden.

Auftragsgrundlage**Ziele**

- Unterstützung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit
- Stärkung der Selbsthilferessourcen von Klienten
- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen
- Entwicklung und Stärkung schulischer Kompetenzen
- Aufarbeitung bestehender Entwicklungsrückstände
- Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen
- Verbesserung und Stabilisierung der Beziehungen zwischen Eltern und Kindern
- Entwicklung und Stärkung erzieherischer Kompetenzen auf der Elternebene
- frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten
- Sicherung des Kindeswohls

Haushaltsplan 2011

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien

Dezernat III

Zielgruppen

Flexible erzieherisch Hilfe ist ein Angebot zur Unterstützung von

- Eltern oder Elternteilen, Schwangeren, alleinerziehenden Müttern oder Vätern sowie sonstigen Erziehungsberechtigten bzw. verantwortlich an der Erziehung beteiligten Personen und/oder Bezugspersonen mit Umgangsrecht, denen die elterliche Sorge nicht zusteht
- Kindern, Jugendlichen und jungen Volljährigen sowie deren Familien (einschließlich Pflegefamilien)

1.06.03.02

Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen

Beschreibung

In Eil- und Notfällen leitet das Jugendamt zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vorläufige Maßnahmen ein. Im Rahmen der Krisenintervention werden diagnostische wie prognostische Aufgaben seitens des Jugendamtes wahrgenommen.

Fällt der überwiegend betreuende Elternteil aufgrund gesundheitlicher bzw. anderer zwingender Gründen aus und tritt deshalb eine Notsituation bzgl. der Betreuung und Versorgung eines Kindes unter 14 Jahren auf, soll familienbegleitende Unterstützung gewährt werden. Voraussetzung ist, dass das Kindeswohl im familialen Umfeld gesichert ist. Es handelt sich hierbei um eine die elterliche Erziehungsverantwortung unterstützende, nicht ersetzende Leistung der Jugendhilfe.

Im Falle des Bekanntwerdens einer Gefährdungssituation ist im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte abzuwägen, wie ein wirksamer Schutz des Kindes sicherzustellen ist. Personensorgeberechtigte sollen soweit wie möglich einbezogen werden. ist das Familiengericht anzurufen.

Mit Trägern von Einrichtungen und Diensten, die Leistungen nach dem SGB VIII erbringen, sind Vereinbarungen zum Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung zu schließen.

Die Verpflichtung zur Inobhutnahme besteht, wenn das körperliche, geistige oder seelische Wohl des Minderjährigen akut gefährdet ist und die Eltern nicht gewillt bzw. in der Lage sind, die Gefahr abzuwenden. Es liegt eine Gefährdungssituation vor, deren Abwendung keinen Aufschub duldet. Bei der Inobhutnahme handelt es sich um eine hoheitliche Aufgabe. Das Jugendamt nimmt hier das verfassungsrechtlich verankerte Wächteramt wahr, um das Kindeswohl zu sichern.

Minderjährige, die sich in einer akuten Notlage sehen („Selbstmelder“), sind in Obhut zu nehmen. Gleiches gilt für unbegleitete minderjährige Migranten.

Auftragsgrundlage

§§ 8a, 20 und 42 SGB VIII

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien****Ziele**

- Umsetzung des staatlichen Wächteramtes zum Schutz von Kindern und Jugendlichen
- Sicherstellung des Kindeswohls, insbesondere der Betreuung, Versorgung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen
- Erhalt des familiären Lebensraumes und Vermeidung von Fremdunterbringungen
- Vermeidung oder Verhinderung von Kindeswohlgefährdung durch Unterstützung von bzw. erfolgreicher Kooperation mit Fachleuten aus anderen Tätigkeitsfeldern (Auf- und Ausbau flächendeckender, funktionierender Netzwerkarbeit)
- Koordination zur Sicherstellung der notwendigen Fachberatung zur Abschätzung eines Gefährdungsrisikos
- Abschluss von Vereinbarungen mit Trägern von Leistungen nach dem SGB VIII zur Sicherstellung des Schutzauftrages gem. § 8a SGB VIII
- Abbau von Hemmschwellen gegenüber der Institution Jugendamt (Öffentlichkeitsarbeit)
- verlässliche Kooperation zwischen Jugendhilfe und Polizei
- Ausbau und Qualifizierung von Bereitschaftspflegestellen
- Vorhalten zielgruppenspezifischer und geschlechtsspezifischer Angebote
- (Wieder)Herstellung positiver Lebensbedingungen für Kinder und Jugendliche bzw. zeitnahe Einleitung adäquater Hilfen
- Rückführung von Kindern und Jugendlichen, sofern das Kindeswohl sichergestellt ist

Zielgruppen

Kinder, Jugendliche, Eltern, Träger von Leistungen nach dem SGB VIII

1.06.03.03**Beratungsangebote****Beschreibung**

Kinder, Jugendliche, Erziehungsberechtigte und sonstige Bezugspersonen erhalten bei der Klärung und Bewältigung individueller, familiärer und sozialer Probleme konkrete Unterstützung in Form von Beratungsangeboten. Beratung ist ein präventives Angebot zur Stärkung der Erziehungskompetenz, zur Förderung der Persönlichkeitsentwicklung und Autonomie. Bei weitergehendem Bedarf kann in Anschlusshilfen vermittelt werden.

Beratung wird zudem für spezifische Bereiche vorgehalten und in diesem Zusammenhang auf bestimmte Zielgruppen ausgerichtet. Hierunter fallen beispielsweise Adoptionsbewerber, Pflegepersonen, Vormünder, Alleinerziehende, Väter (nichtehelicher) Kinder, Herkunftseltern.

Es besteht ein Rechtsanspruch auf Beratungsangebote. Beratung ist niederschwellig zu erreichen und wird kostenfrei vorgehalten.

Beratungsangebote richten sich auch an Fachkräfte, die mit und für Familien, Kinder und Jugendliche tätig sind. SGB VIII, insbesondere §§ 8, 17, 18, 23, 25, 28, 36, 37, 51, 52a, 53

Auftragsgrundlage**Ziele**

- Verhinderung von Krisen bzw. Unterstützung bei der Krisenbewältigung
- Förderung von Partnerschaften und Familien
- Befähigung von getrennt lebenden/geschiedenen Eltern zur Ausübung der gemeinsamen elterlichen Sorge bzw. einvernehmlichen Regelung des Umgangs
- Vermeidung kostenintensiver erzieherischer Hilfen
- Ratsuchende sollen ihre eigenen Ressourcen besser wahrnehmen, umsetzen und weiterentwickeln lernen
- (Wieder)Herstellung der Fähigkeit Ratsuchender zur selbständigen Lösung von Konflikten
- Sicherstellen niederschwellig erreichbarer und kostenfreier Unterstützung
- Verbesserung der Fach- und Handlungskompetenzen von Fachkräften
- Ausbau bedürfnisorientierter, passgenauer Beratungsangebote
 - o Enge Vernetzung und Abstimmung aller im Sinne des SGB VIII tätigen beratenden Stellen
- Erfüllung des Rechtsanspruches auf Beratung (in spezifischen Lebenslagen)

Zielgruppen

Kinder und Jugendliche, junge Volljährige, Erziehungsberechtigte, sonstige Bezugspersonen, Fachkräfte, die mit und für junge Menschen und Familien tätig sind

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien

1.06.03.04

Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren

Beschreibung

Das Jugendamt wirkt in allen Verfahren vor dem Vormundschafts- und dem Familiengericht mit, die die Personensorge von Kindern und Jugendlichen betreffen. Des weiteren werden alle gerichtlichen Maßnahmen, die im Interesse des Kindeswohls vorgesehen bzw. getroffen werden können, unterstützt.

Im Rahmen der Annahme als Kind (Adoption) hat das Jugendamt auch die Belehrungspflicht bezogen auf einen Teil der Gründe, die zu einer Ersetzung der Einwilligung in die Adoption führen können.

Jugendliche und Heranwachsende bis zum 21. Lebensjahr, die wegen einer Straftat angeklagt werden, werden während des gesamten jugendstrafrechtlichen Verfahrens begleitet. Es ist frühzeitig zu prüfen, ob ein erzieherischer Handlungsbedarf besteht und damit die Inanspruchnahme von Jugendhilfeleistungen in Betracht zu ziehen ist.

Die Jugendgerichtshilfe bringt erzieherische und soziale Aspekte in das Verfahren ein. Benachteiligungen junger Menschen sollen verhindert bzw. abgebaut werden. Angeordnete Weisungen und Auflagen werden ggfl. eingeleitet bzw. begleitet.

Das Jugendamt wird als Träger eigener, sich aus dem SGB VIII ergebender Aufgaben tätig und hat dabei eine eigenständige Position gegenüber dem Gericht. Das Jugendamt übernimmt die soziale, nicht aber juristische Anwaltschaft zugunsten junger Menschen und ihrer Familien.

Auftragsgrundlage

§§ 8a, 18(3), 50 bis 52 SGB VIII; Bürgerliches Gesetzbuch (BGB); §§ 49 und 49a Gesetz über die Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit (FGG); Jugendgerichtsgesetz (JGG)

Ziele

- Schutz, Förderung und Unterstützung von jungen Menschen und Familien
- Förderung der Handlungskompetenz von Eltern, Kindern und Jugendlichen
- Steigerung einvernehmlicher von Sorge- und Umgangsregelungen
- fachliche Beratung und sachverständige Unterstützung des Familien-, Vormundschafts- bzw. Jugendgerichtes
- Auf- und Ausbau verlässlicher Kooperationen von Jugendhilfe und Justiz im Interesse gefährdeter und straffällig gewordener junger Menschen
- Ausbau und Optimierung präventiver, verfahrensbegleitender und nachgehender Leistungen unter Einbindung geeigneter Netzwerkpartner
- Ausbau wirksamer Leistungen der Jugendhilfe als Alternative zu strafrechtlichen Vergeltungsmaßnahmen / Steigerung der Diversion

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien

Zielgruppen

Kinder und Jugendliche, junge Volljährige bis 21 Jahren, Personensorgeberechtigte

1.06.03.05

Unterhaltsvorschussleistungen, Amtspflegschaft und -vormundschaft

Beschreibung

Sofern Eltern zur Ausübung der elterlichen Sorge nicht in der Lage sind bzw. kein geeigneter Einzelvormund vorhanden ist, wird dem Jugendamt durch Beschluss des Vormundschaftsgerichtes die Ausübung der elterlichen Sorge bzw. Teilbereichen der Sorge übertragen. Das Vormundschaftswesen dient dem Schutz und der Förderung minderjähriger Kinder und Jugendlicher sowie der Wahrnehmung ihrer Rechte. Die gesetzliche Vertretung bzw. von Teilbereichen der gesetzlichen Vertretung wird vom Jugendamt übernommen und geführt. Dabei sind rechtliche und erzieherische Defizite im Verhältnis zwischen Kind und Eltern auszugleichen.

Auf Antrag eines sorgeberechtigten Elternteils wird das Jugendamt für einen bestimmten Wirkungskreis zum Beistand. Die Beistandschaft stellt eine konkrete Hilfe für die Geltendmachung bzw. die Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen dar. Der Beistand vertritt das Kind im Vaterschaftsfeststellungsverfahren. Die elterliche Sorge wird durch eine Beistandschaft nicht eingeschränkt. Der Beistand ist jedoch alleiniger Prozessvertreter für die beantragten Aufgabenbereiche.

Zur wirtschaftlichen Absicherung von Kindern, denen von einer unterhaltspflichtigen Person wegen mangelnder Zahlungsbereitschaft bzw. -fähigkeit kein Unterhalt zukommt, werden Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz gewährt.

Auftragsgrundlage

§§ 52a bis 60, 68, 87c, 87e SGB VIII; 1705 bis 1711 BGB

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien****Ziele**

- Der Schutz und die Förderung minderjähriger Kinder und Jugendlicher und die Wahrnehmung ihrer Rechte werden sichergestellt.
 - Die rechtliche Vertretung für Kinder und Jugendliche wird fach- und bedarfsgerecht wahrgenommen.
 - Rechtliche und erzieherische Defizite im Verhältnis zwischen Kind und Eltern werden ausgefüllt.
 - Unterstützung der wirtschaftlichen Absicherung von Kindern und Jugendlichen
 - Gerichtliche Verfahren werden durch Beurkundung und Beglaubigung von Willensbekundungen, etwa im Rahmen der Vaterschaftsfeststellung, vermieden.
 - Gewährleistung einer langfristigen und stetigen Beziehung zwischen gesetzlichem Vertreter und Mündel (keine anonyme Fallführung)
 - interne Übertragung (von Teilen) des Aufgabenbereiches auf Personen mit besonderen finanzwirtschaftlichen bzw. steuerrechtlichen Fachkenntnissen und damit Verbesserung der Einkommensüberprüfung Unterhaltsverpflichteter
 - Anwerben, Unterweisen und Begleiten geeigneter Personen, die als Beistand, Pfleger oder Vormund tätig werden wollen bzw. tätig sind
 - Stärkung der Erziehungsfähigkeit von Eltern, für deren Kinder eine Pflegschaft bzw. Vormundschaft besteht
 - Erweiterung des gesellschaftlichen Bewusstseins bzgl. der Wichtigkeit von Unterhaltsleistungen
- Zielgruppen** Kinder und Jugendliche, in besonderen Fällen auch junge Volljährige; Personensorgeberechtigte und/oder Unterhaltspflichtige in spezifischen Lebenslagen; Alleinerziehende, denen die alleinige elterliche Sorge für den Bereich zusteht, für den eine Beistandschaft erforderlich ist

Haushaltsplan 2011

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien

Dezernat III

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-85.593	-86.600	-91.500	-92.000	-92.000	-92.000
3	+ Sonstige Transfererträge	-2.746.673	-2.585.600	-2.515.600	-2.545.600	-2.575.600	-2.575.600
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-669.666	-737.800	-791.000	-812.000	-813.000	-834.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-5.940	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000
10	= Ordentliche Erträge	-3.507.873	-3.414.000	-3.402.100	-3.453.600	-3.484.600	-3.505.600
11	- Personalaufwendungen	3.260.707	4.002.792	4.101.168	4.119.087	4.153.331	4.191.888
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.022.044	768.683	1.141.939	1.176.939	1.216.939	1.256.939
14	- Bilanzielle Abschreibungen	78.747	17.589	15.829	16.746	17.672	17.672
15	- Transferaufwendungen	19.825.841	20.491.100	20.554.050	20.801.050	20.930.050	20.997.050
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	269.338	270.829	259.916	258.486	250.943	252.951
17	= Ordentliche Aufwendungen	24.456.677	25.550.993	26.072.902	26.372.308	26.568.935	26.716.501
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	20.948.805	22.136.993	22.670.802	22.918.708	23.084.335	23.210.901
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	20.948.805	22.136.993	22.670.802	22.918.708	23.084.335	23.210.901
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	20.948.805	22.136.993	22.670.802	22.918.708	23.084.335	23.210.901
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-48.373	-131.448	-98.751	-79.708	-80.346	-80.993
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	206.955	389.123	404.668	340.756	335.853	338.731

Haushaltsplan 2011**1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**

verantwortlich:

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien

Dezernat III

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	21.107.387	22.394.669	22.976.720	23.179.756	23.339.842	23.468.639

Planerläuterung Teilergebnisplan

Die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* beinhaltet die (TP 1.06.03.01.01, Kostenart 414300) Zuweisung des LVR zur Psychologischen Beratungsstelle (fachkraftbezogene Pauschale).

Unter der Kontengruppe *Sonstige Transfererträge* werden zu einem großen Teil Kostenbeiträge zu Hilfen innerhalb und außerhalb von Einrichtungen (Kostenart 421100 u. 422100) vereinnahmt. Darüber hinaus handelt es sich hierbei um Erstattungen der Unterhaltspflichtigen (Kostenart 421200), um die Rückzahlung zuviel gezahlter UVG Leistungen sowie um Erstattungen aus Vorjahren (Kostenart 429800) durch die Beendigung von Hilfefällen.

In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* erfolgt die Verbuchung der Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für Adoptionsvermittlungsverfahren. Bei der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung /-umlage* werden überwiegend Kostenerstattungen durch andere öffentliche Träger der Jugendhilfe dargestellt (Kostenart 442300). Hinzu kommen die Erstattungen vom Land (Kostenart 442200) und periodenfremde Kostenerstattungen (Kostenart 449800). Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* dient der Vereinnahmung von Geldbußen (Kostenart 452110) nach dem Jugendgerichtsgesetz.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- / Dienstleistungen* werden überwiegend Erstattungen gegenüber anderen Trägern öffentlicher Jugendhilfe abgebildet. Die Durchführung therapeutischer Maßnahmen (Psychologische Beratungsstelle) sowie im UVG-Bereich anfallende Gerichts- und Anwaltskosten (Kostenart 528903) werden ebenfalls an dieser Stelle verausgabt. Die Kontengruppe *Transferaufwendungen* beinhaltet die folgenden Positionen (nach Kostenvolumen sortiert):

- Kosten der Heimerziehung, sonstige betreute Wohnformen
(TP 1.06.03.01.02 bis TP 1.06.03.01.05; TP 1.06.03.01.07; TP 1.06.03.01.11; PSP 1.06.03.02; Kostenart 533410, 533430, 533510, 533530)
- Kosten der Vollzeitpflege (TP 1.06.03.01.06, Kostenart 533400)
- Vollzug des Unterhaltsvorschussgesetzes (PSP 1.06.03.05, Kostenart 533910)

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien

- Zuschuss zu den Personal- und Sachkostenkosten der Erziehungsberatungsstellen (TP 1.06.03.01.01, PSP 1.06.03.03, Kostenart 531900)
- Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche (TP 1.06.03.01.10, Kostenarten 533430 u. 533510)
- Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung (TP 1.06.03.01.08, Kostenart 533900)
- Kosten der Inobhutnahme (PSP 1.06.03.02, Kostenart 533510)
- Gemeinsame Unterbringung von Müttern oder Vätern mit Kindern (TP 1.06.03.01.09, Kostenart 533510)
- Abführung des Landesanteils an den Erstattungsleistungen der Unterhaltspflichtigen (46,67%) (PSP 1.06.03.05, Kostenart 539320)
- Betreuung und Versorgung von Kindern in Notsituationen (PSP 1.06.03.02, Kostenart 533490)
- Kosten sozialpädagogischer Lern- und Entwicklungsmaßnahmen (PSP 1.06.03.04, Kostenart 533490)
- Geschäftskostenzuschuss für den Verein „nina und nico“ (PSP 1.06.03.03, Kostenart 531900)

Unter den *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* wird sowohl der Mitgliedsbeitrag (Kostenart 544300) zur Landesarbeitsgemeinschaft als auch die vermischten Ausgaben u. Fortbildungskosten der Psychologischen Beratungsstelle geplant. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-85.593	-86.600	-91.500		-92.000	-92.000	-92.000
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-2.337.410	-2.585.600	-2.515.600		-2.545.600	-2.575.600	-2.575.600
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		-1.000	-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-667.274	-737.800	-791.000		-812.000	-813.000	-834.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-5.140	-3.000	-3.000		-3.000	-3.000	-3.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-3.095.418	-3.414.000	-3.402.100		-3.453.600	-3.484.600	-3.505.600
10	- Personalauszahlungen	2.751.584	2.772.893	2.875.935		2.904.540	2.933.430	2.962.510
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	942.458	767.210	1.141.040		1.176.040	1.216.040	1.256.040
14	- Transferauszahlungen	19.300.922	20.491.100	20.554.050		20.801.050	20.930.050	20.997.050
15	- sonstige Auszahlungen	17.804	22.468	22.148		22.148	22.148	22.148
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	23.012.768	24.053.671	24.593.173		24.903.778	25.101.668	25.237.748
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	19.917.351	20.639.671	21.191.073		21.450.178	21.617.068	21.732.148
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		2.200	1.980		1.980	1.980	1.980
30	= investive Auszahlungen		2.200	1.980		1.980	1.980	1.980
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung)		2.200	1.980		1.980	1.980	1.980

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen/-auszahlungen
2	- Summe der investiven Auszahlungen		2.200	1.980		1.980	1.980	1.980	2.200	10.120
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		2.200	1.980		1.980	1.980	1.980	2.200	10.120

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante Investitionen/Ersatzbeschaffung von **geringwertigen Wirtschaftsgütern** (kurz GWG) und von **Betriebs- und Geschäftsausstattung** (kurz BGA) aus dem Bereich der **Psychologischen Beratungsstelle**. Betriebs- und Geschäftsausstattung ist ein Begriff der kaufmännischen Buchführung. Darunter fallen Gegenstände (über 410 Euro netto), die der langfristigen Betriebsbereitschaft eines Unternehmens dienen. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird im ersten Teil des Inventars als Vermögensposten geführt. In der Bilanz wird sie den Sachanlagen zugeordnet und ist damit ein Teil des Anlagevermögens. BGAs werden über den Zeitraum ihrer Nutzungsdauer abgeschrieben, über Kostenstellen werden die Beschaffungen verursachungsgerecht den Ämtern/Produkten zugeordnet. Geringwertige Wirtschaftsgüter können, im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, im Jahr der Anschaffung oder Herstellung voll als Betriebsausgabe abgesetzt werden. Voraussetzungen für ein geringwertiges Wirtschaftsgut: es muss eigenständig nutzbar sein, es muss beweglich sein, es muss länger als ein Jahr dem Betrieb dienen und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten liegen zwischen 60,- und 410,- Euro (netto). Der Ansatz ist für die Anschaffung von therap. bzw. psych. Testverfahren zwecks Durchführung therapeutischer Maßnahmen.

Die o. g. Investitionen werden über die *Finanzstelle 5.515701* (BGA [PBS], Anlagevermögen > 410 Euro netto) bzw. bzw. über die *Finanzstelle 5.515702* (GWG [PBS], Anlagevermögen < 410 Euro netto) abgewickelt.

Haushaltsplan 2011

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

1.06.04 Leistungen nach dem BundeselterngeldG

Kreisdirektor

Beschreibung

- Bearbeitung von Anträgen auf Elterngeld
- Beratung in Elternzeit- und Elterngeldangelegenheiten

Auftragsgrundlage

Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG)

Ziele

Rechtsfehlerfreie Bearbeitung des Elterngeldantrages innerhalb von 21 Kalendertagen nach Eingang

Zielgruppen

Im Oberbergischen Kreis lebende (werdende) Eltern

Haushaltsplan 2011

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

1.06.04 Leistungen nach dem BundeselterngeldG

Kreisdirektor

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-90.157	-89.000	-74.750	-75.250	-75.750	-75.750
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-35					
10	= Ordentliche Erträge	-90.192	-89.000	-74.750	-75.250	-75.750	-75.750
11	- Personalaufwendungen	90.672	135.114	108.183	108.025	108.738	109.679
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	556					
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	8.259	2.600	9.420	9.420	9.420	9.420
17	= Ordentliche Aufwendungen	99.488	137.714	117.603	117.445	118.158	119.099
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	9.296	48.714	42.853	42.195	42.408	43.349
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	9.296	48.714	42.853	42.195	42.408	43.349
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	9.296	48.714	42.853	42.195	42.408	43.349
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	25.069	29.732	35.751	29.508	28.494	28.764
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	34.365	78.446	78.604	71.702	70.902	72.112

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.04 Leistungen nach dem BundeselterngeldG

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Leistungen n. d. BundeselterngeldG

Die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* beinhaltet die Personal- und Sachkostenerstattung des Landes (Kostenart 443906 u. 443907) für die vom Oberbergischen Kreis bereitgestellte Leistung.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören die Sachaufwendungen der Produktgruppe Elterngeld sowie anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
1.06.04 Leistungen nach dem BundeselterngeldG

Teilfinanzplan			Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-90.234	-89.000	-74.750		-75.250	-75.750	-75.750
7	+	Sonstige Einzahlungen	-35						
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-90.269	-89.000	-74.750		-75.250	-75.750	-75.750
10	-	Personalauszahlungen	69.005	82.338	66.327		66.990	67.660	68.337
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	482						
15	-	sonstige Auszahlungen	7.469	2.600	9.420		9.420	9.420	9.420
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	76.956	84.938	75.747		76.410	77.080	77.757
17	=	Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-13.313	-4.062	997		1.160	1.330	2.007

Haushaltsplan 2011

1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-63.995	-64.750	-66.750	-67.250	-67.750	-68.250
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-238.501	-234.000	-238.000	-238.000	-238.000	-238.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-8.835	-8.000	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-140.096	-155.000	-155.000	-157.000	-159.500	-161.500
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-662	-600	-600	-600	-600	-600
10	= Ordentliche Erträge	-452.089	-462.350	-467.350	-469.850	-472.850	-475.350
11	- Personalaufwendungen	2.486.901	2.705.539	2.868.597	2.883.950	2.908.840	2.936.346
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	401.655	441.416	445.940	452.140	458.340	464.540
14	- Bilanzielle Abschreibungen	125	11.362	16.677	14.259	15.052	15.052
15	- Transferaufwendungen	991.802	1.198.210	1.352.110	1.369.010	1.386.010	1.402.010
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	153.328	162.392	169.146	169.377	167.725	168.449
17	= Ordentliche Aufwendungen	4.033.812	4.518.919	4.852.470	4.888.736	4.935.968	4.986.397
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	3.581.723	4.056.569	4.385.120	4.418.886	4.463.118	4.511.047
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	3.581.723	4.056.569	4.385.120	4.418.886	4.463.118	4.511.047
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	3.581.723	4.056.569	4.385.120	4.418.886	4.463.118	4.511.047
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	357.618	348.642	409.289	379.263	376.283	379.047
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	3.939.341	4.405.211	4.794.409	4.798.149	4.839.400	4.890.093

Haushaltsplan 2011

1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-60.385	-64.750	-66.750		-67.250	-67.750	-68.250
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-226.697	-234.000	-238.000		-238.000	-238.000	-238.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-6.924	-8.000	-7.000		-7.000	-7.000	-7.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-192.451	-155.000	-155.000		-157.000	-159.500	-161.500
7	+ Sonstige Einzahlungen	-387	-600	-600		-600	-600	-600
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-486.844	-462.350	-467.350		-469.850	-472.850	-475.350
10	- Personalauszahlungen	2.236.626	1.926.293	2.047.786		2.068.266	2.088.948	2.109.837
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	392.285	440.750	445.260		451.460	457.660	463.860
14	- Transferauszahlungen	981.122	1.198.210	1.352.110		1.369.010	1.386.010	1.402.010
15	- sonstige Auszahlungen	10.410	11.114	16.470		16.470	16.470	16.470
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.620.443	3.576.367	3.861.626		3.905.206	3.949.088	3.992.177
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	3.133.599	3.114.017	3.394.276		3.435.356	3.476.238	3.516.827
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	5.973	9.200	3.780		3.780	3.780	3.780
30	= investive Auszahlungen	5.973	9.200	3.780		3.780	3.780	3.780
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	5.973	9.200	3.780		3.780	3.780	3.780

Haushaltsplan 2011**1.07 Gesundheitsdienste**

verantwortlich:

1.07.01 Gesundheitsförderung

Dezernat III

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

1.07.01.01 Koordination, Planung und Berichterstattung im Gesundheitsbereich

1.07.01.02 Ärztliche/zahnärztliche Prävention und Gesundheitsförderung: Schwerpunkt Kinder und Jugendliche

1.07.01.02.01 Ambulante Sprachheilfürsorge

Auftragsgrundlage**Ziele****Zielgruppen**

1.07.01.01

Koordination, Planung und Berichterstattung im Gesundheitsbereich

Beschreibung

Beratung gemeinsam interessierender Fragen der gesundheitlichen Versorgung auf kommunaler Ebene und Koordinierung von Maßnahmen zur Gewährleistung einer abgestimmten und bedarfsgerechten Weiterentwicklung der psychosozialen und gesundheitlichen Versorgung.

1. Bereitstellung von Informationen über die gesundheitliche Situation der Bevölkerung, über Gesundheitsrisiken und Versorgung mit Gesundheitsleistungen
2. Koordination der kommunalen Gesundheitsberichterstattungen, Erstellung von Gesundheitsberichten
3. Einrichtung der themenspezifischen Arbeitsgruppen
4. Festlegung von Schwerpunktthemen
5. Analyse regional wichtiger Einzelfragen der gesundheitlichen Versorgung und Erarbeitung und Umsetzung von Handlungsempfehlungen
6. Geschäftsführung der Gesundheitskonferenz und ihrer Arbeitsgruppen

Auftragsgrundlage

Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NW), Beschluss Kommunale Gesundheitskonferenz

Ziele

- Abstimmung und Zusammenarbeit aller an der Gesundheitsversorgung Beteiligten zur Schaffung gesunder Lebensverhältnisse
- Verringerung von Gesundheitsrisiken und Unterstützung bei der Bewältigung von Krankheit und Behinderung
- Erhöhung der Transparenz der Leistungsangebote
- Entwicklung bürgernaher, bedarfsgerechter Angebotsstrukturen
- Schließung von Versorgungslücken und Vermeidung überflüssiger Dienstleistungen

Zielgruppen

Einrichtungen der psychosozialen und psychiatrischen Versorgung (Angebotsträger), Leistungsträger, andere Behörden.

1.07.01.02

**Ärztliche / zahnärztliche Prävention und Gesundheitsförderung:
Schwerpunkt Kinder und Jugendliche**

Beschreibung

Beratung der Sorgeberechtigten sowie Erzieher/innen und Lehrer/innen von Kindergarten- und Schulkindern.
Untersuchung der Kinder sowie Durchführung von Prophylaxemaßnahmen.

1. Hilfen für Kinder und Jugendliche (z.B. Frühförderung behinderter Kinder)
2. Untersuchung von Kindergartenkindern
3. betriebsmedizinische Aufgaben in Kindergärten und Schulen
4. Einschulungsuntersuchungen einschließlich Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs
5. Schulentlassuntersuchungen
6. Durchführung von Veranstaltungen (z.B. Ernährungsberatung)
7. Bereitstellung von Informationsmaterial
8. Reihenuntersuchungen in Kindergärten und Schulen zur Erkennung von Zahn-, Mund- und Kieferkrankheiten
9. Durchführung von Prophylaxemaßnahmen zur Vorbeugung gegen Zahn-, Mund- und Kieferkrankheiten

Auftragsgrundlage

Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NW), Gesetz für Tageseinrichtungen für Kinder, Schulverwaltungsgesetz, Allgemeine Schulordnung, Vereinbarung mit den Krankenkassen zur Förderung der Gruppenprophylaxe im Oberbergischen Kreis

Ziele

Förderung einer gesunden Entwicklung von Kindern und Jugendlichen

- Erkennung von Defiziten und Einleitung von Fördermaßnahmen
- Steigerung der Vorsorgeuntersuchungen
- Flächendeckende betriebsmedizinische Tätigkeit
- Flächendeckende zahnärztliche Betreuung der Einrichtungen einmal jährlich

Zielgruppen

Kinder und Jugendliche, Sorgeberechtigte, Erzieherinnen und Erzieher, Lehrer und Lehrerinnen, Behörden und Einrichtungen

Haushaltsplan 2011**1.07 Gesundheitsdienste**

verantwortlich:

1.07.01 Gesundheitsförderung

Dezernat III

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-140.096	-155.000	-155.000	-157.000	-159.500	-161.500
10	= Ordentliche Erträge	-140.096	-155.000	-155.000	-157.000	-159.500	-161.500
11	- Personalaufwendungen	851.706	917.492	1.040.560	1.046.725	1.055.936	1.065.991
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	86.434	89.316	86.716	87.916	89.116	90.316
14	- Bilanzielle Abschreibungen		11.362	16.677	14.259	15.052	15.052
15	- Transferaufwendungen	497.374	703.000	712.900	724.900	736.900	747.900
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	58.200	60.124	61.320	61.404	60.804	61.067
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.493.714	1.781.294	1.918.173	1.935.203	1.957.808	1.980.326
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.353.619	1.626.294	1.763.173	1.778.203	1.798.308	1.818.826
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.353.619	1.626.294	1.763.173	1.778.203	1.798.308	1.818.826
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.353.619	1.626.294	1.763.173	1.778.203	1.798.308	1.818.826
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-188.165	-229.827	-211.728	-194.639	-196.182	-197.503
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	315.555	348.642	355.343	327.060	327.210	329.537
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.481.009	1.745.109	1.906.787	1.910.625	1.929.336	1.950.860

Haushaltsplan 2011**1.07 Gesundheitsdienste**

verantwortlich:

1.07.01 Gesundheitsförderung

Dezernat III

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Gesundheitsförderung

Die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* beinhaltet die Kostenerstattung durch Krankenkassen (Kostenart 442500) für Gruppenprophylaxe.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Zudem sind hier Honorarkosten (Kostenart 501950, nur 2009) für die Bereiche Einschulungsuntersuchung und Ernährungsberatung veranschlagt.

In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* sind Kosten für die Unterhaltung (Kostenart 523600) und Neuanschaffung von ärztlichen Instrumenten, Sachkosten und Prophylaxematerial sowie Zahnarzthonorare für die Gruppenprophylaxe zusammengefasst. Darüber hinaus beinhaltet diese Summe Kosten der Gesundheitsförderung/Prävention (Kostenart 524900) und der Ernährungsberaterin (Kooperation mit Aggerenergie, Kostenart 529900) .

Die Kontengruppe *Transferaufwendungen* erfasst den Kostenzuschuss an den Verein Lebenshilfe zur Frühförderung behinderter Kinder und den Zuschuss an den Verein zur Förderung und Betreuung behinderter Kinder (Kostenart 531900). Außerdem werden hier die Kosten der ambulanten Sprachheilfürsorge (Kostenart 533900, TP 1.07.01.02.01) veranschlagt.

Über die Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die Kosten für Online-Verträge über die Nutzung medizinischer Datenbanken abgebildet (Kostenart 542900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011

1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

1.07.01 Gesundheitsförderung

Dezernat III

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-192.451	-155.000	-155.000		-157.000	-159.500	-161.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-192.451	-155.000	-155.000		-157.000	-159.500	-161.500
10	- Personalauszahlungen	785.850	664.746	751.624		759.141	766.732	774.399
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	78.204	88.650	86.660		87.860	89.060	90.260
14	- Transferauszahlungen	497.374	703.000	712.900		724.900	736.900	747.900
15	- sonstige Auszahlungen	9.838	9.300	14.630		14.630	14.630	14.630
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.371.267	1.465.696	1.565.814		1.586.531	1.607.322	1.627.189
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.178.816	1.310.696	1.410.814		1.429.531	1.447.822	1.465.689
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	5.973	9.200	3.780		3.780	3.780	3.780
30	= investive Auszahlungen	5.973	9.200	3.780		3.780	3.780	3.780
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / J. Auszahlung)	5.973	9.200	3.780		3.780	3.780	3.780

Haushaltsplan 2011

1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

1.07.01 Gesundheitsförderung

Dezernat III

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen/-auszahlungen
2	- Summe der investiven Auszahlungen	5.973	9.200	3.780		3.780	3.780	3.780	15.173	30.293
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	5.973	9.200	3.780		3.780	3.780	3.780	15.173	30.293

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante Investitionen/Ersatzbeschaffung von **geringwertigen Wirtschaftsgütern** (kurz GWG) und von **Betriebs- und Geschäftsausstattung** (kurz BGA) aus dem Bereich des **Gesundheitsamtes**. Betriebs- und Geschäftsausstattung ist ein Begriff der kaufmännischen Buchführung. Darunter fallen Gegenstände (über 410 Euro netto), die der langfristigen Betriebsbereitschaft eines Unternehmens dienen. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird im ersten Teil des Inventars als Vermögensposten geführt. In der Bilanz wird sie den Sachanlagen zugeordnet und ist damit ein Teil des Anlagevermögens. BGAs werden über den Zeitraum ihrer Nutzungsdauer abgeschrieben, über Kostenstellen werden die Beschaffungen verursachungsgerecht den Ämtern/Produkten zugeordnet. Geringwertige Wirtschaftsgüter können, im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, im Jahr der Anschaffung oder Herstellung voll als Betriebsausgabe abgesetzt werden. Voraussetzungen für ein geringwertiges Wirtschaftsgut: es muss eigenständig nutzbar sein, es muss beweglich sein, es muss länger als ein Jahr dem Betrieb dienen und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten liegen zwischen 60,- und 410,- Euro (netto). Der Ansatz ist für die Anschaffung von technischen Geräten für den ärztlichen Bereich bzw. für den schulärztlichen Bereich.

Die o. g. Investitionen werden über die *Finanzstelle 5.530000* (BGA, Anlagevermögen > 410 Euro netto) bzw. bzw. über die *Finanzstelle 5.530002* (GWG, Anlagevermögen < 410 Euro netto) abgewickelt.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.07 Gesundheitsdienste**1.07.02 Gutachten und Stellungnahmen****Beschreibung**

Erstellung von medizinischen Gutachten, psychiatrischen Gutachten, ärztlichen Stellungnahmen, Gesundheitszeugnissen im Auftrag von Behörden, Arbeitgebern.

- Gutachten nach beamten- oder beihilferechtlichen Vorschriften
- Gutachten nach dem TVöD
- Gutachter nach dem SGB XII (Sozialhilfe)
- Begutachtungen nach Fahrerlaubnisverordnung
- Begutachtungen von Ausländern und Asylbewerbern
- Begutachtungen für Gerichte
- Unbedenklichkeitsbescheinigungen

Auftragsgrundlage

Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NW), Beamtengesetze und Verordnungen, Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO), Fahrerlaubnisverordnung, Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), Sozialgesetzbuch (SGB), Strafgesetzbuch (StGB) Verordnung über das Leichenwesen, u.a.

Ziele

- Erstellung transparenter, objektiver und nachvollziehbarer Entscheidungsgrundlagen mit dem Ziel, eine rechtmäßige Anwendung der gesetzlichen Vorschriften durch die beteiligten Stellen zu ermöglichen
- Hohe Fach- und Beratungskompetenz

Zielgruppen

Behörden, Institutionen, Bevölkerung des Kreisgebietes, Beamte und Beschäftigte des öffentlichen Dienstes

Haushaltsplan 2011
1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

1.07.02 Gutachten und Stellungnahmen

Dezernat III

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-167.769	-180.000	-180.000	-180.000	-180.000	-180.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-8.835	-8.000	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000
10	= Ordentliche Erträge	-176.604	-188.000	-187.000	-187.000	-187.000	-187.000
11	- Personalaufwendungen	404.238	427.374	454.311	457.671	461.897	466.375
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	7.732	13.700	13.460	13.460	13.460	13.460
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	25.829	27.397	28.905	28.946	28.658	28.784
17	= Ordentliche Aufwendungen	437.799	468.470	496.677	500.077	504.016	508.620
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	261.195	280.470	309.677	313.077	317.016	321.620
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	261.195	280.470	309.677	313.077	317.016	321.620
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	261.195	280.470	309.677	313.077	317.016	321.620
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	61.402	62.680	71.814	66.698	66.302	66.777
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	322.597	343.151	381.491	379.775	383.318	388.397

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.07 Gesundheitsdienste

1.07.02 Gutachten und Stellungnahmen

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Gutachten und Stellungnahmen

Die Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* erfasst die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für das Gesundheitsamt des Oberbergischen Kreises. Über die Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* werden Einnahmen aus Nebentätigkeit (Kostenart 441903) abgewickelt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* werden Kosten für die Unterhaltung (Kostenart 523600) und Neuanschaffung von ärztlichen Instrumenten sowie Wäsche- und Laborkosten (Kostenart 529100) abgebildet.

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.07 Gesundheitsdienste

1.07.02 Gutachten und Stellungnahmen

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-160.054	-180.000	-180.000		-180.000	-180.000	-180.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-6.924	-8.000	-7.000		-7.000	-7.000	-7.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-166.978	-188.000	-187.000		-187.000	-187.000	-187.000
10	- Personalauszahlungen	376.128	314.008	338.042		341.423	344.837	348.285
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	7.144	13.700	13.290		13.290	13.290	13.290
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	383.271	327.708	351.332		354.713	358.127	361.575
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	216.293	139.708	164.332		167.713	171.127	174.575

Haushaltsplan 2011**1.07 Gesundheitsdienste**

verantwortlich:

1.07.03 Gesundheitshilfe

Dezernat III

Beschreibung

1. Koordination der Bereiche Sucht- und Drogenhilfe und Psychiatrie im Rahmen des Gemeindepsychiatrischen Verbundes (GPV)
2. Koordination der Fachstelle Sucht- und Drogenprävention
3. Ärztliche Untersuchungen zur Abklärung der Erkrankungen und der dadurch bedingten Hilfsbedürftigkeit
4. Entscheidungen über Zwangsmaßnahmen nach dem PsychKG
5. Gewährung von Zuschüssen an die freien Träger
6. Durchführung der HIV-Beratung
7. Sicherstellung der Schwangerschaftskonfliktberatung
8. Sicherstellung eines Beratungsangebotes für Schwangere und Mütter in sozialen und gesundheitlichen Problemlagen
9. Hilfe für alte und behinderte Menschen
10. Koordination im Rahmen der Fachberatungsstelle für Wohnungslose
11. Gewährung von Zuschüssen an die Träger der Fachberatungsstelle für Wohnungslose

Auftragsgrundlage

Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NW), Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Erkrankungen (PsychKG), Beschlüsse des Kreistages (Vereinbarung zum GPV)

Ziele

- Verbesserung der psychiatrischen Versorgung in der Bevölkerung
- Sicherstellung individueller Beratungs- und Hilfsangebote
 - o für psychisch kranke und abhängigkeitskranke Menschen
 - o für AIDS-Kranke
 - o für Schwangere
 - o für Wohnungslose

Zielgruppen

Besonders gefährdete Personengruppen, Psychisch Kranke, Abhängigkeitskranke, Schwangere und Mütter in sozialen und gesundheitlichen Problemlagen

Haushaltsplan 2011**1.07 Gesundheitsdienste**

verantwortlich:

1.07.03 Gesundheitshilfe

Dezernat III

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-56.235	-59.500	-61.500	-62.000	-62.500	-63.000
10	= Ordentliche Erträge	-56.235	-59.500	-61.500	-62.000	-62.500	-63.000
11	- Personalaufwendungen	485.071	556.557	552.546	553.611	557.826	562.875
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	283.252	286.400	295.024	300.024	305.024	310.024
15	- Transferaufwendungen	494.428	495.210	639.210	644.110	649.110	654.110
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	23.539	25.169	26.598	26.635	26.375	26.489
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.286.290	1.363.336	1.513.378	1.524.379	1.538.335	1.553.498
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.230.055	1.303.836	1.451.878	1.462.379	1.475.835	1.490.498
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.230.055	1.303.836	1.451.878	1.462.379	1.475.835	1.490.498
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.230.055	1.303.836	1.451.878	1.462.379	1.475.835	1.490.498
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	58.662	56.637	67.428	62.724	62.219	62.668
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.288.717	1.360.473	1.519.306	1.525.103	1.538.054	1.553.167

Haushaltsplan 2011

1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

1.07.03 Gesundheitshilfe

Dezernat III

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Gesundheitshilfe

Die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* beinhaltet den Landeszuschuss (Kostenart 414200) für die Beratungsstelle Schwangerenkonfliktberatung.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Unter der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* sind die Kosten der Gesundheitsförderung/Prävention (Kostenart 524900) sowie die Erstattungen der Personal- und Sachkosten an den Gemeindepsychiatrischen Verbund und für die Geschäftsführung der Diözese Münster ausgewiesen (Kostenart 525900).

In der Kontengruppe *Transferaufwendungen* sind die Zuschüsse für den Bereich Suchtkrankenarbeit, der Zuschuss zur Weiterführung der sozialpsychiatrischen Kontaktstellen, der Zuschuss an das DRK, der Zuschuss zur Betreuung von Menschen in sozialer Not und der Zuschuss für die Beratungsstellen (Schwangerenkonfliktberatung) zusammengefasst (Kostenart 531900).

Über die Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* werden Mitgliedsbeiträge (Kostenart 544900) abgebildet. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011
1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

1.07.03 Gesundheitshilfe

Dezernat III

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-56.235	-59.500	-61.500		-62.000	-62.500	-63.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-56.235	-59.500	-61.500		-62.000	-62.500	-63.000
10	- Personalauszahlungen	395.839	367.265	366.457		370.122	373.823	377.562
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	283.443	286.400	294.870		299.870	304.870	309.870
14	- Transferauszahlungen	483.748	495.210	639.210		644.110	649.110	654.110
15	- sonstige Auszahlungen	413	414	480		480	480	480
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.163.443	1.149.289	1.301.017		1.314.582	1.328.283	1.342.022
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.107.208	1.089.789	1.239.517		1.252.582	1.265.783	1.279.022

Haushaltsplan 2011

1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

1.07.04 Gesundheitsschutz

Dezernat III

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

1.07.04.01 Infektions- und umweltbezogener Gesundheitsschutz

1.07.04.02 Medizinalaufsicht

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.07.04.01

Infektions- und umweltbezogener Gesundheitsschutz

Beschreibung

Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Erkrankungen beim Menschen, Durchführung von Impfungen, Überwachung im Rahmen des Infektionsschutzes, Hygieneüberwachung, Gesundheitliche Bewertung von Umwelteinflüssen aller Art, Beratungen und Stellungnahmen.

1. Impfberatung und Durchführung von Schutzimpfungen
2. Belehrung nach § 43 Infektionsschutzgesetz
3. Tätigkeiten im Zusammenhang mit meldepflichtigen Krankheiten
4. Tuberkuloseüberwachung
5. Stellungnahmen im Rahmen der Orts-, Siedlungs- und Wohnhygiene sowie zu Industrie und Gewerbeanlagen
6. Trink- und Badewasserüberwachung
7. Hygieneüberwachung nach § 17 ÖGDG

Auftragsgrundlage

Infektionsschutzgesetz (IfSG), Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NW), Krankenhausgestaltungsgesetz (KHGG NRW), Heimgesetz, Krankenhausbauverordnung, Hygieneverordnung, Landeswassergesetz, Trinkwasserverordnung, Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG), u.a.

Ziele

- Verhütung und Bekämpfung (übertragbarer) Krankheiten
- Aufdeckung von Infektionsketten und deren Unterbrechung
- Verbesserung der Durchimpfungsraten in der Bevölkerung
- Schutz der Bevölkerung vor umweltbedingten Gesundheitsgefahren
- Vermeidung von Gesundheitsgefahren durch die Mitwirkungen an Planungen

Zielgruppen

Erkrankte Personen, Kontaktpersonen, Gemeinschaftseinrichtungen, Träger von Krankenhäusern und Heimen, Behörden, Institutionen, Firmen etc.

1.07.04.02

Medizinalaufsicht

Beschreibung

Erfassung und Überwachung der Berufe und Einrichtungen des Gesundheitswesens sowie Arzneimittelüberwachung, Apothekenaufsicht.

1. Erfassung und Überwachung der Berufe des Gesundheitswesens
2. Durchführung von Prüfungen in nichtärztlichen Heilberufen und Erteilung der Erlaubnisse
3. Leichen- und Bestattungswesen
4. Erlaubnisse über Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse
5. Erlaubnisse zur Führung der Berufsbezeichnung nichtärztlicher Heilberufe
6. Erteilung von Konzessionen für Privatkrankenhäuser
7. Apothekenaufsicht
8. Arzneimittelüberwachung

Auftragsgrundlage

Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NW), Verordnung zur Durchführung des Feuerbestattungsgesetzes, Ordnungsbehördliche Verordnung über das Leichenwesen, Krankenpflegegesetz und weitere Spezialgesetze der nichtärztlichen Heilberufe, Arzneimittelgesetz, Apothekengesetz, Betäubungsmittelgesetz, Heilmittelwerbegesetz, Chemikaliengesetz u.a.

Ziele

Zu 1.: Erfassung sämtlicher Personen, die in Berufen des Gesundheitswesens tätig sind.

Zu 5.: Verhinderung des Einsatzes nicht ausreichend qualifizierter Personen in nichtärztlichen Heilberufen.

Zu 7. und 8.: Einhaltung der Bestimmungen über den Umgang mit Arzneimitteln.

Zielgruppen

Personen mit Berufen des Gesundheitswesens, Bestattungsinstitute, Privatkrankenhäuser, Apotheken

Haushaltsplan 2011
1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

1.07.04 Gesundheitsschutz

Dezernat III

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-7.760	-5.250	-5.250	-5.250	-5.250	-5.250
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-70.733	-54.000	-58.000	-58.000	-58.000	-58.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-662	-600	-600	-600	-600	-600
10	= Ordentliche Erträge	-79.155	-59.850	-63.850	-63.850	-63.850	-63.850
11	- Personalaufwendungen	745.885	804.116	821.180	825.943	833.182	841.104
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	24.237	52.000	50.740	50.740	50.740	50.740
14	- Bilanzielle Abschreibungen	125					
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	45.760	49.703	52.322	52.393	51.887	52.109
17	= Ordentliche Aufwendungen	816.008	905.818	924.243	929.077	935.809	943.953
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	736.854	845.968	860.393	865.227	871.959	880.103
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	736.854	845.968	860.393	865.227	871.959	880.103
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	736.854	845.968	860.393	865.227	871.959	880.103
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	110.165	110.510	126.433	117.419	116.732	117.567
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	847.018	956.478	986.825	982.646	988.691	997.670

Haushaltsplan 2011

1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

1.07.04 Gesundheitsschutz

Dezernat III

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Gesundheitsschutz

Die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* beinhaltet den Landeszuschuss (Kostenart 414200) zu den Impfstoffkosten und den Landeszuschuss zu den Personal- und Sachkosten zu den Prüfungen nichtärztlicher Heilberufe. In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für das Gesundheitsamt und die Verwaltungsgebühren für das Sachgebiet Infektionsschutz und Umwelthygiene zusammengefasst. Die *Sonstigen ordentlichen Erträge* weisen Verwarnungsgelder und Zwangsgelder aus (Kostenart 452130 und 452120).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* erfasst alle Impfkosten/Kosten für Impfstoffe (Kostenart 526600) sowie Röntgenkosten bzw. die Kosten für bakteriologische und serologische Untersuchungen und Untersuchungen nach dem Infektionsschutzgesetz (Kostenart 529100). In der Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die Erstattungen an Prüfungsausschussmitglieder (Kostenart 542800) erfasst. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011

1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

1.07.04 Gesundheitsschutz

Dezernat III

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-4.150	-5.250	-5.250		-5.250	-5.250	-5.250
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-66.643	-54.000	-58.000		-58.000	-58.000	-58.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-387	-600	-600		-600	-600	-600
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-71.180	-59.850	-63.850		-63.850	-63.850	-63.850
10	- Personalauszahlungen	678.809	580.274	591.663		597.580	603.556	609.591
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	23.495	52.000	50.440		50.440	50.440	50.440
15	- sonstige Auszahlungen	158	1.400	1.360		1.360	1.360	1.360
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	702.462	633.674	643.463		649.380	655.356	661.391
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	631.282	573.824	579.613		585.530	591.506	597.541

Haushaltsplan 2011

1.08 Sportförderung

verantwortlich:

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.020	-1.900	-1.900	-1.900	-1.900	-1.900
10	= Ordentliche Erträge	-2.020	-1.900	-1.900	-1.900	-1.900	-1.900
11	- Personalaufwendungen	36.069	43.742	36.310	36.273	36.517	36.836
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	30		29	29	29	29
15	- Transferaufwendungen	188.908	214.516	208.516	189.516	187.516	189.516
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.049	5.377	5.328	5.299	5.142	5.183
17	= Ordentliche Aufwendungen	230.056	263.635	250.184	231.117	229.204	231.564
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	228.036	261.735	248.284	229.217	227.304	229.664
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	228.036	261.735	248.284	229.217	227.304	229.664
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	228.036	261.735	248.284	229.217	227.304	229.664
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	83.741	85.645	90.869	70.932	71.263	71.567
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	311.777	347.380	339.153	300.150	298.567	301.231

Haushaltsplan 2011

1.08 Sportförderung

verantwortlich:

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.020	-1.900	-1.900		-1.900	-1.900	-1.900
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.020	-1.900	-1.900		-1.900	-1.900	-1.900
10	- Personalauszahlungen	26.519	26.835	22.503		22.728	22.955	23.185
14	- Transferauszahlungen	188.835	214.516	208.516		189.516	187.516	189.516
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	215.354	241.351	231.019		212.244	210.471	212.701
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	213.334	239.451	229.119		210.344	208.571	210.801

Haushaltsplan 2011**1.08 Sportförderung**

verantwortlich:

1.08.01 Sportförderung

Dezernat III

Beschreibung

Förderung des Sports in Sportvereinen und –verbänden durch finanzielle Unterstützung.

Zusammenarbeit mit Vereinen und deren Fachverbänden.

Förderung durch Bereitstellung von Sportstätten für den außerschulischen Sport.

- Förderung des Sports in Vereinen und Verbänden
- Förderung des Schulsports
- Außerschulische Vergabe von Turn- und Sporthallen

Auftragsgrundlage

Kreistagsbeschluss

Ziele

Förderung des Breitensports

- jugendpflegerische Betätigung in der Breitensportarbeit in den Vereinen
- Gestaltung des Vereinslebens für Kinder und Jugendliche mit Sport, Spiel und Geselligkeit.

Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Schul- und Vereinssport durch die Übertragung der Aufgaben der Geschäftsführung im „Ausschuss für den Schulsport“

Zielgruppen

Geschäftsführung „Ausschuss für den Schulsport“, Vereine/Verbände, sonstiger organisierter Sport

Haushaltsplan 2011

1.08 Sportförderung

verantwortlich:

1.08.01 Sportförderung

Dezernat III

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.020	-1.900	-1.900	-1.900	-1.900	-1.900
10	= Ordentliche Erträge	-2.020	-1.900	-1.900	-1.900	-1.900	-1.900
11	- Personalaufwendungen	36.069	43.742	36.310	36.273	36.517	36.836
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	30		29	29	29	29
15	- Transferaufwendungen	188.908	214.516	208.516	189.516	187.516	189.516
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.049	5.377	5.328	5.299	5.142	5.183
17	= Ordentliche Aufwendungen	230.056	263.635	250.184	231.117	229.204	231.564
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	228.036	261.735	248.284	229.217	227.304	229.664
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	228.036	261.735	248.284	229.217	227.304	229.664
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	228.036	261.735	248.284	229.217	227.304	229.664
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	83.741	85.645	90.869	70.932	71.263	71.567
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	311.777	347.380	339.153	300.150	298.567	301.231

Haushaltsplan 2011**1.08 Sportförderung**

verantwortlich:

1.08.01 Sportförderung

Dezernat III

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Sportförderung

Über die Kontengruppe *Öffentlich–Rechtliche Leistungsentgelte* werden die Gebühren für die Inanspruchnahme von Sporthallen vereinnahmt (Kostenart 432100).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Transferaufwendungen* dient hauptsächlich der Abwicklung von Maßnahmen zur Förderung der Jugendarbeit in Sportvereinen. Darüber hinaus wird hier der Zuschuss für Behindertensportveranstaltungen bzw. Sportjugendtage sowie die pauschale Kostenerstattung an den Kreissportbund veranschlagt (Kostenart 531900). Zu den *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Bei der *Internen Leistungsverrechnung* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.08 Sportförderung

1.08.01 Sportförderung

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.020	-1.900	-1.900		-1.900	-1.900	-1.900
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.020	-1.900	-1.900		-1.900	-1.900	-1.900
10	- Personalauszahlungen	26.519	26.835	22.503		22.728	22.955	23.185
14	- Transferauszahlungen	188.835	214.516	208.516		189.516	187.516	189.516
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	215.354	241.351	231.019		212.244	210.471	212.701
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	213.334	239.451	229.119		210.344	208.571	210.801

Haushaltsplan 2011

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

verantwortlich:

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-55.332					
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-693.741	-735.500	-563.800	-563.800	-581.300	-596.300
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-8.591	-7.200	-2.200	-2.200	-2.200	-2.200
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-37.964	-2.702.370	-10.990.150	-47.350	-34.350	-31.850
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-305					
10	= Ordentliche Erträge	-795.933	-3.445.070	-11.556.150	-613.350	-617.850	-630.350
11	- Personalaufwendungen	4.441.296	4.844.392	4.717.883	4.746.115	4.787.922	4.833.492
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	311.879	3.093.518	11.682.761	306.686	226.686	238.186
14	- Bilanzielle Abschreibungen	837	6.849	8.652	8.942	11.587	11.587
15	- Transferaufwendungen				130.900	130.900	130.900
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	439.232	448.541	476.004	471.759	428.121	432.770
17	= Ordentliche Aufwendungen	5.193.245	8.393.300	16.885.300	5.664.403	5.585.217	5.646.935
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	4.397.312	4.948.231	5.329.150	5.051.053	4.967.367	5.016.585
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	4.397.312	4.948.231	5.329.150	5.051.053	4.967.367	5.016.585
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	4.397.312	4.948.231	5.329.150	5.051.053	4.967.367	5.016.585
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-5.990	-89.062	-18.190	-11.386	-11.557	-11.768
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	238.937	425.974	521.175	382.698	375.418	378.010

Haushaltsplan 2011**1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation**

verantwortlich:

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	4.630.259	5.285.143	5.832.135	5.422.365	5.331.228	5.382.826

Haushaltsplan 2011

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

verantwortlich:

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-671.953	-735.500	-563.800		-563.800	-581.300	-596.300
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-9.027	-7.200	-2.200		-2.200	-2.200	-2.200
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-16.621	-2.696.020	-10.983.800		-41.000	-28.000	-25.500
7	+ Sonstige Einzahlungen	-16.747						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-714.348	-3.438.720	-11.549.800		-607.000	-611.500	-624.000
10	- Personalauszahlungen	4.069.870	3.495.073	3.422.214		3.456.438	3.491.003	3.525.910
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	287.827	3.148.840	11.701.140		334.700	254.700	266.200
14	- Transferauszahlungen					130.900	130.900	130.900
15	- sonstige Auszahlungen	84.688	122.100	122.160		122.160	97.160	97.160
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	4.442.384	6.766.013	15.245.514		4.044.198	3.973.763	4.020.170
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	3.728.036	3.327.293	3.695.714		3.437.198	3.362.263	3.396.170
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	913	6.000	5.400		5.400	32.400	32.400
29	- sonstige Investitionsauszahlungen	12.270	4.000	4.000		4.000	4.000	4.000
30	= investive Auszahlungen	13.184	10.000	9.400		9.400	36.400	36.400
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	13.184	10.000	9.400		9.400	36.400	36.400

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.01 Räumliche Planung

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

1.09.01.01 Kreisentwicklungsplanung, Raum- und Umweltinformation

1.09.01.02 Beutreuung von Verfahren externer Planungsträger

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.09.01.01

Kreisentwicklungsplanung, Raum- und Umweltinformation

Beschreibung

- Koordination zur Herstellung eines regionalen Konsenses bei übergeordneten Planungen / Erarbeitung von kreisbezogenen Beiträgen und Antragsteilen
- Grundlagenerarbeitung von bedarfs- und strukturorientierten Beiträgen zur Kreisentwicklung insbesondere bei übergeordneten Rahmenplanungen und Basiserhebung sowie zur Gewerbe-, Siedlungs- und Verkehrsentwicklung des Oberbergischen Kreises
- Sicherstellung der dörflichen Entwicklung im Oberbergischen Kreis / Durchführung des Kreiswettbewerbes (Unser Dorf hat Zukunft) sowie Beteiligung an Landes- und Bundeswettbewerben
- Unterstützung und Anpassungsnotwendigkeiten für den Strukturwandel in Gewerbe, Wirtschaft, Siedlung und Verkehr verbunden mit der Erarbeitung von Beiträgen zur Neustrukturierung und Schwerpunktausrichtung von querschnittsorientierten Handlungsfeldern im Rahmen der Kreisentwicklung (z.B. Anpassung an den demographischen Wandel, Flexibilisierung von Siedlungs- und Gewerbestrukturen, etc.)
- Grundlagenerarbeitung von EU- und nationalorientierten Förderanträgen zur Kreisentwicklung, aktive Teilnahme an Wettbewerbsprozessen
- kulturlandschaftliche Entwicklungsplanung
- Entwicklungsplanungen zur Freiraum- und Erholungsnutzung
- Erfassung und Fortführung von fachbezogenen Geodaten aus dem Bau-, Planungs- und Umweltbereich
- Planungsunterstützung von Investitionsvorhaben, Genehmigungsabläufen, Planfeststellungserfordernissen und sonstigen zur Beschleunigung von Realisierungsvorhaben notwendigen Schritten
- Erstellung von Plänen und kartographischen Auswertungen
- Führen der Fachgeodaten aus dem Bau-, Planungs- und Umweltbereich im Rauminformationssystem Oberberg - RIO

Auftragsgrundlage

EU-, Bundes- und Landesvorgaben; EU-, Bundes und Landesförderprogramme; Beschlüsse der politischen Gremien

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation**1.09.01 Räumliche Planung****Ziele**

Der Oberbergische Kreis erfüllt interkommunale Aufgaben zur Gewerbe-, Siedlungs- und Verkehrsentwicklung sowie zur Freiraum- und Erholungssicherung gegenüber der Bezirksregierung Köln und dem Land NRW. Den Interessen des Oberbergischen Kreises und seiner 13 angehörigen Kommunen ist dabei in überregionalen Planungsverfahren zur Ausweisung neuer Vorrangstandorte entsprechend Gehör und Akzeptanz zu verschaffen. Dafür sind Basisgrundlagen zu erarbeiten, Zielvorstellungen zu formulieren und interkommunal für die Region des OBK abzustimmen.

Veränderungen und Entwicklungsprozesse in allen Bereichen der raumbedeutsamen Daseinsvorsorge sind dabei zu beachten, so dass die Zielformulierung ständig aktualisiert werden muss. Belange der Wirtschaft, aktuelle Entwicklungen im Bereich des Siedlungsbestandes und der Siedlungsplanung sowie Entwicklung im Bereich der Verkehrsbedarfe führen zu Bedarfsänderungen von Infrastruktur und Flächennutzung, so dass regionale Entwicklungsziele einem ständigen Anpassungsprozess unterliegen. Auch die Veränderung der Altersstruktur sowie der Wanderung im Oberbergischen Kreis führen zu einer sich ständig wandelnden Neuorientierung für private und öffentliche Träger in der regionalen Entwicklung des Oberbergischen Kreises.

Ziel ist, diese Anpassung kreisförderlich zu gestalten. Planungsrelevante Daten sind mit allen Veränderungen zu erfassen und für Planungs- und Genehmigungsvorhaben mit dem Ziel der Beschleunigung von Bearbeitungsprozessen bereit zu halten.

Zielgruppen

Politik, Behörden, Wirtschaft, Institutionen, Verbände, Vereine, Touristik, Gesellschaft

1.09.01.02

Betreuung von Verfahren externer Planungsträger

Beschreibung

- Federführung bei städtebaulichen, regionalplanerischen und raumordnerischen Stellungnahmen des Oberbergischen Kreises als Träger öffentlicher Belange
 - o im Rahmen der Bauleitplanung kreisangehöriger Kommunen und benachbarter Gebietskörperschaften
 - o bei Innen- und Außenbereichssatzungen
 - o bei der Beteiligung von Planungen des Bundes und des Landes (LEPro, Landes- und Regionalpläne, Raumordnungsverfahren)
 - o bei Planfeststellungsverfahren
- Stellungnahmen bei fachlichen Einzelplanungen und –nutzungen mit raumbedeutsamen Wirkungen (z.B. Flurbereinigung, agrarstrukturelle und forstliche Rahmenplanungen)
- Koordinierung bzgl. der Ämterbeteiligung innerhalb der Kreisverwaltung bei städtebaulichen, regionalplanerischen und raumordnerischen Planungen
- Wahrnehmung von externen Terminen im Rahmen oben genannter Planungen
- Planungsaufsicht zur Einhaltung von Zielen der Raumordnung und Landesplanung
- Vertretung der Interessen des Oberbergischen Kreises bei landes- und regionalplanerischen Anhörungsverfahren
- landschaftspflegerische Beurteilung von Planungen und Maßnahmen sowie Vollzugskontrolle im Rahmen der gesetzlichen bauleitplanerischen Eingriffs- / Ausgleichsregelung
- wasser-, boden- und artenschutzrechtliche Beurteilung von Planungen und Maßnahmen u.a. im Rahmen der Bauleitplanung

Auftragsgrundlage

Raumordnungsgesetz, Landesplanungsgesetz, LEPro NRW, Baugesetzbuch, Bundesnaturschutzgesetz, Fernstraßengesetz, Straßen- und Wegegesetz, Eisenbahngesetz, Wasserhaushaltsgesetz, Bundesbodenschutzgesetz, Landschaftsgesetz NRW, EU-Verordnungen und -Richtlinien

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation**1.09.01 Räumliche Planung****Ziele**

- positive Steuerung der Raumentwicklung im Sinne einer wirtschaftsförderlichen Entwicklung
- Einhaltung der Zeitvorgaben der Planungsträger
- Optimierung von Verwaltungsabläufen
- kommunale Planungen mit den Zielen der Raumordnung und Landschaftsplanung in Übereinstimmung zu bringen
- Einbringung der Kreisinteressen bei Planungen in Abstimmung mit seinen Aufgaben als Träger öffentlicher Belange

Zielgruppen

Landesplanungsbehörden, Bezirksregierung Köln, Kommunen des Oberbergischen Kreises, benachbarte Gebietskörperschaften, Bezirksregierungen, Straßen NRW

Haushaltsplan 2011
1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

verantwortlich:

1.09.01 Räumliche Planung

Dezernat IV

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-31.823	-2.684.370	-10.966.650	-22.350	-6.350	-6.350
10	= Ordentliche Erträge	-31.823	-2.684.370	-10.966.650	-22.350	-6.350	-6.350
11	- Personalaufwendungen	663.787	754.791	736.488	738.384	744.104	750.839
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	124.026	2.873.999	11.465.681	98.181	18.181	29.681
14	- Bilanzielle Abschreibungen		3.949	4.274	3.804	4.001	4.001
15	- Transferaufwendungen				130.900	130.900	130.900
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	37.392	44.877	45.085	45.131	44.737	44.897
17	= Ordentliche Aufwendungen	825.204	3.677.616	12.251.528	1.016.400	941.923	960.318
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	793.381	993.246	1.284.878	994.050	935.573	953.968
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	793.381	993.246	1.284.878	994.050	935.573	953.968
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	793.381	993.246	1.284.878	994.050	935.573	953.968
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	1.376	-49.001	-1.611	-1.270	-1.373	-1.542
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	19.960	92.740	58.396	56.562	55.604	56.324
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	814.717	1.036.986	1.341.663	1.049.342	989.804	1.008.750

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Räumliche Planung

Die Produktgruppe „1.09.01 Räumliche Planung“ beinhaltet die Produkte „1.09.01.01 Kreisentwicklungsplanung, Raum- und Umweltinformationen“ und „1.09.01.02 Betreuung von Verfahren externer Planungsträger“.

Über die Kontengruppe *Kostenerstattungen* werden neben den Zuschüssen für verschiedene Projekte (s.u., Kostenart 444905) auch Erstattungen des Bundesamtes für Zivildienst (Kostenart 444903) vereinnahmt. Für das Jahr 2011 werden für das Projekt Metabolon (Kostenstelle 1514) im Rahmen der Regionale 2010 Zuschüsse in Höhe von ca. 8,5 Mio. Euro vereinnahmt (Kostenart 444905).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen sowie die anteiligen Kosten von Zivildienstleistenden.

In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* sind die Aufwendungen für Regionale Entwicklung u. Demographie (Kostenart 529914), das Projekt Metabolon (Kostenart 529927; im Jahr 2011 ca. 8,5 Mio. Euro) und die Kosten des Wettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“ (Kostenart 529915) veranschlagt.

In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die anfallenden Kosten für die Unterstützung von Regionalmessen und Veranstaltungen, der Aufbau und die Unterhaltung des Kompensationsflächenkatasters nach dem Landschaftsgesetz NRW und die Beschaffung von Planungsunterlagen verausgabt (Kostenart 543900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Die Produktgruppe „1.09.01 Räumliche Planung“ beinhaltet weiter die Kosten von Projekten im Rahmen der Regionale 2010 (Projekt Kulturlandschaft Homburger Ländchen, Projekt Wasserquintett, Projekt Bergische Grauwacke, Projekt Rad Region (Infrastruktur), Projekt Mühlen u. Hämmer, Projekt Metabolon, Masterplan Talsperren, Steuerungskosten bzw. Umsetzung/Qualifizierung d Projekte Regionale 2010).

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

verantwortlich:

1.09.01 Räumliche Planung

Dezernat IV

Teilfinanzplan			Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-10.700	-2.678.020	-10.960.300		-16.000		
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-10.700	-2.678.020	-10.960.300		-16.000		
10	-	Personalauszahlungen	539.158	495.718	491.493		496.409	501.373	506.386
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	102.099	2.925.200	11.479.810		122.310	42.310	53.810
14	-	Transferauszahlungen					130.900	130.900	130.900
15	-	sonstige Auszahlungen	11.538	32.400	21.390		21.390	21.390	21.390
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	652.794	3.453.318	11.992.693		771.009	695.973	712.486
17	=	Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	642.094	775.298	1.032.393		755.009	695.973	712.486

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation**1.09.02 Vermessung u. Führung v. Geobasisdaten****Beschreibung**

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.09.02.01 Geodätischer Raumbezug

1.09.02.02 Liegenschafts- und Ingenieurvermessung

1.09.02.02.01 Vermessungstätigkeit für Dritte

1.09.02.02.02 Verwaltungsinterne Vermessungstätigkeit

1.09.02.03 Führung der Liegenschaften Flurstücke und Gebäude

1.09.02.03.01 Übernahme beigebrachter Vermessungsschriften

1.09.02.03.02 Übernahme eigener Vermessungsschriften

1.09.02.03.03 Durchsetzung von Vermessungspflichten

1.09.02.04 Erhebung und Führung der Nutzung, Topografie und Bodenschätzung

1.09.02.05 Führung der Personen- und Bestandsdaten

1.09.02.06 Erneuerung des Liegenschaftskatasters

Auftragsgrundlage**Ziele****Zielgruppen**

1.09.02.01

Geodätischer Raumbezug

Beschreibung

Ohne geodätischen Raumbezug (Lagebezugssystem ETRS89) können keine Koordinaten, Flächen, Höhen u.a. zuverlässig ermittelt werden. Der Raumbezug wird durch Vermessung und Berechnung im Innen- und Außendienst gebührenfrei als Grundlagendienst bereitgestellt. Hierbei ist die kontinuierliche Führung und Pflege des Anschlusspunktfeldes die Hauptaufgabe.

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung

Ziele

Die Gewährleistung des geodätischen Raumbezugs ist umfassend durch fachliche Vorgaben geregelt; die verbleibenden Ermessensspielräume werden genutzt. Die Einhaltung der Vorgaben vorausgesetzt sollten quantitative Ziele angestrebt werden.

Die flächendeckende, hochgenaue Verfügbarkeit des geodätischen Lagebezugs ist Hauptziel.

Wirtschaftlich steht eine Kostenreduzierung, gemessen am Hauptverursacher, dem einzelnen Grundstück bzw. Flurstück, im Vordergrund.

Zielgruppen

Freie und gewerbliche Unternehmen sowie öffentliche Stellen, deren örtliche Erhebungen Raumbezug benötigen

1.09.02.02

Liegenschafts- und Ingenieurvermessung

Beschreibung

Liegenschaftsvermessungen sind Teilungs-, Grenz- und Gebäudevermessungen, die auf Antrag gebührenpflichtig oder von Amts wegen gebührenfrei erbracht werden.

Von Amts wegen werden die Einmessungen der vor August 1972 errichteten Gebäude und alle Vermessungen zur Katastererneuerung (Produkt 1.09.02.06) durchgeführt.

Ingenieurvermessungen werden nur in Einzelfällen für interne Zwecke der Kreisverwaltung durchgeführt.

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Vermessungs- und Wertermittlungsgebührenordnung

Ziele

Die Ausführung von Liegenschaftsvermessungen ist umfassend durch fachliche Vorgaben geregelt; die verbleibenden Ermessensspielräume werden genutzt. Die Einhaltung der Vorgaben vorausgesetzt sollten quantitative Ziele angestrebt werden.

Mittelfristig stellt die Ausführung von Gebäudeeinmessungen die umfangreichste Aufgabe dar. Es ist eine größtmögliche Zahl anzustreben, um die vorhandenen Einmessungsdefizite der Altbauten baldmöglichst aufzuarbeiten.

Wirtschaftlich steht die Kostenreduzierung im Vordergrund. Bei gleichzeitiger Steigerung der Fallzahlen müssen sich die Kosten am Einzelvorgang orientieren.

Zielgruppen

Grundstückseigentümer als Antragsteller oder Beteiligte im Verfahren

1.09.02.03

Führung der Liegenschaften Flurstücke und Gebäude

Beschreibung

Alle auf bzw. an Grundstücken vorgenommenen Veränderungen wie zum Beispiel die Errichtung eines Gebäudes, die Teilung eines Grundstücks oder der Umbau einer Straße haben Liegenschaftsvermessungen zur Folge. Diese von befugten Stellen durchgeführten Vermessungen müssen der Katasterbehörde eingereicht werden. Die sich anschließende Prüfung und Übernahme dieser Vermessungsergebnisse stellt die zentrale Pflichtaufgabe der Katasterführung dar.

Gebührenpflichtig erfolgt die Bildung von Flurstücken; gebührenfrei sind die Bearbeitung von Grenz- und Gebäudeeinmessungen sowie die Verschmelzung von Flurstücken.

Darüber hinaus überwacht die Katasterbehörde die Gebäudeeinmessungspflicht und setzt diese im Einzelfall durch.

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Vermessungs- und Wertermittlungsgebührenordnung

Ziele

Prüfung und Übernahme der Vermessungsergebnisse sind umfassend durch fachliche Vorgaben geregelt; die verbleibenden Ermessensspielräume werden genutzt. Die Einhaltung der Vorgaben vorausgesetzt sollten quantitative Ziele angestrebt werden.

Für die Wirtschaftsförderung ist im Besonderen eine zügige Bearbeitung von Flurstücksbildungen vorrangig. Auf der Kostenseite ist der erforderliche Personalaufwand an den erzielbaren Gebühreneinnahmen zu messen. Trotz schwieriger Voraussetzungen (Niedrige Bodenwerte, teilweise problematische Katasterqualität, gebührenfreie Vorgänge u.a.) soll die Kostendeckung langfristiges Ziel sein.

Für eine umfängliche, belastbare Nutzung des Liegenschaftskatasters ist mittelfristig die qualifizierte Vollständigkeit des Gebäudenachweises zu erreichen.

Zielgruppen

Befugte Vermessungsstellen (Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure, privilegierte Behörden), Grundstückseigentümer als Einmessungsverpflichtete bzw. Auftraggeber und als Antragsteller bei Vereinigungen

1.09.02.04

Erhebung und Führung der Nutzung, Topografie und Bodenschätzung

Beschreibung

Im Liegenschaftskataster sind in Ergänzung der Flurstücks- und Gebäudedaten flächendeckend und aktuell zu beschreiben:

- die tatsächlichen Flächennutzungen,
- die charakteristischen Geländeformen, baulichen Anlagen und wesentlichen Landschaftselemente (Topografie) sowie die von der Finanzbehörde durchgeführten Bodenschätzungen als Grundlage zur Besteuerung der landwirtschaftlichen Flächen.

Nutzung und Topographie werden im Innen- und Außendienst erfasst und ebenso wie die vom Finanzamt durchgeführte Bodenschätzung gebührenfrei als Grundlagendienst bereitgestellt.

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Grundsteuer-, Bewertungs- und Bodenschätzungsgesetz

Ziele

Die Laufendhaltung von Flächennutzung und Topografie ist umfassend durch fachliche Vorgaben geregelt; die verbleibenden Ermessensspielräume werden genutzt. Die Einhaltung der Vorgaben vorausgesetzt sollten quantitative Ziele angestrebt werden.

Die flächendeckende Aktualität stellt für die Nutzer den maßgeblichen Mehrwert der Geobasisdaten dar. Da in den nächsten Jahren neben der Laufendhaltung zusätzlich Umstellungsarbeiten bezüglich der Art der Datenführung erfolgen müssen, soll der erreichte Aktualitätsstand mittelfristig gehalten werden.

Wirtschaftlich steht die Kostenreduzierung, gemessen am Hauptverursacher, der zu bearbeitenden Fläche, im Vordergrund.

Zielgruppen

Aufgabenträger aus der Planung und Statistik, Unternehmen der Energieversorgung, Bauwillige, Ordnungsbehörden, Bewertungssachverständige, Finanz- und Steuerämter u.a. private / öffentliche Nutzer des Liegenschaftskatasters

1.09.02.05

Führung der Personen- und Bestandsdaten

Beschreibung

Das Liegenschaftskataster ist das amtliche Verzeichnis der Grundstücke im Sinne der Grundbuchordnung. Die Übereinstimmung zwischen Liegenschaftskataster und Grundbuch ist demnach zwingend zeitnah zu wahren. Die Amtsgerichte als Grundbuchämter teilen der Katasterbehörde die Eigentumsveränderungen überwiegend in digitaler Form mit. Diese müssen geprüft und gebührenfrei in das Liegenschaftskataster als Grundlagendienst übernommen werden.

Ergänzend werden weitere Personendaten, d.h. Informationen des Katasters zur Person, Anschrift, Verwaltung, Vertretung und Hinweise auf Baulasten geführt.

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Grundbuchordnung §2, Abs.2

Ziele

Die Laufendhaltung der Personen- und Bestandsdaten ist umfassend durch fachliche Vorgaben und programmtechnische Bedingungen geregelt. Deren Einhaltung vorausgesetzt sollten quantitative Ziele angestrebt werden.

Die flächendeckende Aktualität, d.h. die zeitnahe Übereinstimmung mit dem Grundbuch, stellt für die Nutzer den maßgeblichen Mehrwert der Eigentümerdaten dar. Eine Aktualitätsdifferenz von wenigen Tagen soll erreicht werden. Wirtschaftlich steht die Kostenreduzierung, gemessen am Hauptverursacher ‚Eigentümer‘, dessen Handeln Veränderungen der Personen- und Bestandsdaten zur Folge hat, im Vordergrund.

Zielgruppen

Alle Nutzer des Liegenschaftskatasters, die berechtigt sind, Eigentümerdaten einzusehen (Eigentümer und Berechtigte an Grundstücken, eine Vielzahl an Behörden, Energieversorgern, Banken, Architekten, Planern, Maklern u.v.a.m.)

1.09.02.06

Erneuerung des Liegenschaftskatasters

Beschreibung

Um den stetig steigenden Anforderungen der Nutzer zu genügen, ist das Liegenschaftskataster (LK) durch verschiedene, weitgehend gebührenfreie¹⁾ Maßnahmen zu erneuern, die in 4 Kategorien darstellbar sind:

- E1: Umstellung der Karten, Pläne, Bücher, Listen, Skizzen, Urkunden und der historischen Unterlagen auf digitale Führung
- E2: Integration bzw. Migration der Daten untereinander zum Abbau von Mehrfachinformationen (Redundanzen) und Zusammenführung in ALKIS (Amtliches Liegenschaftskataster Informationssystem)
- E3: Umfassende Qualifizierung des LK durch Übernahme von Bodenordnungsverfahren (Flurbereinigungen, Umliegungen¹⁾) und durch eigene Maßnahmen
- E4: Geometrische Verbesserung durch Aufbau eines spannungsfreien Koordinatenkatasters

¹⁾ Nur im Zusammenhang mit der Übernahme von Umliegungen sowie ggf. durch Zahlung von Landeszuschüssen im Rahmen besonderer Erneuerungsmaßnahmen können Einnahmen anfallen.

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung

Ziele

Das langfristige Ziel aller Erneuerungsmaßnahmen muss deren Abschluss unter Beachtung der fachlichen Vorgaben sein. Die Reihenfolge der Kategorien hinsichtlich ihrer Priorität ist: E2 – E1 – E3 – E4. D.h., dass die Einführung von ALKIS höchste Priorität hat, da hier die größten Erleichterungen für die laufenden Arbeitsprozesse zu erwarten sind. Wirtschaftlich steht die Kostenreduzierung, gemessen an der Zahl der zu erneuernden Katasterfälle, d.h. der Flurstücke, im Vordergrund.

Zielgruppen

Alle privaten und öffentlichen Nutzer des Liegenschaftskatasters

Haushaltsplan 2011
1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

verantwortlich:

1.09.02 Vermessung u. Führung v. Geobasisdaten

Dezernat IV

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-55.332					
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-362.660	-388.000	-341.000	-336.000	-336.000	-336.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-220	-12.000	-12.000	-13.500	-16.500	-14.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-305					
10	= Ordentliche Erträge	-418.517	-400.000	-353.000	-349.500	-352.500	-350.000
11	- Personalaufwendungen	2.857.947	3.169.002	2.999.459	3.018.553	3.045.511	3.074.667
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	128.033	145.879	148.317	143.572	143.572	143.572
14	- Bilanzielle Abschreibungen	837	2.900	4.378	5.138	7.586	7.586
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	286.587	272.051	289.317	286.382	249.372	252.444
17	= Ordentliche Aufwendungen	3.273.404	3.589.833	3.441.471	3.453.645	3.446.040	3.478.269
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	2.854.887	3.189.833	3.088.471	3.104.145	3.093.540	3.128.269
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	2.854.887	3.189.833	3.088.471	3.104.145	3.093.540	3.128.269
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	2.854.887	3.189.833	3.088.471	3.104.145	3.093.540	3.128.269
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-51.563	-280.425	-116.058	-70.808	-71.281	-71.582
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	194.900	333.234	432.382	296.721	292.163	293.788
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	2.998.224	3.242.642	3.404.795	3.330.058	3.314.422	3.350.475

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.02 Vermessung u. Führung v. Geobasisdaten

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Vermessung und Führung von Geobasisdaten

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für die Ausführung von Vermessungen und die Übernahme von Vermessungsschriften gesammelt. Die einzelnen Gebühren können über Produkte/Teilprodukte noch weiter differenziert werden. Bei den *Kostenerstattungen und Kostenumlagen* handelt es sich um Kostenbeteiligungen z.B. durch Kommunen.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* umfasst die Kosten für die Arbeiten zur Erneuerung des Liegenschaftskatasters und die Ausgaben für Bildflüge (Kostenart 529100).

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

verantwortlich:

1.09.02 Vermessung u. Führung v. Geobasisdaten

Dezernat IV

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-346.387	-388.000	-341.000		-336.000	-336.000	-336.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen		-12.000	-12.000		-13.500	-16.500	-14.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-12.582						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-358.969	-400.000	-353.000		-349.500	-352.500	-350.000
10	- Personalauszahlungen	2.756.219	2.306.870	2.285.421		2.308.276	2.331.359	2.354.669
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	147.800	175.500	178.990		171.690	171.690	171.690
15	- sonstige Auszahlungen	61.482	68.200	81.850		81.850	56.850	56.850
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.965.501	2.550.570	2.546.261		2.561.816	2.559.899	2.583.209
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	2.606.532	2.150.570	2.193.261		2.212.316	2.207.399	2.233.209
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	913	6.000	5.400		5.400	32.400	32.400
29	- sonstige Investitionsauszahlungen	12.270	4.000	4.000		4.000	4.000	4.000
30	= investive Auszahlungen	13.184	10.000	9.400		9.400	36.400	36.400
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	13.184	10.000	9.400		9.400	36.400	36.400

Haushaltsplan 2011

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

verantwortlich:

1.09.02 Vermessung u. Führung v. Geobasisdaten

Dezernat IV

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen/-auszahlungen
2	- Summe der investiven Auszahlungen	13.184	10.000	9.400		9.400	36.400	36.400	23.184	114.784
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	13.184	10.000	9.400		9.400	36.400	36.400	23.184	114.784

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante Investitionen/Ersatzbeschaffung von **geringwertigen Wirtschaftsgütern** (kurz GWG) und von **Betriebs- und Geschäftsausstattung** (kurz BGA) aus dem Bereich **Katasterverwaltung**. Der Ansatz ist für vermessungstechnische Geräte bzw. IT-Geräte bestimmt, welche nicht angemietet werden. Betriebs- und Geschäftsausstattung ist ein Begriff der kaufmännischen Buchführung. Darunter fallen Gegenstände (über 410 Euro netto), die der langfristigen Betriebsbereitschaft eines Unternehmens dienen. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird im ersten Teil des Inventars als Vermögensposten geführt. In der Bilanz wird sie den Sachanlagen zugeordnet und ist damit ein Teil des Anlagevermögens. BGAs werden über den Zeitraum ihrer Nutzungsdauer abgeschrieben, über Kostenstellen werden die Beschaffungen verursachungsgerecht den Ämtern/Produkten zugeordnet. Geringwertige Wirtschaftsgüter können, im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, im Jahr der Anschaffung oder Herstellung voll als Betriebsausgabe abgesetzt werden. Voraussetzungen für ein geringwertiges Wirtschaftsgut: es muss eigenständig nutzbar sein, es muss beweglich sein, es muss länger als ein Jahr dem Betrieb dienen und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten liegen zwischen 60,- und 410,- Euro (netto).

Die o. g. Investitionen werden über die *Finanzstelle 5.620001* (BGA, Technische Geräte, Anlagevermögen > 410 Euro netto) bzw. bzw. über die *Finanzstelle 5.620002* (GWG, Technische Geräte, Anlagevermögen < 410 Euro netto) abgewickelt.

In den Jahren 2013 und 2014 werden Investitionen von jeweils 27.000 Euro für neue Messfahrzeuge eingeplant (PSP-I 5.620003.710).

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation**1.09.03 Geoinformationsdienste, Geodatenmanag.****Beschreibung**

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

- 1.09.03.01 Bereitstellung von Geodaten und kartografischen Produkten
 - 1.09.03.01.01 Nutzung von Abrufverfahren
 - 1.09.03.01.02 Betrieb von Abrufverfahren

- 1.09.03.02 Abgabe von Geodaten und kartografischen Produkten
 - 1.09.03.02.01 Abgabe von digitalen Geobasisdaten
 - 1.09.03.02.02 Abgabe von analogen Geobasisdaten
 - 1.09.03.02.03 Abgabe von digitalen Geobasisdaten (gegen Entgelt)
 - 1.09.03.02.04 Abgabe von analogen Geobasisdaten (gegen Entgelt)
 - 1.09.03.02.05 Interne Ausdrücke und digitale Vervielfältigungen
 - 1.09.03.02.06 Ausdrücke und digitale Vervielfältigungen
 - 1.09.03.02.07 Bescheinigungen
 - 1.09.03.02.08 Unschädlichkeitszeugnisse
 - 1.09.03.02.09 Einnahmen für Dritte (Land)

- 1.09.03.03 Abgabe von Geobasisdaten des Vermessungszahlenwerks
 - 1.09.03.03.01 Vermessungsunterlagen ohne MwSt
 - 1.09.03.03.02 Vermessungsunterlagen mit MwSt

Auftragsgrundlage**Ziele****Zielgruppen**

1.09.03.01

Bereitstellung von Geodaten und kartografischen Produkten

Beschreibung

Um den Nutzern aus Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft eine hochwertige Grundlage für anstehende Entscheidungen zu geben, werden die verfügbaren Geodaten aufbereitet und aktuell mittels Web-basierter Geodienste bereitgestellt. Hierdurch entstehen bei den Nutzern Mehrwerte in Form von Zeitersparnissen und nachhaltiger Belastbarkeit der Informationen, was durch deren Flächendeckung, Aktualität, Zuverlässigkeit, Standardisierung, Transparenz, Verknüpfbarkeit u.a. begründet ist.

Auftragsgrundlage

Die Kreisverwaltung setzt hierzu freie und Quellcode-offene Programme im Geodienst *Rauminformation Oberberg (RIO)* ein. Neben frei zugänglichen Diensten sind auch kostenpflichtige Erweiterungen des Geodienstes vereinbar. Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Geodatenzugangsgesetz (GeoZG NRW), Vermessungs- und Wertermittlungsgebührenordnung

Ziele

Die Einhaltung der informationstechnischen Sicherheitsvorgaben und der geltenden Kostenordnungen wird vorausgesetzt. Inhalt, Aktualität und Verfügbarkeit des Web-basierten Geodienstes sind ausschlaggebende Parameter für dessen Nutzung. Da die bei den Nutzern entstehenden Mehrwerte quantitativ nicht erfassbar sind, sollte die Steigerung der Datenzugriffe und der Zahl der vertraglich gebundenen Nutzer angestrebt werden. Zur Erfassung von Zugriffszahlen sind die programmtechnischen Voraussetzungen zu schaffen. Wirtschaftlich steht eine Kosten-Nutzen-Bilanzierung im Vordergrund. Aufgrund der erheblichen Streuung der Nutzer sind die Kosten an der Einwohnerzahl zu messen.

Zielgruppen

Nutzer von Geoinformationen aus Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft

1.09.03.02

Abgabe von Geodaten und kartografischen Produkten

Beschreibung

Die Geobasisdaten des amtlichen Vermessungswesens können digital und analog erworben werden. Es werden zudem Bescheinigungen und Unschädlichkeitszeugnisse ausgestellt sowie Vermessungs- und Vereinigungsanträge entgegengenommen. Sonderdienstleistungen für Scanarbeiten, spezielle Daten- oder Druckausgaben werden angeboten.

Regelmäßig sind in diesem Zusammenhang beratende und klärende Gespräche zu führen.

Darüber hinaus sind die sonstigen befugten Behörden (zurzeit alle kreisangehörigen Gemeinden) in ihrer Vertriebstätigkeit zu unterstützen.

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Vermessungs- und Wertermittlungsgebührenordnung, Unschädlichkeitsgesetz

Ziele

Die Einhaltung der geltenden Kostenordnungen und -vorgaben wird vorausgesetzt. Die beratenden Tätigkeiten sind nachhaltig und qualifiziert wahrzunehmen.

Für die Wirtschaftsförderung ist im Besonderen eine zügige Bearbeitung der Anträge vorrangig.

Auf der Kostenseite ist der erforderliche Personalaufwand an den erzielbaren Gebühreneinnahmen zu messen. Trotz schwieriger Voraussetzungen (Parallelvertrieb durch die kreisangehörigen Gemeinden, nicht gebührendeckende bzw. gebührenfreie Vorgänge usw.) soll eine Kostendeckung langfristiges Ziel sein.

Zielgruppen

Auskunftssuchende und Antragssteller aus Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft

1.09.03.03

Abgabe von Geobasisdaten des Vermessungszahlenwerks

Beschreibung

Zur Vorbereitung und Durchführung aller grundstücksbezogenen Vermessungsarbeiten werden für private und hoheitlich tätige Vermessungsstellen die notwendigen Unterlagen bereitgestellt und überwiegend gebührenfrei abgegeben.

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Vermessungs- und Wertermittlungsgebührenordnung

Ziele

Die Einhaltung der geltenden Gebührenordnung und die Vollständigkeit der Datenabgaben bzw. der Vermessungsunterlagen wird vorausgesetzt. Für die Wirtschaftsförderung ist eine zügige Bearbeitung der Anträge vorrangig.

Zielgruppen

Freie und gewerbliche Vermessungsbüros sowie sonstige gewerbliche Antragsteller

Haushaltsplan 2011
1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

verantwortlich:

1.09.03 Geoinformationsdienste, Geodatenmanag.

Dezernat IV

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-304.169	-318.500	-193.300	-193.300	-205.800	-220.800
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-8.591	-7.200	-2.200	-2.200	-2.200	-2.200
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-3.969	-4.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000
10	= Ordentliche Erträge	-316.729	-329.700	-205.500	-205.500	-218.000	-233.000
11	- Personalaufwendungen	586.233	580.063	652.276	657.236	663.346	669.795
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	34.514	50.140	48.316	46.856	46.856	46.856
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	69.409	73.410	81.790	80.887	76.730	77.675
17	= Ordentliche Aufwendungen	690.157	703.613	782.382	784.979	786.932	794.325
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	373.427	373.913	576.882	579.479	568.932	561.325
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	373.427	373.913	576.882	579.479	568.932	561.325
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	373.427	373.913	576.882	579.479	568.932	561.325
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	44.826	160.243	86.603	60.090	59.184	59.520
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	418.253	534.156	663.485	639.569	628.116	620.845

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.03 Geoinformationsdienste, Geodatenmanag.

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Geoinformationsdienste

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für die Nutzung von Abrufverfahren, die Abgabe von Geobasisdaten sowie für kartentechnische Auftragsarbeiten und Bescheinigungen veranschlagt.

Bei der Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte (Kontenart 441) / Kostenerstattungen (Kontenart 442)* werden die Einnahmen aus dem Verkauf von Geobasisdaten sowie die Kostenerstattungen für den Betrieb von Abrufverfahren und für die Abgabe von Geobasisdaten durch das Land angesetzt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* sind die anteilmäßigen Kosten für die Unterhaltung der Datenverarbeitungseinrichtungen (Wartung, Dienstleistungen für IT), Ausgaben für die zum Weiterverkauf (Kostenart 526600) bestimmten, fertigen Produkte und auch die Erstattungen an das Land (Kostenart 525200) aus dem Verkauf von Landesdaten enthalten.

Unter der Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die Leasingaufwendungen (Kostenart 542200) für IT-Bedarf gebucht. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.03 Geoinformationsdienste, Geodatenmanag.

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-299.249	-318.500	-193.300		-193.300	-205.800	-220.800
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-9.027	-7.200	-2.200		-2.200	-2.200	-2.200
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-3.969	-4.000	-10.000		-10.000	-10.000	-10.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-1.273						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-313.519	-329.700	-205.500		-205.500	-218.000	-233.000
10	- Personalauszahlungen	494.403	437.825	430.663		434.970	439.320	443.714
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	18.686	33.140	30.700		30.700	30.700	30.700
15	- sonstige Auszahlungen	387						
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	513.476	470.965	461.363		465.670	470.020	474.414
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	199.956	141.265	255.863		260.170	252.020	241.414

Beschreibung

Der Gutachterausschuss für Grundstückswerte ist ein mit Bewertungssachverständigen besetztes, neutrales und von Weisungen unabhängiges Kollegialgremium. Zur Aufgabenerfüllung ist eine Geschäftsstelle bei der Kreisverwaltung vorzuhalten. Pflichtaufgaben sind:

- *[kostenfrei als Grundlagendienst zu erbringen:]*
Führung der Kaufpreissammlung, Festsetzung und Beauskunftung der Bodenrichtwerte, Ableitung von für die Wertermittlung erforderlichen Daten (z.B. Liegenschaftszinssätze, Marktfaktoren), Erstellung von Marktberichten u.a.m.
- *[gebührenpflichtig auf Antrag zu erbringen:]*
Gutachten, Wertauskünfte, Stellungnahmen über Grundstückswerte, Auswertungen aus der Kaufpreissammlung, Datenvertrieb
- *[kostenfrei auf Antrag zu erbringen:]*
Wertermittlungen in Sozial- und Arbeitslosenangelegenheiten

Auftragsgrundlage

Baugesetzbuch §§ 192ff i.V.m. der Gutachterausschussverordnung NRW, Vermessungs- und Wertermittlungsgebührenordnung, Justizvergütungs- und Entschädigungsgesetz, Kreisgebührensatzung

Ziele

Die Tätigkeiten des Gutachterausschusses und seiner Geschäftsstelle sind vielfältig. Es handelt sich sowohl um Grundlagendienste als auch um antragsbezogene Dienstleistungen. Während z.B. die Führung der Kaufpreissammlung auf der einen Seite klaren Vorgaben unterliegt, ist die Grundstücksbewertung andererseits geprägt durch eine Vielzahl von Ermessensspielräumen. Dieses heterogene Aufgabenspektrum führt dazu, dass ein umfassendes, den gesamten Arbeitsbereich abdeckendes Ziel nicht festzulegen ist. Für die Grundlagendienste sollen zeitnahe und termingerechte Bearbeitung sowie die Nutzerakzeptanz der Produkte im Vordergrund stehen.

Die Wirtschaftlichkeit des Gutachterausschusses und im Besonderen der antragsbezogenen Dienstleistungen soll sich am Hauptverursacher ‚Eigentümer‘, dessen Handeln den Grundstücksmarkt prägt, und an einem gebietstypischen Parameter, der Zahl der Bodenrichtwerte, orientieren.

Zielgruppen

Eigentümer und sonstige Berechtigte an Grundstücken, Banken, Versicherungen, Steuerberater, Immobilienmakler, Sachverständige, Finanz-, Arbeits-, Sozial-, Bodenordnungs-, Planungs-, Bau- und Liegenschaftsbehörden, Gerichte u.a.

Haushaltsplan 2011**1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation**

verantwortlich:

1.09.04 Grundstückswertermittlung

Dezernat IV

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-26.912	-29.000	-29.500	-34.500	-39.500	-39.500
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-1.951	-2.000	-1.500	-1.500	-1.500	-1.500
10	= Ordentliche Erträge	-28.864	-31.000	-31.000	-36.000	-41.000	-41.000
11	- Personalaufwendungen	333.330	340.535	329.660	331.941	334.961	338.191
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	25.306	23.500	20.448	18.078	18.078	18.078
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	45.844	58.203	59.811	59.360	57.282	57.754
17	= Ordentliche Aufwendungen	404.480	422.239	409.919	409.379	410.321	414.023
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	375.616	391.239	378.919	373.379	369.321	373.023
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	375.616	391.239	378.919	373.379	369.321	373.023
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	375.616	391.239	378.919	373.379	369.321	373.023
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	23.448	80.121	43.272	30.017	29.565	29.733
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	399.065	471.360	422.191	403.397	398.887	402.756

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Grundstückswertermittlung

In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für Auskünfte, Auswertungen, Marktberichte, Bodenrichtwerte, Gutachten und Wertermittlungen für kommunale Zwecke veranschlagt. Unter der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* sind Erstattungen vom Land (Kostenart 442200) aus deren Einnahmen aus der Abgabe von Bodenrichtwerten und Marktberichten kalkuliert.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Unter die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* (Kostenart 529100) fallen die Ausgaben für die Vergabe von Wertermittlungen in Sozial- und Arbeitslosenangelegenheiten.

Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* (Kostenart 542800) umfasst die Aufwendungen für die Entschädigung der Mitglieder des Gutachterausschusses. Zu den *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.04 Grundstückswertermittlung

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-26.317	-29.000	-29.500		-34.500	-39.500	-39.500
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-1.951	-2.000	-1.500		-1.500	-1.500	-1.500
7	+ Sonstige Einzahlungen	-2.892						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-31.160	-31.000	-31.000		-36.000	-41.000	-41.000
10	- Personalauszahlungen	280.090	254.660	214.637		216.783	218.951	221.141
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	19.242	15.000	11.640		10.000	10.000	10.000
15	- sonstige Auszahlungen	11.281	21.500	18.920		18.920	18.920	18.920
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	310.614	291.160	245.197		245.703	247.871	250.061
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	279.454	260.160	214.197		209.703	206.871	209.061

Haushaltsplan 2011

1.10 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-793.177	-602.000	-606.500	-606.500	-606.500	-606.500
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-9.921	-16.000	-13.000	-13.000	-13.000	-13.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-22.250	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000
10	= Ordentliche Erträge	-825.349	-625.000	-626.500	-626.500	-626.500	-626.500
11	- Personalaufwendungen	2.248.945	2.492.228	2.419.399	2.431.415	2.452.117	2.475.195
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.768	9.640	9.485	9.485	9.485	9.485
14	- Bilanzielle Abschreibungen	920	5.845	5.482	5.769	6.060	6.060
15	- Transferaufwendungen		3.500	3.400	3.400	3.400	3.400
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	124.644	133.235	132.119	132.072	130.096	130.786
17	= Ordentliche Aufwendungen	2.377.277	2.644.449	2.569.885	2.582.141	2.601.159	2.624.927
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.551.928	2.019.449	1.943.385	1.955.641	1.974.659	1.998.427
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.551.928	2.019.449	1.943.385	1.955.641	1.974.659	1.998.427
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.551.928	2.019.449	1.943.385	1.955.641	1.974.659	1.998.427
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	176.018	268.128	365.973	259.830	255.665	258.251
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.727.946	2.287.577	2.309.358	2.215.471	2.230.324	2.256.678

Haushaltsplan 2011
1.10 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-744.008	-602.000	-606.500		-606.500	-606.500	-606.500
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-9.719	-16.000	-13.000		-13.000	-13.000	-13.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-14.084	-7.000	-7.000		-7.000	-7.000	-7.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-767.811	-625.000	-626.500		-626.500	-626.500	-626.500
10	- Personalauszahlungen	1.980.540	1.750.274	1.713.303		1.730.439	1.747.740	1.765.219
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	974	9.150	8.880		8.880	8.880	8.880
14	- Transferauszahlungen		3.500	3.400		3.400	3.400	3.400
15	- sonstige Auszahlungen	12.644	16.300	15.480		15.480	15.480	15.480
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.994.158	1.779.224	1.741.063		1.758.199	1.775.500	1.792.979
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.226.347	1.154.224	1.114.563		1.131.699	1.149.000	1.166.479
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	122						
30	= investive Auszahlungen	122						
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- /J. Auszahlung)	122						

Haushaltsplan 2011

1.10 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

1.10.01 Maßnahmen der Bauaufsicht

Dezernat IV

Beschreibung

Diese Produktgruppe fasst folgende Produkte zusammen:

1.10.01.01 Untere Bauaufsicht

1.10.01.02 Bauordnungsbehördliche Verfahren

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.10.01.01

Untere Bauaufsicht

Beschreibung

- Bearbeitung von und Entscheidung über Bauanträge und Anträge auf Vorbescheid auf der Grundlage der BauO NRW, einschließlich Abweichungen und Befreiungen nach BauGB
- Baurechtliche Prüfung von Anträgen nach anderen Rechtsvorschriften, wie z.B. dem Bundesimmissionsschutzgesetz
- Bauberatung außerhalb von Verfahren
- Bauzustandsbesichtigungen
- Wiederkehrende Prüfungen von Sonderbauten
- Abnahmen von Fahrgeschäften und Zelten

Auftragsgrundlage

Bauordnung des Landes NRW, Baugesetzbuch

Ziele

- Sicherstellung der Qualitätsmerkmale des Gütesiegels als mittelstandsfreundliche Verwaltung, insbesondere der Servicezusage einer Baugenehmigung innerhalb von 40 Werktagen nach Antragseingang für gewerbliche Vorhaben
- Zeitnahe Entscheidungen aller übrigen Bauanträge
- Rechtssichere Entscheidungen: Quote von mind. 90% für den Kreis erfolgreich abgeschlossener verwaltungsrechtlicher Streitverfahren

Zielgruppen

Bauherren und Architekten, Eigentümer und Nutzer baulicher Anlagen

1.10.01.02

Bauordnungsbehördliche Verfahren

Beschreibung

- Abwicklung von ordnungsbehördlichen Verfahren zur Beseitigung baurechtswidriger Zustände
- Prüfung und Bearbeitung von Teilungsanträgen und Anträgen auf Abgeschlossenheitsbescheinigung
- Durchführung von örtlichen Überprüfungen und Baukontrollen im Rahmen von ordnungsbehördlichen Verfahren und Abnahmen im Baugenehmigungsverfahren
- Vorbereitung und Eintragung /löschung von Baulasten
- Führung des Baulastenverzeichnisses
- Erteilung von Baulastauskünften
- Ablehnungen von Bauanträgen und Bauvorbescheiden
- Abwicklung von Schriftverkehr mit der oberen und obersten Bauaufsichtsbehörde (Eingaben, Petitionen)
- Fachliche Begleitung der beim Rechtsamt abzuwickelnden Klageverfahren in baurechtlichen Angelegenheiten

Auftragsgrundlage

Bauordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (BauO NRW), Baugesetzbuch (BauGB); Allgemeine Verwaltungsgebührenordnung NRW (AVerwGebO NRW)

Ziele

- Zeitnahe und rechtssichere Abwicklung der ordnungsbehördlichen Verfahren:
Aufnahme des Verfahrens innerhalb einer Woche nach Eingang der Meldung §8 BauO NRW
Quote von mindestens 90% für den Kreis erfolgreich abgeschlossener Klageverfahren
- Rechtssichere und zeitnahe Erteilung der beantragten Teilungsgenehmigungen innerhalb eines Monats:
Quote von mindestens 90% für den Kreis erfolgreich abgeschlossener Klageverfahren
Entscheidung innerhalb eines Monats
- Zeitnahe Erteilung der Abgeschlossenheitsbescheinigungen, Baulasteintragungen und Baulastauskünften sowie Ablehnungen der Bauanträge und Bauvorbescheide

Zielgruppen

Bauherren und Grundstückseigentümer und Nutzer baulicher Anlagen im Zuständigkeitsbereich der Bauaufsicht des Oberbergischen Kreises

Haushaltsplan 2011
1.10 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

1.10.01 Maßnahmen der Bauaufsicht

Dezernat IV

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-714.570	-555.000	-555.000	-555.000	-555.000	-555.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-283	-6.000	-6.000	-6.000	-6.000	-6.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-22.250	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000
10	= Ordentliche Erträge	-737.104	-568.000	-568.000	-568.000	-568.000	-568.000
11	- Personalaufwendungen	1.670.354	1.882.969	1.829.126	1.838.824	1.854.667	1.872.193
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.687	9.640	9.358	9.358	9.358	9.358
14	- Bilanzielle Abschreibungen	920	5.845	5.482	5.769	6.060	6.060
15	- Transferaufwendungen		3.500	3.400	3.400	3.400	3.400
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	98.786	105.546	104.214	104.348	103.344	103.779
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.772.747	2.007.500	1.951.579	1.961.699	1.976.829	1.994.791
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.035.644	1.439.500	1.383.579	1.393.699	1.408.829	1.426.791
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.035.644	1.439.500	1.383.579	1.393.699	1.408.829	1.426.791
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.035.644	1.439.500	1.383.579	1.393.699	1.408.829	1.426.791
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-4.506	-10.748	-12.192	-7.664	-7.693	-7.783
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	124.510	196.274	283.109	194.049	191.179	193.339
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.155.647	1.625.025	1.654.496	1.580.084	1.592.314	1.612.347

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Maßnahmen der Bauaufsicht

In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind bauaufsichtliche Genehmigungsgebühren sowie Gebühren für Teilungsgenehmigungen, für die Ablehnung bauaufsichtlicher Verfahren, für die Eintragung von Baulasten, für Abgeschlossenheitsbescheinigungen nach dem Wohnungseigentumsgesetz und für ordnungsrechtliche Maßnahmen zusammengefasst (Kostenart 431100). Die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* beinhaltet die Erstattung der Kosten für die Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Kostenart 442900). Bei den *Sonstigen ordentlichen Erträgen* handelt es sich um Zwangsgelder (Kostenart 452120).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* erfasst die Kosten der Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Kostenart 524902) sowie anfallende Kosten für Katasterunterlagen bzw. Katastermaterial (Kostenart 529100). Über die Kontengruppe *Transferaufwendungen* werden Erstattungen von Verwaltungsgebühren und die Rückzahlung von Zwangsgeldern a.V. abgebildet (Kostenart 539300). Zu den *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Bei der *Internen Leistungsverrechnung* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat IV

1.10 Bauen und Wohnen

1.10.01 Maßnahmen der Bauaufsicht

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-659.708	-555.000	-555.000		-555.000	-555.000	-555.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-81	-6.000	-6.000		-6.000	-6.000	-6.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-14.084	-7.000	-7.000		-7.000	-7.000	-7.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-673.873	-568.000	-568.000		-568.000	-568.000	-568.000
10	- Personalauszahlungen	1.494.494	1.331.515	1.304.390		1.317.435	1.330.609	1.343.915
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	974	9.150	8.880		8.880	8.880	8.880
14	- Transferauszahlungen		3.500	3.400		3.400	3.400	3.400
15	- sonstige Auszahlungen	12.644	16.300	15.480		15.480	15.480	15.480
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.508.112	1.360.465	1.332.150		1.345.195	1.358.369	1.371.675
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	834.240	792.465	764.150		777.195	790.369	803.675
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	122						
30	= investive Auszahlungen	122						
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	122						

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat IV

1.10 Bauen und Wohnen**1.10.02 Denkmalschutz u. Denkmalpflege****Beschreibung**

Fachaufsicht über die Unteren Denkmalbehörden im Oberbergischen Kreis durch

- Beratung und Information der Unteren Denkmalbehörden
- Durchführung von Geschäftsprüfungen
- Bearbeitung von Eingaben, Beschwerden und Petitionen
- Erteilung von Grabungserlaubnissen

AuftragsgrundlageGenehmigung von Denkmalbereichssatzungen
DSchG NRW, VwVfG, GO**Ziele**

- Sinnvolle Erhaltung und Nutzung von erhaltenswerter Bausubstanz, Einhaltung der Vorschriften des DSchG NRW,
- Effiziente, zeitnahe und rechtssichere Beratung und Unterstützung der Unteren Denkmalbehörden
Terminangebot für Beratungen von Kommunen innerhalb einer Woche
- Effiziente Fachaufsicht:
Genehmigung von Denkmalbereichssatzungen innerhalb von 4 Wochen
mind. eine Geschäftsprüfung pro Untere Denkmalbehörde alle 5 Jahre, d.h. 2-3 pro Jahr

ZielgruppenUntere Denkmalbehörden im Oberbergischen Kreis, Einsender von Eingaben, Beschwerden und Petitionen,
Denkmaleigentümer, Rheinisches Amt für Denkmalpflege

Haushaltsplan 2011**1.10 Bauen und Wohnen**

verantwortlich:

1.10.02 Denkmalschutz u. Denkmalpflege

Dezernat IV

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
11	- Personalaufwendungen	40.128	48.009	41.621	41.651	41.953	42.326
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	10		12	12	12	12
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.118	2.017	2.066	2.069	2.049	2.058
17	= Ordentliche Aufwendungen	42.255	50.026	43.699	43.732	44.014	44.396
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	42.255	50.026	43.699	43.732	44.014	44.396
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	42.255	50.026	43.699	43.732	44.014	44.396
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	42.255	50.026	43.699	43.732	44.014	44.396
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.728	3.882	5.522	3.850	3.796	3.837
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	44.983	53.908	49.221	47.582	47.810	48.234

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Denkmalschutz und Denkmalpflege

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Haushaltsplan 2011**1.10 Bauen und Wohnen**

verantwortlich:

1.10.02 Denkmalschutz u. Denkmalpflege

Dezernat IV

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011**1.10 Bauen und Wohnen**

verantwortlich:

1.10.02 Denkmalschutz u. Denkmalpflege

Dezernat IV

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
10	- Personalauszahlungen	31.547	30.598	26.863		27.132	27.403	27.677
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	31.547	30.598	26.863		27.132	27.403	27.677
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	31.547	30.598	26.863		27.132	27.403	27.677

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:
Kreisdirektor

1.10 Bauen und Wohnen**1.10.03 Wohnungsbauförderung****Beschreibung**

Im Bereich der Förderung von selbstgenutztem Wohneigentum

- Entscheidung über Anträge auf
 - o Förderung des Neubaus und des Erwerbs von selbstgenutztem Wohneigentum
 - o Reduzierung von Barrieren im Bestand
 - o Durchführung von baulichen Änderungen
- Förderzusagen
- Bau- und Finanzierungsberatung, Ortstermine
- Bauzustandsbesichtigungen

Im Bereich der Förderung von Mietwohnungen

- Entscheidung über Anträge auf
 - o Förderung des Neubaus und der Modernisierung von Mietwohnungen
 - o Reduzierung von Barrieren im Bestand
- Förderzusagen
- Bau- und Finanzierungsberatung, Ortstermine
- Bauzustandsbesichtigungen

Auftragsgrundlage

Wohnraumförderungsgesetz – WoFG

Wohnungsbauförderungsgesetz NRW (WBFG)

i.V.m. dem jeweils aktuellen Wohnraumförderungsprogramm des Landes NRW

Ziele

- Nachhaltige Versorgung mit preiswertem Wohnraum
- Schaffung und Erhaltung sozial stabiler Bewohnerstrukturen
- Schaffung von selbstgenutztem Wohneigentum, insbesondere für Haushalte mit Kindern
- Anpassung von Wohnraum an geänderte Wohnbedürfnisse

Zielgruppen

Haushalte, die sich am Markt nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können und auf Unterstützung angewiesen sind. Investoren, Eigentümer/innen von bestehendem Wohnraum

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.10 Bauen und Wohnen**1.10.03 Wohnungsbauförderung**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-66.572	-35.000	-42.500	-42.500	-42.500	-42.500
10	= Ordentliche Erträge	-66.572	-35.000	-42.500	-42.500	-42.500	-42.500
11	- Personalaufwendungen	306.178	334.627	333.072	334.665	337.495	340.666
17	= Ordentliche Aufwendungen	306.178	334.627	333.072	334.665	337.495	340.666
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	239.606	299.627	290.572	292.165	294.995	298.166
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	239.606	299.627	290.572	292.165	294.995	298.166
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	239.606	299.627	290.572	292.165	294.995	298.166
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	32.208	42.920	42.631	38.589	37.626	37.893
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	271.813	342.548	333.203	330.753	332.621	336.059

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.10 Bauen und Wohnen

1.10.03 Wohnungsbauförderung

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Wohnungsbauförderung

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für Entscheidungen im sozialen Wohnungsbau ausgewiesen.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.10 Bauen und Wohnen**1.10.03 Wohnungsbauförderung**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-72.578	-35.000	-42.500		-42.500	-42.500	-42.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-72.578	-35.000	-42.500		-42.500	-42.500	-42.500
10	- Personalauszahlungen	269.370	234.788	234.953		237.303	239.675	242.073
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	269.370	234.788	234.953		237.303	239.675	242.073
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	196.792	199.788	192.453		194.803	197.175	199.573

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.10 Bauen und Wohnen**1.10.04 Wohnraumsicherung und -versorgung****Beschreibung**

Erfassung, Kontrolle und Überwachung von Sozialwohnungen

- Erteilung von Nutzungsgenehmigungen
- Mietangelegenheiten

Auftragsgrundlage

Wohnungsbindungsgesetz (WoBindG), Wohnraumförderungsgesetz (WoFG)

Ziele**Zielgruppen**

Vermieter und Eigentümer, Wohnungsinhaber und Wohnungssuchende

Haushaltsplan 2011**1.10 Bauen und Wohnen**

verantwortlich:

1.10.04 Wohnraumsicherung und -versorgung

Dezernat III

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-12.035	-12.000	-9.000	-9.000	-9.000	-9.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-9.638	-10.000	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000
10	= Ordentliche Erträge	-21.673	-22.000	-16.000	-16.000	-16.000	-16.000
11	- Personalaufwendungen	159.289	137.479	135.841	136.569	137.747	139.049
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	53		93	93	93	93
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	20.476	22.105	22.185	21.997	21.079	21.311
17	= Ordentliche Aufwendungen	179.819	159.584	158.119	158.659	158.920	160.453
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	158.145	137.584	142.119	142.659	142.920	144.453
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	158.145	137.584	142.119	142.659	142.920	144.453
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	158.145	137.584	142.119	142.659	142.920	144.453
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	16.490	28.934	37.030	24.093	23.946	24.078
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	174.635	166.518	179.148	166.751	166.866	168.531

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.10 Bauen und Wohnen

1.10.04 Wohnraumsicherung und -versorgung

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Wohnraumsicherung und -versorgung

Bei der Kontengruppe *Öffentlich–Rechtliche Leistungsentgelte* handelt es sich um Gebühren (Kostenart 431100) für Entscheidungen nach dem WoBindG. Unter der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* werden die Verwaltungskostenbeiträge (Kostenart 442200) der Wohnungsbauförderungsanstalt vereinnahmt. Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* weist Geldleistungen nach § 25 WoBindG aus (Kostenart 452100).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Bei der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* handelt es sich um die Weiterleitung der Geldleistung (Kostenart 549900) nach §25 WoBindG an die WFA. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat III

1.10 Bauen und Wohnen**1.10.04 Wohnraumsicherung und -versorgung**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-11.722	-12.000	-9.000		-9.000	-9.000	-9.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-9.638	-10.000	-7.000		-7.000	-7.000	-7.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-21.360	-22.000	-16.000		-16.000	-16.000	-16.000
10	- Personalauszahlungen	129.517	97.895	96.989		97.959	98.938	99.927
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	129.517	97.895	96.989		97.959	98.938	99.927
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	108.157	75.895	80.989		81.959	82.938	83.927

Haushaltsplan 2011**1.10 Bauen und Wohnen**

verantwortlich:

1.10.05 Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht

Dezernat IV

Beschreibung

Fachaufsicht über die Unteren Bauaufsichtsbehörden im Oberbergischen Kreis durch

- Beratung und Information der Unteren Bauaufsichtsbehörden
- Durchführung von Geschäftsprüfungen
- Bearbeitung von Eingaben, Beschwerden und Petitionen

Auftragsgrundlage

Beratung von Bürgern in Bauangelegenheiten

BauGB, BauO NRW, Baunebenrecht, VwVfG, VwGO

Ziele

- Einhaltung bauordnungs- und bauplanungsrechtlicher Vorschriften im Wege der Fachaufsicht:
- Reaktion auf Eingaben innerhalb einer Woche
- Geschäftsprüfungen der Unteren Bauaufsichtsbehörden alle 5 Jahre
- effiziente, zeitnahe und rechtssichere Beratung und Unterstützung der Unteren Bauaufsichtsbehörden
- Beantwortung von Beratungsanfragen innerhalb einer Woche
- Angebot zu einem Beratungstermin innerhalb einer Woche

Zielgruppen

Untere Bauaufsichtsbehörden im Oberbergischen Kreis, Einsender von Eingaben, Beschwerden und Petitionen, am Bau beteiligte, Bezirksregierung, Ministerium für Bauen und Verkehr

Haushaltsplan 2011**1.10 Bauen und Wohnen**

verantwortlich:

1.10.05 Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht

Dezernat IV

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
11	- Personalaufwendungen	72.997	89.144	79.739	79.706	80.255	80.960
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	17		22	22	22	22
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.265	3.567	3.654	3.659	3.624	3.639
17	= Ordentliche Aufwendungen	76.279	92.711	83.415	83.387	83.901	84.621
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	76.279	92.711	83.415	83.387	83.901	84.621
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	76.279	92.711	83.415	83.387	83.901	84.621
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	76.279	92.711	83.415	83.387	83.901	84.621
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	4.589	6.866	9.874	6.914	6.812	6.886
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	80.868	99.577	93.289	90.301	90.713	91.507

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat IV

1.10 Bauen und Wohnen

1.10.05 Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Bauaufsicht i. R. d. Fachaufsicht

Über die Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden anfallende Widerspruchsgebühren (Kostenart 431100) vereinnahmt. Es handelt sich um auslaufende Verfahren, die in ihrer Entstehung vor Verabschiedung des Bürokratieabbaugesetzes anzusiedeln sind.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011**1.10 Bauen und Wohnen**

verantwortlich:

1.10.05 Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht

Dezernat IV

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
10	- Personalauszahlungen	55.612	55.478	50.108		50.610	51.115	51.627
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	55.612	55.478	50.108		50.610	51.115	51.627
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	55.612	55.478	50.108		50.610	51.115	51.627

Haushaltsplan 2011

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.484.419	-1.865.702	-3.532.860	-4.046.486	-4.069.374	-4.069.374
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.931	-2.100	-1.600	-1.600	-2.100	-2.100
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-616	-3.000	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500
10	= Ordentliche Erträge	-1.486.965	-1.870.802	-3.536.960	-4.050.586	-4.073.974	-4.073.974
11	- Personalaufwendungen	605.802	632.152	594.170	599.520	605.334	611.307
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.063.588	2.306.119	2.157.540	2.239.010	2.262.310	2.289.010
14	- Bilanzielle Abschreibungen		3.920.027	3.915.335	3.954.734	3.998.383	3.998.383
15	- Transferaufwendungen	1.306.118	1.080.000	3.809.917	4.619.493	4.957.493	4.957.493
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	110.911	924.552	105.137	105.885	105.878	106.203
17	= Ordentliche Aufwendungen	4.086.418	8.862.849	10.582.099	11.518.642	11.929.398	11.962.396
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	2.599.453	6.992.047	7.045.139	7.468.056	7.855.424	7.888.422
19	+ Finanzerträge	-1.424					
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen		1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	-1.424	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	2.598.029	6.993.047	7.046.139	7.469.056	7.856.424	7.889.422
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	2.598.029	6.993.047	7.046.139	7.469.056	7.856.424	7.889.422
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	39.892	73.465	98.027	67.830	66.884	67.255
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	2.637.921	7.066.512	7.144.166	7.536.886	7.923.309	7.956.676

Haushaltsplan 2011

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-945.146	-945.147	-2.577.064		-3.066.640	-3.066.640	-3.066.640
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.931	-2.100	-1.600		-1.600	-2.100	-2.100
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-1.803	-3.000	-2.500		-2.500	-2.500	-2.500
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-1.323						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-950.203	-950.247	-2.581.164		-3.070.740	-3.071.240	-3.071.240
10	- Personalauszahlungen	572.895	472.502	455.575		460.129	464.731	469.378
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.963.500	2.306.000	2.157.380		2.238.850	2.262.150	2.288.850
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen		1.000	1.000		1.000	1.000	1.000
14	- Transferauszahlungen	1.306.118	1.080.000	3.809.917		4.619.493	4.957.493	4.957.493
15	- sonstige Auszahlungen	71.575	63.700	62.840		63.600	64.200	64.300
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.914.088	3.923.202	6.486.712		7.383.072	7.749.574	7.781.021
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	2.963.885	2.972.955	3.905.548		4.312.332	4.678.334	4.709.781
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-127.500	-902.000	-1.142.000		-782.000	-1.049.000	-847.000
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-3.570	-2.500	-2.500		-2.500	-2.500	-2.500
23	= investive Einzahlungen	-131.070	-904.500	-1.144.500		-784.500	-1.051.500	-849.500
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	172.202	297.000	129.000		185.000	178.000	136.000
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	904.271	1.725.000	2.000.000		1.785.000	1.700.000	1.610.000
30	= investive Auszahlungen	1.076.473	2.022.000	2.129.000		1.970.000	1.878.000	1.746.000

Haushaltsplan 2011**1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**

verantwortlich:

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- /J. Auszahlung)	945.403	1.117.500	984.500		1.185.500	826.500	896.500

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

1.12.01.01 Neu-, Um- und Ausbau von Kreisstraßen

1.12.01.02 Erhaltung und Betrieb der Kreisstraßen

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.12.01.01**Neu-, Um- und Ausbau von Kreisstraßen****Beschreibung**

Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Baumaßnahmen, die der Erstellung und Umgestaltung von Kreisstraßen innerhalb des 212,3 km langen Gesamtnetzes (Stand 01.01.2009) einschließlich der begleitenden Geh- und Radwege und der Ingenieurbauwerke dienen. Dazu gehören

- Planung und Bürgerbeteiligung / Planfeststellung
- Grunderwerb und Vermessung
- Zuschussbearbeitung
- Durchführungsvereinbarungen mit Beteiligten
- Ausschreibung und Vergabe
- Bauleitung
- Abrechnung
- Erfüllung landschaftsrechtlicher Ausgleichsverpflichtungen

Auftragsgrundlage

Straßen- und Wegegesetz NRW (StrWG NRW), Fernstraßengesetz und dazu erlassene Richtlinien, Beschlüsse des Kreistages, Förderrichtlinien Stadtverkehr (vormals Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz), Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI), Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB), Straßenverkehrsgesetz / -ordnung

Ziele

Stetige und nachhaltige Verbesserung der Verkehrssicherheit und der Leistungsfähigkeit der Kreisstraßen unter Nutzung möglicher Landesförderungen durch Baumaßnahmen, mittels derer auch bei zunehmender Verkehrsstärke

- die durchschnittliche Unfallhäufigkeit im Gesamtnetz in der mittelfristigen Betrachtung stetig abnimmt
- die prozentuale Überschreitung der zulässigen Höchstgeschwindigkeiten stetig abnimmt
- die Gesamtlänge der Geh- und Radwege / begehbaren Bankette bis 2015 um mind. 5 km erhöht wird
- bis 2020 mind. 85 % der Kreisstraßenlänge eine Fahrbahnbreite von mind. 4,75 m haben, durch die ein gefahrloser Begegnungsverkehr ermöglicht wird (2008: 74 %)
- schädigende Einflüsse auf Anliegergrundstücke durch Wassereintrag oder dergl. so kurzfristig beseitigt werden, dass keine Haftungsansprüche entstehen

Zielgruppen

motorisierte und nicht motorisierte Verkehrsteilnehmer, Straßenanlieger, ÖPNV-Nutzer, Kommunen, Bauunternehmen

1.12.01.02

Erhaltung und Betrieb der Kreisstraßen

Beschreibung

Tätigkeiten zur Wahrnehmung der Verkehrssicherungspflicht, zur Substanzerhaltung oder –wiederherstellung, zur Bestandsverwaltung und zur Regelung der Nutzungsbedürfnisse Dritter auf und an den insgesamt 212,3 km langen Kreisstraßen (Stand 01.01.2009) durch

- Straßenunterhaltung einschl. Winterdienst (wird vertraglich vom Landesbetrieb Straßen NRW und den Städten Gummersbach und Hückeswagen eigenverantwortlich wahrgenommen; dem OBK obliegen Kontrollfunktionen)
- Ausschreibung, Vergabe, Bauleitung und Abrechnung von Instandsetzungsarbeiten
- Widmungen, Einziehungen, Umstufungen, Ortsdurchfahrtenfestsetzungen nach Vorgabe des StrWG NRW sowie sonstige straßen-, wasser- und abfallrechtliche Regelungen
- Grundstücks- und Straßenbestandserfassung, -bewertung und –bereinigung
- straßenfachliche Begleitung von Bauleitplanungen, baulichen Anlagen an Kreisstraßen, besonderen Veranstaltungen und Großraum-/Schwertransporten
- Genehmigung und Überwachung von Versorgeraufbrüchen

Auftragsgrundlage

Straßen- und Wegegesetz NRW (StrWG NRW), Straßenverkehrsordnung, Beschlüsse des Kreistages, Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB), Telekommunikationsgesetz, Rahmen- und Gestattungsverträge mit Versorgern

Ziele

Erhaltung der Substanz und damit dem Vermögens- und Gebrauchswert des Gesamtnetzes durch Unterhaltungs-, Instandsetzungs- und Überwachungsleistungen in einem Zustand, der mindestens der Durchschnittsnote des Vorjahres entspricht

Zielgruppen

Verkehrsteilnehmer, Straßenanlieger, Kommunen, Versorgungsträger, Bau- und Transportunternehmen

Haushaltsplan 2011

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen

Dezernat IV

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen		-920.555	-955.796	-979.846	-1.002.734	-1.002.734
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.931	-2.100	-1.600	-1.600	-2.100	-2.100
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-616	-3.000	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500
10	= Ordentliche Erträge	-2.547	-925.655	-959.896	-983.946	-1.007.334	-1.007.334
11	- Personalaufwendungen	489.898	490.814	484.137	488.977	493.868	498.806
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.003.302	2.241.119	2.094.450	2.175.920	2.199.220	2.225.920
14	- Bilanzielle Abschreibungen		3.920.027	3.915.335	3.954.734	3.998.383	3.998.383
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	63.787	68.942	68.697	69.436	69.500	69.796
17	= Ordentliche Aufwendungen	2.556.987	6.720.902	6.562.619	6.689.068	6.760.971	6.792.905
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	2.554.440	5.795.247	5.602.723	5.705.122	5.753.637	5.785.571
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen		1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)		1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	2.554.440	5.796.247	5.603.723	5.706.122	5.754.637	5.786.571
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	2.554.440	5.796.247	5.603.723	5.706.122	5.754.637	5.786.571
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	37.600	63.071	88.720	58.859	58.041	58.317
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	2.592.041	5.859.318	5.692.443	5.764.981	5.812.678	5.844.888

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Öffentliche Verkehrsflächen

In der Kontengruppe *Zuwendungen und allg. Umlagen* sind die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuschüssen des Landes abgebildet. Diese Position ist die "Gegenposition" zu den Abschreibungen.

Die Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* beinhaltet Entgelte für Ausschreibungsunterlagen (Kostenart 441100) sowie die Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung (Kostenart 441200).

Über die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* werden die Erstattungen von Gemeinden (Kostenart 442300) vereinnahmt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Bei der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* werden die Kosten der nachfolgend aufgeführten Maßnahmen verbucht:

- Instandsetzungsmaßnahmen zur Straßenerhaltung (Kostenart 523140)
- Erhaltung der Straßenausstattung (Kostenart 523140)
- Kosten der Grundstücksbewirtschaftung (Kostenart 524908)
- Kosten für Ausrüstungsgegenstände zur Bestandsverwaltung (Kostenart 529100)

Darüber hinaus werden an dieser Stelle die Entschädigungen an den Landesbetrieb Straßen NRW sowie an Kommunen für die Unterhaltung der Kreisstraßen verausgabt (Kostenart 523200).

In der Zeile *Bilanzielle Abschreibungen* sind die Aufwendungen für Abschreibungen (AfA für Brücken u. Tunnel, Straßen, Wege, Plätze, etc.) abgebildet.

Bei der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* handelt es sich um die Kosten von Bodenuntersuchungen und Prüfungen im Straßenbestand (Kostenart 542919) sowie die an Wasserverbände zu zahlenden Gewässerunterhaltungsbeiträge (Kostenart 544900). Darüber hinaus werden hier Kosten für die Anpachtung von Grundstücken (Kostenart 542100) und für Bekanntmachungen bei Straßenrechtsverfahren u. Ausschreibungen (Kostenart 543600) veranschlagt. Zu den *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, Ausrüstungsgegenstände zur Bestandsverwaltung, Kosten für

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen**

Bodenuntersuchungen und Prüfung im Straßenbestand, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Die Kontengruppe *Zinsen und ähnliche Aufwendungen* erfasst Zinsaufwendungen, die für überzahlte Landeszuweisungen anfallen.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet. Weitere Belastungen erfährt die Produktgruppe „Öffentliche Verkehrsflächen“ durch die Verrechnung der Abschreibungen für Straßen sowie für Bauwerke an Straßen, vermindert um die entsprechenden Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen o.ä. kostenmindernden Erlösen. Hierbei finden sowohl Altanlagen als auch Neuinvestitionen Berücksichtigung.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.931	-2.100	-1.600		-1.600	-2.100	-2.100
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-1.803	-3.000	-2.500		-2.500	-2.500	-2.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-3.734	-5.100	-4.100		-4.100	-4.600	-4.600
10	- Personalauszahlungen	488.434	384.610	378.892		382.680	386.507	390.372
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.903.234	2.241.000	2.094.330		2.175.800	2.199.100	2.225.800
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen		1.000	1.000		1.000	1.000	1.000
15	- sonstige Auszahlungen	29.575	33.700	32.840		33.600	34.200	34.300
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.421.243	2.660.310	2.507.062		2.593.080	2.620.807	2.651.472
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	2.417.509	2.655.210	2.502.962		2.588.980	2.616.207	2.646.872
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-127.500	-902.000	-1.142.000		-782.000	-1.049.000	-847.000
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-3.570	-2.500	-2.500		-2.500	-2.500	-2.500
23	= investive Einzahlungen	-131.070	-904.500	-1.144.500		-784.500	-1.051.500	-849.500
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	172.202	297.000	129.000		185.000	178.000	136.000
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	904.271	1.725.000	2.000.000		1.785.000	1.700.000	1.610.000
30	= investive Auszahlungen	1.076.473	2.022.000	2.129.000		1.970.000	1.878.000	1.746.000
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	945.403	1.117.500	984.500		1.185.500	826.500	896.500

Haushaltsplan 2011
1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen

Dezernat IV

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5660001 Grundstücksveräußerungen										
2	- Einzahlungen aus Veräußerungen von Sachanlagen		-2.500	-2.500		-2.500	-2.500	-2.500	-2.500	-12.500
6	= Summe Einzahlungen		-2.500	-2.500		-2.500	-2.500	-2.500	-2.500	-12.500
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		-2.500	-2.500		-2.500	-2.500	-2.500	-2.500	-12.500

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um Einnahmen aus dem Verkauf von nicht für die Kreisstraßen benötigten Restflächen (**Grundstücksverkäufe**). Für die Verkaufsfälle wird im Vorfeld eine durchschnittlich zu erwartende Größenordnung angesetzt. Die Maßnahmen werden von der Abteilung Tiefbau abgewickelt.

Die o. g. Maßnahmen werden über die *Finanzstelle 5.660001* abgewickelt.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5660002 Planung der Kreisstraßenprojekte										
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	125.194	120.000	120.000		125.000	140.000	140.000	245.194	770.194
13	= Summe Auszahlungen	125.194	120.000	120.000		125.000	140.000	140.000	245.194	770.194
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	125.194	120.000	120.000		125.000	140.000	140.000	245.194	770.194

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um **Planungskosten** im Zusammenhang mit **Kreisstraßenprojekten**.

Die Maßnahmen werden von der Abteilung Tiefbau betreut.

Die o. g. Maßnahmen werden über die *Finanzstelle 5.660002* abgewickelt.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5660003 Eigenfinanz. Straßenbaumaßnahmen										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		-2.000	-2.000		-2.000	-2.000	-2.000	-2.000	-10.000
6	= Summe Einzahlungen		-2.000	-2.000		-2.000	-2.000	-2.000	-2.000	-10.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	14.011	35.000	20.000		20.000	20.000	20.000	49.011	129.011
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	503.916	225.000	130.000		150.000	220.000	580.000	728.916	1.808.916
13	= Summe Auszahlungen	517.927	260.000	150.000		170.000	240.000	600.000	777.927	1.937.927
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	517.927	258.000	148.000		168.000	238.000	598.000	775.927	1.927.927

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine **eigenfinanzierte Bauinvestitionen an Kreisstraßen**.

Die Maßnahmen werden von der Abteilung Tiefbau betreut.

Die o. g. Investitionen werden über die *Finanzstelle 5.660003* abgewickelt.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5660004 Straßenbegleit. Radwege										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen			-180.000		-280.000	-117.000			-577.000
6	= Summe Einzahlungen			-180.000		-280.000	-117.000			-577.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden		12.000	5.000		10.000	8.000		12.000	35.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			250.000		590.000	10.000			850.000
13	= Summe Auszahlungen		12.000	255.000		600.000	18.000		12.000	885.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		12.000	75.000		320.000	-99.000		12.000	308.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um die **Anlage kreisstraßenbegleitender Radwege**.

Die Maßnahmen werden von der Abteilung Tiefbau betreut.

Die o. g. Investitionen werden über die *Finanzstelle 5.660004* abgewickelt.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5661701 Verk.sich. K17 Rölefeld										
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden		5.000						5.000	5.000
13	= Summe Auszahlungen		5.000						5.000	5.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		5.000						5.000	5.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine geplante **Bauinvestitionen** im Bereich der **Zuschussmaßnahmen Kreisstraßen**, hier der Ausbau bzw. die Umgestaltung einer Teilstrecke der **K17** im Bereich Rölefeld. Im Einzelfall können Zuschussmaßnahmen durch Landeszuschüsse bzw. Kostenerstattungen mitfinanziert werden, ggfs. kommt es auch zu Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken. Die Maßnahme wird von der Abteilung Tiefbau betreut.

Die o. g. Investition wird über die *Finanzstelle 5.661701* abgewickelt.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlung en / - auszahlung en
5661801 Ausbau K18/39 Dohrgaul										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-117.500	-250.000	-120.000					-367.500	-487.500
6	= Summe Einzahlungen	-117.500	-250.000	-120.000					-367.500	-487.500
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	16.568	35.000	5.000					51.568	56.568
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	170.953	530.000						700.953	700.953
13	= Summe Auszahlungen	187.522	565.000	5.000					752.522	757.522
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	70.022	315.000	-115.000					385.022	270.022
Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlung en / - auszahlung en
5662302 Knoten K23/Bahnstr.										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen					-160.000	-145.000	-85.000		-390.000
6	= Summe Einzahlungen					-160.000	-145.000	-85.000		-390.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden			15.000		30.000	20.000	10.000		75.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen					200.000	280.000			480.000
13	= Summe Auszahlungen			15.000		230.000	300.000	10.000		555.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			15.000		70.000	155.000	-75.000		165.000

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5662303 Knoten K23/B55										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		-320.000	-40.000		-90.000			-320.000	-450.000
6	= Summe Einzahlungen		-320.000	-40.000		-90.000			-320.000	-450.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	60.000	150.000	50.000		40.000			210.000	300.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen		350.000	100.000		30.000			350.000	480.000
13	= Summe Auszahlungen	60.000	500.000	150.000		70.000			560.000	780.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	60.000	180.000	110.000		-20.000			240.000	330.000
Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5662401 Umbau K24 Schmitzhöhe										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-8.700	-20.000						-28.700	-28.700
6	= Summe Einzahlungen	-8.700	-20.000						-28.700	-28.700
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	6.805							6.805	6.805
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	104.208							104.208	104.208
13	= Summe Auszahlungen	111.013							111.013	111.013
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	102.313	-20.000						82.313	82.313

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5662801 Verlängerung K28										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen							-440.000		-440.000
6	= Summe Einzahlungen							-440.000		-440.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden					50.000	80.000			130.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen						500.000			500.000
13	= Summe Auszahlungen					50.000	580.000			630.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)					50.000	140.000			190.000
Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5662901 Umbau K29/Unterommer										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen					-10.000	-210.000	-55.000		-275.000
6	= Summe Einzahlungen					-10.000	-210.000	-55.000		-275.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden			4.000		3.000	10.000	3.000		20.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen					10.000	440.000			450.000
13	= Summe Auszahlungen			4.000		13.000	450.000	3.000		470.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			4.000		3.000	240.000	-52.000		195.000

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5663001 Umbau K 30 Kreuzberg										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen						-5.000	-100.000		-105.000
6	= Summe Einzahlungen						-5.000	-100.000		-105.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden					2.000	8.000	10.000		20.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen						10.000	190.000		200.000
13	= Summe Auszahlungen					2.000	18.000	200.000		220.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)					2.000	13.000	100.000		115.000
Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5664201 Ausbau K42 Wasserfuhr										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen					-170.000	-110.000	-70.000		-350.000
6	= Summe Einzahlungen					-170.000	-110.000	-70.000		-350.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden			15.000			12.000	3.000		30.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen					280.000	300.000			580.000
13	= Summe Auszahlungen			15.000		280.000	312.000	3.000		610.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			15.000		110.000	202.000	-67.000		260.000

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5664501 Ausbau K45/L306										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		-310.000	-800.000		-70.000	-300.000		-310.000	-1.480.000
6	= Summe Einzahlungen		-310.000	-800.000		-70.000	-300.000		-310.000	-1.480.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	74.818	60.000	15.000		70.000	40.000		134.818	259.818
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen		500.000	1.400.000		400.000			500.000	2.300.000
13	= Summe Auszahlungen	74.818	560.000	1.415.000		470.000	40.000		634.818	2.559.818
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	74.818	250.000	615.000		400.000	-260.000		324.818	1.079.818

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5665201 Kreisverkehrsplatz K52 Marienhagen										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-1.300							-1.300	-1.300
6	= Summe Einzahlungen	-1.300							-1.300	-1.300
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-1.300							-1.300	-1.300

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5665202 Umbau K52 Weiershagen										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen						-160.000	-95.000		-255.000
6	= Summe Einzahlungen						-160.000	-95.000		-255.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden					10.000	10.000	10.000		30.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen						300.000	200.000		500.000
13	= Summe Auszahlungen					10.000	310.000	210.000		530.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)					10.000	150.000	115.000		275.000

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.02 ÖPNV

Beschreibung

- Planung, Ausgestaltung und Organisation des ÖPNV im Oberbergischen Kreis: Aufstellung und Fortschreibung des Nahverkehrsplanes für den Oberbergischen Kreis. Der Plan beinhaltet Ziele und Rahmenvorgaben für das betriebliche Leistungsangebot und seine Finanzierung sowie die Investitionsplanung. Benachbarte ÖPNV-Aufgabenträger haben sich bei der Aufstellung ihrer Nahverkehrspläne abzustimmen
- Nahverkehrsförderung: Investitionsförderung (Busse / sonst. ÖPNV-Investitionen) und Vorhaltekostenförderung (Betriebskostenzuschüsse)
- Auferlegung oder Vereinbarung gemeinwirtschaftlicher Verkehrsleistungen: Der Oberbergische Kreis ist zuständige Behörde für die Auferlegung oder Vereinbarung gemeinwirtschaftlicher Verkehrsleistungen über öffentliche Personenverkehrsdienste
- Zweckverband Nahverkehr Rheinland und Zweckverband VRS: Mitwirkung und Mitfinanzierung

Auftragsgrundlage

ÖPNV-Gesetz NRW, Personenbeförderungsgesetz, EU-Verordnungen und -Richtlinien

Ziele

Sicherstellung eines leistungsfähigen, kundenorientierten und wirtschaftlich tragbaren ÖPNV-Angebotes im Oberbergischen Kreis

Zielgruppen

Fahrgäste von Bus und Bahn, im ÖPNV tätige Verkehrsunternehmen im Oberbergischen Kreis

Haushaltsplan 2011

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

1.12.02 ÖPNV

Dezernat IV

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.484.419	-945.147	-2.577.064	-3.066.640	-3.066.640	-3.066.640
10	= Ordentliche Erträge	-1.484.419	-945.147	-2.577.064	-3.066.640	-3.066.640	-3.066.640
11	- Personalaufwendungen	115.904	141.338	110.033	110.543	111.466	112.501
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	60.286	65.000	63.090	63.090	63.090	63.090
15	- Transferaufwendungen	1.306.118	1.080.000	3.809.917	4.619.493	4.957.493	4.957.493
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	47.124	855.609	36.441	36.449	36.378	36.407
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.529.431	2.141.947	4.019.480	4.829.574	5.168.427	5.169.490
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	45.012	1.196.800	1.442.416	1.762.934	2.101.787	2.102.850
19	+ Finanzerträge	-1.424					
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	-1.424					
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	43.589	1.196.800	1.442.416	1.762.934	2.101.787	2.102.850
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	43.589	1.196.800	1.442.416	1.762.934	2.101.787	2.102.850
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.292	10.394	9.307	8.971	8.843	8.938
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	45.881	1.207.194	1.451.723	1.771.905	2.110.630	2.111.788

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.02 ÖPNV

Planerläuterung zum Teilergebnisplan ÖPNV

Über die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* werden die Zuweisungen des Land (Kostenart 414200) vereinnahmt. Hierzu gehört die sogenannte Aufgabenträgerpauschale nach den Maßgaben des ÖPNVG NRW sowie die Investitionsförderung des Landes (siehe Teilprodukt 1.12.02.01.01), welche in voller Höhe weitergeleitet wird.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* beinhaltet die Kosten des Nahverkehrsplans (Kostenart 529916). Dazu gehören die Planung zur Umsetzung und Fortschreibung des Nahverkehrsplanes sowie die Umsetzung des Nahverkehrsplanes.

In die Kontengruppe *Transferaufwendungen* werden Aufwendungen für Zuschüsse an verbundene Unternehmen (Kostenart 531600) gebucht, hierzu zählen der Zuschuss an die Oberbergische Verkehrsgesellschaft (OVAG) für die Erbringung gemeinwirtschaftlicher Leistungen und ab dem Jahr 2011 auch die Mittel aus der Investitionsförderung des Landes (Kostenart 546900, siehe Erläuterung zu Zuwendungen und allgemeine Umlagen). Hier sind in 2011 weitere 59.000 Euro als Zuschuss an die Gemeinde Marienheide geplant, Stichwort: Park & Ride Parkplatz am Bahnhof, siehe auch Sperrvermerk, KT-Beschluss v. 24.03.2011.

In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die Aufwendungen aus der Verlustübernahme (Kostenart 545300) bzw. der Fehlbetragsabdeckung für den Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS GmbH) verausgabt. Diese Umlage wird an den Zweckverband VRS ausgezahlt, welcher diesen Betrag an die VRS-GmbH weiterleitet. Bis einschließlich 2010 wurden in dieser Kontengruppe auch die Mittel aus der Investitionsförderung des Landes weitergeleitet.

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.02 ÖPNV

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-945.146	-945.147	-2.577.064		-3.066.640	-3.066.640	-3.066.640
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-1.323						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-946.469	-945.147	-2.577.064		-3.066.640	-3.066.640	-3.066.640
10	- Personalauszahlungen	84.460	87.892	76.683		77.449	78.224	79.006
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	60.267	65.000	63.050		63.050	63.050	63.050
14	- Transferauszahlungen	1.306.118	1.080.000	3.809.917		4.619.493	4.957.493	4.957.493
15	- sonstige Auszahlungen	42.000	30.000	30.000		30.000	30.000	30.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.492.845	1.262.892	3.979.650		4.789.992	5.128.767	5.129.549
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	546.375	317.745	1.402.586		1.723.352	2.062.127	2.062.909

Haushaltsplan 2011

1.13 Natur- und Landschaftspflege

verantwortlich:

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-78.588	-102.400	-98.200	-99.000	-75.400	-75.400
3	+ Sonstige Transfererträge		-250	-250	-250	-250	-250
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-9.074	-8.750	-8.750	-8.750	-8.750	-8.750
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-701.620	-469.000	-488.000	-488.000	-488.000	-488.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-938	-2.700	-2.700	-2.700	-2.700	-2.700
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-22.520	-23.000	-23.000	-23.000	-23.000	-23.000
10	= Ordentliche Erträge	-812.740	-606.100	-620.900	-621.700	-598.100	-598.100
11	- Personalaufwendungen	630.013	716.162	734.390	735.782	741.349	748.014
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	417.121	559.800	528.041	495.041	459.041	459.041
14	- Bilanzielle Abschreibungen	0	687	281	844	1.406	1.406
15	- Transferaufwendungen	16.470	25.500	11.500	2.500	2.500	2.500
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	99.246	182.275	179.799	168.282	175.635	175.856
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.162.850	1.484.425	1.454.011	1.402.449	1.379.930	1.386.816
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	350.110	878.325	833.111	780.749	781.830	788.716
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	350.110	878.325	833.111	780.749	781.830	788.716
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	350.110	878.325	833.111	780.749	781.830	788.716
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	26.127	61.723	64.539	53.742	52.840	53.323
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	376.236	940.048	897.650	834.491	834.671	842.039

Haushaltsplan 2011

1.13 Natur- und Landschaftspflege

verantwortlich:

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-78.588	-102.400	-98.200		-99.000	-75.400	-75.400
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen		-250	-250		-250	-250	-250
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-9.024	-8.750	-8.750		-8.750	-8.750	-8.750
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-589.607	-469.000	-488.000		-488.000	-488.000	-488.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-9.791	-2.700	-2.700		-2.700	-2.700	-2.700
7	+ Sonstige Einzahlungen	-24.722	-23.000	-23.000		-23.000	-23.000	-23.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-711.732	-606.100	-620.900		-621.700	-598.100	-598.100
10	- Personalauszahlungen	497.520	470.283	483.894		488.733	493.622	498.556
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	375.378	559.800	527.790		494.790	458.790	458.790
14	- Transferauszahlungen	16.470	25.500	11.500		2.500	2.500	2.500
15	- sonstige Auszahlungen	67.155	147.640	141.840		130.350	138.350	138.350
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	956.523	1.203.223	1.165.024		1.116.373	1.093.262	1.098.196
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	244.790	597.123	544.124		494.673	495.162	500.096
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-22.677						
23	= investive Einzahlungen	-22.677						
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	1.912	55.000	80.000		55.000	55.000	55.000
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	1.476		4.500		4.500	4.500	4.500
30	= investive Auszahlungen	3.388	55.000	84.500		59.500	59.500	59.500
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	-19.289	55.000	84.500		59.500	59.500	59.500

Haushaltsplan 2011

1.13 Natur- und Landschaftspflege

verantwortlich:

1.13.01 Natur und Landschaft

Dez. II, Dez. IV

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.13.01.01 Landschaftsschutz, Landschaftspflege

1.13.01.02 Landschaftsplanung, Landschaftsentwicklung

1.13.01.02.01 Landschaftspflegemaßnahmen

1.13.01.02.02 Landschaftsplanung

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dez. II, Dez. IV

1.13 Natur- und Landschaftspflege

1.13.01 Natur und Landschaft

1.13.01.01**Landschaftsschutz, Landschaftspflege****Beschreibung**

- Ordnungsrechtliche Verfahren nach Landschaftsrecht
- Erteilung von Befreiungen und Ausnahmegenehmigungen nach dem Landschaftsgesetz, Landschaftsplänen und ordnungsbehördlichen Verordnungen
- Stellungnahmen und ggf. Genehmigungen zu Reitregelungen, Wanderwegen, Veranstaltungen, Leitungstrassen, forstlichen Wegbau, wasserrechtlichen und baulichen Verfahren u.a. Maßnahmen,
- Ausgabe von Reitkennzeichen
- Betreuung des Landschaftsbeirates und der Landschaftswacht
- Betreuung, Pflege, Erhaltung und Verkehrssicherung von Naturdenkmälern (Bäumen), - Aufbau und Pflege eines Naturdenkmalkatasters
- Ausgleichs- u. Ersatzmaßnahmen (u.a. Festsetzung von Ersatzgeldzahlungen gem. Landschaftsgesetz)
- Förderung der Oberbergischen Naturschutzvereine
- Landschaftspflegerische Maßnahmen, - Vergabe von Gestaltungs- und Pflegearbeiten

Auftragsgrundlage

Bundesnaturschutzgesetz, Landschaftsgesetz, Landschaftspläne, ordnungsbehördliche Verordnungen

Ziele**Zielgruppen**

Ordnungspflichtige, andere Ämter der Kreisverwaltung, Landschaftsbeirat, Landschaftswacht, Oberbergische Naturschutzvereine, Grundstückseigentümer, Städte u. Gemeinden

1.13.01.02

Landschaftsplanung, Landschaftsentwicklung

Beschreibung

- Durchführung von Aufstellungs- und Änderungsverfahren bei Landschaftsplänen
- Durchführung von Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen in Zusammenarbeit mit der Biologischen Station Oberberg e.V. (BSO)
- Abwicklung des Vertragsnaturschutzes
- Durchführung von Unterschutzstellungsverfahren und Mitwirkung bei Unterschutzstellung außerhalb der Landschaftsplanung
- Prüfung und ggf. Ausübung des gesetzlichen Vorkaufsrechtes
- Stellungnahmen zu Verfahren anderer Träger der Landschaftsplanung
- Abgrenzung und Betreuung gesetzlich geschützter Biotope
- Führung von Bestandsverzeichnissen (Kompensation, Schutzflächen und –objekte)
- Mitarbeit bei der Erstellung und Überwachung von Flächenpools / Ökokonten
- Verwaltung und Verwendung der im Rahmen von Eingriffen in Natur und Landschaft eingemommener Ersatzgelder
- Koordinierungstätigkeiten bei der Organisation und Betreuung des BSO und der Bergischen Agentur für Kulturlandschaft gGmbH (BAK)
- Koordination und Betreuung von jährlich zwei FÖJ-Stellen (Freiwilliges ökologisches Jahr)
- Vollzug des Artenschutzes

Auftragsgrundlage

Bundesnaturschutzgesetz, Landschaftsgesetz NRW, Durchführungsverordnung zum Landschaftsgesetz NRW, Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung, Bundesartenschutzverordnung, Gesetz zur Förderung eines freiwilligen ökologischen Jahres, diverse EU-Verordnungen und –Richtlinien, Beschlüsse der politischen Gremien

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dez. II, Dez. IV

1.13 Natur- und Landschaftspflege**1.13.01 Natur und Landschaft****Ziele**Strategische Ziele:

Schutz, Pflege und Entwicklung der Kulturlandschaft für die naturbezogenen Erholung sowie zur Erhaltung und Förderung gefährdeter Lebensräume, Tiere und Pflanzen unter größtmöglichem Interessensausgleich zwischen privaten und öffentlichen Belangen

Operative Ziele:

- Erarbeitung und Umsetzung einer flächendeckenden Landschaftsplanung bei gleichzeitig kontinuierlicher Reduzierung der Sachkosten durch Nutzung neuer automatischer Verfahren
- Optimierung des Vertragsnaturschutzes durch maximale Ausschöpfung der Finanzausweisungen der EU und des Landes zur Honorierung und Förderung einer naturverträglichen Landwirtschaft
- Vorläufiger Abschluss der kreisweiten Abgrenzung gesetzlich geschützter Biotop

Zielgruppen

Bürgerinnen und Bürger, Kommunen, Fachbehörden, Biologische Station Oberberg, Planungsträger, Land- und Forstwirte, Naturschutzverbände, sonstige Träger öffentlicher Belange

Haushaltsplan 2011
1.13 Natur- und Landschaftspflege

verantwortlich:

1.13.01 Natur und Landschaft

Dez. II, Dez. IV

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-78.588	-102.400	-98.200	-99.000	-75.400	-75.400
3	+ Sonstige Transfererträge		-250	-250	-250	-250	-250
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-9.074	-8.750	-8.750	-8.750	-8.750	-8.750
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-938	-2.700	-2.700	-2.700	-2.700	-2.700
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-22.520	-23.000	-23.000	-23.000	-23.000	-23.000
10	= Ordentliche Erträge	-111.120	-137.100	-132.900	-133.700	-110.100	-110.100
11	- Personalaufwendungen	504.854	588.163	594.341	594.435	598.618	603.869
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	179.755	306.800	301.839	314.839	278.839	278.839
15	- Transferaufwendungen	2.500	11.500	11.500	2.500	2.500	2.500
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	71.482	156.807	153.471	142.011	149.695	149.821
17	= Ordentliche Aufwendungen	758.590	1.063.270	1.061.151	1.053.786	1.029.653	1.035.029
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	647.470	926.170	928.251	920.086	919.553	924.929
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	647.470	926.170	928.251	920.086	919.553	924.929
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	647.470	926.170	928.251	920.086	919.553	924.929
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	17.168	48.216	51.972	43.442	42.750	43.173
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	664.638	974.386	980.223	963.527	962.302	968.102

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dez. II, Dez. IV

1.13 Natur- und Landschaftspflege

1.13.01 Natur und Landschaft

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Natur und Landschaftsschutz

Die Produktgruppe „1.13.01 Natur und Landschaft“ beinhaltet das Produkt „1.13.01.01 Landschaftsschutz, Landschaftspflege“ (Amt 67) und das Produkt „1.13.01.02 Landschaftsplanung, Landschaftsentwicklung“ (Amt 61).

Bei der Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* handelt es sich um Zuweisungen vom Land (Kostenart 414200) für landschaftspflegerische Maßnahmen innerhalb und außerhalb von Landschaftsplänen sowie Landeszuschüsse zu den Kosten von Landschaftsplänen (Amt 61). In der Kontengruppe *Sonstige Transfererträge* werden die Rückzahlungen (Kostenart 429200) von nichtverbrauchten Mitteln (Rückzahlungen von Zuweisungen) vereinnahmt (Amt 61). In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für die Kennzeichnung von Reitpferden verbucht (Amt 67). Unter die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung* fallen alle Erstattungen von übrigen Bereichen (Kostenart 442900) sowie andere sonstige Kostenerstattungen (Kostenart 443900). Kostenerstattungen sind im Rahmen der Kennzeichnungspflicht von Reitpferden und bei Ersatzvornamen vorgesehen (Amt 67). Als *sonstige ordentlichen Erträge* werden ordnungsrechtlichen Erträge (Kostenart 452100) wie Zwangs- u. Verwarnungsgelder (Amt 67) sowie Ersatzgeldzahlungen (Kostenart 452410) nach dem Landschaftsgesetz NRW (Amt 61, Amt 67) vereinnahmt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

In die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* werden Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen und andere Sach- und Dienstleistungen (Kostenart 529900) gebucht, beispielsweise die Kosten im Rahmen der Kennzeichnungspflicht von Reitpferden, Kosten für den Aufbau und die Pflege des Naturdenkmalkatasters sowie die Sachkosten für den Landschaftsbeirat und die Landschaftswacht (Amt 67). Weitere Aufwendungen entstehen für die Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Kostenart 524902) und sonstige Maßnahmen des Natur- und Landschaftsschutzes sowie Verkehrssicherheitsmaßnahmen (Kostenart 524906) an Naturdenkmälern (Amt 67). Des weiteren werden in der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* Kosten für die Umsetzung der FFH – u. Vogelschutzrichtlinien verausgabt, die Kosten des Kreiskulturlandschaftsprogramms (Kostenart 529917; incl. Ansatzserhöhung i. H. v. 28.000 Euro, vgl. Kreistagsbeschluss v. 12.03.2009), die Kostenbeteiligung an der EDV-Koordinierungsstelle der BSO, Kosten für die Beschaffung von Planungsunterlagen, Kosten für Landschaftspflegemaßnahmen (Kostenart 529918), die Verwendung von Ersatzgeldzahlungen (Kostenart 529919) sowie Sachkosten im Rahmen des Artenschutzes (Kostenart 529920, Amt 61).

Haushaltsplan 2011

1.13 Natur- und Landschaftspflege

verantwortlich:

1.13.01 Natur und Landschaft

Dez. II, Dez. IV

In der Kontengruppe *Transferaufwendungen* fallen die Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche (Kostenart 531900), z. B. Oberbergischen Naturschutzvereine, (Amt 67). Zur Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören: Kosten für Dienst- u. Schutzkleidung (Kostenart 541600), die Erstellung von Gutachten, die Pflege des Bestandsverzeichnisses nach dem Landschaftsgesetz, der Eigenanteil zur Unterhaltung der Biologische Station (Kostenart 542912), Werkverträge (Kostenart 542913) im Rahmen der Umsetzung Vertragsnaturschutz, Aufklärungsmaßnahmen/Drucksachen (Kostenart 543200, Amt 61/67) sowie Kosten der Landschaftsplanung (Kostenart 543908, Amt 61). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011
1.13 Natur- und Landschaftspflege

verantwortlich:

1.13.01 Natur und Landschaft

Dez. II, Dez. IV

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-78.588	-102.400	-98.200		-99.000	-75.400	-75.400
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen		-250	-250		-250	-250	-250
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-9.024	-8.750	-8.750		-8.750	-8.750	-8.750
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-9.791	-2.700	-2.700		-2.700	-2.700	-2.700
7	+ Sonstige Einzahlungen	-22.520	-23.000	-23.000		-23.000	-23.000	-23.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-119.922	-137.100	-132.900		-133.700	-110.100	-110.100
10	- Personalauszahlungen	374.678	371.698	375.817		379.575	383.372	387.204
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	148.169	306.800	301.630		314.630	278.630	278.630
14	- Transferauszahlungen	2.500	11.500	11.500		2.500	2.500	2.500
15	- sonstige Auszahlungen	47.449	131.400	125.130		113.640	121.640	121.640
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	572.796	821.398	814.077		810.345	786.142	789.974
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	452.873	684.298	681.177		676.645	676.042	679.874
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	1.912	55.000	55.000		55.000	55.000	55.000
30	= investive Auszahlungen	1.912	55.000	55.000		55.000	55.000	55.000
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung)	1.912	55.000	55.000		55.000	55.000	55.000

Haushaltsplan 2011
1.13 Natur- und Landschaftspflege

verantwortlich:

1.13.01 Natur und Landschaft

Dez. II, Dez. IV

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs-ermäch-tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereit-gestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahl-ungen/-auszahl-ungen
2	- Summe der investiven Auszahlungen	1.912	55.000	55.000		55.000	55.000	55.000	56.912	276.912
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	1.912	55.000	55.000		55.000	55.000	55.000	56.912	276.912

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine Reihe von **Investition** aus dem Bereich des **Umweltschutz (Natur und Landschaft)**. Bei der Summe der investiven Einzahlungen sind Landeszuschüsse zum Grunderwerb zur Durchführung von Maßnahmen innerhalb und außerhalb von Landschaftsplänen (1200.3610 u. 1200.3611) sowie Ersatzgeldzahlungen nach dem Landschaftsgesetz (1200.3620) veranschlagt. In der Zeile *investive Auszahlungen* sind Grunderwerbskosten zur Durchführung von Maßnahmen innerhalb und außerhalb von Landschaftsplänen (1200.9320 u. 1200.9321) sowie Kosten zur Durchführung von Ersatzmaßnahmen für Dritte (Grunderwerb) veranschlagt. Die Abwicklung der Investitionen wird von Amt 61 begleitet.

Die o. g. Zuschüsse bzw. Investition werden über folgende *Finanzstellen (PSP-I)* abgewickelt:

- 5.610000.605.009 LZ Maßnahmen innerh./außerh. LP
- 5.610000.700.009 Grunderw. Maßn. innerh./außerh. LP
- 5.610010.605.009 Ersatzgeldzahlungen (Einn.)
- 5.610010.700.009 Durchf. Ersatzmaßn. (Grunderw.)

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat I

1.13 Natur- und Landschaftspflege**1.13.02 Wald, Forst- und Landwirtschaft****Beschreibung**

Optimierung der Forstwirtschaft im ökologischen und ökonomischen Sinn
Erhaltung von gesunden und stabilen Wäldern
Verkauf von Rohholz aus Laub- und Nadelholz in allen anfallenden Sortimenten (d.h. Papierholz, Industrieholz, Palettenholz, Zaunholz etc.).

Auftragsgrundlage

Landesforstgesetz, Bundeswaldgesetz, Landschaftsgesetz

Ziele

- Erhöhung des Laubholzanteils auf 50 % der Betriebsfläche (auf Laubholz geeigneten Standflächen)
- Positives Betriebsergebnis zur Unterstützung des Kreishaushaltes

Zielgruppen

Bürger im Naherholungsgebiet Oberbergischer Kreis

Haushaltsplan 2011
1.13 Natur- und Landschaftspflege

verantwortlich:

1.13.02 Wald, Forst- und Landwirtschaft

Dezernat I

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-701.620	-469.000	-488.000	-488.000	-488.000	-488.000
10	= Ordentliche Erträge	-701.620	-469.000	-488.000	-488.000	-488.000	-488.000
11	- Personalaufwendungen	125.160	127.999	140.050	141.347	142.731	144.145
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	237.366	253.000	226.201	180.201	180.201	180.201
14	- Bilanzielle Abschreibungen	0	687	281	844	1.406	1.406
15	- Transferaufwendungen	13.970	14.000				
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	27.764	25.469	26.328	26.271	25.940	26.035
17	= Ordentliche Aufwendungen	404.260	421.155	392.860	348.664	350.278	351.787
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-297.361	-47.845	-95.140	-139.337	-137.722	-136.213
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-297.361	-47.845	-95.140	-139.337	-137.722	-136.213
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-297.361	-47.845	-95.140	-139.337	-137.722	-136.213
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	8.959	13.507	12.568	10.300	10.091	10.150
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-288.402	-34.338	-82.573	-129.036	-127.631	-126.062

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Wald, Forst- und Landwirtschaft

Die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* beinhaltet die Landeszuweisung (Kostenart 414200) zu waldbaulichen Maßnahmen. In der Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* sind die Einnahmen aus Holzverkäufen und Kleinholzverkauf, aus dem Verkauf von Öko-Punkten sowie Erlöse aus

Haushaltsplan 2011

1.13 Natur- und Landschaftspflege

verantwortlich:

1.13.02 Wald, Forst- und Landwirtschaft

Dezernat I

dem Verkauf von Grundvermögen (Kostenart 441100) zusammengefasst. Darüber hinaus sind in dieser Summe Einnahmen aus Pachten und Nutzungsentschädigungen (Kostenart 441200) enthalten.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* erfasst die Kosten der Unterhaltung und Instandsetzung der Waldarbeiterhütte (Kostenart 523100), der Unterhaltung der Holzabfuhrwege (Kostenart 523200), der Unterhaltung/Neuanschaffung von Geräten und Schutzkleidung (Kostenart 523600) sowie die Kosten für Unternehmereinsatz (Kostenart 523100). Des weiteren werden an dieser Stelle Kosten für Neuanpflanzungen (Kostenart 523700), Kosten für die Erstellung des Wirtschaftsplans und Kosten für Katasterunterlagen bzw. Kartenmaterial (Kostenart 529100) veranschlagt. Für die Haushaltsjahr 2009 und 2010 sind weitere Kosten zur Sanierung der Fischteiche Kaltenbach (1.13.02.01.01; Kostenart 523140) geplant. Über die Kontengruppe *Transferaufwendungen* wird der Zuschuss für Maßnahmen im Privatwald (Kostenart 531900) abgebildet.

In der Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die allgemeinen Geschäftsausgaben und die vermischten Ausgaben, aber auch die Umlage Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft (Unfallversicherung, Kostenart 544120) und Abgaben erfasst. Darüber hinaus wird an dieser Stelle der Mitgliedsbeitrag zur Forstbetriebsgemeinschaft Gummersbach (Kostenart 544300) und die anfallende Grundsteuer für Forstgrundstücke (Kostenart 547100) veranschlagt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsausgaben (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011
1.13 Natur- und Landschaftspflege

verantwortlich:

1.13.02 Wald, Forst- und Landwirtschaft

Dezernat I

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-589.607	-469.000	-488.000		-488.000	-488.000	-488.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-2.202						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-591.810	-469.000	-488.000		-488.000	-488.000	-488.000
10	- Personalauszahlungen	122.842	98.585	108.077		109.158	110.250	111.352
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	227.209	253.000	226.160		180.160	180.160	180.160
14	- Transferauszahlungen	13.970	14.000					
15	- sonstige Auszahlungen	19.706	16.240	16.710		16.710	16.710	16.710
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	383.727	381.825	350.947		306.028	307.120	308.222
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-208.083	-87.175	-137.053		-181.972	-180.880	-179.778
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-22.677						
23	= investive Einzahlungen	-22.677						
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden			25.000				
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	1.476		4.500		4.500	4.500	4.500
30	= investive Auszahlungen	1.476		29.500		4.500	4.500	4.500
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung)	-21.201		29.500		4.500	4.500	4.500

Haushaltsplan 2011

1.13 Natur- und Landschaftspflege

verantwortlich:

1.13.02 Wald, Forst- und Landwirtschaft

Dezernat I

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlung en / - auszahlung en
5208570 Arrondierung Kreisforsten										
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden			25.000						25.000
13	= Summe Auszahlungen			25.000						25.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			25.000						25.000
Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlung en / - auszahlung en
5238550 Vermögensveräuß. Grundstücke										
2	- Einzahlungen aus Veräußerungen von Sachanlagen	-22.677							-22.677	-22.677
6	= Summe Einzahlungen	-22.677							-22.677	-22.677
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-22.677							-22.677	-22.677

Haushaltsplan 2011

1.13 Natur- und Landschaftspflege

verantwortlich:

1.13.02 Wald, Forst- und Landwirtschaft

Dezernat I

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen/-auszahlungen
2	- Summe der investiven Auszahlungen	1.476		4.500		4.500	4.500	4.500	1.476	19.476
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	1.476		4.500		4.500	4.500	4.500	1.476	19.476

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante Investitionen/Ersatzbeschaffung von **geringwertigen Wirtschaftsgütern** (kurz GWG) und von **Betriebs- und Geschäftsausstattung** (kurz BGA) aus dem Bereich der **Kreisforsten** (Amt 20, 8550.9350). Betriebs- und Geschäftsausstattung ist ein Begriff der kaufmännischen Buchführung. Darunter fallen Gegenstände (über 410 Euro netto), die der langfristigen Betriebsbereitschaft eines Unternehmens dienen. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird im ersten Teil des Inventars als Vermögensposten geführt. In der Bilanz wird sie den Sachanlagen zugeordnet und ist damit ein Teil des Anlagevermögens. BGAs werden über den Zeitraum ihrer Nutzungsdauer abgeschrieben, über Kostenstellen werden die Beschaffungen verursachungsgerecht den Ämtern/Produkten zugeordnet. Geringwertige Wirtschaftsgüter können, im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, im Jahr der Anschaffung oder Herstellung voll als Betriebsausgabe abgesetzt werden. Voraussetzungen für ein geringwertiges Wirtschaftsgut: es muss eigenständig nutzbar sein, es muss beweglich sein, es muss länger als ein Jahr dem Betrieb dienen und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten liegen zwischen 60,- und 410,- Euro (netto). Der Ansatz ist für die Anschaffung/Ersatzbeschaffung von technischen Geräten im Forstbetrieb (Motorsägen, Freischneider, etc.) bestimmt.

Die o. g. Investitionen werden über folgende *Finanzstellen (PSP-I)* abgewickelt:

- 5.208550.710.009 BGA Ersatzbeschaffung, Geräte (Forsten)
- 5.208560.720.009 GWG - Ersatzbeschaffung, Geräte (Forsten)

Haushaltsplan 2011
1.14 Umweltschutz

verantwortlich:

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-38.209	-203.600	-203.600	-80.000	-80.000	-80.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-168.233	-141.500	-165.500	-165.500	-165.500	-165.500
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-216.539	-311.100	-311.100	-311.100	-311.100	-311.100
7	+ Sonstige ordentliche Erträge		-21.250	-21.250	-21.250	-21.250	-21.250
10	= Ordentliche Erträge	-422.981	-677.450	-701.450	-577.850	-577.850	-577.850
11	- Personalaufwendungen	1.726.848	1.976.369	2.003.193	2.007.066	2.022.280	2.040.494
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	10.030	128.705	128.208	128.208	128.208	128.208
14	- Bilanzielle Abschreibungen	16.393	5.529	4.966	5.238	5.513	5.513
15	- Transferaufwendungen	42.075	30.000	40.000			
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	284.891	504.584	506.667	352.222	351.255	351.627
17	= Ordentliche Aufwendungen	2.080.237	2.645.186	2.683.034	2.492.734	2.507.257	2.525.842
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.657.256	1.967.736	1.981.584	1.914.884	1.929.407	1.947.992
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.657.256	1.967.736	1.981.584	1.914.884	1.929.407	1.947.992
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.657.256	1.967.736	1.981.584	1.914.884	1.929.407	1.947.992
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-5.883	-18.518	-18.731	-11.375	-11.425	-11.523
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	103.965	162.352	234.068	162.050	159.059	160.438
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.755.337	2.111.570	2.196.921	2.065.560	2.077.041	2.096.908

Haushaltsplan 2011

1.14 Umweltschutz

verantwortlich:

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-234.689	-203.600	-203.600		-80.000	-80.000	-80.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-162.116	-141.500	-165.500		-165.500	-165.500	-165.500
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-193.452	-304.750	-304.750		-304.750	-304.750	-304.750
7	+ Sonstige Einzahlungen		-21.250	-21.250		-21.250	-21.250	-21.250
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-590.257	-671.100	-695.100		-571.500	-571.500	-571.500
10	- Personalauszahlungen	1.428.286	1.296.983	1.322.175		1.335.396	1.348.750	1.362.238
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	3.192	128.300	127.890		127.890	127.890	127.890
14	- Transferauszahlungen	44.989	30.000	40.000				
15	- sonstige Auszahlungen	212.597	430.750	432.580		278.080	278.080	278.080
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.689.063	1.886.033	1.922.645		1.741.366	1.754.720	1.768.208
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.098.807	1.214.933	1.227.545		1.169.866	1.183.220	1.196.708
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	1.513						
29	- sonstige Investitionsauszahlungen	1.974						
30	= investive Auszahlungen	3.488						
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	3.488						

Haushaltsplan 2011

1.14 Umweltschutz

verantwortlich:

1.14.01 Umweltschutzmaßnahmen

Dezernat II

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

1.14.01.01 Bodenschutz und Altlasten

1.14.01.02 Abfall

1.14.01.03 Immissionsschutz

1.14.01.04 Gewässerschutz, Gewässerbewirtschaftung, Abgrabungen

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat II

1.14 Umweltschutz**1.14.01 Umweltschutzmaßnahmen****1.14.01.01****Bodenschutz und Altlasten****Beschreibung**

- Erfassung und Erstbewertung von Altlastenverdachtsflächen, Maßnahmen zur Gefahrenermittlung (Amtsermittlung), Ordnungsrechtliche Verfahren zur Gefahrenermittlung, Ahndung, Durchführung / Anordnung von Sanierungs- und Sicherungsmaßnahmen
- Baubetreuung und -überwachung (Bauleitung)
- Ausschreibung und Vergabeverfahren, Förderverfahren
- Kontrollen und Überwachung, Deponienachsorge
- Stellungnahmen zu Plan- u. Genehmigungsverfahren, TÖB
- Durchführung von Maßnahmen des vorsorgenden Bodenschutzes, Verfahren von Ausweisung von Bodenschutzgebieten
- Erfassen und Pflege von boden- u. abfallrelevanten Umweltdaten

Auftragsgrundlage

Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG), Landesbodenschutzgesetz NW (LBodSchG), Bundesbodenschutz- u. Altlastenverordnung (BbodSchV)

Ziele**Zielgruppen**

Bürger, Industrie- u. Gewerbebetriebe, Kommunen, Planungsträger, Investoren

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat II

1.14 Umweltschutz**1.14.01 Umweltschutzmaßnahmen****1.14.01.02****Abfall****Beschreibung**

- Ordnungsbehördliche und OWI-Verfahren zur Beseitigung und Ahndung illegaler Abfallablagerungen
- Abfallrechtliche Maßnahmen bei Schadensereignissen
- Überwachung der Entsorgung gefährlicher (Sonder-) Abfälle aus Kleingewerbe und Industrie (Betriebsbesuche, Betriebserfassung) sowie Überwachungsmaßnahmen nach diversen Verordnungen
- Mitwirkung / Stellungnahmen / Ortsbesichtigungen in Verfahren Dritter (Abbruchverfahren, BImSchG-Anlagen, Baugenehmigungen, Strafverfahren, Altlastensanierungen)
- Genehmigung und Überwachung von Erddeponien
- Abfallüberwachungssystem (ASYS): Datenerfassung und -pflege im Landesprogramm

Auftragsgrundlage

Kreislaufwirtschafts- u. Abfallgesetz , Landesabfallgesetz NW und diverse untergesetzliche Regelwerke

Ziele**Zielgruppen**

Gewerbliche und private Abfallerzeuger, -besitzer im Kreisgebiet, andere Behörden

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat II

1.14 Umweltschutz**1.14.01 Umweltschutzmaßnahmen****1.14.01.03****Immissionsschutz****Beschreibung**

- Genehmigung der Errichtung und des Betriebs von Anlagen (Betriebsstätten, Maschinen, Geräte, Lagerflächen etc.) mit potenziell schädlichen Umwelteinwirkungen
- Kontrolle und Überwachung des ordnungsgemäßen Betriebs von gewerblichen Anlagen, einschließlich Anpassung der Anlagen an den Stand der Technik
- Anlassbezogene Überwachung der Anlagen bei Anhaltspunkten für von der Anlage ausgehende schädliche Umwelteinwirkungen
- Beratung bei Errichtung und Betrieb von Anlagen, die keiner Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz bedürfen
- Mitwirkung / fachtechnische Stellungnahmen / Ortsbesichtigungen in Verfahren Dritter (Baugenehmigungen, bauplanungsrechtliche Verfahren, Zulassungen nach der Betriebssicherheitsverordnung)
- Ausnahmegenehmigungen für Tätigkeiten während der Nachtzeit sowie an Sonn- und Feiertagen
- Durchführung ordnungsrechtlicher Verfahren
- Klärung grundsätzlicher Fragen im Immissionsschutzrecht

Auftragsgrundlage

Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG), Verordnungen zur Durchführung des BImSchG (z.Zt. 38 VOs), Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG), Landesimmissionsschutzgesetz (LImSchG), Technische Richtlinien (TA-Luft, TA-Lärm, Geruchsimmissions-Richtlinie), Baunutzungsverordnung (BauNVO)

Ziele**Zielgruppen**

Betreiber von Anlagen aus Industrie und Gewerbe, Kommunen und kommunale Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger

1.14.01.04

Gewässerschutz, Gewässerbewirtschaftung, Abgrabungen

Beschreibung

- Wasserrechtliche Zulassungen (Genehmigung, Bewilligung, Erlaubnis, Befreiung, Eignungsfeststellung) von Abwasserbehandlungsanlagen, Gewässer-benutzungen in Grundwasser u. oberirdische Gewässer, Indirekteinleitungen, von Anlagen zum Umgang mit wgf. Stoffen u. im Rahmen des Ausbaus und Unterhaltung von Gewässern sowie der Wassergewinnung einschließlich Wasserschutzgebieten
- Abgrabungsrechtliche Zulassungen von Abgrabungen und deren Rekultivierungen
- Ordnungsrechtliche Verfahren zur gewässerverträglichen Gestaltung und Unterhaltung der vg. Anlagen und Benutzungen sowie zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Abgrabungen
- Kontrolle und Überwachung der vg. Anlagen und Benutzungen
- Mitwirkung / fachtechnische Stellungnahmen / Ortsbesichtigungen in Verfahren Dritter (BlmSchG-Anlagen, Baugenehmigungen, Strafverfahren, Altlastensanierungen, Abfallrechtlichen Verfahren usw.)
- Durchführung von WISTO / RAL – Verfahren
- Maßnahmen des vorbeugenden Gewässerschutzes
- Maßnahmen zur Gefahrenerkundung und -abwehr bei Gewässerverunreinigungen u. -gefährdungen, einschließlich einer Rufbereitschaft für Schadensfälle
- Durchführung von wasserrechtlichen Zwangsrechtsverfahren
- Klärung grundsätzlicher Fragen im Wasserrecht und Abgrabungsrecht
- AkoPro / UIS (Umweltinformationssystem): Aufbau, Pflege und Fortschreibung, Informationspflicht gegenüber übergeordneter Behörden, Statistik, Beratung

Auftragsgrundlage

Wasserhaushaltsgesetz, Landeswassergesetz NW Abgrabungsgesetz, sowie dazugehörige Erlasse, Verordnungen und Richtlinien

Ziele

Serviceversprechen für garantierte Bearbeitungszeiten für Genehmigungs- u. Erlaubnisanträge mit Ausnahme formgebundener Verfahren:

Die Untere Wasserbehörde entscheidet in 80 % der Fälle innerhalb von 40 Arbeitstagen nach Vorlage vollständiger und prüffähiger Antragsunterlagen über die Erteilung der beantragten Genehmigungen / Erlaubnisse

Zielgruppen

Bürgerinnen und Bürger, Industrie und Gewerbe, Land- und Forstwirtschaft, Kommunen und kommunale Unternehmen, Wasserverbände und andere Körperschaften des öffentlichen Rechts, Wasserversorgungsunternehmen, Straßenbaulastträger Träger öffentlicher Belange

Haushaltsplan 2011
1.14 Umweltschutz

verantwortlich:

1.14.01 Umweltschutzmaßnahmen

Dezernat II

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-38.209	-203.600	-203.600	-80.000	-80.000	-80.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-168.233	-141.500	-165.500	-165.500	-165.500	-165.500
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-216.539	-311.100	-311.100	-311.100	-311.100	-311.100
7	+ Sonstige ordentliche Erträge		-21.250	-21.250	-21.250	-21.250	-21.250
10	= Ordentliche Erträge	-422.981	-677.450	-701.450	-577.850	-577.850	-577.850
11	- Personalaufwendungen	1.726.848	1.976.369	2.003.193	2.007.066	2.022.280	2.040.494
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	10.030	128.705	128.208	128.208	128.208	128.208
14	- Bilanzielle Abschreibungen	16.393	5.529	4.966	5.238	5.513	5.513
15	- Transferaufwendungen	42.075	30.000	40.000			
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	284.891	504.584	506.667	352.222	351.255	351.627
17	= Ordentliche Aufwendungen	2.080.237	2.645.186	2.683.034	2.492.734	2.507.257	2.525.842
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.657.256	1.967.736	1.981.584	1.914.884	1.929.407	1.947.992
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.657.256	1.967.736	1.981.584	1.914.884	1.929.407	1.947.992
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.657.256	1.967.736	1.981.584	1.914.884	1.929.407	1.947.992
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-5.883	-18.518	-18.731	-11.375	-11.425	-11.523
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	103.965	162.352	234.068	162.050	159.059	160.438
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.755.337	2.111.570	2.196.921	2.065.560	2.077.041	2.096.908

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Umweltschutzmaßnahmen

Unter der Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* werden Landeszuschüsse (Kostenart 414200) für Maßnahmen im Bereich der Altlasten bzw. für den Bereich des Bodenschutzes (Produkt Bodenschutz und Altlasten) vereinnahmt. Für Maßnahmen der Gefährdungsabschätzung und Sanierung von Altlasten sowie für Maßnahmen des Bodenschutzes können Landeszuschüsse in Höhe bis zu 80 % der tatsächlichen Gesamtausgaben beantragt werden.

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für Auskünfte aus dem Altflächenkataster (Produkt Bodenschutz und Altlasten), Verwaltungsgebühren für Wasserrechtssachen (Produkt Gewässerschutz, -bewirt., Abgrabungen) und weitere allgemeine Verwaltungsgebühren (Produkt Abfall und Produkt Immissionsschutz) veranschlagt.

Bei der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* werden die Erstattungen des Zweckverbandes BAV (Mitgliedsbeitrag AAV, Kostenart 442400) und andere sonstige Kostenerstattungen (Produkt Bodenschutz und Altlasten) angesetzt. Hierzu gehört auch die Kostenerstattung i. R. d. Gefahrenabwehr. Unter andere sonstige Kostenerstattungen fällt die Erstattung von Kosten zur Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Produkt Abfall). Die Erstattungen vom Land teilen sich in Personalkosten- und Sachkostenerstattung (Kostenart 443906 u. 443907) auf. Erstattungen aller übrigen Bereiche (Kostenart 442900) umfassen die Erstattung von Kosten für Vollstreckungs- und Zwangsmaßnahmen (Produkt Immissionsschutz).

Bei den *sonstigen ordentlichen Erträgen* werden alle Erträge, die nicht einer anderen Kontengruppe zuzuordnen sind, verbucht: beispielsweise die Zwangsgelder (Kostenart 452120) zur Durchführung ordnungsbehördlicher Anordnungen (Produkt Bodenschutz und Altlasten), die Zwangsgeldeinnahmen bei den Produkten Gewässerschutz, -bewirtschaftung, Abgrabungen und Abfall.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

In die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* werden die Aufwendungen für den Unterhalt der Betriebs- und Geschäftsausstattung und die anderen sonstigen Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen gebucht. Hierzu gehört die Beschaffung von Katastermaterial, die Beschaffung von Geräten oder Materialien oder die Kosten der Digitalisierung des Altlasten-Verdachtsflächen-Katasters (Produkt Bodenschutz und Altlasten).

Über der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die Aufwendungen für Maßnahmen des Bodenschutzes und der Gefährdungsabschätzung (Kostenart 543903) sowie die Sanierung von Altlasten (Produkt Bodenschutz und Altlasten, Kostenart 543904) und der Mitgliedsbeitrag AAV (gesetzliche

Haushaltsplan 2011

1.14 Umweltschutz

verantwortlich:

1.14.01 Umweltschutzmaßnahmen

Dezernat II

Verpflichtung n. d. AAV-Gesetz, Kostenart 544300) verausgabt. Zu den *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* gehören auch die Kosten für Wasser und Abwasserproben (Kostenart 542914), andere sonstige Geschäftsaufwendungen für Grundlagenermittlung sowie Dienst- und Schutzkleidung und die Beiträge zu Wirtschaftsverbänden, Berufsvertretungen und Vereinen (Produkt Gewässerschutz, -bewirt., Abgrabungen). Unter Prüfung, Beratung, Rechtsschutz sind die Kosten für Untersuchungen u. Gutachten im Abfallbereich gefasst (Produkt Abfall). Sachverständigen- und Gutachterkosten (Produkt Immissionsschutz) werden auch als sonstiger ordentlicher Aufwand verstanden. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat II

1.14 Umweltschutz
1.14.01 Umweltschutzmaßnahmen

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-234.689	-203.600	-203.600		-80.000	-80.000	-80.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-162.116	-141.500	-165.500		-165.500	-165.500	-165.500
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-193.452	-304.750	-304.750		-304.750	-304.750	-304.750
7	+ Sonstige Einzahlungen		-21.250	-21.250		-21.250	-21.250	-21.250
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-590.257	-671.100	-695.100		-571.500	-571.500	-571.500
10	- Personalauszahlungen	1.428.286	1.296.983	1.322.175		1.335.396	1.348.750	1.362.238
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	3.192	128.300	127.890		127.890	127.890	127.890
14	- Transferauszahlungen	44.989	30.000	40.000				
15	- sonstige Auszahlungen	212.597	430.750	432.580		278.080	278.080	278.080
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.689.063	1.886.033	1.922.645		1.741.366	1.754.720	1.768.208
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.098.807	1.214.933	1.227.545		1.169.866	1.183.220	1.196.708
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	1.513						
29	- sonstige Investitionsauszahlungen	1.974						
30	= investive Auszahlungen	3.488						
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	3.488						

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat II

1.14 Umweltschutz

1.14.01 Umweltschutzmaßnahmen

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen/-auszahlungen
2	- Summe der investiven Auszahlungen	2.724							2.724	2.724
3	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	2.724							2.724	2.724

Haushaltsplan 2011
1.15 Wirtschaft und Tourismus

verantwortlich:

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-2.692.828		-23.250	-750	-750	-750
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-36.448	-172.700	-156.200	-107.200	-37.200	-37.200
10	= Ordentliche Erträge	-2.729.277	-172.700	-179.450	-107.950	-37.950	-37.950
11	- Personalaufwendungen	667.544	797.801	649.612	653.739	659.576	665.890
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.695.683	259.455	200.217	42.917	1.217	1.217
14	- Bilanzielle Abschreibungen		2.212	1.986	2.095	2.205	2.205
15	- Transferaufwendungen	75.000	110.000	92.500	82.500	82.500	82.500
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	229.292	237.572	237.183	212.086	235.764	211.178
17	= Ordentliche Aufwendungen	3.667.519	1.407.039	1.181.498	993.337	981.263	962.990
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	938.242	1.234.339	1.002.048	885.387	943.313	925.040
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.367					
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	1.367					
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	939.609	1.234.339	1.002.048	885.387	943.313	925.040
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	939.609	1.234.339	1.002.048	885.387	943.313	925.040
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-24.398	-42.920	-32.852	-29.126	-28.731	-28.919
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	28.489	68.449	78.770	73.300	72.503	73.032
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	943.699	1.259.868	1.047.966	929.561	987.085	969.154

Haushaltsplan 2011
1.15 Wirtschaft und Tourismus

verantwortlich:

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.748.828		-23.250		-750	-750	-750
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-44.230	-172.700	-156.200		-107.200	-37.200	-37.200
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.793.058	-172.700	-179.450		-107.950	-37.950	-37.950
10	- Personalauszahlungen	595.821	561.789	432.474		436.798	441.167	445.577
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.564.608	267.750	210.000		42.700	1.000	1.000
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	1.367						
14	- Transferauszahlungen	75.000	110.000	92.500		82.500	82.500	82.500
15	- sonstige Auszahlungen	170.390	169.900	184.035		159.035	184.035	159.035
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.407.185	1.109.439	919.009		721.033	708.702	688.112
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	614.127	936.739	739.559		613.083	670.752	650.162
27	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	11.250	10.000					
30	= investive Auszahlungen	11.250	10.000					
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- /J. Auszahlung)	11.250	10.000					

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:
Kreisdirektor

1.15 Wirtschaft und Tourismus**1.15.01 Wirtschaftsförderung****Beschreibung**

Eine erfolgreiche mittelständische Wirtschaft kennzeichnet den Oberbergischen Kreis gleichermaßen wie dessen reizvolle Hügellandschaft und Waldreichtum. Der Oberbergische Kreis und dessen Wirtschaftsförderung unterstützen die in seinem Zuständigkeitsbereich ansässigen Betriebe durch eine mittelstandsorientierte Ausrichtung und zielgruppengerechte Angebote. In Kooperation mit den Städten und Gemeinden und wirtschaftspolitisch bedeutsamen Akteuren, wie der IHK Köln, der Fachhochschule Köln, Campus Gummersbach, u.a. wird der Wirtschaftsstandort Oberberg auf diese Weise weiterentwickelt und nach Innen und Außen beworben. Darüber hinaus unterstützt der Oberbergische Kreis ansiedlungsbereite Unternehmen und Gründerinnen und Gründer durch Information, Beratung und die Vermittlung von Förderprogrammen.

Auftragsgrundlage

Vorgaben des Kreistags und des Landrates, Gesetze, Förderrichtlinien, Ausschreibungen in Wettbewerbsverfahren, Gütekriterien der RAL-Gütegemeinschaft „Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung“ und anderer Stellen; Startercentervereinbarung

Ziele

- Ausbau/Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und Rahmenbedingungen sowie der Arbeitsmarktsituation im OBK durch kurzfristig und langfristig angelegte Maßnahmen und Projekte, z.B. in den Bereichen „Mittelstandsorientierte Verwaltung“, „Cluster-Entwicklung“, „Frau und Beruf“ etc.
- Unterstützung von Unternehmen im OBK durch Beratung, Durchführung von Informationsveranstaltungen und Messen, Vermittlung von Förderprogrammen sowie durch aktive Cluster- und Netzwerkarbeit
- Kompetente und zeitnahe Informationen zu gründungsspezifischen Fragen
- Informationen zu Gewerbeimmobilien im OBK durch individuelle Beratung und Präsentation
- Bewerbung des Wirtschaftsstandortes Oberberg auf Messen und in den Medien

Zielgruppen

Kleine, mittlere und große Unternehmen im Oberbergischen Kreis, Gründerinnen und Gründer, Beschäftigte und Arbeitssuchende, Fachämter der Kreisverwaltung, Verbände und Institutionen

Haushaltsplan 2011
1.15 Wirtschaft und Tourismus

verantwortlich:

1.15.01 Wirtschaftsförderung

Kreisdirektor

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-2.692.828		-23.250	-750	-750	-750
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-5.770	-142.000	-125.500	-76.500	-6.500	-6.500
10	= Ordentliche Erträge	-2.698.598	-142.000	-148.750	-77.250	-7.250	-7.250
11	- Personalaufwendungen	383.378	512.429	423.473	425.445	429.030	433.051
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.625.683	189.455	130.217	42.917	1.217	1.217
14	- Bilanzielle Abschreibungen		2.212	1.986	2.095	2.205	2.205
15	- Transferaufwendungen	20.000	55.000	37.500	27.500	27.500	27.500
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	206.092	214.372	213.983	188.886	212.564	187.978
17	= Ordentliche Aufwendungen	3.235.152	973.467	807.160	686.843	672.517	651.952
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	536.554	831.467	658.410	609.593	665.267	644.702
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.367					
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	1.367					
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	537.921	831.467	658.410	609.593	665.267	644.702
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	537.921	831.467	658.410	609.593	665.267	644.702
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-45.014	-85.043	-56.880	-53.116	-52.337	-52.726
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	20.169	67.049	65.598	60.424	59.966	60.413
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	513.077	813.474	667.127	616.901	672.896	652.389

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.15 Wirtschaft und Tourismus

1.15.01 Wirtschaftsförderung

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.15 Wirtschaft und Tourismus

1.15.01 Wirtschaftsförderung

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Wirtschaftsförderung

Unter der Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* sind die Finanzierungsbeiträge der Oberbergischen Sparkassen zum „Gütezeichen Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung“ (Kostenart 414700) ausgewiesen. Die Position *Erträge aus Kostenerstattungen* umfasst die Erstattungen vom Land (Kostenart 442200) für den Bildungsscheck.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* ist die Kostenerstattung an die Regionalagentur (Kostenart 528904) sowie verschiedene Projektkosten veranschlagt: Rad Region (Marketing), Berufsorientierung/Unterstützung OK-Ausbildung, CheK.NRW, Breitbandkonzept Oberberg (siehe Teilprodukte). Nachrichtlich: Die Kosten für Kreismarketing (Kostenart 529934) sind im Produkt 1.01.02.01 veranschlagt.

Die Kontengruppe *Transferaufwendungen* beinhaltet Zuwendungen/Zuschüsse (Kostenart 531900) an folgende Bereiche: Aufbau regionale EFRE Struktur, Beteiligung an Kosten GO MIT, Unterstützung des Vereins Oberbergische Koordinierungsstelle Ausbildung e.V. sowie den Zuschuss zur REGIONALE 2010.

Die *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* umfassen die Beiträge zum Verein „Region Köln/Bonn e.V.“ sowie den Mitgliedsbeitrag „Gütegemeinschaft“ (Kostenart 544300), die Defizitübernahme „GTC Gummersbach“ (Kostenart 545300), die Kosten für das „Gütezeichen Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung (RAL-Gütezeichen)“ (Kostenart 543901) sowie weitere sonstige Geschäftsaufwendungen (Inanspruchnahme von Informationsdiensten, Beschaffung von Material, Herausgabe von Schriften und sonstige Kosten der Wirtschaftsförderung). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet. Die Aufwendungen für das „Bündnis für Familie“ (Kostenart 543902) sind im Produktbereich 1.01.02 abgebildet.

Hinweis zum Ergebnis 2009: Im Jahr 2009 wurden die Maßnahmen der Umsetzung/ Qualif. der Projekte der Regionale 2010 über das Produkt Wirtschaftsförderung abgewickelt.

Haushaltsplan 2011
1.15 Wirtschaft und Tourismus

verantwortlich:

1.15.01 Wirtschaftsförderung

Kreisdirektor

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.748.828		-23.250		-750	-750	-750
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-13.551	-142.000	-125.500		-76.500	-6.500	-6.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.762.379	-142.000	-148.750		-77.250	-7.250	-7.250
10	- Personalauszahlungen	316.632	341.232	257.047		259.617	262.214	264.835
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.494.608	197.750	140.000		42.700	1.000	1.000
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	1.367						
14	- Transferauszahlungen	20.000	55.000	37.500		27.500	27.500	27.500
15	- sonstige Auszahlungen	157.190	156.700	170.835		145.835	170.835	145.835
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.989.797	750.682	605.382		475.652	461.549	439.170
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	227.417	608.682	456.632		398.402	454.299	431.920

Haushaltsplan 2011**1.15 Wirtschaft und Tourismus**

verantwortlich:

1.15.02 Tourismus

Kreisdirektor

Beschreibung

Mit Blick auf seine landschaftliche Schönheit, die geprägt ist durch eine sanfte Hügellandschaft, Waldreichtum und zahlreiche Talsperren, sowie mit Blick auf ein großes Marktpotential im direkten Umland stellt der Oberbergische Kreis ein attraktives Tourismusziel, insbesondere für den Tages- und Wochenendtourismus, dar.

Der heimischen Bevölkerung bieten Natur und Landschaft ein hohes Maß an Lebensqualität.

Mit der Beteiligung an der Naturarena Bergisches Land GmbH und durch die Mitgliedschaft im Naturpark Bergisches Land und im Touristik-Verband Oberbergisches Land fördert der Oberbergische Kreis den Tourismus in den Bereichen „Infrastruktur“ und „Marketing“. Eine - mit Blick auf die Gesellschafterstrukturen begrenzte - Einflussnahmemöglichkeit besteht für den OBK insbesondere im Hinblick auf die regelmäßig stattfindenden Gremiensitzungen.

Auftragsgrundlage

Beschlüsse des Kreistages (freiwillige Aufgabe); ggf. Förderbestimmungen

Ziele

- Verbesserung der touristischen Infrastruktur sowie Steigerung des Bekanntheits-grades und des positiven Images des Oberbergischen Kreises als Tourismusregion. Steigerung der Gäste- und Besucherzahlen
- Öffentlichkeitsarbeit durch Herausgabe von Informationsmaterial und Teilnahme an Messen sowie an ausgewählten touristischen Veranstaltungen
- Steigerung der Lebensqualität der einheimischen Bevölkerung

Zielgruppen

Wirtschaft, Einwohner, Touristen, Kulturschaffende

Haushaltsplan 2011

1.15 Wirtschaft und Tourismus

verantwortlich:

1.15.02 Tourismus

Kreisdirektor

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-30.679	-30.700	-30.700	-30.700	-30.700	-30.700
10	= Ordentliche Erträge	-30.679	-30.700	-30.700	-30.700	-30.700	-30.700
11	- Personalaufwendungen	284.166	285.372	226.138	228.294	230.546	232.839
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	70.000	70.000	70.000			
15	- Transferaufwendungen	55.000	55.000	55.000	55.000	55.000	55.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	23.200	23.200	23.200	23.200	23.200	23.200
17	= Ordentliche Aufwendungen	432.366	433.572	374.338	306.494	308.746	311.039
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	401.688	402.872	343.638	275.794	278.046	280.339
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	401.688	402.872	343.638	275.794	278.046	280.339
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	401.688	402.872	343.638	275.794	278.046	280.339
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	28.935	43.522	37.200	36.866	36.143	36.427
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	430.623	446.394	380.838	312.660	314.189	316.765

Haushaltsplan 2011

1.15 Wirtschaft und Tourismus

verantwortlich:

1.15.02 Tourismus

Kreisdirektor

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Tourismus

Unter *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* ist die Personalkostenerstattung des Zweckverbandes Naturpark Bergisches Land (Kostenart 442400) veranschlagt. Dem Oberbergischen Kreis obliegt die Geschäftsführung für diesen Zweckverband.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* beinhalten die Kosten zum Projekt "Wege durch die Zeit" (Kostenart 529933).

Die *Transferaufwendungen* enthalten den Betriebskostenzuschuss (Kostenart 531600) zur Gesellschaft „Naturarena Bergisches Land GmbH“. Der Kreistag hat in seiner Sitzung vom 10.03.2005 beschlossen, dass sich der Oberbergische Kreis an dieser Gesellschaft beteiligt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner der Beitrag zum ZV Naturpark sowie anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2011
1.15 Wirtschaft und Tourismus

verantwortlich:

1.15.02 Tourismus

Kreisdirektor

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-30.679	-30.700	-30.700		-30.700	-30.700	-30.700
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-30.679	-30.700	-30.700		-30.700	-30.700	-30.700
10	- Personalauszahlungen	279.189	220.557	175.427		177.181	178.953	180.742
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	70.000	70.000	70.000				
14	- Transferauszahlungen	55.000	55.000	55.000		55.000	55.000	55.000
15	- sonstige Auszahlungen	13.200	13.200	13.200		13.200	13.200	13.200
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	417.389	358.757	313.627		245.381	247.153	248.942
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	386.710	328.057	282.927		214.681	216.453	218.242
27	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	11.250	10.000					
30	= investive Auszahlungen	11.250	10.000					
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- J. Auszahlung)	11.250	10.000					

Haushaltsplan 2011

1.15 Wirtschaft und Tourismus

verantwortlich:

1.15.02 Tourismus

Kreisdirektor

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5800010 Erwerb Geschäftsanteile "Das Bergische"										
10	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	11.250							11.250	11.250
13	= Summe Auszahlungen	11.250							11.250	11.250
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	11.250							11.250	11.250

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5800011 Erwerb Geschäftsanteile "Nutscheid"										
10	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen		10.000						10.000	10.000
13	= Summe Auszahlungen		10.000						10.000	10.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		10.000						10.000	10.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem o. g. Ansatz für das Haushaltjahr 2010 handelt es sich um den **Erwerb von Geschäftsanteilen** im Rahmen einer Beteiligung an der gemeinnützigen Gesellschaft „Nutscheid“. Die Abwicklung der Investitionen wird von Amt 80 koordiniert.

Die Investition wird über die *Finanzstelle Erwerb Trägeranteile Nutscheid* abgewickelt:

2010 / PSP-I 5.800011.730 SK 782400

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.15 Wirtschaft und Tourismus

1.15.02 Tourismus

Haushaltsplan 2011

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft

verantwortlich:

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-221.842	-277.004	-159.030	-86.740		
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-193.928.946	-189.240.825	-196.434.105	-198.281.780	-204.648.064	-208.256.752
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-10.571					
10	= Ordentliche Erträge	-194.161.359	-189.517.829	-196.593.135	-198.368.520	-204.648.064	-208.256.752
14	- Bilanzielle Abschreibungen	2.149					
15	- Transferaufwendungen	53.436.397	51.635.849	51.322.408	53.868.241	56.345.272	58.659.712
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	40.865					
17	= Ordentliche Aufwendungen	53.479.411	51.635.849	51.322.408	53.868.241	56.345.272	58.659.712
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-140.681.948	-137.881.980	-145.270.727	-144.500.279	-148.302.792	-149.597.040
19	+ Finanzerträge	-339.692	-1.023	-136.000	-136.000	-136.000	-136.000
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	2.928.709	3.562.300	3.008.464	3.167.485	3.234.851	3.162.151
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	2.589.017	3.561.277	2.872.464	3.031.485	3.098.851	3.026.151
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-138.092.931	-134.320.703	-142.398.263	-141.468.794	-145.203.941	-146.570.889
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-138.092.931	-134.320.703	-142.398.263	-141.468.794	-145.203.941	-146.570.889
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-138.092.931	-134.320.703	-142.398.263	-141.468.794	-145.203.941	-146.570.889

Haushaltsplan 2011

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft

verantwortlich:

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-217.143	-277.004	-159.030		-86.740		
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-193.928.946	-189.240.825	-196.434.105		-198.281.780	-204.648.064	-208.256.752
7	+ Sonstige Einzahlungen	200.622						
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-339.598	-1.023	-136.000		-136.000	-136.000	-136.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-194.285.065	-189.518.852	-196.729.135		-198.504.520	-204.784.064	-208.392.752
10	- Personalauszahlungen	-617.439						
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	4.186						
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	2.928.709	3.562.300	3.008.464		3.167.485	3.234.851	3.162.151
14	- Transferauszahlungen	53.436.397	51.635.849	51.322.408		53.868.241	56.345.272	58.659.712
15	- sonstige Auszahlungen	83.032						
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	55.834.885	55.198.149	54.330.872		57.035.726	59.580.123	61.821.863
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-138.450.180	-134.320.703	-142.398.263		-141.468.794	-145.203.941	-146.570.889
22	+ sonstige Investitionseinzahlungen	-8.743						
23	= investive Einzahlungen	-8.743						
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung)	-8.743						

Haushaltsplan 2011**1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft**

verantwortlich:

1.16.01 Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen

Dezernat I

Beschreibung

Die „Allgemeine Finanzwirtschaft“ stellt kein eigenständiges Produkt im engeren Sinne dar, sondern stellt die Finanzmittel dar, die dem Kreishaushalt produktunabhängig zufließen oder die der Haushalt produktunabhängig zu leisten hat. Aus Transparenzgründen werden hier nur die Finanzmittel und nicht die eigentliche Aufgabenwahrnehmung dargestellt:

Im Ergebnisplan:

- Jagdsteuer
- Schlüsselzuweisungen
- Kreisumlage
- Differenzierte Umlagen: Kreisvolkshochschule, Berufsschulen, Jugendamt
- Umlage an den Landschaftsverband

Auftragsgrundlage

Kreisordnung (KrO), Gemeindeordnung (GO), Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO), Kommunalabgabengesetz (KAG), Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG),
jährliche Haushaltssatzung

Ziele

Senkung bzw. mind. Konstanthalten des Kreisumlagehebesatzes

Zielgruppen

Haushaltsplan 2011**1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft**

verantwortlich:

1.16.01 Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen

Dezernat I

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-221.842	-277.004	-159.030	-86.740		
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-193.928.946	-189.240.825	-196.434.105	-198.281.780	-204.648.064	-208.256.752
10	= Ordentliche Erträge	-194.150.788	-189.517.829	-196.593.135	-198.368.520	-204.648.064	-208.256.752
14	- Bilanzielle Abschreibungen	2.149					
15	- Transferaufwendungen	53.436.397	51.635.849	51.322.408	53.868.241	56.345.272	58.659.712
17	= Ordentliche Aufwendungen	53.438.546	51.635.849	51.322.408	53.868.241	56.345.272	58.659.712
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-140.712.242	-137.881.980	-145.270.727	-144.500.279	-148.302.792	-149.597.040
19	+ Finanzerträge	-202.800					
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	-202.800					
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-140.915.042	-137.881.980	-145.270.727	-144.500.279	-148.302.792	-149.597.040
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-140.915.042	-137.881.980	-145.270.727	-144.500.279	-148.302.792	-149.597.040
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-140.915.042	-137.881.980	-145.270.727	-144.500.279	-148.302.792	-149.597.040

Planerläuterung Teilergebnisplan

Die Kontengruppe *Steuern und ähnliche Abgaben* beinhaltet die Erträge aus der Jagdsteuer (Kostenart 403400).

Bei den *Zuwendungen und allgemeinen Umlagen* handelt es sich zum überwiegenden Teil um die Kreisumlage (Kostenart 417210). Darüber hinaus werden in dieser Kontengruppe die Schlüsselzuweisungen vom Land (Kostenart 411100) sowie die Umlagen aus den Mehrbelastungen Jugendamt (Kostenart 417220),

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat I

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft**1.16.01 Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen**

Berufsschulwesen (Kostenart 417240) und Kreisvolkshochschule (Kostenart 417250) verbucht. In der Kontengruppe *Transferaufwendungen* wird der Aufwand für die Landschaftsumlage (Kostenart 537240) erfasst. Nähere Erläuterungen können dem Vorbericht entnommen werden.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat I

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft

1.16.01 Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-217.143	-277.004	-159.030		-86.740		
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-193.928.946	-189.240.825	-196.434.105		-198.281.780	-204.648.064	-208.256.752
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-202.800						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-194.348.889	-189.517.829	-196.593.135		-198.368.520	-204.648.064	-208.256.752
10	- Personalauszahlungen	23.482						
14	- Transferauszahlungen	53.436.397	51.635.849	51.322.408		53.868.241	56.345.272	58.659.712
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	53.459.879	51.635.849	51.322.408		53.868.241	56.345.272	58.659.712
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-140.889.010	-137.881.980	-145.270.727		-144.500.279	-148.302.792	-149.597.040

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat I

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft**1.16.02 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft****Beschreibung**

Die „Allgemeine Finanzwirtschaft“ stellt kein eigenständiges Produkt im engeren Sinne dar, sondern stellt die Finanzmittel dar, die dem Kreishaushalt produktunabhängig zufließen oder die der Haushalt produktunabhängig zu leisten hat.

Aus Transparenzgründen werden hier nur die Finanzmittel und nicht die eigentliche Aufgabenwahrnehmung dargestellt:

Im Ergebnisplan:

- Zinserträge
- Zinsaufwendungen

Im Finanzplan:

Einzahlungen und Auszahlungen aus der Tilgung von vergebenen und aufgenommenen Krediten

Auftragsgrundlage

Kreisordnung (KrO), Gemeindeordnung (GO), Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO), jährliche Haushaltssatzung

Ziele

Einhaltung des Tilgungsvolumens laut Haushaltsplan

Zielgruppen

Haushaltsplan 2011**1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft**

verantwortlich:

1.16.02 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Dezernat I

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-10.571					
10	= Ordentliche Erträge	-10.571					
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	40.865					
17	= Ordentliche Aufwendungen	40.865					
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	30.294					
19	+ Finanzerträge	-136.892	-1.023	-136.000	-136.000	-136.000	-136.000
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	2.928.709	3.562.300	3.008.464	3.167.485	3.234.851	3.162.151
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	2.791.817	3.561.277	2.872.464	3.031.485	3.098.851	3.026.151
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	2.822.111	3.561.277	2.872.464	3.031.485	3.098.851	3.026.151
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	2.822.111	3.561.277	2.872.464	3.031.485	3.098.851	3.026.151
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	2.822.111	3.561.277	2.872.464	3.031.485	3.098.851	3.026.151

Planerläuterung Teilergebnisplan

Bei den *Finanzerträgen* werden die Erträge aus Zinsen von Kreditinstituten (Kostenart 461800) vereinnahmt.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen sind einerseits an das Land zu leistende Zinsen (Kostenart 551200) aus Kreditverbindlichkeiten, andererseits an Kreditinstitute zu leistende Zinsen für langfristige Verbindlichkeiten (Kostenart 551500) und für Kassenkredite (Kostenart 551810).

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat I

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft**1.16.02 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft**

Die anfallenden Auszahlungen für die Tilgung von Krediten sowie zu erwartende Einzahlungen aus Kreditaufnahmen werden ausschließlich im Gesamtfinanzplan in den Zeilen 33 und 34 abgebildet.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Dezernat I

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft
1.16.02 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
7	+ Sonstige Einzahlungen	200.622						
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-136.798	-1.023	-136.000		-136.000	-136.000	-136.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	63.825	-1.023	-136.000		-136.000	-136.000	-136.000
10	- Personalauszahlungen	-640.921						
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	4.186						
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	2.928.709	3.562.300	3.008.464		3.167.485	3.234.851	3.162.151
15	- sonstige Auszahlungen	83.032						
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.375.006	3.562.300	3.008.464		3.167.485	3.234.851	3.162.151
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	2.438.830	3.561.277	2.872.464		3.031.485	3.098.851	3.026.151
22	+ sonstige Investitionseinzahlungen	-8.743						
23	= investive Einzahlungen	-8.743						
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	-8.743						

Stellenplan

Stellenplan - Teil A: Beamte

Wahlbeamte und Laufbahngruppen	Besoldungsgruppe	Zahl der Stellen 2011	Zahl der Stellen 2010	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2010	Vermerke, Erläuterungen
Wahlbeamte	B 7	1	1	1	
	B 4	1	1	1	
Höherer Dienst	B 2	2	2	2	
	A 16	2	2	2	
	A 15	11	11	10	
	A 14	12,5	16,5	15,5	
	A 13	12,5	11	10,5	
Gehobener Dienst	A 13	14,5	12,5	11,5	
	A 12	43	47	47	
	A 11	90,5	89	85,5	
	A 10	43	41	37,5	
	A 9	17	13,5	13,5	
Mittlerer Dienst	A 9	32	28,5	28,5	
	A 8	39,5	38,5	38,5	
	A 7	5	5	5	
	A 6	0	0	0	
G e s a m t :		326,5	319,5	309	

Stellenplan - Teil B: Tariflich Beschäftigte

Entgeltgruppe / Sondertarif		Zahl der Stellen 2011	Zahl der Stellen 2010	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2010	Vermerke, Erläuterungen
Entgeltgruppe	15 TVöD	4,5	3	3	
	14 TVöD	9,5	8,5	8	
	13 TVöD	8,5	9,5	9,5	
	12 TVöD	20,5	17,5	17,5	
	11 TVöD	44	38,5	38,5	
	10 TVöD	26	18	15	
	9 TVöD	151,5	63	62	
	8 TVöD	72	58	57,5	
	7 TVöD	0	0	0	
	6 TVöD	185,5	89,5	88,5	
	5 TVöD	32,5	32	32	
	4 TVöD	2,5	2,5	2,5	
	3 TVöD	6,5	7	5,5	
	2 TVöD	7,5	8,5	8	
	1 TVöD	0	0	0	
	Sondertarif	35	36	36	
Gesamt:		606	391,5	383,5	

Stellenübersicht - Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - BEAMTE -

Produktgruppe	Bezeichnung	Wahlbeamte		Höherer Dienst				Gehobener Dienst					Mittlerer Dienst				Gesamt
		B 7	B 4	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9	A 8	A 7	
01.01	Politische Gremien									0,5							0,5
01.02	Verwaltungsführung	1	1	2	2			1	1								8
01.03	Gleichstellung von Frau und Mann							0,5									0,5
01.04	Beschäftigtenvertretung									1							1
01.05	Rechnungsprüfung					1			2	2	1						6
01.06	Zentrale Dienste					0,5		0,5	0,5	0,5	1,5			2			5,5
01.07	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit							1									1
01.08	Personalmanagement						1		2	4		2	2,5	2,5			14
01.09	Finanzmanagement u. Rechnungswesen						0,5	1		2	3	2	3	5,5	2		19
01.10	Organisationsangelegenh. u. technikerunterstützte Informationsverarbeitung					0,5		0,5	2,5	3	3						9,5
01.11	Recht					1	1	2									4
01.12	Grundstücks- und Gebäudemanagement					0,5			1					1			2,5
01.13	Technisches Immobilienmanagement					0,5	1				0,5						2
01.14	Kommunalaufsicht						0,5		1	1	1,5						4
01.15	Kreispolizeibehörde							1	1	1		3	1	1			8
02.01	Ordnungsbedürftige Tätigkeiten					0,5			1	1,5	1			1			5
02.02	Verbraucherschutz					0,5					1,5						2
02.03	Tiergesundheit					1,5				1							2,5
02.04	Verkehrsangelegenheiten							0,5	1	0,5		0,5	2	2,5	4,5		11,5
02.05	Fahr- und Beförderungserlaubnisse													2			2

Stellenübersicht - Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - BEAMTE -

Produktgruppe	Bezeichnung	Wahlbeamte		Höherer Dienst				Gehobener Dienst					Mittlerer Dienst				Gesamt	
		B 7	B 4	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9	A 8	A 7		A 6
07.02	Gutachten und Stellungnahmen						0,5											0,5
07.03	Gesundheitshilfe						0,5	0,5		0,5	4							5,5
07.04	Gesundheitsschutz									1	1,5		1					3,5
09.01	Räumliche Planung							1		3	1,5	0,5						6
09.02	Vermessung, Erhebung und Führung von Geobasisdaten					0,5		1	1	3	5,5	1						12
09.03	Geoinformationsdienste, Geodatenmanagement									0,5	0,5							1
09.04	Grundstückswertermittlung					0,5					1							1,5
10.01	Maßnahmen der Bauaufsicht					0,5			1	2,5	3,5	2,5			0,5			10,5
10.03	Wohnungsbauförderung										1		1					2
10.04	Wohnraumsicherung und -versorgung													1				1
10.05	Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht									0,5	0,5							1
12.02	ÖPNV								1			0,5						1,5
13.01	Natur und Landschaft									1	3,5	1	1					6,5
14.01	Bodenschutz, Altlasten, Abfall, Immissionen und Wasser					1		1	1	3	9,5	2		1				18,5
15.01	Wirtschaftsförderung					0,5				1,5	1							3

Stellenübersicht - Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - TARIFLICH BESCHÄFTIGTE -

Produktgruppe	Bezeichnung	Entgeltgruppen - TVöD															Sonder-tarif	Gesamt
		15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1		
01.01	Politische Gremien										0,5							0,5
01.02	Verwaltungsführung							2	4									6
01.04	Beschäftigtenvertretung				1				1									2
01.05	Rechnungsprüfung				1							1						2
01.06	Zentrale Dienste							1,5	1		9	3	1					15,5
01.07	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit					1												1
01.08	Personalmanagement							1			1	1,5						3,5
01.09	Finanzmanagement u. Rechnungswesen							1	4,5		0,5	1						7
01.10	Organisationsangelegenh. u. technikerunterstützte Informationsverarbeitung				3,5	1	0,5	2			0,5							7,5
01.11	Recht			0,5								1						1,5
01.12	Grundstücks- und Gebäudemanagement								3		7			1,5	7,5			19
01.13	Technisches Immobilienmanagement					4,5	1											5,5
01.15	Kreispolizeibehörde							1			2							3
02.01	Ordnungsbedürftige Tätigkeiten								0,5			0,5		0,5				1,5
02.02	Verbraucherschutz		2	1				5			0,5							8,5
02.03	Tiergesundheit		1			1		1	2									5
02.04	Verkehrsangelegenheiten							1	3,5		4	2,5						11
02.05	Fahr- und Beförderungserlaubnisse					1		1,5	3,5									6
02.06	Kfz-Angelegenheiten					1	1		11		4	3						20
02.07	Personenbezogene Aufenthalts- und Statusfragen							3,5	1			0,5		0,5				5,5

Stellenübersicht - Teil B: Dienstkräfte in Ausbildung

Nachwuchskräfte und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte

Bezeichnung	Art der Vergütung	Zahl 2011	Zahl 2010	Zahl am 01.10.2010	Vermerke, Erläuterungen
Kreisinspektoranwärter/in	Anwärterbezüge	17	18	17	
Kreissekretäranwärter/in	Anwärterbezüge	7	8	8	
Kreisvermessungsoberinspektoranwärter/in	Anwärterbezüge	0	1	1	
Kauffrau/mann für Bürokommunikation	Ausbildungsvergütung	14	13	13	
Informatikkaufmann/frau	Ausbildungsvergütung	1	0	0	
Vermessungstechniker/in	Ausbildungsvergütung	1	4	3	
Forstwirt	Ausbildungsvergütung	1	1	1	
Lebensmittelkontrolleur/in	Ausbildungsvergütung	1	0	1	
Praktikanten	Pauschale	3	3	3	
Gesamt:		45	48	47	

Übersichten

Übersicht über die Bürgschaften

Bürgschaft gewährt für	Betrag	Bank	Art
<i>Elterninitiative "Kleine Freunde" e.v. Hemmerholzer Weg 18, 51597 Morsbach</i>	51.129 €	KSK Köln	Ausfallbürgschaft
<i>Neubau des Kindergartens Engelskirchen-Schnellbach</i>	Der OBK übernimmt als zuständiger örtlicher Träger der öffentl. Jugendhilfe für die Mietzahlungen aus dem Mietvertrag zw. der Bauunternehmung und der Johanniter Unfallhilfe e.V. die Bürgschaft. (siehe KT-Beschluss v. 18.03.2004)		
<i>Neubau des Kindergartens Engelskirchen-Osberghausen</i>	Der OBK übernimmt als zuständiger örtlicher Träger der öffentl. Jugendhilfe für die Mietzahlungen aus dem Mietvertrag zw. der Bauunternehmung und der Johanniter gGmbH die Bürgschaft. (siehe KT-Beschluss v. 22.09.2005)		
<i>Übernahme einer Ausfallbürgschaft Kreiskrankenhaus Waldbröl</i>	Der OBK übernimmt als Gesellschafter des <i>Klinkums Oberbergs</i> entsprechend seinem Gesellschafteranteil gem. § 18 des Gesellschaftsvertrages in Höhe v. 95,7 % eine Ausfallbürgschaft für den von der Kreissparkasse Köln zur Verfügung gestellten Darlehensrahmen. Die Bürgschaft gilt zeitlich begrenzt für die Dauer bis zum 30.06.2025 (siehe KT-Beschluss v. 25.09.2008).		
<i>Gemeinnützige Gesellschaft "Das Bergische gGmbH" Eichenhofstr. 31, 51789 Lindlar</i>	Der Rheinisch-Bergische Kreis, der Oberbergische Kreis und der Zweckverband Naturpark Bergisches Land übernehmen eine modifizierte Ausfallbürgschaft in Höhe von maximal 1.744.404 Euro für die durch das Land NRW gewährten Fördermittel. (Projekt Wege durch die Zeit)		

Übersicht über den Stand von Sonderabgaben

Sonderabgaben sind einmalige oder laufende öffentlich-rechtliche Geldleistungen, die im Gegensatz zu Steuern nicht der allgemeinen Mittelbeschaffung sondern der Finanzierung eines bestimmten Sachzwecks dienen. Im Gegensatz zu Gebühren und Beiträgen stellen sie keine Entgelte für eine empfangene oder bevorzugt angebotene Leistung des öffentlich-rechtlichen Gemeinwesens dar. Zu den Sonderabgaben zählen auch Leistungen, bei denen an Stelle der Finanzierungsfunktion die Antriebs- und Ausgleichsfunktion im Vordergrund steht.

Bei den nach § 5 des Landschaftsgesetzes NW erhobenen Ersatzgeldern handelt es sich um Sonderabgaben, die zweckgebunden für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu verwenden sind. Ersatzgelder werden erhoben, wenn bei einem Eingriff in Natur und Landschaft der erforderliche Ausgleich vom Verursacher nicht durch Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen durchgeführt werden kann.

Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17.07.2003 (BverfG 2 BvL 1/99) sind die Länder verpflichtet, dem Haushalt als Anlage eine Übersicht über den Bestand und die Entwicklung von Sonderabgaben beizufügen. Analog zu dieser Regelung ist nachfolgend der Bestand und die Entwicklung der Ersatzgelder nach Landschaftsgesetz aufgeführt:

Übersicht über den Stand und die Entwicklung der Ersatzgelder gemäß § 5 Landschaftsgesetz:

Produktgruppe 1.13.01 Natur und Landschaft	Anfangsbestand 2010	Einnahmen 2010	Ausgaben 2010	Endbestand 2010 (=Anfangsbestand 2011)
Pflegemaßnahmen	48.313,44 €	71.216,30 €	0,00 €	119.529,74 €
Investitionen	143.933,56 €	0,00 €	0,00 €	143.933,56 €
Gesamtbestand	192.247,00 €	71.216,30 €	0,00 €	263.436,30 €

**Übersicht über die
Verpflichtungsermächtigungen
im Haushaltsplan 2009, 2010 und 2011**

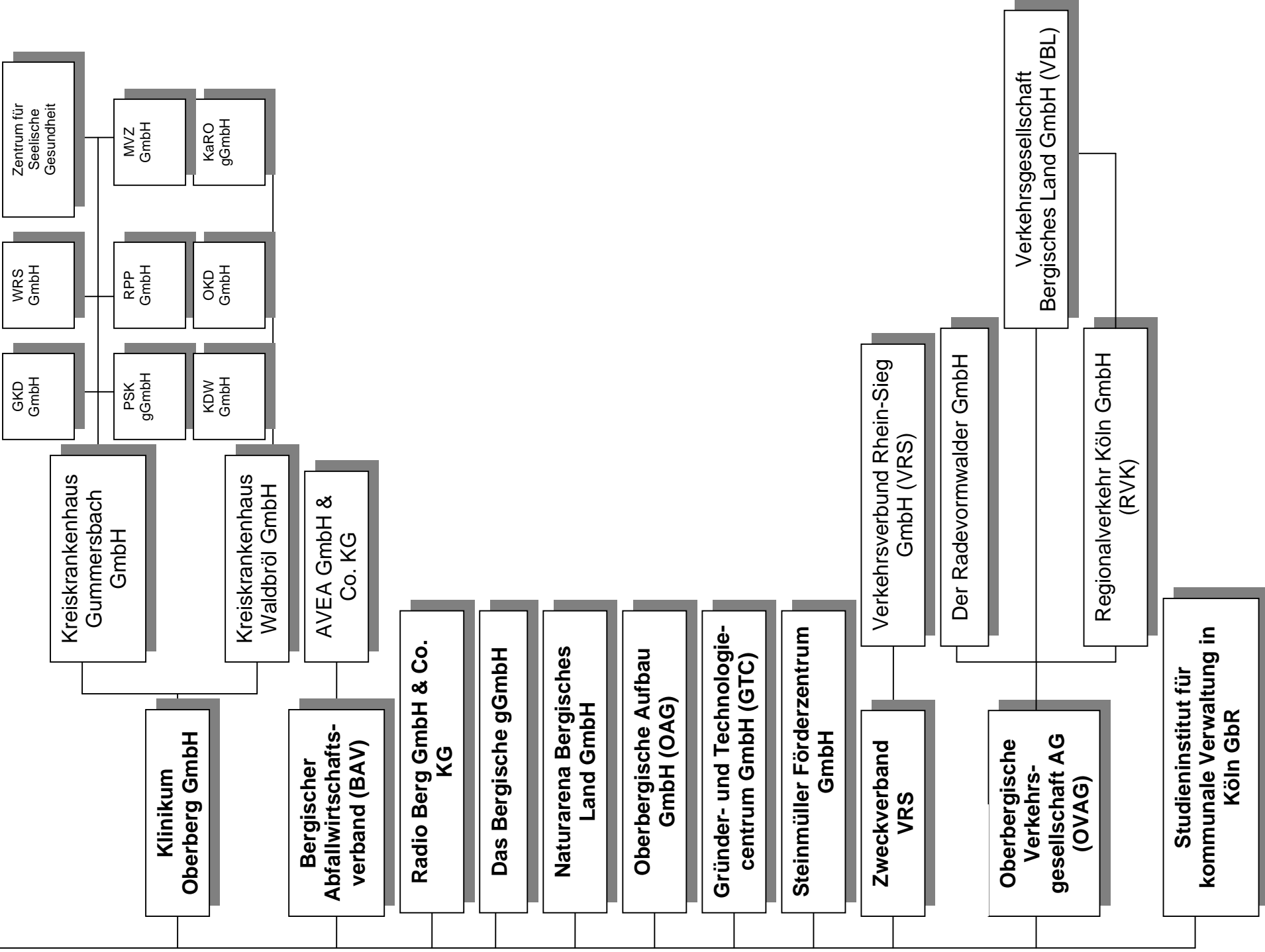
Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsplan des Jahres	Voraussichtlich fällige Ausgaben					
	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	Euro	Euro	Euro	Euro		
2009	15.729.500 €	7.674.500 €	5.060.000 €			
2010		15.220.000 €	5.150.000 €	4.915.000 €		
2011			3.985.000 €	2.900.000 €	1.610.000 €	
2012						
Summe	15.729.500 €	22.894.500 €	14.195.000 €	7.815.000 €	1.610.000 €	

Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Kreditverbindlichkeiten

Art der Verbindlichkeit	Stand am Ende des Haushaltsjahres 2008 31.12.2008 Tsd. Euro	Stand am Ende des Haushaltsjahres 2009 31.12.2009 Tsd. Euro	Voraussichtlicher Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 2011 01.01.2011 Tsd. Euro	Voraussichtlicher Stand zum Ende des Haushaltsjahres 2011 31.12.2011 Tsd. Euro
1. Anleihen				
2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen				
2.1 von verbundenen Unternehmen				
2.2 von Beteiligungen				
2.3 von Sondervermögen				
2.4 vom öffentlichen Bereich				
2.4.1 vom Bund				
2.4.2 vom Land	1.636 T€	1.632 T€	1.628 T€	1.626 T€
2.4.3 von Gemeinden (GV)				
2.4.4 von Zweckverbänden				
2.4.5 vom sonstigen öffentlichen Bereich	43.982 T€	41.463 T€	52.027 T€	49.013 T€
2.4.6 von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen				
2.5 vom privaten Kreditmarkt				
2.5.1 von Banken und Kreditinstituten				
2.5.2 von übrigen Kreditgebern				
3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung				
3.1 vom öffentlichen Bereich	29.025 T€	29.210 T€		
3.2 vom privaten Kreditmarkt				
4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen				
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen				
6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen				
7. Sonstige Verbindlichkeiten				
8. Summe aller Verbindlichkeiten	74.643 T€	72.305 T€	53.655 T€	50.639 T€
Nachrichtlich anzugeben: Haftungsverhältnis aus der Bestellung von Sicherheiten: z.B. Bürgschaften u.a.	Siehe Anlage			

Beteiligungen

Oberbergischer Kreis



Übersichten gemäß § 2 Abs. 2 Ziff. 8 GemHVO

Informationen zu **Beteiligungen** an Unternehmen in privater Rechtsform können dem Beteiligungsbericht entnommen werden, welcher jährlich fortgeschrieben wird.

Erfolgspläne/Wirtschaftspläne

gem. § 2 Abs. 2 Ziffer 8 GemHVO



Mittelfristige Finanzplanung

	Erlöse- / Kostenarten	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Abw.	Abw. %
		Ist	Ist	Plan	Plan	Prognose	Prognose	Prognose	2011 - 2010	2011 - 2010
40	Erlöse aus Pflegesätzen									
	DRG-Erlöse	64.385.202	69.378.448	70.956.500	72.584.000	72.772.455	73.500.180	74.235.181	1.627.500	2,29%
	Sonstige	492.040	379.653	143.499	219.000	222.285	224.508	226.753	75.501	52,61%
	Summe:	64.877.244	69.758.100	71.100.000	72.803.000	72.994.740	73.724.688	74.461.933	1.703.000	2,40%
41	Erlöse aus Wahlleistungen	604.684	598.977	600.000	600.000	609.000	615.090	621.241	0	0,00%
42	Erlöse aus Ambulanz	7.858.494	8.115.947	5.973.000	8.005.000	8.125.075	8.206.326	8.288.388	2.032.000	34,02%
43	Erlöse aus Kostenerstattungen	4.452.614	4.567.392	4.630.000	3.287.800	3.337.118	3.370.489	3.404.193	-1.342.200	-28,99%
44	Rückvergütungen / Sachbezüge	390.325	402.149	365.500	380.500	386.207	390.070	393.970	15.000	4,10%
45	Erlöse aus Hilfs- / Nebenbetrieben	6.080.216	6.660.920	7.003.500	6.622.648	6.670.536	6.723.241	6.776.472	-380.852	-5,44%
47	Zuweisungen / Zuschüsse	161.457	131.408	166.500	135.000	86.275	87.138	88.009	-31.500	-18,92%
51	Zinsen	20.307	14.205	14.000	10.000	10.150	10.251	10.354	-4.000	-28,57%
52	Erlöse aus Anlagenabgänge	47.177	70						0	-100,00%
57	Sonstige ordentliche Erlöse	1.090.542	1.625.218	940.000	910.000	922.900	931.629	940.445	-30.000	-3,19%
59	Außerordentliche Erlöse	464.930	516.535	282.500	120.000	120.300	120.504	120.708	-162.500	-57,52%
	Gesamterlöse:	86.095.167	92.390.921	91.075.000	92.873.948	93.262.301	94.179.426	95.105.713	1.798.948	1,98%

Mittelfristige Finanzplanung

Erlöse- / Kostenarten		2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Abw.	Abw. %
		Ist	Ist	Plan	Plan	Prognose	Prognose	Prognose	2011 - 2010	2011 - 2010
60 -	Personalkosten									
	Ärztlicher Dienst	13.011.485	13.808.958	14.615.316	15.423.358	15.808.942	15.967.031	16.126.701	808.042	5,53%
	Pflegedienst	15.774.114	16.473.414	16.869.195	17.242.094	17.459.396	17.633.990	17.810.330	372.899	2,21%
	Medizinisch Tech. Dienst	4.916.773	5.151.233	5.121.576	4.890.946	4.989.970	5.039.870	5.090.268	-230.630	-4,50%
	Funktionsdienst	4.816.500	5.141.372	5.123.271	5.432.697	5.517.323	5.572.496	5.628.221	309.426	6,04%
	Klinisches Hauspersonal	241.821	234.346	175.971	177.396	162.788	164.416	166.060	1.425	0,81%
	Wirtschaftsdienst	701.781	723.756	698.680	607.440	580.473	586.278	592.141	-91.240	-13,06%
	Technischer Dienst	845.083	1.425.687	1.440.361	1.420.195	1.455.700	1.470.257	1.484.960	-20.166	-1,40%
	Verwaltungsdienst	2.319.457	2.511.188	2.604.218	2.610.377	2.675.636	2.702.392	2.729.416	6.158	0,24%
	Sonderdienst	42.302	44.376	44.908	45.271	46.403	46.867	47.336	364	0,81%
	Sonstiges Personal	1.409.455	1.651.793	1.637.853	1.953.886	1.917.153	1.936.325	1.955.688	316.033	19,30%
	ZDL	213.507	181.848	165.643					165.643	-100,00%
	Ausbildungsdienst	88.325	493						0	-100,00%
64	Nicht aufteilbare Personalkosten	1.273.283	2.278.819	500.958	500.000	505.000	510.050	515.151	-958	-0,19%
	Summe:	45.653.886	49.627.283	48.997.950	50.303.660	51.118.784	51.629.972	52.146.271	1.305.710	2,66%

Mittelfristige Finanzplanung

	Erlöse- / Kostenarten	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Abw.	Abw. %
		Ist	Ist	Plan	Plan	Prognose	Prognose	Prognose	2011 - 2010	2011 - 2010
65	Lebensmittel	122.936	123.341	126.000	125.500	126.754	128.023	129.304	-500	-0,40%
66	Med.Bedarf	11.027.877	11.447.435	11.390.000	11.470.000	11.584.700	11.700.546	11.817.554	80.000	0,70%
67	Energie	2.487.493	2.228.493	2.270.000	2.425.000	2.449.250	2.473.742	2.498.480	155.000	6,83%
68	Wirtschaftsbedarf	11.115.637	11.725.157	11.915.747	12.612.211	12.729.583	12.848.126	12.967.859	696.464	5,84%
69	Verwaltungsbedarf	1.373.074	1.702.959	1.255.000	1.508.500	1.523.585	1.538.821	1.554.209	253.500	20,20%
70	Personalgestellung	677.202	1.346.128	1.339.000	1.500.000	1.515.000	1.530.150	1.545.452	161.000	12,02%
72	Instandhaltung	3.851.001	4.235.430	4.000.000	4.000.000	4.000.000	4.000.000	4.000.000	0	0,00%
73	Steuern , Abgaben	1.095.337	1.260.781	920.000	987.000	996.870	1.006.838	1.016.909	67.000	7,28%
74	Zinsen	15.347	33.767	15.000	15.000	15.150	15.302	15.455	0	0,00%
78	Sonstige ordentliche Aufwendungen	6.601.448	5.963.325	6.100.000	5.206.000	5.213.060	5.220.191	5.227.392	-894.000	-14,66%
79	Ausserordentliche Aufwendungen	785.563	837.379	1.560.000	1.702.000	1.006.520	1.061.085	1.115.696	142.000	9,10%

	Gesamtkosten :	84.806.801	90.531.478	89.888.697	91.854.871	92.279.256	93.152.796	94.034.581	1.966.174	2,19%
	Gesamterlöse:	86.095.167	92.390.921	91.075.000	92.873.948	93.262.301	94.179.426	95.105.713	1.798.948	1,98%
	Investitionsergebnis:	-364.218	-363.332	-347.739	-260.465	-232.936	-215.096	-194.979	87.274	-25,10%
	Gesamtergebnis :	924.148	1.496.111	838.564	758.612	750.109	811.534	876.153	-79.952	-9,53%



Mittelfristige Finanzplanung

	Erlös- / Kostenarten	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Abw.	Abw %
		Ist	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	2011 - 2010	2011 - 2010
40	Erlöse aus Pflegesätzen									
	DRG-Erlöse	34.912.222	34.310.722	35.933.250	34.731.000	35.251.965	35.604.485	35.960.529	-1.202.250	-3,35%
	Sonstige Erlöse	2.176.733	2.021.073	1.181.000	1.450.000	1.264.250	1.273.893	1.283.631	269.000	22,78%
	Summe:	37.088.955	36.331.795	37.114.250	36.181.000	36.516.215	36.878.378	37.244.159	-933.250	-2,51%
41	Erlöse aus Wahlleistungen	430.729	386.583	391.500	385.000	485.000	485.000	485.000	-6.500	-1,66%
42	Erlöse aus Ambulanz	3.130.204	3.068.239	2.903.000	3.418.000	3.469.270	3.503.962	3.539.002	515.000	17,74%
43	Erlöse aus Kostenerstattungen	1.451.811	1.625.647	1.572.000	1.363.000	1.383.446	1.397.279	1.411.253	-209.000	-13,30%
44	Rückvergütungen / Sachbezüge	7.470	3.196	3.200	3.000	3.045	3.075	3.106	-200	-6,25%
45	Erlöse aus Hilfs- / Nebenbetrieben	1.470.431	2.654.014	2.557.630	2.554.000	2.592.310	2.618.233	2.644.414	-3.630	-0,14%
47	Zuweisungen / Zuschüsse	79.770	73.343	66.000	71.000	51.765	52.283	52.805	5.000	7,58%
51	Zinsen	15.348	3.267	2.700	2.500	2.538	2.563	2.589	-200	-7,41%
52	Erlöse aus Anlagenabgänge		27.293						0	-100,00%
57	Sonstige ordentliche Erlöse	716.771	1.028.468	380.000	365.000	370.475	374.180	377.921	-15.000	-3,95%
59	Außerordentliche Erlöse	452.981	212.287	30.000	30.000	30.450	30.755	31.062	0	0,00%
	Gesamterlöse:	44.844.470	45.414.132	45.020.280	44.372.500	44.904.514	45.345.708	45.791.311	-647.780	-1,44%

Mittelfristige Finanzplanung

	Erlös- / Kostenarten	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Abw.	Abw %
		Ist	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	2011 - 2010	2011 - 2010
60 -	Personalkosten									
	Ärztlicher Dienst	7.020.951	6.933.382	7.393.106	5.804.229	5.949.335	6.008.828	6.068.916	-1.588.877	-21,49%
	Pflegedienst	7.839.960	8.403.250	8.063.405	7.544.398	7.733.008	7.810.338	7.888.441	-519.007	-6,44%
	Medizinisch Tech. Dienst	1.785.386	1.598.196	1.618.530	1.632.708	1.673.526	1.690.261	1.707.164	14.178	0,88%
	Funktionsdienst	2.950.590	3.482.296	3.358.876	3.081.495	3.158.532	3.190.118	3.222.019	-277.381	-8,26%
	Klinisches Hauspersonal								0	0,00%
	Wirtschaftsdienst	163.955	143.797	143.214	144.088	147.690	149.167	150.659	875	0,61%
	Technischer Dienst	478.305	11.802	6.464					-6.464	-100,00%
	Verwaltungsdienst	1.608.707	1.984.738	1.951.860	1.975.829	2.025.225	2.045.477	2.065.932	23.969	1,23%
	Sonderdienst								0	0,00%
	Sonstiges Personal	1.209.580	1.263.040	1.077.736	1.073.319	1.100.152	1.111.154	1.122.265	-4.417	-0,41%
	ZDL	91.608	121.638	93.895	42.940				-50.955	-54,27%
	Ausbildungsdienst								0	
64	Nicht aufteilbare Personalkosten	1.124.520	954.887	329.436	329.500	332.795	336.123	339.484	64	0,02%
	Summe:	24.273.562	24.897.026	24.036.522	21.628.506	22.120.263	22.341.466	22.564.880	-2.408.016	-10,02%

Mittelfristige Finanzplanung

	Erlös- / Kostenarten	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Abw.	Abw %
		Ist	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	2011 - 2010	2011 - 2010
65	Lebensmittel	68.876	80.560	74.000	67.500	68.175	68.856	69.545	-6.500	-8,78%
66	Med.Bedarf	8.103.858	8.258.515	7.780.077	7.956.000	8.035.560	8.115.916	8.197.074	175.923	2,26%
67	Energie	1.572.739	1.417.440	1.476.800	1.500.000	1.515.000	1.530.150	1.545.452	23.200	1,57%
68	Wirtschaftsbedarf	4.413.180	4.100.878	4.059.989	4.511.500	4.556.615	4.602.180	4.648.203	451.511	11,12%
69	Verwaltungsbedarf	1.042.724	916.973	832.740	791.500	799.415	807.408	815.486	-41.240	-4,95%
70	Personalgestaltung	584.128	1.064.952	1.050.000	997.000	997.000	997.000	997.000	-53.000	-5,05%
72	Instandhaltung	1.769.102	1.879.112	1.895.000	2.500.000	2.500.000	2.500.000	2.500.000	605.000	31,93%
73	Steuern, Abgaben	805.497	1.057.254	816.500	856.500	865.065	873.716	882.453	40.000	4,90%
74	Zinsen	192.868	244.815	245.000	245.000	245.000	245.000	245.000	0	0,00%
78	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.017.438	1.877.663	1.811.320	2.082.000	2.102.820	2.123.847	2.145.088	270.680	14,94%
79	Außerordentliche Aufwendungen	728.439	715.400	300.726	453.500	403.535	453.570	453.606	152.774	50,80%
	Gesamtkosten:	45.572.411	46.510.588	44.378.674	43.589.006	44.208.448	44.659.109	45.063.787	-789.668	-1,78%
	Gesamterlöse:	44.844.470	45.414.132	45.020.280	44.372.500	44.904.514	45.345.708	45.791.311	-647.780	-1,44%
	Investitionsergebnis:	-615.738	-552.112	-542.187	-685.303	-619.531	-566.671	-555.460	-143.116	26,40%
	Gesamtergebnis:	-1.343.679	-1.648.568	99.419	98.191	76.535	119.928	172.064	-1.228	-1,24%

5.1 Wirtschaftsplan OVAG 2011

	2007	2008	2009	2010 ¹⁾	2011
	Ist	Ist	Ist	Plan	Plan
	T€	T€	T€	T€	T€
I. Betrieblicher Bereich					
Verkehrseinnahmen	11.402,9	11.963,7	12.060,8	11.560	11.900
interlokale Verkehrsabgeltung	66,4	84,7	46,4	70	80
Ausgleichszahlungen 45a PBefG ²⁾	2.226,8	2.030,5	1.780,8	1.550	0
ÖPNV Pauschale	-	-	-	-	1.380
Ausgleichszahlungen SGB	648,6	1.076,5	1.002,2	1.000	1.020
sonstige Verkehrserlöse	3.436,8	3.639,1	3.832,4	3.740	3.800
sonstige Umsatzerlöse	1.161,4	885,9	234,1	130	130
sonstige Erträge	1.611,5	2.729,7	2.055,2	2.250	2.250
Summe Erlöse und Erträge	20.554,4	22.410,1	21.011,9	20.300	20.560
Materialaufwand Betriebsstoffe	1.057,5	1.154,4	928,7	1.150	1.050
Materialaufwand Anmietung	11.767,6	12.346,3	12.794,1	12.880	13.100
Personalaufwand	4.537,7	4.330,3	4.448,5	4.310	4.400
Abschreibungen	685,1	510,1	583,8	580	900
Reparatur und Unterhaltung	1.309,7	946,1	980,9	990	1.020
sonstige Aufwendungen	1.751,3	1.704,6	2.089,3	1.560	1.580
Summe Aufwendungen	21.108,9	20.991,8	21.825,3	21.470	22.050
Zwischenergebnis	-554,5	1.418,3	-813,4	-1.170	-1.490
II. Finanzwirtschaftlicher Bereich					
allgemeine Posten	238,3	53,6	175,2	80	70
RVK - anteiliges Ergebnis	-65,4	0,0	0,0	-60	-50
VBL - anteiliges Ergebnis	205,1	61,4	143,4	20	60
Der Radevormwalder - ant. Ergebnis	-	0,0	121,5	5	20
Steuern	12,3	27,3	15,2	15	15
Summe	365,7	87,7	424,9	30	85
Gesamtergebnis	-188,8	1.506,0	-388,5	-1.140	-1.405

¹⁾ Planstand: Dezember 2009

²⁾ Im Jahr 2011 werden die Ausgleichszahlungen § 45a PBefG entfallen. Es gibt eine Gesetzesvorlage des Landes NRW, deren Umsetzung wird unterstellt.

6.2 Wirtschaftsplan OVAG Konzern 2011

	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	Ist	Ist	Ist	Ist	Plan	Plan
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
I. Betrieblicher Bereich						
Verkehrseinnahmen	12.120,8	13.748,7	14.397,6	15.054,8	14.230	14.100
pauschale Verkehrsabgeltung	104,1	66,4	124,7	87,5	140	150
gesetzliche Ausgleichszahlungen	3.827,9	3.206,2	3.352,2	2.966,7	2.730	2.550
sonstige Verkehrserlöse	3.791,9	3.863,0	3.991,2	4.193,2	4.095	4.170
sonstige Umsatzerlöse	480,0	1.576,3	1.209,8	186,5	180	200
sonstige Erträge	1.844,2	1.051,1	2.192,5	1.574,3	2.135	2.405
Summe Erlöse und Erträge	22.168,9	23.511,7	25.268,0	24.063,0	23.510	23.575
Materialaufwand Betriebsstoffe	1.389,1	1.418,0	1.658,3	1.423,2	1.775	1.645
Materialaufwand Anmietung	11.697,3	12.052,3	11.825,2	11.771,3	12.520	12.535
Personalaufwand	6.621,2	5.694,4	5.699,8	6.158,1	6.030	6.190
Abschreibungen	696,9	859,1	762,6	960,4	950	1.245
sonstige Aufwendungen	2.916,5	3.515,4	3.581,8	4.275,5	2.820	3.335
Summe Aufwendungen	23.321,0	23.539,2	23.527,7	24.588,5	24.095	24.950
Ergebnis	-1.152,1	-27,5	1.740,3	-525,5	-585	-1.375
II. Finanzwirtschaftlicher Bereich						
allgemeine Posten	136,0	217,4	31,9	147,1	40	46
RVK - anteiliges Ergebnis	-59,2	-65,4	0,0	0,0	-60	-50
Steuern	-52,0	13,3	193,2	10,4	45	26
Summe	128,8	138,7	-161,3	136,7	-65	-30
Verlustübernahme	1.116,4	188,8	0	388,4	650	1.405
Gesamtergebnis	93,1	300,0	1.579,0	0	0	0

6.3

Mittelfristige Vorschau OVAG			
	2011	2012	2013
	Plan	Plan	Plan
	T€	T€	T€
Linienverkehrseinnahmen	11.980	12.000	12.000
Gesetzliche Ausgleichszahlungen ¹⁾	2.400	2.450	2.450
Sonstige Verkehrserlöse	3.800	3.770	3.750
Übrige Erlöse und Erträge	<u>2.380</u>	<u>2.400</u>	<u>2.400</u>
Summe:	20.560	20.620	20.600
Materialaufwand	1.050	1.100	1.150
Betriebsstoffe, Anmietung	13.100	13.330	13.400
Personalaufwand	4.400	4.480	4.560
Abschreibungen	900	990	990
Sonstige Aufwendungen	<u>2.600</u>	<u>2.600</u>	<u>2.620</u>
Summe:	22.050	22.500	22.720
Finanzwirtschaftlicher Bereich	85	20	0
Ergebnis:	-1.405	-1.860	-2.120

¹⁾ Die gesetzlichen Ausgleichszahlungen für die Schülerbeförderung sollen nach einem Gesetzesentwurf ab 2011 neu gestaltet werden.

Zuwendungen an die Kreistagsfraktionen

gem. § 40 Abs. 3 KrO

Zuwendungen an Fraktionen - Teil A: Geldleistungen

Nr.	Fraktion	Haushaltsansatz		Ergebnis der Jahresrechnung 2009 Euro	Erläuterungen
		2011 Euro	2010 Euro		
1	2	3	4	5	6
1	CDU - Kreistagsfraktion	38.420	38.420	37.697,81	<p>Nach § 40 KrO i.V.m. § 12 der Hauptsatzung für den Oberbergischen Kreis gewährt der Kreis den Fraktionen folgende Zuwendungen zu den sächlichen und personellen Aufwendungen für die Geschäftsführung:</p> <p>1. Grundbetrag je Fraktion 9.040,00 Euro jährlich</p> <p>2. Betrag je Fraktionsmitglied 1.130,00 Euro jährlich</p> <p>Für 2011 ergibt sich ein Gesamtzuwendungsbetrag von 107.350 Euro.</p> <p>Die UWG bildet in der neuen Wahlperiode keine Fraktion mehr.</p>
2	SPD - Kreistagsfraktion	25.990	25.990	26.608,09	
3	FDP - Kreistagsfraktion	15.820	15.820	14.342,21	
4	Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	15.820	15.820	14.342,21	
5	UWG – Kreistagsfraktion	./.	./.	8.680,65	
6	Kreistagsfraktion DIE LINKE	11.300	11.300	2.161,02	

Zuwendungen an Fraktionen - Teil B: Geldwerte Leistungen

Fraktion: CDU-Kreistagsfraktion, SPD-Kreistagsfraktion, Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP-Kreistagsfraktion und Kreistagsfraktion DIE LINKE				
Zweckbestimmung	Geldwert			Erläuterungen
	2011	2010	mehr (+) weniger (-)	
	Euro	Euro	Euro	
1	2	3	4	5
1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit				Geldwerte Leistungen werden nicht gewährt.
1.1 für die Sicherung des Informationsaustauschs, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb)	0	0		
1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)				
1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen				
2. Bereitstellung von Fahrzeugen	0	0		
3. Bereitstellung von Räumen				
3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle	0	0		
3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen				
4. Bereitstellung einer Büroausstattung				
4.1 Büromöbel und -maschinen	0	0		
4.2 sonstiges Büromaterial				
5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für				
5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)				
5.2 Fachliteratur und -zeitschriften	0	0		
5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen				
5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV-Anlage				
6. Sonstiges	0	0		

Zuordnung von Ausschüssen zu Produktgruppen

Zuordnung von Ausschüssen zu Produktgruppen

Produktbereich	Produktgruppe	Bezeichnung	Ausschuss
Gesamtergebnisplan			KT / KA / FinanzA
Gesamtfinanzplan			KT / KA / FinanzA
1.01	Innere Verwaltung		
	1.01.01	Politische Gremien	KT / KA
	1.01.02	Verwaltungsführung	KT / KA
	1.01.03	Gleichstellung von Mann und Frau	KT / KA
	1.01.04	Beschäftigtenvertretung	KT / KA
	1.01.05	Rechnungsprüfung	KT / RPA
	1.01.06	Zentrale Dienste	KT / KA
	1.01.07	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	KT / KA
	1.01.08	Personalmanagement	KT / KA
	1.01.09	Finanzmanagement u. Rechnungswesen	KT / KA / Finanzausschuss
	1.01.10	Organisationsangelegenh. u. technischerunterstützte Informationsverarbeitung	KT / KA
	1.01.11	Recht	KT / KA
	1.01.12	Grundstücks- und Gebäudemanagement	BauA
	1.01.13	Technisches Immobilienmanagement	BauA
	1.01.14	Kommunalaufsicht	KT / KA
	1.01.15	Kreispolizeibehörde	KT / KA / Polizeibeirat
1.02	Sicherheit und Ordnung		
	1.02.01	Ordnungsbedürftige Tätigkeiten	KT / KA
	1.02.02	Verbraucherschutz	UmweltA
	1.02.03	Tiergesundheit	UmweltA
	1.02.04	Verkehrsangelegenheiten	KT / KA
	1.02.05	Fahr- und Beförderungserlaubnisse	KT / KA / KreisentwicklungSA
	1.02.06	Kfz-Angelegenheiten	KT / KA
	1.02.07	Personenbezogene Aufenthalts- und Statusfragen	KT / KA
	1.02.08	Statistik	KT / KA / KreisentwicklungSA
	1.02.09	Wahlen	KT / KA
	1.02.10	Bevölkerungsschutz	Ausschuss für Gesundheit, Feuerschutz ...
	1.02.11	Rettungsdienst	Ausschuss für Gesundheit, Feuerschutz ...
1.03	Schulträgeraufgaben		
	1.03.01	Förderschulen	SchulA
	1.03.02	Berufskollegs	SchulA
	1.03.03	Schülerbeförderung	SchulA
	1.03.04	Sonstige schulische Aufgaben	SchulA
1.04	Kultur und Wissenschaft		
	1.04.01	Kommunale Veranstaltungen / Kulturförderung	KulturA
	1.04.02	Volkshochschule	KulturA
	1.04.03	Museum	KulturA
	1.04.04	Heimatbildstelle	SchulA
1.05	Soziale Leistungen		
	1.05.01	Unterstützung von Senioren	SozialA
	1.05.02	Hilfen z. Gesundheit, bei Behinderung, bei Pflegebedürftigkeit u. in anderen Lebenslagen	SozialA
	1.05.03	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen	SozialA
	1.05.04	Betreuungsleistungen	SozialA

Produktbereich	Produktgruppe	Bezeichnung	Ausschuss
1.06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe		
	1.06.01	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	JugendhilfeA
	1.06.02	Jugendarbeit und Familienförderung	JugendhilfeA
	1.06.03	Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	JugendhilfeA
	1.06.04	Leistungen nach dem Bundeselterngeldgesetz	JugendhilfeA
1.07	Gesundheitsdienste		
	1.07.01	Gesundheitsförderung	Ausschuss für Gesundheit, Feuerschutz ...
	1.07.02	Gutachten und Stellungnahmen	Ausschuss für Gesundheit, Feuerschutz ...
	1.07.03	Gesundheitshilfe	Ausschuss für Gesundheit, Feuerschutz ...
	1.07.04	Gesundheitsschutz	Ausschuss für Gesundheit, Feuerschutz ...
1.08	Sportförderung		
	1.08.01	Sportförderung	SportA
1.09	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen		
	1.09.01	Räumliche Planung	KreisentwicklungSA
	1.09.02	Vermessung, Erhebung und Führung von Geobasisdaten	KreisentwicklungSA
	1.09.03	Geoinformationsdienste, Geodatenmanagement	KreisentwicklungSA
	1.09.04	Grundstückswertermittlung	KreisentwicklungSA
1.10	Bauen und Wohnen		
	1.10.01	Maßnahmen der Bauaufsicht	BauA
	1.10.02	Denkmalschutz u. Denkmalpflege	BauA
	1.10.03	Wohnungsbauförderung	BauA
	1.10.04	Wohnraumsicherung und -versorgung	BauA
	1.10.05	Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht	BauA
1.12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV		
	1.12.01	Öffentliche Verkehrsflächen	BauA
	1.12.02	ÖPNV	KreisentwicklungSA
1.13	Natur- und Landschaftspflege		
	1.13.01	Natur und Landschaft	UmweltA
	1.13.02	Wald, Forst- und Landwirtschaft	KT / KA / FinanzA
1.14	Umweltschutz		
	1.14.01	Bodenschutz, Altlasten, Abfall, Immissionen und Wasser	UmweltA
1.15	Wirtschaft und Tourismus		
	1.15.01	Wirtschaftsförderung	Kreisentwicklungsausschuss
	1.15.02	Tourismus	Kreisentwicklungsausschuss
1.16	Allgemeine Finanzwirtschaft		
	1.16.01	Steuern, allg. Zuweisungen und Umlagen	FinanzA
	1.16.02	Sonstige allg. Finanzwirtschaft	FinanzA

Baumaßnahmen werden dem jeweiligen Sachgebiet bzw. der Produktgruppe zugeordnet, z. B. werden Straßenbaumaßnahmen in der Produktgruppe 1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen abgebildet, Baumaßnahmen im Schulbereich werden im Produktbereich Schulträgeraufgaben ausgewiesen, usw. (Der Produktbereich Schulträgeraufgaben ist aber grundsätzlich dem Schulausschuss zugeordnet). Die Baumaßnahmen sind deshalb im Vorbericht nochmals dargestellt.

Finanzstellen (PSP-I)

Investitionselemente / Finanzstellen

Auch im doppelhaushaltlichen Haushaltsrecht kann auf eine Planung der Einzahlungen und Auszahlungen, insbesondere für Investitionen, nicht verzichtet werden. Der Oberbergische Kreis erlässt für jedes Haushaltsjahr eine Haushaltssatzung. Diese nennt neben Summen der Aufwendungen und Erträge auch die Summen der Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionen. Die Ein- und Auszahlungen, bei denen auch künftig zwischen „laufenden“ Ausgaben und Investitionsausgaben unterschieden wird sowie der erforderliche Kreditbedarf, werden im Finanzplan und in der Finanzrechnung ausgewiesen. Zudem werden die Investitionsmaßnahmen im Einzelnen separat im Haushaltsplan neben dem Ergebnis- und Finanzplan ausgewiesen, dabei wird nochmals zwischen Investitionsmaßnahmen oberhalb bzw. unterhalb der Wertgrenze unterschieden, vgl. § 7 der Haushaltssatzung. Baumaßnahmen im Bereich Hoch- oder Tiefbau sowie einzelne Investitionen (oberhalb der Wertgrenze) werden einzeln ausgewiesen. Typische Ersatzbeschaffungen (Mobiliar, ADV-Ausstattung, Laborgeräte, etc.) werden dagegen häufig zusammengefasst. Die Planansätze (Einzahlungen/Auszahlungen) für die Investitionsmaßnahmen werden auf sog. *PSP-Investitionselementen* (alternative Bezeichnung: Finanzstellen) geführt, die Investitionselemente besitzen damit eine strukturierende Funktion und bilden gewissermaßen das Investitionsprogramm für das aktuelle Haushaltsjahr. Für die Zuordnung von Einzahlungen und Auszahlungen zur Investitionstätigkeit kommt es darauf an, ob die Zahlungsströme vermögenswirksam sind. Wird dagegen kein neues Sachvermögen geschaffen, sind die erbrachten Leistungen vielmehr als „Erhaltungsaufwand bzw. als Unterhaltungsaufwand“ zu qualifizieren. Die Auszahlungen dafür dürfen dann nicht mit Krediten für Investitionen finanziert werden, sondern stellen Aufwendungen dar, die im Ergebnisplan zu veranschlagen sind (vgl. auch Ausführungen im Vorbericht zum Thema Kreisstraßen). Auf den folgenden Seiten werden die Planungselemente nachrichtlich aufgelistet. Der Ressourcenverbrauch, der durch die Abnutzung von beweglichen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens entsteht, wird über die planmäßigen Abschreibungen erfasst (vgl. § 35 GemHVO NRW). Diese planmäßigen Abschreibungen (= Aufwand, keine Auszahlung) sind unter den entsprechenden Haushaltsposition im Ergebnisplan zu veranschlagen. Die Abschreibungssimulation für den Haushaltsplan berücksichtigt aber nicht nur die geplanten Anlagen, sondern auch die Auswirkungen der Alt-Anlagen aus der Eröffnungsbilanz (Gebäude, Straßen, etc.) bzw. der Investitionen der vergangenen Jahre.

Finanzstelle	PSP-Element	Bezeichnung	Amt
5.101.002	5.101.002.710.011	Einrichtung Telearbeitsplätze	Amt 10
5.101.003	5.101.003.720.011	Einrichtung Telearbeitsplätze GWG	Amt 10
5.101.010	5.101.010.720.011	GWG, Inventar, Bewegl. Vermögen	Amt 10
5.101.020	5.101.020.710.011	Verwaltungsvermögen (über 410 EUR)	Amt 10
5.103.010	5.103.010.720.011	GwG Hard-/Software (bis 410 EUR)	Amt 10
5.103.020	5.103.020.710.011	BuG Hard-/Software (über 410 EUR)	Amt 10
5.200.010	5.200.010.620.011	Rückzahlung Geschäftsanteile (Beteilig.)	Amt 20
5.208.550	5.208.550.710.011	Ersatzbeschaffung, Geräte (Forsten)	Amt 20
5.208.560	5.208.560.720.011	GWG Ersatzbeschaffungen (Forsten)	Amt 20
5.208.570	5.208.570.700.011	Erwerb Grundstücke/Forsten	Amt 20
5.230.350	5.230.350.710.011	Ersatzbeschaffung, Geräte (ZIM)	Amt 23
5.230.352	5.230.352.720.011	GWG Geräte (ZIM)	Amt 23
5.231.300	5.231.300.700.011	Erweiterung Brandschutzzentrum	Amt 23
5.231.300	5.231.300.710.011	Ausstattung BGA Brandschutzzentrum	Amt 32
5.231.300	5.231.300.720.011	Ausstattung GWG Brandschutzzentrum	Amt 32
5.232.400	5.232.400.710.011	Ersatzbeschaffung, Geräte (ZIM-BK)	Amt 23
5.232.410	5.232.410.700.011	Fassadenanierung BK-Dieringhausen	Amt 23
5.232.410	5.232.410.605.011	Investitionspauschale (anteilig)	Amt 20
5.232.414	5.232.414.700.011	Erweiterung BK-Wipperfürth	Amt 23
5.232.414	5.232.414.605.011	Investitionspauschale (anteilig)	Amt 23
5.233.211	5.233.211.605.011	Erweit.Schl.Hom. (Zuschuss)	Amt 23
5.233.211	5.233.211.700.011	Erweit.Schl.Hom. (Baumaßn.)	Amt 23
5.238.550	5.238.550.620.011	Vermögensveräuß. lw.Nutzfl., Grundstücke	Amt 23
5.238.560	5.238.560.700.011	Erwerb Grundstücke/Freiflächen	Amt 23
5.300.010	5.300.010.710.011	Digitaltechnik	Amt 30
5.323.001	5.323.001.605.011	LZ zur Förderung des Feuerschutzes	Amt 32
5.323.001	5.323.001.710.011	Ersatzbeschaffung, Geräte (BSZ)	Amt 32
5.323.002	5.323.002.720.011	GWG, Geräte, Inventar (BSZ)	Amt 32
5.323.004	5.323.004.710.011	Ausstattung Kreisleitstelle	Amt 32
5.323.005	5.323.005.710.011	Wechselader	Amt 32
5.323.006	5.323.006.600.011	LZ Hilfe bei Großschadensereign.	Amt 32
5.323.006	5.323.006.710.011	Ausstattung (Katastrophenschutz)	Amt 32
5.323.007	5.323.007.720.011	GWG-Ausstattung Katastrophenschutz	Amt 32
5.323.008	5.323.008.605.011	Investitionskostenzuschuss	Amt 32
5.323.008	5.323.008.620.011	Veräußerungserlöse	Amt 32
5.323.008	5.323.008.710.011	Ausstattung der Rettungswachen	Amt 32
5.323.014	5.323.014.720.011	GWG - Ausstattung Kreisleitstelle	Amt 32
5.323.018	5.323.018.720.011	GWG - Ausstattung Rettungswachen	Amt 32
5.323.020	5.323.020.710.011	Digitalfunk BOS (Leitstelle)	Amt 32
5.323.020	5.323.020.710.111	Digitalfunk BOS (KFZ)	Amt 32
5.323.022	5.323.022.710.011	Gerätewagen Messtechnik	Amt 32
5.323.030	5.323.030.700.011	Baumaßnahmen Rettungswachen	Amt 32
5.323.035	5.323.035.710.011	Beschaffung Kfz f.d. RD	Amt 32
5.323.040	5.323.040.710.011	Medizinische Geräte RD	Amt 32
5.323.045	5.323.045.710.011	Dekontaminationsschleuse	Amt 32
5.360.001	5.360.001.710.011	Verkehrssicherung, Geräte etc.	Amt 36
5.360.010	5.360.010.710.011	Kassensystem SVA	Amt 36
5.390.001	5.390.001.710.011	BGA / Mediz.-/Laborgeräte (Amt 39)	Amt 39
5.390.002	5.390.002.720.011	GWG / Mediz.-/Laborgeräte (Amt 39)	Amt 39
5.390.003	5.390.003.710.011	Erwerb Tierseuchencontainer	Amt 39
5.400.010	5.400.010.710.011	BuG - BK Dieringhausen (> 410 EUR)	Amt 40
5.400.020	5.400.020.720.011	GwG - BK Dieringhausen	Amt 40
5.400.030	5.400.030.710.011	BuG - BK Gummersbach (über 410 EUR)	Amt 40
5.400.040	5.400.040.720.011	GwG - BK Gummersbach	Amt 40
5.400.050	5.400.050.710.011	BuG - BK Wipperfürth (über 410 €)	Amt 40
5.400.060	5.400.060.720.011	GwG - BK Wipperfürth	Amt 40
5.400.110	5.400.110.710.011	BuG - Helen-Keller-Schule (Wiehl)	Amt 40

Finanzstelle	PSP-Element	Bezeichnung	Amt
5.400.120	5.400.120.720.011	GwG - Helen-Keller-Schule (Wiehl)	Amt 40
5.400.130	5.400.130.710.011	BuG - Anne-Frank-Schule (W'fürth)	Amt 40
5.400.140	5.400.140.720.011	GwG - Anne-Frank-Schule (W'fürth)	Amt 40
5.400.150	5.400.150.710.011	BuG - FS Sprache (Oberwiehl)	Amt 40
5.400.160	5.400.160.720.011	GwG - FS Sprache (Oberwiehl)	Amt 40
5.400.170	5.400.170.710.011	BuG - Schule f. Kranke (Windhagen)	Amt 40
5.400.180	5.400.180.720.011	GwG - Schule f. Kranke (Windhagen)	Amt 40
5.400.190	5.400.190.710.011	BuG - FS Emot. Entwickl. (Vollmerh.)	Amt 40
5.400.200	5.400.200.720.011	GwG - FS Emot. Entwickl. (Vollmerh.)	Amt 40
5.402.931	5.402.931.710.011	BGA - Schulpsychologischer Dienst	Amt 40
5.402.932	5.402.932.720.011	GWG - Schulpsychologischer Dienst	Amt 40
5.402.933	5.402.933.710.011	BGA - Bildungsnetzwerk	Amt 40
5.402.934	5.402.934.720.011	GWG - Bildungsnetzwerk	Amt 40
5.402.935	5.402.935.710.011	BGA - Heimatbildstelle	Amt 40
5.402.936	5.402.936.720.011	GWG - Heimatbildstelle	Amt 40
5.410.000	5.410.000.710.011	Museumsgut u. Exponate	Amt 41
5.410.010	5.410.010.710.011	BuG - Inventar über 410 € (Museum)	Amt 41
5.410.020	5.410.020.720.011	GwG - Inventar unter 410 € (Museum)	Amt 41
5.410.030	5.410.030.710.011	BuG - Kulturgeschichtl. Dauerausst.	Amt 41
5.410.040	5.410.040.720.011	GwG - Kulturgeschichtl. Dauerausst.	Amt 41
5.430.001	5.430.001.710.011	BGA, Lehr-/Lernmittel, KVHS	Amt 43
5.430.002	5.430.002.720.011	GWG, Lehr-/Lernmittel (KVHS)	Amt 43
5.430.011	5.430.011.710.011	BGA, Lern-/Lehrmi. (Altenpfl.semi.)	Amt 43
5.430.012	5.430.012.720.011	GWG, Lehr-/Lernmittel (Altenpfl.)	Amt 43
5.510.030	5.510.030.605.011	Investitionsförderung (LZ)	Amt 51
5.510.030	5.510.030.700.311	Investitionsförderung KiTa	Amt 51
5.515.701	5.515.701.710.011	BGA / Testverfahren (Psych.Ber.St.)	Amt 51
5.515.702	5.515.702.720.011	GWG / Testverfahren (Psych.Ber.St.)	Amt 51
5.530.000	5.530.000.710.011	Geräte f. schul-/ärztl. Bereich	Amt 53
5.530.002	5.530.002.720.011	GWG / Mediz.-/Laborgeräte (Amt 53)	Amt 53
5.610.000	5.610.000.605.011	LZ Maßnahmen innerh./außerh. LP	Amt 61
5.610.000	5.610.000.700.011	Grunderw. Maßn. innerh./außerh. LP	Amt 61
5.610.010	5.610.010.605.011	Ersatzgeldzahlungen	Amt 61
5.610.010	5.610.010.700.011	Durchf. Ersatzmaßn. (Grunderw.)	Amt 61
5.610.040	5.610.040.700.011	Baumaßn. Akademie f. Pflegeberufe	Amt 61
5.610.040	5.610.040.605.011	LZ Konjunkturpaket II (anteilig)	Amt 20
5.610.050	5.610.050.700.011	Baumaßn. Haus der Wirtschaft	Amt 61
5.620.001	5.620.001.710.011	BGA / Techn.Geräte (Katasteramt)	Amt 62
5.620.002	5.620.002.720.011	GWG / Techn.Geräte (Katasteramt)	Amt 62
5.620.003	5.620.003.710.011	Kfz vermessungstechnischer AD	Amt 62
5.660.001	5.660.001.620.611	Grundstücksveräußerung	Amt 66
5.660.002	5.660.002.700.011	Planung der Kreisstraßenprojekte	Amt 66
5.660.003	5.660.003.700.011	Eigenfinanz. Maßnahmen (Vorplanung)	Amt 66
5.660.003	5.660.003.700.111	Eigenfinanz. Maßnahmen (Grunderw.)	Amt 66
5.660.003	5.660.003.700.311	Eigenfinanz. Maßnahmen (Baumaßn.)	Amt 66
5.660.003	5.660.003.605.111	Eigenfi.Straßenbaum. (Erstattung)	Amt 66
5.660.004	5.660.004.605.111	Straßenbegleit. Radwege (Zuschuss)	Amt 66
5.660.004	5.660.004.605.211	Straßenbegleit. Radwege (Erstatt.)	Amt 66
5.660.004	5.660.004.700.111	Straßenbegleit. Radwege (Grunderw.)	Amt 66
5.660.004	5.660.004.700.311	Straßenbegleit. Radwege (Baumaßn.)	Amt 66
5.660.040	5.660.040.700.611	Ergänzung der Straßenausstattung	Amt 66
5.660.060	5.660.060.700.311	Beteiligungen an Baumaßn. Dritter	Amt 66
5.660.070	5.660.070.600.011	Einnahmen aus Maßnahmenabwicklung	Amt 66
5.661.701	5.661.701.605.011	Verk.sich. K17 Rölefeld (Zuschuss)	Amt 66
5.661.701	5.661.701.605.111	Verk.sich. K17 Rölefeld (Erstattung)	Amt 66
5.661.701	5.661.701.700.111	Verk.sich. K17 Rölefeld (Grunderw.)	Amt 66
5.661.701	5.661.701.700.311	Verk.sich. K17 Rölefeld (Baumaßn.)	Amt 66

Finanzstelle	PSP-Element	Bezeichnung	Amt
5.661.801	5.661.801.605.011	Ausbau K18/39 Dohrgaul (Zuschuss)	Amt 66
5.661.801	5.661.801.700.111	Ausbau K18/39 Dohrgaul (Grunderw.)	Amt 66
5.661.801	5.661.801.700.311	Ausbau K18/39 Dohrgaul (Baumaßn.)	Amt 66
5.661.801	5.661.801.605.111	Ausbau K18/39 Dohrgaul (Erstattung)	Amt 66
5.662.301	5.662.301.700.111	Verk.sich. K23 Belmicke (Grunderw.)	Amt 66
5.662.301	5.662.301.700.311	Verk.sich. K23 Belmicke (Baumaßn.)	Amt 66
5.662.301	5.662.301.605.011	Verk.sich. K23 Belmicke (Zuschuss)	Amt 66
5.662.302	5.662.302.605.011	Knoten K23/Bahnstr. (Zuschuss)	Amt 66
5.662.302	5.662.302.605.111	Knoten K23/Bahnstr. (Erstattungen)	Amt 66
5.662.302	5.662.302.700.111	Knoten K23/Bahnstr (Grunderw.)	Amt 66
5.662.302	5.662.302.700.311	Knoten K23/Bahnstr (Baumaßn.)	Amt 66
5.662.303	5.662.303.605.011	Knoten K23/B55 (Zuschuss)	Amt 66
5.662.303	5.662.303.700.111	Knoten K23/B55 (Grunderw.)	Amt 66
5.662.303	5.662.303.700.311	Knoten K23/B55 (Kreisanteil)	Amt 66
5.662.801	5.662.801.605.011	Verlängerung K28 (Zuschuss)	Amt 66
5.662.801	5.662.801.605.111	Verlängerung K28 (Erstattung)	Amt 66
5.662.801	5.662.801.700.111	Verlängerung K28 (Grunderwerb)	Amt 66
5.662.801	5.662.801.700.311	Verlängerung K28 (Baumaßn.)	Amt 66
5.662.901	5.662.901.700.111	Umbau K29/Unterommer (Grunderw.)	Amt 66
5.663.001	5.663.001.605.011	Umbau K30 Kreuzberg (Zuschuss)	Amt 66
5.663.001	5.663.001.605.111	Umbau K30 Kreuzberg (Erstattungen)	Amt 66
5.663.001	5.663.001.700.111	Umbau K30 Kreuzberg (Grunderw.)	Amt 66
5.663.001	5.663.001.700.311	Umbau K30 Kreuzberg (Ausbau)	Amt 66
5.664.201	5.664.201.605.011	Ausbau K42 Wasserfuhr (Zuschuss)	Amt 66
5.664.201	5.664.201.605.111	Ausbau K42 Wasserfuhr(Erstattungen)	Amt 66
5.664.201	5.664.201.605.114	Ausbau K42 Wasserfuhr (Erstattungen) 201	Amt 66
5.664.201	5.664.201.700.111	Ausbau K42 Wasserfuhr (Grunderw.)	Amt 66
5.664.201	5.664.201.700.311	Ausbau K42 Wasserfuhr (Ausbau)	Amt 66
5.664.501	5.664.501.605.011	Ausbau K45/L306 (Zuschuss)	Amt 66
5.664.501	5.664.501.605.111	Ausbau K45/L306 (Erstattungen)	Amt 66
5.664.501	5.664.501.700.111	Ausbau K45/L306 (Grunderw.)	Amt 66
5.664.501	5.664.501.700.311	Ausbau K45/L306 (Ausbau)	Amt 66
5.670.030	5.670.030.710.011	BGA Immissionsschutz	Amt 67

Kosten- und Leistungsrechnung

Kosten- und Leistungsrechnung

Die **Kosten- und Leistungsrechnung** (KLR) ist ein Bestandteil des neuen Haushaltsrechts. Sie dient in erster Linie der internen Steuerung. Die *Ergebnis- und Finanzrechnung* im Haushaltsplandruck ist dagegen eine allgemeine Darstellung der Kosten, weil durch sie die sachzielbezogenen Kosten der Fachämter, aber auch die Aufwendungen der Querschnittsämter oder Gemeinkosten, zu Kostenartengruppen (z. B. *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Transferaufwendungen, sonstige ordentliche Kosten*) zusammengefasst werden. Der Detaillierungsgrad der Planungskosten geht durch die Vorgaben des Gesetzgebers zur Darstellung der Haushaltsdaten unterteilt nach vorgegebenen Ertrags- und Aufwandsarten verloren. Die intern orientierte Kosten- und Leistungsrechnung dagegen liefert Informationen zu speziellen Kostenarten (welche Art von Kosten), zu den Kostenstellen (wo entstehen die Kosten) und zu den Kostenträgern (für welche Produkte entstehen Kosten). Beispiel: Die Gebäudekosten des Kreishauses (Sanierung, Energie, Versicherung, Abschreibungen, uws.) werden zentral über eine Kostenstelle abgewickelt. Diese Querschnittskosten oder Gemeinkosten werden im Rahmen der KLR bzw. im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung auf die Produkte nach bestimmten Schlüsseln verrechnet. Im Haushaltsplandruck erscheinen die Positionen der KLR damit nicht, sie dient, wie oben bereits gesagt, in erster Linie der internen Steuerung.

Jede Gemeinde in NRW soll entsprechend **§ 18 GemHVO NRW** eine **Kosten- und Leistungsrechnung** zur Unterstützung der Verwaltungssteuerung und für die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit nach den örtlichen Bedürfnissen führen. Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister regelt die Grundsätze über Art und Umfang der Kosten- und Leistungsrechnung und legt sie dem Rat zur Kenntnis vor.

Die Kostenrechnung dient damit der Planung, der Steuerung und der Kontrolle des wirtschaftlichen Geschehens, gleichzeitig sollen alle Planungskosten bzw. später Ist-Kosten *verursachungsgerecht* auf die einzelnen Produktbereiche verteilt werden. Die Regelung gibt den Gemeinden die Befugnis, die Kosten- und Leistungsrechnung nach ihren Bedürfnissen zu führen. Die Gemeinde entscheidet danach eigenverantwortlich über den Umfang und die weitere Ausgestaltung der Kosten- und Leistungsrechnung und hat insoweit einen großen Entscheidungsspielraum. Die konkrete Ausgestaltung ist nach den örtlichen Erfordernissen auszurichten. Die örtlichen Bestimmungen zur Kosten- und Leistungsrechnung werden im Folgenden vorgestellt.

Als Kostenstelle bezeichnet man in der Literatur häufig eine organisatorische Einheit, die den Ort der Kostenentstehung darstellt. Orte der Kostenentstehung sind beispielsweise Organisationseinheiten (Ämterkostenstellen), Immobilien (Gebäudekostenstellen) oder technische Einrichtungen/Geräte bzw. Fahrzeuge (Objektkostenstellen). Hilfskostenstellen hingegen sind reine Kostensammler. Meist handelt es sich dabei um Gemeinkosten (z.B. Haftpflichtversicherung), die in ihrer Entstehung keinem Produkt eindeutig zugeordnet werden können.

Die Differenzierung der Kosten- und Leistungsrechnung erfolgte unter Berücksichtigung der örtlichen Erfordernisse bzw. die Kostenstellenbildung orientiert sich an den vorhandenen Strukturen. So wurden zunächst drei Kostenstellengruppen für die spätere Gliederung der Kostenstellen eingerichtet:

- Hilfskostenstellen, z. B. für Kosten der Beihilfe, Kosten für Fortbildungen, etc.
- Objektkostenstellen für Gebäude, Fahrzeuge, AfA-Kostenstellen
- Fachkostenstellen, z. B. für Organisationseinheiten

Die Hilfskostenstellen werden in der Regel im Rahmen einer *Verteilung* verrechnet, im Haushaltsplandruck werden diese üblicherweise in den Zeilen 11 bis 16 ausgewiesen. Gemeinkosten (z. B. Gebäudekosten) werden dagegen üblicherweise im Rahmen einer *Umlage* verrechnet, diese Kosten werden in den Zeilen 27 bis 28 im Haushaltsplandruck ausgewiesen.

Um das Thema zu veranschaulichen, werden beispielhaft einige Kostenstellen genannt. Hilfskostenstellen bestehen immer aus einer 4-stelligen Ziffernfolge, z. B. Kostenstelle 1016 für die Abwicklung der Dienstreisen. Auch alle Arten von Versicherungen (Haftpflicht-, Elektronikversicherung oder die Unfallversicherung für Kreistagsmitglieder, usw.) werden über Hilfskostenstellen abgewickelt. Weitere typische Beispiele für Hilfskostenstellen sind Kosten der Beihilfe, Beiträge zur Sozialversicherung oder zur Versorgungskasse, Kosten der Aktenvernichtung, Kosten für Datenleitungen oder Kosten für zeitlich befristete Projekte (z. B. Zensus 2011). Objektkostenstellen wurden insbesondere für die Abwicklung der Gebäudekosten oder die Kosten des Fuhrparks (Kfz-Kostenstellen) eingerichtet, diese bestehen immer aus einer 5-stelligen Ziffernfolge, z. B. Kostenstelle 12020 für die Abwicklung des Gebäudes Berufskolleg Gummersbach. Auf dieser Gebäudekostenstellen werden unterschiedliche Planungskonten (= Kostenarten) berücksichtigt: z. B. Strom, Fernwärme, Wasser, Sanierungsmaßnahmen, Abfallentsorgung, Gebäudereinigung, Gebäudeversicherung oder die Grundsteuer. Die Fachkostenstellen

werden in der Regel für die Abrechnung von Büromaterial, Zeitungen und Fachliteratur oder sonstigen Sach- und Dienstleistungen genutzt. Die Organisationskostenstellen bestehen aus einer 6-stelligen Ziffernfolge, z. B. Kostenstelle 100310 für die Kosten der Polizeibehörde.

Neben der Einrichtung der Kostenstellenstruktur besteht die Hauptaufgabe darin, ein *geeignetes Verrechnungsverfahren* bzw. geeignete Verrechnungsschlüssel auszuwählen. Die Definition von "geeigneten" Bezugsgrößen oder Verrechnungsschlüsseln ist unter Berücksichtigung örtlicher Strukturen und Erfordernisse in das Ermessen der Gemeinde gestellt.

Die Kosten des Gebäudes Kreishaus werden beispielsweise anhand einer statistischen Kennziffer *Belegungsfläche Kreishaus* (Einheit: m²) auf die verschiedenen Organisationskostenstellen verrechnet. In einem zweiten Verrechnungsschritt werden diese Kosten weiter auf die Produkte verteilt. Andere Gebäudekosten können in Summe zu 100 Prozent unmittelbar verrechnet werden. So werden die Gebäudekosten des Berufskollegs Gummersbach direkt auf das Produkt Berufskolleg Gummersbach im Produktbereich Berufsschulen verrechnet. Für Kosten der Beihilfe werden als Bezugsbasis dagegen die Plankosten der Beamtenbesoldung berücksichtigt, d. h. die Beihilfe wird per Dreisatz im Verhältnis der geplanten Beamtenbesoldung verrechnet. Für die spätere Abrechnung der Ist-Kosten müssen selbstverständlich die Ist-Kosten der Beamtenbesoldung als Bezugsbasis berücksichtigt werden. Andere Kosten wie die der Fortbildung werden dagegen nach festen Prozentsätzen nach Erfahrungswerten verteilt. Im Rahmen der Haushaltsplanung können nur Erfahrungswerte berücksichtigt werden, im Rahmen des Jahresabschlusses könnten dagegen die Kosten anhand der tatsächlichen Inanspruchnahme auf die Fachkostenstellen verteilt werden.

Bei der Suche nach einer *verursachungsgerechten* Bezugsgröße oder Verteilungsschlüssel stößt man früher oder später auf folgendes Problem: **Gerechte Verteilungsschlüssel können zu ungerechten Ergebnissen führen und umgekehrt.** Organisationseinheiten (bzw. Produktbereiche) die in einem sanierungsbedürftigen Gebäude untergebracht sind, bekommen im Verhältnis relativ mehr Gebäudekosten für Energie und Sanierung zugeordnet als andere Organisationseinheiten. Da die Organisationseinheiten sich in der Regel ihren Arbeitsort nicht aussuchen können, kann diese Art der Verrechnung als *ungerecht* bewertet werden. Dagegen ist es aber rational begründet, die Gebäudekosten möglichst sachgerecht den einzelnen Fachämtern zuzuordnen. Ein anderes Beispiel ist die Beihilfe.

Folgende Frage soll diskutiert werden: Sollen Beihilfekosten personenbezogen verrechnet werden oder pauschal im Wege einer Kopfpauschale? Bei einer personenbezogenen Verrechnung werden die Organisationseinheiten benachteiligt, deren Altersdurchschnitt über dem Gesamtdurchschnitt liegt (es wird hier angenommen, dass es eine Korrelation zwischen Alter der Beschäftigten und Kosten der Beihilfe gibt). Die Kosten der Beihilfe wären dann aber hochgradig genau zugeordnet. Das könnte aber mit Blick auf das Produkt dazu verleiten, möglichst junge Kollegen bei internen Stellenbesetzungen zu bevorzugen, da diese weniger Beihilfekosten "produzieren" und damit ein Produkt im Vergleich weniger belasten. Dagegen werden bei einer pauschalen Verteilung von Kosten der Beihilfe besonders Abteilungen mit einem jugendlichen Altersdurchschnitt benachteiligt, obwohl dieser Personenkreis unter Umständen gar keine Beihilfekosten verursacht. Die Frage, was ist *verursachungsgerecht*, lässt sich somit nicht immer eindeutig beantworten. Gerechte Verteilungsschlüssel können zu ungerechten Ergebnissen führen und umgekehrt!

Neben diesen Grundregeln sowie der Unterscheidung in Ist-Kosten- und Plankosten-Rechnung wurden bei der Ausgestaltung insbesondere folgende Grundsätze berücksichtigt:

- Objektivität,
- Rationalität
- Klarheit,
- formelle Ordnungsmäßigkeit sowie
- Wirtschaftlichkeit.

Der Oberbergische Kreis hat rd. 700 Kostenstellen (Stand: November 2010) eingerichtet. Über die kostenartengenaue Planung ergibt sich ein hoher Detaillierungsgrad. Die im SAP-System im Hintergrund ausgeführte Kostenrechnung könnte man zusätzlich auch in Papierform vorlegen, allerdings ist der Detaillierungsgrad durch die iterative Verrechnung im SAP-System so umfangreich, dass es für einen Ausdruck aller Kostenrechnungsschritte mit allen Kleinstbeträgen für einen Haushaltsplanungszeitraum von vier Jahren ca. 10.000 Blatt Papier bedürfte, um das vollständige Verrechnungsmodell mit allen Senderregeln und den Definitionen der Segmente zu dokumentieren.

Da jede Verwaltung ihr Verrechnungsmodell eigenverantwortlich mit dem gegebenen Entscheidungsspielraum aufstellt, ist eine **Vergleichbarkeit** von Produkten von verschiedenen Verwaltungen prinzipiell **nicht** möglich. So kann Kommune A die Kosten der Beihilfe zentral im Produkt Personalbetreuung verbucht haben, Kommune B verteilt dagegen die Kosten nach einer Kopfpauschale auf alle Produkte und Kommune C wiederum hinterlegt eine individuelle Bezugsgröße. Die Frage nach einem sachgerechten Verteilungsprozess bzw. einem gerechtem Verteilungsergebnis liegt im Auge des Betrachters und kann rational ganz unterschiedlich begründet werden. Insofern wird es zum Thema KLR immer Widersprüche und andere Meinungen geben. Anders ausgedrückt könnte man auch sagen, dass es **die eine optimale Verrechnungsstrategie nicht** gibt. In einer derartigen Situation wird man vielmehr feststellen, dass nebeneinander gleichwertige Verrechnungsmodelle existieren.

Allerdings verursachen der Entscheidungsprozess und die Ausgestaltung der Kosten- und Leistungsrechnung sowie die anschließende Pflege des Verrechnungsmodells selber **Kosten**. Je aufwendiger ein Verrechnungsmodell ausgestaltet wird, umso höher sind die Kosten der Informationsbeschaffung sowie der laufenden Pflege und Anpassung. Vor diesem Hintergrund muss die Frage gestellt werden, welchen Nutzen der Bürger oder die Politik davon haben, wenn die Kosten für Fortbildung und Dienstreisen mit zwei Nachkommastellen genau auf die Produktbereiche verrechnet werden (müssen). In einer solchen Kostensituation kann der Nutzen eines Modells mit unvollständigen Informationen und einfachen Verrechnungsschlüsseln genau so überzeugend und rational sein wie eine "teure" Lösung mit vollständigen Informationen.

Produktübersicht

Produktbereich	Produktgruppe	Produkt	Teilprodukt	PSP-Element in SAP	Bezeichnung	zuständig Produktgruppen	zuständig Produkt	Amt	entspricht etwa kameralem UA	
01				1.01	Innere Verwaltung					
		01.01		1.01.01	Politische Gremien	KD				
			01.01.01	1.01.01.01	Kreistag und Ausschüsse / Fraktionen und sonstige Sitzungen		KD	10	0000 / 0090	
		01.02		1.01.02	Verwaltungsführung	KD				
			01.02.01	1.01.02.01	Entwicklung von Konzepten und Rahmenregelungen / sonstige Steuerungsunterstützung		KD	10	0000 / 0200	
				01.02.01.01	1.01.02.01.01	Projekt KOMM-IN		KD	10	
		01.03		1.01.03	Gleichstellung von Frau und Mann	KD				
			01.03.01	1.01.03.01	Gleichstellung von Frau und Mann		KD	19	0250	
		01.04		1.01.04	Beschäftigtenvertretung	PR				
			01.04.01	1.01.04.01	Personalrat		PR	PR	0810	
		01.05		1.01.05	Rechnungsprüfung	Dez II				
			01.05.01	1.01.05.01	Rechnungsprüfung und Beratung		Dez II	14	0100	
			01.05.02	1.01.05.02	Prüfungen für Dritte		Dez II	14	100	
		01.06		1.01.06	Zentrale Dienste	KD, Dez II				
			01.06.01	1.01.06.01	Druckerei		KD	10	0200	
			01.06.02	1.01.06.02	Poststelle		KD	10	0200	
			01.06.03	1.01.06.03	Bürgerservice		KD	10	0200	
			01.06.04	1.01.06.04	Fuhrpark		KD	10	0200 / SN 9310	
			01.06.05	1.01.06.05	Sonstige zentrale Dienste		KD	10	0200 / SN 9324	
			01.06.06	1.01.06.06	Zentrale Bußgeldstelle		Dez II	30	1110	
				01.06.06.01	1.01.06.06.01	Bußgelder Abfallwirtschaft		Dez II	30	1105
				01.06.06.02	1.01.06.06.02	Bußgelder Bauordnung		Dez II	30	6130
				01.06.06.03	1.01.06.06.03	Bußgelder Gewässerschutz		Dez II	30	1104
				01.06.06.04	1.01.06.06.04	Bußgelder Ordnungsamt		Dez II	30	1100 / 1300
				01.06.06.05	1.01.06.06.05	Bußgelder Sonstige Ordnungswidrigkeiten		Dez II	30	1110 / 1200
				01.06.06.06	1.01.06.06.06	Bußgelder Veterinäraufsicht		Dez II	30	1160
				01.06.06.07	1.01.06.06.07	Bußgelder Verkehrsrechtliche Genehmigungen		Dez II	30	1120
			01.06.07	1.01.06.07	Submission, Datenschutz, AGG, sonst.		Dez II	14	1100	
		01.07		1.01.07	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	KD				
			01.07.01	1.01.07.01	Medien		KD	10	0240	
		01.08		1.01.08	Personalmanagement	KD (Dez III, Dez IV)				
			01.08.01	1.01.08.01	Personalsteuerung und -entwicklung		KD	11 (10)	0220	
			01.08.02	1.01.08.02	Personalausbildung und -qualifizierung		KD (Dez IV)	11 (62)	0221	
			01.08.03	1.01.08.03	Personalbetreuung		KD	(10), 11	0220	
			01.08.04	1.01.08.04	Arbeitssicherheit / Gesundheitsschutz		KD (Dez III)	10 (53)	0200 / 0220	
		01.09		1.01.09	Finanzmanagement und Rechnungswesen	Dez I				
			01.09.01	1.01.09.01	Haushaltssteuerung		Dez I	20	0300	
				01.09.01.01	1.01.09.01.01	Beteiligungen (allgemein)		Dez I	20	
				01.09.01.02	1.01.09.01.02	KSK - Kreissparkasse Köln (Gewinnbeteiligung)		Dez I	20	8700
				01.09.01.03	1.01.09.01.03	Radio Berg GmbH & Co. KG		Dez I	20	7600
				01.09.01.04	1.01.09.01.04	Rheinisches Studieninstitut Köln		Dez I	20	0220
				01.09.01.05	1.01.09.01.05	BAV - Bergischer Abfallwirtschaftsverband		Dez I	20	7220
			01.09.02	1.01.09.02	Kasse und Vollstreckung		Dez I	20	0310	
				01.09.02.01	1.01.09.02.01	Zahlungsabwicklung		Dez I	20	0310
				01.09.02.02	1.01.09.02.02	Vollstreckung		Dez I	20	0310
		01.10		1.01.10	Organisationsangelegenheiten und technikerunterstützte Informationsverarbeitung	KD, Dez III, Dez IV				
			01.10.01	1.01.10.01	Informationstechnische Infrastruktur		KD, Dez III, Dez IV	10, 40, 62	0600	
				01.10.01.01	1.01.10.01.01	Amt 10		KD	10	0600
				01.10.01.02	1.01.10.01.02	Amt 40		Dez III	40	2000 u.a.
				01.10.01.03	1.01.10.01.03	Amt 62		Dez IV	62	6110
			01.10.02	1.01.10.02	Organisationsangelegenheiten		KD	10	0200	
		01.11		1.01.11	Recht	Dez II				
			01.11.01	1.01.11.01	Rechtsangelegenheiten		Dez II	30	0230	
		01.12		1.01.12	Grundstücks- und Gebäudemanagement	Dez IV				
			01.12.01	1.01.12.01	Grundstücks- und Gebäudemanagement		Dez IV	23	0350 / 8800	
		01.13		1.01.13	Technisches Immobilienmanagement	Dez IV				
			01.13.01	1.01.13.01	Unterhaltungen und Baumaßnahmen		Dez IV	23	0350 / 6010 u. a.	
		01.14		1.01.14	Kommunalaufsicht	Dez I				
			01.14.01	1.01.14.01	Kommunalaufsicht		Dez I	20	0280	
		01.15		1.01.15	Kreispolizeibehörde	KD				
			01.15.01	1.01.15.01	Kreispolizeibehörde		KD	31	1000 / 1102	
				01.15.01.01	1.01.15.01.01	Polizeiliche Erlaubnisse		KD	31	1102
				01.15.01.02	1.01.15.01.02	Polizeiliche Begleitung von Schwertransporten		KD	31	1102
				01.15.01.03	1.01.15.01.03	Falschalarme		KD	31	1102
				01.15.01.04	1.01.15.01.04	sonstige Verwaltungsgebühren		KD	31	1102
	02				1.02	Sicherheit und Ordnung				
			02.01		1.02.01	Ordnungsbedürftige Tätigkeiten	Dez I			
			02.01.01	1.02.01.01	Allgemeine Gefahrenabwehr		Dez I	32	1100	
				02.01.01.01	1.02.01.01.01	Jagd und Fischerei		Dez I	32	1100
			02.01.02	1.02.01.02	Gewerbe und Handwerk		Dez I	32	1100	
				02.01.02.01	1.02.01.02.01	Schornsteinfegeraufsicht		Dez I	32	1100
		02.02		1.02.02	Verbraucherschutz	Dez II				
			02.02.01	1.02.02.01	Verbraucherschutz		Dez II	39	1160 / 5400	
				02.02.01.01	1.02.02.01.01	Lebensmittelüberwachung		Dez II	39	1160
				02.02.01.02	1.02.02.01.02	Schlachtier- und Fleischuntersuchung		Dez II	39	1160 / 5400
		02.03		1.02.03	Tiergesundheit	Dez II				
			02.03.01	1.02.03.01	Tiergesundheit		Dez II	39	1160 / 7200	
				02.03.01.01	1.02.03.01.01	Betriebskosten Wild-Aufnahme-Container		Dez II	39	
		02.04		1.02.04	Verkehrsangelegenheiten	Dez II				
			02.04.01	1.02.04.01	Verkehrsregelung und -lenkung		Dez II	36	1120	
			02.04.02	1.02.04.02	Überwachung des fließenden Verkehrs		Dez II	30	1120	
				02.04.02.01	1.02.04.02.01	Polizeiliche Geschwindigkeitsanzeigen		Dez II	30	1120
				02.04.02.02	1.02.04.02.02	Geschwindigkeitsüberwachung		Dez II	30	1120
			02.04.03	1.02.04.03	Verkehrsrechtliche Genehmigungen		Dez II	36	1120	
			02.04.04	1.02.04.04	Verkehrserziehung und -aufklärung		Dez II	36	1120	
				02.04.04.01	1.02.04.04.01	Verkehrsinformationsbus		Dez II	36	1120
		02.05		1.02.05	Fahr- und Beförderungserlaubnisse	Dez II				
			02.05.01	1.02.05.01	Fahr- u. Beförderungserlaubnisse		Dez II	36	1120	
		02.06		1.02.06	Kfz-Angelegenheiten	Dez II				
			02.06.01	1.02.06.01	Zulassung		Dez II	36	1120	
			02.06.02	1.02.06.02	Überwachung der Halterhaftung		Dez II	36	1120	

Produktbereich	Produktgruppe	Produkt	Teilprodukt	PSP-Element in SAP	Bezeichnung	zuständig Produktgruppen	zuständig Produkt	Amt	entspricht etwa kameralem UA
	02.07			1.02.07	Personenbezogene Aufenthalts- und Statusfragen	Dez I			
		02.07.01		1.02.07.01	Einwohnerangelegenheiten		Dez I	32	1100
			02.07.01.01	1.02.07.01.01	Einbürgerungen		Dez I	32	1100
		02.07.02		1.02.07.02	Regelung des Aufenthalts von Ausländern		Dez I	32	1100
			02.07.02.01	1.02.07.02.01	Humanitäre Aufenthalte		Dez I	32	1100
	02.08			1.02.08	Statistik	Dez IV			
		02.08.01		1.02.08.01	Statistik		Dez IV	61	0510
	02.09			1.02.09	Wahlen	KD			
		02.09.01		1.02.09.01	Wahlen und Abstimmungen		KD	10	0520
	02.10			1.02.10	Bevölkerungsschutz	Dez I			
		02.10.01		1.02.10.01	Brandschutz		Dez I	32	1300
			02.10.01.01	1.02.10.01.01	Werkstatt für Feuerwehrausrüstung		Dez I	32	1300
			02.10.01.02	1.02.10.01.02	Vorbeugender Brandschutz		Dez I	32	1300
			02.10.01.03	1.02.10.01.03	Brandschau Kommunen		Dez I	32	1300
			02.10.01.04	1.02.10.01.04	Kreisausbildung Freiwillige Feuerwehren		Dez I	32	1300
		02.10.02		1.02.10.02	Katastrophenschutz		Dez I	32	1300
			02.10.02.01	1.02.10.02.01	Sachausstattung Einsatzkräfte		Dez I	32	1300
			02.10.02.02	1.02.10.02.02	Zuschüsse Einsatzorganisationen		Dez I	32	1300
	02.11			1.02.11	Rettungsdienst	Dez I			
		02.11.01		1.02.11.01	Rettungsdienst		Dez I	32	1600
			02.11.01.01	1.02.11.01.01	Kosten des Luftrettungsdienstes		Dez I	32	1600
03				1.03	Schulträgeraufgaben				
	03.01			1.03.01	Förderschulen	Dez III			
		03.01.01		1.03.01.01	Förderschule Geistige Entwicklung (Helen-Keller-Schule)		Dez III	40	2710
			03.01.01.01	1.03.01.01.01	Schulpauschale (anteilig)		Dez III	40	9000
		03.01.02		1.03.01.02	Förderschule Geistige Entwicklung (Anne-Frank-Schule)		Dez III	40	2711
			03.01.02.01	1.03.01.02.01	Schulpauschale (anteilig)		Dez III	40	9000
		03.01.03		1.03.01.03	Förderschule Sprache (Wiehl)		Dez III	40	2740
			03.01.03.01	1.03.01.03.01	Schulpauschale (anteilig)		Dez III	40	9000
		03.01.04		1.03.01.04	Schule für Kranke (Anna-Freud-Schule)		Dez III	40	2760
			03.01.04.01	1.03.01.04.01	Schulpauschale (anteilig)		Dez III	40	9000
		03.01.05		1.03.01.05	Förderschule emotionale und soziale Entwicklung (Gummersbach)		Dez III	40	2770
			03.01.05.01	1.03.01.05.01	Schulpauschale (anteilig)		Dez III	40	9000
	03.02			1.03.02	Berufskollegs	Dez III			
		03.02.01		1.03.02.01	Berufskolleg Kaufmännische Schulen Gummersbach und Waldbröl		Dez III	40	2412 / 2464 / 2465 / 2471
			03.02.01.01	1.03.02.01.01	Schulpauschale (anteilig)		Dez III	40	9000
		03.02.02		1.03.02.02	Berufskolleg Ernährung-Sozialwesen-Technik Gummersbach-Dieringhausen		Dez III	40	2410 / 2411 / 2460 / 2461 / 2462 / 2470 / 2480
			03.02.02.01	1.03.02.02.01	Schulpauschale (anteilig)		Dez III	40	9000
		03.02.03		1.03.02.03	Berufskolleg Wipperfürth		Dez III	40	2414 / 2467 / 2468 / 2472
			03.02.03.01	1.03.02.03.01	Schulpauschale (anteilig)		Dez III	40	9000
	03.03			1.03.03	Schülerbeförderung	Dez III			
		03.03.01		1.03.03.01	Schülerbeförderung Förderschulen		Dez III	40	2710-2770
		03.03.02		1.03.03.02	Schülerbeförderung Berufskollegs		Dez III	40	SN 9317
	03.04			1.03.04	Sonstige schulische Aufgaben	Dez III			
		03.04.01		1.03.04.01	Schulpsychologie		Dez III	40	2931
		03.04.02		1.03.04.02	Medienzentrum		Dez III	40	2950, 2921
		03.04.03		1.03.04.03	Schulaufsicht		Dez III	40	2040
		03.04.04		1.03.04.04	Bildungsnetzwerk Oberberg		Dez III	40	
04				1.04	Kultur und Wissenschaft				
	04.01			1.04.01	Kommunale Veranstaltungen/ Kulturförderung	Dez I			
		04.01.01		1.04.01.01	Veranstaltungen/ Kulturförderung/Sonstige Kultureinrichtungen		Dez I	41	3000 / 3120 / 3320 / 3410 / 3430
			04.01.01.01	1.04.01.01.01	Sonderausstellungen		Dez I	41	3000 / 3211
			04.01.01.02	1.04.01.01.02	Kreis- und Stadtbücherei		Dez I	41	3520
			04.01.01.03	1.04.01.01.03	Kunstsammlung Oberberg		Dez I	41	3000
			04.01.01.04	1.04.01.01.04	Musikpflege		Dez I	20	3320
	04.02			1.04.02	Volkshochschule	Dez I			
		04.02.01		1.04.02.01	Volkshochschule		Dez I	43	3500
			04.02.01.01	1.04.02.01.01	Abendgymnasium		Dez I	43	2320
		04.02.02		1.04.02.02	Fachseminar für Pflegeberufe		Dez I	43	3510
			04.02.02.01	1.04.02.02.01	Grundausbildung		Dez I	43	3510
			04.02.02.02	1.04.02.02.02	Weiterbildung		Dez I	43	3510
			04.02.02.03	1.04.02.02.03	Modellprojekt Altenpflegehilfe		Dez I	43	3510
	04.03			1.04.03	Museum	Dez I			
		04.03.01		1.04.03.01	Museum Schloss Homburg		Dez I	41	3210 / 3211
			04.03.01.01	1.04.03.01.01	Schloss Homburg		Dez I	41	3211
			04.03.01.02	1.04.03.01.02	Haus Dahl		Dez I	41	3210
	04.04			1.04.04	Heimatbildstelle	Dez III			
		04.04.01		1.04.04.01	Heimatbildstelle		Dez III	40	3220
05				1.05	Soziale Leistungen				
	05.01			1.05.01	Unterstützung von Senioren	Dez III			
		05.01.01		1.05.01.01	Seniorenarbeit		Dez III	50	4000 / 4980
		05.01.02		1.05.01.02	Heimaufsicht		Dez III	50	1100
	05.02			1.05.02	Hilfen zur Gesundheit, bei Behinderung, bei Pflegebedürftigkeit und in anderen Lebenslagen	Dez III			
		05.02.01		1.05.02.01	Hilfen zur Gesundheit, bei Behinderung und in anderen Lebenslagen		Dez III	50	4000 / 4010 / 4121 / 4131 / 4141 / 4400 / 4700 / 4701/ 4900 / 4980
			05.02.01.01	1.05.02.01.01	Eingliederungshilfe für behinderte Menschen		Dez III	50	4121
			05.02.01.02	1.05.02.01.02	Hilfen zur Gesundheit		Dez III	50	4131
			05.02.01.03	1.05.02.01.03	Hilfen in anderen Lebenslagen		Dez III	50	4141
		05.02.02		1.05.02.02	Hilfe zur Pflege		Dez III	50	4000 / 4110 / 4111
			05.02.02.01	1.05.02.02.01	Hilfe zur Pflege ambulant und vollstationär		Dez III	50	4110 / 4111
			05.02.02.02	1.05.02.02.02	Hilfe zur Pflege teilstationär		Dez III	50	4110
		05.02.03		1.05.02.03	Pflegewohngeld und Aufwendungszuschüsse		Dez III	50	4710
		05.02.04		1.05.02.04	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege		Dez III	50	4700, 4701
		05.02.05		1.05.02.05	Leistungen für Schwerbehinderte		Dez III	50	4020
		05.02.06		1.05.02.06	Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz		Dez III	50	4480

Produktbereich	Produktgruppe	Produkt	Teilprodukt	PSP-Element in SAP	Bezeichnung	zuständig Produktgruppen	zuständig Produkt	Amt	entspricht etwa kameralem UA
	05.03			1.05.03	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen	Dez III			
		05.03.01		1.05.03.01	Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)		Dez III	50	4000 / 4050 / 4100 / 4820
		05.03.02		1.05.03.02	Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII)		Dez III	50	4100, 4850, ??
			05.03.02.01	1.05.03.02.01	Hilfe zum Lebensunterhalt		Dez III	50	4100
			05.03.02.02	1.05.03.02.02	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung		Dez III	50	4850
		05.03.03		1.05.03.03	Leistungen nach BAföG		Dez III	40	2930
		05.03.04		1.05.03.04	Lastenausgleich		Dez I	20	4090
	05.04			1.05.04	Betreuungsleistungen	Dez III			
		05.04.01		1.05.04.01	Rechtliche Vertretung Volljähriger - Betreuung, Vollmacht -		Dez III	51	4070 / 4860
06				1.06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe				
	06.01			1.06.01	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	Dez III			
		06.01.01		1.06.01.01	Tageseinrichtungen für Kinder / Kindertagespflege / OGS / OGATA		Dez III	51	4070 / 4540 / 4640
			06.01.01.01	1.06.01.01.01	LZ Sprachförderung, Familienzentren		Dez III	51	4640
			06.01.01.02	1.06.01.01.02	LZ Invest.Maßn. in TE u. Tagespflege		Dez III	51	
	06.02			1.06.02	Jugendarbeit und Familienförderung	Dez III			
		06.02.01		1.06.02.01	Förderung von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit		Dez III	51	4070 / 4510 / 4600 / 4601
			06.02.01.01	1.06.02.01.01	LZ Förderung offene Kinder- und Jugendarbeit		Dez III	51	4600
			06.02.02	1.06.02.02	Jugendsozialarbeit		Dez III	51	4070 / 4520
			06.02.03	1.06.02.03	Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie		Dez III	51	4070 / 4620 / 4651
			06.02.04	1.06.02.04	Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz		Dez III	51	4070 / 4520
	06.03			1.06.03	Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	Dez III			
		06.03.01		1.06.03.01	Hilfen zur Erziehung und sonst. Hilfen		Dez III	51	4070 / 4530 / 4550 / 4561 / 4651
			06.03.01.01	1.06.03.01.01	Institutionelle Erziehungsberatung		Dez III	51	4070 / 4651
			06.03.01.02	1.06.03.01.02	Soziale Gruppenarbeit		Dez III	51	4070
			06.03.01.03	1.06.03.01.03	Erziehungsbeistandschaft		Dez III	51	4070
			06.03.01.04	1.06.03.01.04	Sozialpädagogische Familienhilfe		Dez III	51	4070
			06.03.01.05	1.06.03.01.05	Erziehung in einer Tagesgruppe		Dez III	51	4070
			06.03.01.06	1.06.03.01.06	Vollzeitpflege		Dez III	51	4070 / 4550
			06.03.01.07	1.06.03.01.07	Unterbringung in Heimen / sonstigen betreuten Wohnformen		Dez III	51	4070 / 4550
			06.03.01.08	1.06.03.01.08	Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung		Dez III	51	4070 / 4561
			06.03.01.09	1.06.03.01.09	Gemeinsame Wohnformen für (werdende) Mütter oder Väter und Kinder		Dez III	51	4070 / 4530
			06.03.01.10	1.06.03.01.10	Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche		Dez III	51	4070
			06.03.01.11	1.06.03.01.11	Flexible erzieherische Hilfe		Dez III	51	
			06.03.02	1.06.03.02	Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen		Dez III	51	4070 / 4071
			06.03.03	1.06.03.03	Beratungsangebote		Dez III	51	4070 / 4650 / 4651
			06.03.04	1.06.03.04	Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren		Dez III	51	4070 / 4570
			06.03.05	1.06.03.05	Unterhaltungsvorschussleistungen, Amtpflegschaft und -vormundschaft		Dez III	51	4070 / 4810
	06.04			1.06.04	Leistungen nach dem Bundeselterngeldgesetz	KD			
		06.04.01		1.06.04.01	Elterngeld		KD	11	4030
07				1.07	Gesundheitsdienste				
	07.01			1.07.01	Gesundheitsförderung	Dez III			
		07.01.01		1.07.01.01	Koordination, Planung und Berichterstattung im Gesundheitsbereich		Dez III	53	5000
		07.01.02		1.07.01.02	Ärztliche/zahnärztliche Prävention und Gesundheitsförderung: Schwerpunkt Kinder und Jugendliche		Dez III	53	5000 / 5010
			07.01.02.01	1.07.01.02.01	Ambulante Sprachheilfürsorge		KD, Dez III	11, 50	4980
	07.02			1.07.02	Gutachten und Stellungnahmen	Dez III			
		07.02.01		1.07.02.01	Amts-, Gerichts-, Vertrauens- und Amtszahnärztliche Gutachten		Dez III	53	5000
	07.03			1.07.03	Gesundheitshilfe	Dez III			
		07.03.01		1.07.03.01	Psychiatrische Hilfen, Sucht- und Drogenhilfe sowie Hilfen bei Aids, chronischen Krankheiten, körperlicher Behinderung, Schwangerschaftskonflikten, gesundheitlichen und sonstigen Notlagen		Dez III	53	5000 / 5413
			07.03.01.01	1.07.03.01.01	Sucht		Dez III	53	5000 / 5413
			07.03.01.02	1.07.03.01.02	Psychiatrie		Dez III	53	5000 / 5413
	07.04			1.07.04	Gesundheitsschutz	Dez III			
		07.04.01		1.07.04.01	Infektions- und umweltbezogener Gesundheitsschutz		Dez III	53	5000
		07.04.02		1.07.04.02	Medizinalaufsicht		Dez III	53	5000
08				1.08	Sportförderung				
	08.01			1.08.01	Sportförderung	Dez III			
		08.01.01		1.08.01.01	Sportförderung		Dez III	51	5500 / 5600
09				1.09	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen				
	09.01			1.09.01	Räumliche Planung	Dez IV			
		09.01.01		1.09.01.01	Kreisentwicklungsplanung, Raum- und Umweltinformation		Dez IV	61	6100
		09.01.02		1.09.01.02	Betreuung von Verfahren externer Planungsträger		Dez IV	61	6100
	09.02			1.09.02	Vermessung, Erhebung und Führung von Geobasisdaten	Dez IV			
		09.02.01		1.09.02.01	Geodätischer Raumbezug		Dez IV	62	6110
		09.02.02		1.09.02.02	Liegenschafts- und Ingenieurvermessung		Dez IV	62	6110
			09.02.02.01	1.09.02.02.01	Vermessungstätigkeit für Dritte		Dez IV	62	6110
			09.02.02.02	1.09.02.02.02	Verwaltungsinterne Vermessungstätigkeit		Dez IV	62	6110
		09.02.03		1.09.02.03	Führung der Liegenschaften Flurstücke und Gebäude		Dez IV	62	6110
			09.02.03.01	1.09.02.03.01	Übernahme beigebrachter Vermessungsschriften		Dez IV	62	6110
			09.02.03.02	1.09.02.03.02	Übernahme eigener Vermessungsschriften		Dez IV	62	6110
			09.02.03.03	1.09.02.03.03	Durchsetzung von Vermessungspflichten		Dez IV	62	6110
		09.02.04		1.09.02.04	Erhebung und Führung der Nutzung, Topografie und Bodenschätzung		Dez IV	62	6110 / 6120
		09.02.05		1.09.02.05	Führung der Personen- und Bestandsdaten		Dez IV	62	6110
		09.02.06		1.09.02.06	Erneuerung des Liegenschaftskatasters		Dez IV	62	6110
	09.03			1.09.03	Geoinformationsdienste, Geodatenmanagement	Dez IV			
		09.03.01		1.09.03.01	Bereitstellung von Geodaten und kartografischen Produkten		Dez IV	62	6110
			09.03.01.01	1.09.03.01.01	Nutzung von Abrufverfahren		Dez IV	62	6110
			09.03.01.02	1.09.03.01.02	Betrieb von Abrufverfahren		Dez IV	62	6110
		09.03.02		1.09.03.02	Abgabe von Geodaten und kartografischen Produkten		Dez IV	62	6110 / 6120
			09.03.02.01	1.09.03.02.01	Abgabe von Geobasisdaten digital (Gebühr)		Dez IV	62	6110
			09.03.02.02	1.09.03.02.02	Abgabe von Geobasisdaten analog (Gebühr)		Dez IV	62	6110
			09.03.02.03	1.09.03.02.03	Abgabe von Geobasisdaten digital (Entgelt)		Dez IV	62	6120
			09.03.02.04	1.09.03.02.04	Abgabe von Geobasisdaten analog (Entgelt)		Dez IV	62	6120
			09.03.02.05	1.09.03.02.05	Kartentechnische Auftragsarbeiten intern		Dez IV	62	6110
			09.03.02.06	1.09.03.02.06	Kartentechnische Auftragsarbeiten für Dritte		Dez IV	62	6110
			09.03.02.07	1.09.03.02.07	Bescheinigungen		Dez IV	62	6110
			09.03.02.08	1.09.03.02.08	Unschädlichkeitszeugnisse		Dez IV	62	6110
			09.03.02.09	1.09.03.02.09	Einnahmen für Dritte (Entgelte für Land)		Dez IV	62	6120

Produktbereich	Produktgruppe	Produkt	Teilprodukt	PSP-Element in SAP	Bezeichnung	zuständig Produktgruppen	zuständig Produkt	Amt	entspricht etwa kameralem UA
		09.03.03		1.09.03.03	Abgabe von Geobasisdaten des Vermessungszahlenwerks		Dez IV	62	6110
			09.03.03.01	1.09.03.03.01	Vermessungsunterlagen auf Antrag		Dez IV	62	6110
			09.03.03.02	1.09.03.03.02	Vermessungsunterlagen intern, + MwSt		Dez IV	62	6110
	09.04			1.09.04	Grundstückswertermittlung	Dez IV			
		09.04.01		1.09.04.01	Gutachterausschuss für Grundstückswerte		Dez IV	62	6120
			09.04.01.01	1.09.04.01.01	Gutachten		Dez IV	62	6120
			09.04.01.02	1.09.04.01.02	Auskünfte, Auswertungen		Dez IV	62	6120
			09.04.01.03	1.09.04.01.03	Wertermittlungen für kommunale Zwecke		Dez IV	62	6120
			09.04.01.04	1.09.04.01.04	Marktberichte		Dez IV	62	6120
			09.04.01.05	1.09.04.01.05	Bodenrichtwerte		Dez IV	62	6120
10				1.10	Bauen und Wohnen				
	10.01			1.10.01	Maßnahmen der Bauaufsicht	Dez IV			
		10.01.01		1.10.01.01	Untere Bauaufsicht		Dez IV	65	6130
			10.01.02	1.10.01.02	Bauordnungsbehördliche Verfahren		Dez IV	65	6130
	10.02			1.10.02	Denkmalschutz u. Denkmalpflege	Dez IV			
		10.02.01		1.10.02.01	Denkmalschutz/-pflege im Rahmen der Fachaufsicht		Dez IV	65	6130
	10.03			1.10.03	Wohnungsbauförderung	KD			
		10.03.01		1.10.03.01	Wohnungsbauförderung		KD	80	6200
	10.04			1.10.04	Wohnraumsicherung und -versorgung	Dez III			
		10.04.01		1.10.04.01	Bestandsverwaltung geförderten Wohnraums		Dez III	50	6200
	10.05			1.10.05	Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht	Dez IV			
		10.05.01		1.10.05.01	Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht		Dez IV	65	6130
11				1.11	Ver- und Entsorgung				
12				1.12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV				
	12.01			1.12.01	Öffentliche Verkehrsflächen	Dez IV			
		12.01.01		1.12.01.01	Neu-, Um- und Ausbau von Kreisstraßen		Dez IV	66	6020 / 6500
			12.01.02	1.12.01.02	Erhaltung und Betrieb der Kreisstraßen		Dez IV	66	6020 / 6500
	12.02			1.12.02	ÖPNV	Dez IV			
		12.02.01		1.12.02.01	ÖPNV		Dez IV	61	8200
			12.02.01.01	1.12.02.01.01	Investitionsförderung Verkehrsunternehmen		Dez IV	61	8200
			12.02.01.02	1.12.02.01.02	OVAG Verkehrsunternehmen		Dez IV	61	8200
			12.02.01.03	1.12.02.01.03	VRS Zweckverband/GmbH		Dez IV	61	8200
13				1.13	Natur- und Landschaftspflege				
	13.01			1.13.01	Natur und Landschaft	Dez II, Dez IV			
		13.01.01		1.13.01.01	Landschaftsschutz, Landschaftspflege		Dez II	67	1200
			13.01.02	1.13.01.02	Landschaftsplanung, Landschaftsentwicklung		Dez IV	61	6101, z.T. 3601
			13.01.02.01	1.13.01.02.01	Landschaftspflegemaßnahmen		Dez IV	61	
			13.01.02.02	1.13.01.02.02	Landschaftsplanung		Dez IV	61	
	13.02			1.	Wald, Forst- und Landwirtschaft	Dez I			
		13.02.01		1.13.02.01	Wald und Forstwirtschaft		Dez I	20	8550
			13.02.01.01	1.13.02.01.01	Fischteiche Kaltenbach		Dez I	20	
14				1.14	Umweltschutz				
	14.01			1.14.01	Bodenschutz, Altlasten, Abfall, Immissionen und Wasser	Dez II			
		14.01.01		1.14.01.01	Bodenschutz und Altlasten		Dez II	67	1106
			14.01.02	1.14.01.02	Abfall		Dez II	67	1105/7220
			14.01.03	1.14.01.03	Immissionsschutz		Dez II	67	1107
			14.01.04	1.14.01.04	Gewässerschutz, Gewässerbewirtschaftung, Abgrabungen		Dez II	67	1104/6900
			14.01.04.01	1.14.01.04.01	Ersatzgelder n. § 113 LWG		Dez II	67	
15				1.15	Wirtschaft und Tourismus				
	15.01			1.15.01	Wirtschaftsförderung	KD			
		15.01.01		1.15.01.01	Bestandspflege und -entwicklung, Unterstützung von Ansiedlung und Gründung		KD	80	7800 / 7810 / 7910 / 7911
			15.01.01.01	1.15.01.01.01	RAL-Gütezeichen		KD	80	7910
			15.01.01.02	1.15.01.01.02	REGIONALE 2010		KD	80	7910
			15.01.01.03	1.15.01.01.03	Umsetzung / Qualifizierung Projekte Regionale 2010		KD	80	7910
			15.01.01.04	1.15.01.01.04	Maßnahmen zur Berufsorientierung und Vorbereitung		KD	80	7910
			15.01.01.05	1.15.01.01.05	Aufbau regionale EFRE Struktur		KD	80	7910
			15.01.01.06	1.15.01.01.06	Beteiligung Kosten GO Mit		KD	80	7910
			15.01.01.07	1.15.01.01.07	Verein Köln / Bonn e.V.		KD	80	7910
			15.01.01.08	1.15.01.01.08	GTC Gummersbach		KD	80	7910
			15.01.01.09	1.15.01.01.09	Breitband Konzept Oberberg		KD	80	7910
	15.02			1.15.02	Tourismus	KD			
		15.02.01		1.15.02.01	Tourismus		KD	80	7900
			15.02.01.01	1.15.02.01.01	Zweckverband Naturpark		KD	80	7900
			15.02.01.02	1.15.02.01.02	Naturarena Berg. Land GmbH		KD	80	7900
			15.02.01.03	1.15.02.01.03	Projekte		KD	80	7900
16				1.16	Allgemeine Finanzwirtschaft				
	16.01			1.16.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen	Dez I			
		16.01.01		1.16.01.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen		Dez I	20	9000
	16.02			1.16.02	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	Dez I			
		16.02.01		1.16.02.01	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft		Dez I	20	9120 / 9160
16	65	127	123						

